



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 128. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. Januar 2017, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Günter Heiß, BK (Beweisbeschluss Z-19)	3
- Ronald Pofalla, Bundesminister a. D. (Beweisbeschluss Z-9)	86

* Hinweis:

Die Zeugen Heiß und Pofalla haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Dr. Andreas Allers, Fried-Heye Fischer, Sebastian D. Puglisi, Livia Schneider, Bastian Schrot, Jacob Wehrl, Dr. Wolfgang Wimmer, Luzie
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Heyer, Christian Dähne, Dr. Harald Hanke, Christian Diego Linden, Alexander Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Hortolani, Johanna Pohl, Jörn Pohl, Jörn



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Metscher, Andreas Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Bundesministerium des Innern	Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Kiehn, Eva Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Unterlöhner, Dr. Ulrike Staudigl, Ulrich
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Auswärtiges Amt	Müller-Bernd, Kai Stephen



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.45 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 128. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Vertreter der Presse und der Medien darf ich ganz herzlich begrüßen, die Öffentlichkeit in Gänze. Ich könnte mir vorstellen, dass der eine oder andere Platz sich im Laufe des Tages noch füllt; das würde ich sehr begrüßen. Ich freue mich über eine umfangreiche, ausführliche und immer positive Berichterstattung.

Ich begrüße als Allererstes ganz herzlich erneut unseren Zeugen Günter Heiß. Ich freue mich, dass Sie bei uns sind.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand dieser Sitzung komme, gestatten Sie mir die schon bekannten und gewohnten Vorbemerkungen:

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

Zeugenvernehmung

Günter Heiß, BK
(Beweisbeschluss Z-19)

Ronald Pofalla
(Beweisbeschluss Z-9)

Die Beweisbeschlüsse Z-19 und Z-9 stammen vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksachen 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeugen Günter Heiß und Ronald Pofalla.

Zunächst werden die Zeugen Heiß und Pofalla öffentlich vernommen. Im Anschluss daran findet dann die nichtöffentliche, gegebenenfalls eingestufte Vernehmung beider Zeugen statt.

Vernehmung des Zeugen Günter Heiß

Ich begrüße nochmals ganz herzlich unseren Zeugen Günter Heiß. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Heiß, Sie haben den Erhalt der Ladung am 8. Dezember 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Herr Heiß, Sie wurden bereits am 2. Juli 2015 und am 11. September 2015 vom Ausschuss vernommen. Also werden Ihnen die folgenden Hinweise und Belehrungen möglicherweise noch innerlich sein; es ist ja auch nichts Weltunbekanntes. Gleichwohl möchte ich Sie auch für diese Sitzung erneut belehren.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, wie auch bei den letzten beiden Vernehmungen, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen und uns dann diese zurückzusenden.

Herr Heiß, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung stellen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen; er hat sich auch nicht verändert im Verhältnis zu den früheren Sitzungen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Auch da hat sich nichts geändert, gehe ich davon aus.

Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes auch jetzt wieder die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also auch wieder ein Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen, und auch dies geschieht wieder nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen.

Gibt es hierzu - wie gesagt, es hat sich nichts geändert zum letzten Mal - Fragen Ihrerseits?

Zeuge Günter Heiß: Es gibt keine Fragen meinerseits.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. Dann gibt es aber später gleich ganz viele von uns. - Ich darf Sie bitten, zu Beginn sich dem Ausschuss noch einmal mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Günter Heiß: Mein Name ist Günter Heiß. Ich bin 64 Jahre alt. Ladungsfähige Anschrift ist: [REDACTED] Ich bin Beamter im Range eines Ministerialdirektors im - Entschuldigung - Bundeskanzleramt.

(Der Zeuge räuspert sich)

Ich hatte eben Probleme mit der Stimme. Tut mir leid; ich habe heute noch kaum gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben aber Getränke? Alles ist da, nicht? Tee?

Zeuge Günter Heiß: Ja, ist alles da. Ich habe heute noch kaum gesprochen; deswegen muss die Stimme erst mal warm werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, warten Sie es ab. Hinterher fluppt die so was von. Gut, ganz herzlichen Dank. - Dann frage ich Sie: Haben Sie den Wunsch, ein Eingangsstatement abzugeben, also im Zusammenhang zum Beweisgegenstand vorzutragen, ohne unterbrochen zu werden?

Zeuge Günter Heiß: Ich verzichte auf ein Eingangsstatement.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann hätte ich die eine oder andere Frage. - BND-eigene Selektoren, was wissen Sie darüber?

Zeuge Günter Heiß: Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: BND-eigene Selektoren, was wissen Sie darüber? Was ist das? Wann sind sie Ihnen zum ersten Mal begegnet? Gab es da Probleme mit? Haben Sie sie kritisch



Nur zur dienstlichen Verwendung

beäugt? Welche kennen Sie? Sie können alles sagen, was Sie wünschen. Sie können die ganze Klaviatur ausrollen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben Zeit!)

Zeuge Günter Heiß: BND-eigene Selektoren sind mir konkret immer mal wieder untergekommen, weil ich weiß, dass der BND bestimmte Selektoren einsteuert, um zum Beispiel in Entführungsfällen Hilfe zu leisten, in bestimmten Bereichen Informationen zu heben, nach zum Beispiel § 5 G-10-Gesetz, die strategische Fernmeldeaufklärung. Und sie sind mir natürlich insbesondere zur Kenntnis gekommen im Rahmen der Aufklärung der abgelehnten US-Selektoren im Frühjahr 2015, als es dort auch um BND-eigene Selektoren ging.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur dass ich den ersten Teil verstehe, also zum Beispiel: Peter Müller wird im Jemen entführt. Der hat ein Handy. Das hat er gegebenenfalls dabei. Dann wird seine Handynummer als Selektor eingesteuert, damit man helfen kann, zu lokalisieren, wo er im Jemen ist.

Zeuge Günter Heiß: Zum Beispiel. Das wäre eine Selektorensteuerung nach § 5 G-10-Gesetz. Es gibt auch andere Selektorensteuerungen, die ausgesprochen vielfältig sein können. Aber es war halt nur ein Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Die anderen Beispiele interessieren mich ein bisschen mehr.

Zeuge Günter Heiß: Es gibt bestimmte Informationsbedarfe, zum Beispiel Terrorismus oder Proliferationsbereiche, Migration, Menschenhandel, organisierte Kriminalität. Dies sind alle Bereiche, in denen nach § 5 G-10-Gesetz Selektoren gesteuert werden können. Und dann gibt es eben auch noch die Bereiche außerhalb des G-10-Gesetzes, also die - in Anführungsstrichen - normale, Routinefernmeldeaufklärung, die dann aber unabhängig - - die dann aber keine deutschen Selektoren beinhalten darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie wichtig ist das Thema Selektoren aus Sicht der Abteilung 6 des Kanzleramts oder, wenn Sie das aus diesem Blickwinkel bewerten, für den BND? Für uns ist das ja jetzt hier so ein Riesenthema. War das eigentlich so ein dominantes Thema, bevor der Skandal Edward Snowden hochpoppte? Oder war „Selektor“ so ein Thema wie gefälschte Kennzeichen für eine Observation?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich glaube, ich habe das hier schon mal ausgeführt: Den Ausdruck „Selektor“ haben wir im Grunde vor Frühjahr 2015 so nicht verwandt, sondern das waren Telekommunikationsmerkmale oder Suchbegriffe, die eingesteuert wurden in Hinblick auf die Bereiche, die ich bereits genannt habe. Der Ausdruck „Selektor“ hat sich erst - in Anführungsstrichen - „eingebürgert“ bei uns im Rahmen der Aufklärung der abgelehnten US-Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und diese Begriffe, Suchbegriffe oder Telekommunikationsmerkmale: Wie hoch gehängt war die Thematik? Deswegen hatte ich - - mal so mit Tarnkennzeichen verbunden. War das so ein Dingelchen von vielen, die relevant sind im BND? Oder war das was, wo man sagen konnte: „Wow, die Abteilung TA, die soll jetzt so einen richtigen Fortschritt machen im Bereich SIGINT; dafür sind Selektoren, aber auch das technische Equipment wichtig; also die Hauptbaustellen für die Zukunft sind die Suchbegriffe und die technischen Möglichkeiten“? Oder lief das unter zig anderen Themen?

Zeuge Günter Heiß: Also, uns war natürlich bewusst, dass SIGINT eine der Kernaufgaben in der Aufklärung des BND ist. Das ist eine ausgesprochen wichtige Quelle der Informationsbeschaffung. Aber als technisches oder als zukunftsträchtiges Problem wurde das nur punktuell angesehen, wenn es darum ging, möglicherweise im Haushalt dafür weitere Mittel einzuwerben. Eher haben wir unser Augenmerk darauf gelegt, was im HUMINT-Bereich passiert - ich erinnere so an solche Dinge wie „Curveball“ oder so -, weil die aus unserer Sicht immer, ich sage mal, politisch,



Nur zur dienstlichen Verwendung

aber auch nachrichtendiensttechnisch etwas virulenter waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wann war dann das Thema „Suchbegriffe“ zum ersten Mal - vielleicht: in welchen Formaten? - thematisiert worden?

Zeuge Günter Heiß: Suchbegriffe waren natürlich immer thematisiert, allein schon durch die regelmäßigen G-10-Sitzungen, in denen immer neue Suchbegriffe wir uns haben genehmigen lassen müssen. Die wirklich politisch und auch technisch-administrativ interessanten, auch zum Teil dramatischen Vorgänge in der Diskussion um Suchbegriffe oder, ich sage jetzt mal, Selektoren begannen im März 2015, als aufgrund eines Beweisbeschlusses bestimmte Listen vorgelegt wurden, in denen sich abgelehnte US-Suchbegriffe befanden, und daraus gewisse Schlüsse über das US-Suchprofil gezogen werden konnten. Da dies - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich noch einmal zurückgehen?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich wollte noch so ein bisschen in die tägliche Praxis in den Jahren vor 2013 - ich sage mal, Anfang der 2000er werden ja Suchbegriffe immer intensiver genutzt, weil der Bereich SIGINT immer wichtiger wird -, wie da dies Thema Suchbegriffe so gehandelt wurde. Weil ich habe so ein bisschen das Gefühl, frühestens ab 2013 war das auf dem Schirm, und bis 2013 haben die Sachbearbeiter - sage ich jetzt mal etwas despektierlich; eigentlich ist es gar nicht so gemeint - vor sich hingekrautert mit diesen Suchbegriffen und einen Riesenhaufen davon aufgehäuft, und alle haben es mal machen lassen. Bewerte ich das falsch?

Zeuge Günter Heiß: Sie bewerten das sicherlich richtig in Hinblick darauf, dass Suchbegriffe bis 2013, also bis zu der Snowden-Affäre, im Alltag unserer Aufsichtspraxis kaum eine Rolle gespielt haben als konkrete Suchbegriffe, die möglicherweise technisch oder auch rechtlich umstritten

sind. Sie haben dann eine - - begannen eine Rolle zu spielen, als die Snowden-Veröffentlichungen begannen, aber im Hinblick auf zunächst erst mal amerikanische Suchbegriffe.

Natürlich haben wir uns während der Aufklärung dessen - was machen die USA in Deutschland über die Einsteuerung in Bad Aibling zum Beispiel? - auch gefragt: „Wie sieht das mit unserer eigenen Praxis aus?“, und haben gezielt Fragen gestellt, zum Beispiel die ganz normale Frage: Machen wir eine anlasslose, massenhafte, flächendeckende Aufklärung, oder machen wir genau das Gleiche wie die USA in dem und dem Punkt, der gerade in irgendeiner Veröffentlichung virulent geworden ist? Insofern sind natürlich Suchbegriffe und Telekommunikationsmerkmale - was wird eingesteuert, was wird nicht eingesteuert? - schon etwas mehr in den Mittelpunkt unserer Betrachtung gelangt, waren es aber nicht in der Intensität, wie es dann ab März 2015 der Fall war, als eben die echte Ablehnungsliste der US-Suchbegriffe aufgetaucht ist und als dann auch in diesem Zusammenhang von der sogenannten Quarantäne- oder Gruppenliste die Rede war, die dann in das Zentrum unserer Aufmerksamkeit gelangt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie kommt das? Waren Sie da unwissend oder blauäugig, oder hat der BND Sie da so ein bisschen im Dunkeln gelassen? Irgendwo muss es ja dran liegen. Weil sie wurden ja genutzt, sie waren ja da.

Zeuge Günter Heiß: Ja. Wir hatten keine Anzeichen dafür, dass der BND irgendwelche Suchbegriffe nutzt, die er nicht nutzen sollte, die politisch vielleicht heikel sind oder die rechtlich nicht zulässig sind. Dafür gab es nicht die geringsten Anhaltspunkte, und wir sind erst sozusagen bösgläubig geworden mit der Veröff- - mit der Entdeckung dieser sogenannten Quarantäne- oder Gruppenliste bzw. bösgläubig in Hinblick auf die amerikanischen Suchbegriffe, als die Ablehnungsliste auftauchte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt sage ich es mal flapsig: Wer hat es denn jetzt verbaselt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Kontrolleure in Abteilung 6 oder die, die es gemacht haben, die es nicht gemeldet haben?

Zeuge Günter Heiß: Man kann natürlich nur das kontrollieren in Hinblick darauf, wo man Anhaltspunkte hatte, was man kontrollieren sollte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also war es der BND.

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten keine Anhaltspunkte dafür, dass es so etwas gab, wie es sich jetzt in der Gruppenliste darstellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hätte doch - - Ich sage mal, es war ja nicht nur die Gruppenliste, es waren ja nicht nur die von Partnerndiensten zu Unrecht eingesteuerten Selektoren. Es waren ja auch die eigenen Selektoren, wo man hinterher sagte: Die steuern wir jetzt nicht mehr. Also, das ist ja schon nicht so - - ich sage mal, die drei, die da im *Spiegel* standen, sondern es sind ja viele, viele, viele. So, und bei vielen, vielen, vielen, finde ich, muss man irgendwann mal sagen: Wenn das über Jahre - und wir reden nicht von anderthalb, sondern über mehrere Jahre - keiner merkt, dann ist systemisch was nicht perfekt. Da hat nicht mal einer einen Fehler gemacht, aus meiner Bewertung, der einen Selektor irgendwie falsch geschaltet hat, sondern da ist was nicht aufgefallen. Entweder hat es da die eine Seite eben nicht kenntlich gemacht, dass man da viel im Topf hat, oder die andere Seite hat nicht hinreichend hinterfragt. Und wenn Sie sagen: „Man kann nur das prüfen, wo man auch halbwegs alert ist“, kann ich das nachvollziehen. Aber dann hätte im umgekehrten Bereich, wo ja auch ein Hochagggregieren von Informationen und Meldungen erfolgen muss, das nicht geklappt. Da hätte man ja kenntlich machen müssen: Wir haben da einen Riesentopf, und so ein paar Sachen sind sensibel. Wie seht ihr das, liebes Kanzleramt? - Das hat anscheinend nicht stattgefunden.

Zeuge Günter Heiß: Das hat nicht stattgefunden, und deswegen hat die Bundesregierung ja auch im Frühjahr 2015 eine Presseerklärung herausgegeben, in der deutlich von Defiziten im organisatorisch-strukturellen Bereich die Rede war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wusste das der BND vielleicht selber nicht? Waren da andere Mächte an der Macht?

Zeuge Günter Heiß: Da habe ich keinen hinreichenden Einblick. Ich kenne nur die Ergebnisse der Aufarbeitung, und die lassen mich vermuten, dass es ab einer bestimmten Hierarchieebene dann nicht weiter nach oben gegangen ist, was dort zwischenzeitlich auch erkannt worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und welche haben Sie da im Blick?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, es war die UAL-Ebene, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß es eben, wie gesagt, auch nur durch die Aufarbeitung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So richtig Konsequenzen dienstrechtlicher Art hat es da aber nicht gegeben. Ich erinnere mich an mehrere Nachfragen aus diesem Ausschuss. - Frau Kollegin Renner nickt. So schlimm kann es aber nicht gewesen sein. Wir machen zwar hier einen Riesenaufwand - vielleicht ist das ja alles eine Luftnummer hier -; aber so richtig schlimm kann es im BND ja nicht empfunden worden sein, dass Sie als Abteilung 6 da nichts wussten. Sonst hätte es ja auch irgendwie mal - - Also, ich sage mal: Wenn Sie beim Bund die Mütze falsch rum ansetzten, kriegten Sie einen größeren Anschiss. Also von daher: So richtig eingeschlagen hat es da nicht im BND.

Zeuge Günter Heiß: Ob es - in Anführungsstrichen - „Anschisse“ gegeben hat, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Günter Heiß: - kann ich nicht beurteilen, weil ich kein Zeitzeuge bin im BND. Die Prüfung, ob disziplinarrechtliche Anfangsverdachte da sind, ist selbstverständlich - davon gehe ich aus - vorgenommen worden. Das Ergebnis kann ich hier nicht mitteilen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also unsere Erkenntnis ist auf Nachfragen - vielleicht hat sich das aber geändert; das ist auf jeden Fall mein Sachstand -: Es hat keine Disziplinarverfahren gegeben und die Einleitung von Disziplinarverfahren. Aber, wie gesagt, muss ja auch nicht; ich will ja auch keinem was Böses. Nur, was ich politisch daraus folgere:

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wissen zu viel!)

Da ist ja irgendwo etwas passiert, was das Kanzleramt - nach meiner Meinung zu Recht - doch zu einer Kritik als Anlass genommen hat. Irgendwo war also was nicht optimal, und das ist für mich der Informationsfluss. Weil schiefgehen kann mal was - immer wo wer was macht, da geht auch mal was schief -; nur dann muss man es irgendwie mitkriegen und im Zweifel auch abstellen können.

Das hat über Jahre nicht stattgefunden. Wenn so etwas wie eine Selektorenthematik, die eine wichtige Thematik ist, die ich auch für richtig in der Sache selbst halte, aber nicht durchdringt, was alles wie gemacht wird, dass man eine gewisse Sensibilität als dienst- und fachaufsichtliche Institution haben kann, dann ist das ein Problem. Und wenn das dann auch möglicherweise nicht bis zum Präsidenten des BND - - oder irgendwo dann auf der Abteilungs- - zwischen Abteilungs- und Unterabteilungsleiter hängen bleibt, dann frage ich mich zumindest: Ist das ein systemisches Problem, oder ist das ein Einzelfall?

Wenn es ein Einzelfall ist, dann muss man sich die eine Person mal vornehmen und ihr erklären, dass es anders laufen muss. Wenn es aber systemisch ist, dann muss man sich überlegen: Wie macht man es besser? Und darum geht es uns ja; nicht jetzt, zu sagen: „A und B waren es“, sondern was man auch aus diesem Problem lernen kann. Es soll ja besser laufen, weil SIGINT brauchen wir auch in Zukunft, Selektoren brauchen wir auch in Zukunft; aber wir hätten es wahrscheinlich - und ich glaube, das ist Konsens bei allen Fraktionen - gerne anders.

Deswegen frage ich mich: Wo hat es denn geklemmt? Also Sie sagen: auf der Unterabteilungsebene. Aber was ist jetzt anders gemacht worden nach den Erfahrungen 2015? Jetzt sind wir in 2017. Sitzen da jetzt Vieraugenprinzip-Unterabteilungsleiter, oder was ist die Folge daraus jetzt schon gewesen?

Zeuge Günter Heiß: Also, wir haben ja eine sehr aufwendige Aufarbeitung dieses Sachverhalts vorgenommen. Während dieser Aufarbeitung gab es eine Fülle von Einzelweisungen, mindestens 17, und eine Fülle von Maßnahmen zur Aufarbeitung dieser Sachverhalte, die ich im Einzelnen vielleicht nicht aufzuzählen brauche; aber wichtig ist zumindest eine Position, die ich hervorheben möchte:

Es ist ganz klargestellt worden, dass jeder Selektor eine Deutung haben muss, die APB-konform, also konform mit dem Aufgabenprofil der Bundesregierung sein muss, und das muss überprüft werden. Dafür muss es eine qualitätssichernde Einheit geben. Das ist eingerichtet.

Zweitens ist durch die Novelle zum BND-Gesetz auch ganz klargestellt worden, dass bestimmte Selektoren nur unter ganz bestimmten Bedingungen eingesteuert werden dürfen. Ich denke da eben an Partnerselektoren, die nur unter den Bedingungen bestimmter Schwellen und formaler Erfordernisse eingesteuert werden dürfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Jetzt sagen Sie: „So richtig wurde uns das im Jahre 2015 gewahr“, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - was ja eigentlich schade ist, weil im Jahr 2013 hätte man ja schon wachsam sein können. Auch die Bundeskanzlerin hat ja eine Pressekonferenz gegeben, am 19. Juli 2013, wo sie die Abhörpraxis kritisiert hat. Und da ist ihr ja auch zugeliefert worden, wenn ich das richtig erinnere, aus der Abteilung 6 nicht. Ich hätte ja eigentlich gedacht, dass ich gerade aus der Abteilung 6 eine Zulieferung haben will. Erinnern Sie sich daran? Warum



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde da aus der Abteilung 6, wenn ich es jetzt richtig weiß - sonst korrigieren Sie mich bitte -, da nichts zu beigesteuert? Weil man da erst mal sagte: „Wir müssen das erst mal alles - - wir steuern besser nichts bei, wir prüfen“? Oder - - Dieser Zeitraum 2013/2015, der macht mich so stutzig.

Zeuge Günter Heiß: Was die Aussagen der Kanzlerin vom 19.07. angeht, so unterstehen diese Aussagen selbstverständlich, wie alle anderen Aussagen der Kanzlerin, dem Gebot: Wenn etwas gefordert wird, liefern wir etwas. Wenn nichts angefordert wird, können wir nicht einfach ungefragt etwas liefern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ja, wenn das so ist. - Was hätten Sie denn geliefert, wenn Sie hätten liefern sollen? Hätten Sie da was zu den Selektoren gesagt?

Zeuge Günter Heiß: Das ist hypothetisch. Es kommt natürlich auf die Aussagen an, die getroffen werden sollen, von der Kanzlerin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. - Wenn Sie das in Gesamtschau der damaligen Situation sehen, hätten Sie dann gesagt: „Oh, Vorsicht, wir steuern ja auch unheimlich viel an Selektoren: Europa, NATO-Partner“? Ich halte das nicht für verkehrt im Einzelfall übrigens; nicht, dass Sie mich falsch verstehen. Aber man muss es ja so differenziert ausdrücken, dass es auch differenziert vermittelt werden kann.

Zeuge Günter Heiß: Das hätte ich der Kanzlerin nicht sagen können, weil mir das nicht bekannt war, dass wir viele NATO- oder Europapartner steuern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oh Mann, die wird sich gefreut haben, nicht?

Zeuge Günter Heiß: Sie hätte sich wahrscheinlich darüber nicht gefreut. Allerdings hätte ich eine wichtige Differenzierung angebracht: -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay?

Zeuge Günter Heiß: - dass es unter Umständen durchaus geboten sein kann, auch Partner zu steuern, wenn sie zum Beispiel in einem gewissen Phänomenbereich Verdacht erregt haben. Zum Beispiel wenn irgendjemand des Terrorismus, der Proliferation oder der geheimen nuklearen Aufrüstung verdächtig ist, dann kann er natürlich, auch wenn er Partner ist, gesteuert werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde das in der Sache auch völlig richtig. - Herr Schindler hat in der letzten Sitzungswoche hier gesagt: Mit dieser Aussage der Kanzlerin war dann auch so ein innerer Überprüfungsprozess eigentlich eingeleitet. Ich gebe es jetzt mit meinen Worten wieder. Er hat es natürlich in Worten anders formuliert. Würden Sie auch sagen, durch diese Aussage hat man gesagt: „Oh, jetzt mal Vorsicht. Die hat da so einen Pflock eingeschlagen. Jetzt schauen wir noch mal genau hin“? Weil da hat ja im BND zumindest intern so ein Prozess stattgefunden, das zu hinterfragen und auch einzubremsen. Wie hat das die Abteilung 6 wahrgenommen? Oder war man da noch außen vor, und der BND hat das erst mal intern gemacht?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben ja eine Fülle von parlamentarischen Anfragen vorher schon beantwortet, die durch den BND vorbereitet waren. Und aus diesen Anfragen, die zum Teil auf solche Dinge zielten, hatten wir keinen Hinweis darauf, dass der BND NATO-Partner oder EU-Mitgliedstaaten in die Selektoren eingespeist, eingesteuert hat. Insofern hat für die Abteilung 6 die Aussage der Kanzlerin nicht unmittelbar dazu geführt, dass wir jetzt noch mal nachfragten beim BND. Aus der Vorbereitung und aus den Akten weiß ich, dass diese Aussage der Kanzlerin beim BND indes dazu geführt hat, dass zu einem - - mal mit einer Überprüfung zu beginnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was mich halt so ein bisschen stutzig macht: Die Kanzlerin sagt zum ersten Mal am 19. Juli 2013 in der Bundespressekonferenz, dass man das unter Freunden nicht macht, nämlich zum Thema Abhören, und rund drei Monate später in Brüssel - dieses



Nur zur dienstlichen Verwendung

Interview, was dann ja kameramäßig rumgegangen ist - am 24. Oktober 2013: „Ausspähen unter Freunden ... geht gar nicht.“ Und irgendwie dazwischen hat man es so laufen gelassen. Da hätte ich ja mal hingeguckt oder zumindest mal gesagt: „Hallo, liebe Abteilung 6“, also wenn ich jetzt der BND gewesen wäre, „wir haben da auch so ein paar Sachen gesteuert. Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste, dass wir uns nicht missverstehen.“ - Da kam keiner.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Da kam keiner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich sage mal, 2015 wäre ich aber nicht so glücklich gewesen im Kanzleramt dann nach diesem Vorlauf, als dann die Listen kamen. Weil, ich sage mal, ich hätte es eigentlich hier erwartet, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass mal da jemand vom BND anruft und sagt: Vorsicht, da sind ein paar Sachen, da müssten wir mal drüber reden mit euch, Abteilung 6. - Oder sehen Sie das anders?

Zeuge Günter Heiß: Das wäre sicherlich berichtspflichtig gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aus Ihrer Erkenntnis: Der damalige Präsident, wusste der das, und hat der Sie nicht angerufen?

Zeuge Günter Heiß: Es ist vom BND weder vom Präsidenten noch auf Arbeitsebene über diese Umstände berichtet worden. Insofern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage mal, da hätte ja nicht die Arbeitsebene bei Ihnen angerufen; -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Herr A, B, C ruft da an und sagt: „Hallo, Sie kennen mich nicht, aber ich wollte mal was sagen“, sondern das wäre ja wahrscheinlich der Präsident gewesen oder - -

Zeuge Günter Heiß: Na gut, aber auch die Arbeitsebene hätte auf Arbeitsebene irgendwelche -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar.

Zeuge Günter Heiß: - Informationen weitergeben können. Das ist, soviel ich weiß, nicht der Fall gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich sage mal, wenn so eine Kommunikation bei mir im Büro laufen würde, würde ich ja denken: Was geht hier jetzt ab? Lassen den Chef da doof dastehen. - Okay. Ja, da sind wir einer Meinung.

So, und dann sind wir im Dezember des Jahres 2013: Wie ist denn dann beim Wechsel im Bundeskanzleramt, dem personellen Wechsel, dieses Thema noch mal angegangen worden? Ist das irgendwie aufgearbeitet worden? Gab es da so eine Art Übergabegespräch? Auch mit den Mitarbeitern der Abteilung 6? Also ist das irgendwie thematisiert worden? Nachdem dann im Herbst 2013 insgesamt die Thematik ja auch hochpoppte - es war im Raume, dass die Koalitionsverhandlungen einen Untersuchungsausschuss im Koalitionsvertrag festschreiben -, ist es da mal angesprochen worden oder da auch noch nicht?

Zeuge Günter Heiß: Übergabegespräche gab es in meiner Abteilung nicht, weil wir ja keinen Wechsel erfahren haben. Der Wechsel an der politischen Spitze - also spricht: Chef BK -, da habe ich keinen Einblick, ob es da Übergabegespräche gegeben hat, und, wenn ja, was da gesagt worden ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage zu dem Themenkomplex. 2015: Was war der konkrete Anlass und Auslöser, dass das Thema Selektorenlisten in 2015 hochpoppte?

Zeuge Günter Heiß: Sie meinen jetzt BND-eigene Selektorenliste?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Das war ein Anlass - so habe ich das jedenfalls dem Bericht der Kollegen entnommen -: Chef BK war mit einigen Leuten aus der Abteilung - ich war nicht dabei - und Staatssekretär Fritsche, ich glaube, im März in Pullach und hat sich berichten lassen zu der Ablehnungsliste, zu den US-Selektoren. Wir haben eine ausführliche Frageliste dann übergeben, und die Aufarbeitung in Hinblick auf US-Selektoren begann. Und da - wie gesagt, es ist mir berichtet worden; ich war selbst nicht dabei - muss es wohl zu irgendwelchen Nachfragen gekommen sein in dem Stile: Was gibt es sonst noch? Und gibt es noch irgendetwas, was jetzt ähnliche Wichtigkeit hat wie die US-Selektoren? - Und da soll der Ausdruck „Quarantäneliste“ gefallen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer mag den gesagt haben? Weil das ist natürlich - -

Zeuge Günter Heiß: Sorry, ich war nicht dabei. Und es ist mir auch nicht gesagt worden, wer den gesagt hat. Nur, wir haben uns anschließend gleich natürlich um einen weiteren Bericht über diese Quarantäneliste gekümmert, und so ist dieser Fall dann auch aufgerollt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil das ist ja schon interessant, dass man dann - im Grunde wieder zwei Jahre weiter, nachdem wir hier fleißig vor uns hinarbeiten - bei einem Besuch des Chef BK in Pullach mal eben so dem Chef BK sagt: Ach, da gibt es so eine Quarantäneliste; haben wir bisher euch nicht sagen wollen. - Also, das ist ja auch ungewöhnlich, finde ich jetzt.

Zeuge Günter Heiß: Ob das mal eben so passiert ist oder ob das nach großer Ankündigung passiert ist - - Wie gesagt, ich war nicht dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber er ist jetzt nicht wegen einer Quarantäneliste da hingefahren?

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein. Er ist wegen der - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wegen der US-Selektoren?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: Und ich darf sagen: Wir wähten uns ja gewissermaßen - im Gegensatz zur NSA - im Stande der Unschuld. Wir hatten nicht die Vermutung, dass wir irgendwelche politisch heiklen Steuerungen haben, und insofern waren wir in der Tat von dieser Quarantäneliste wirklich überrascht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hatte ich damals auch den Eindruck; ich bin dann auch davon überrascht worden, relativ spontan. - Was ich mich halt frage, ist: Alles gut; kann alles im Leben passieren. Aber wieso kommt so was mal eben bei einem Besuch mit um die Ecke gehuscht? Weil das ist ja schon ein Vorgang, bei dem ich eigentlich eine gewisse Sensibilität, Professionalität erwarte, und dann kommt so en passant - da übertreibe ich jetzt; ich war ja auch nicht dabei -: Ach, da haben wir noch eine Quarantäneliste. - Das klingt ja auch schon so wie Container beim Virens scanner. Und wie ging es dann weiter, nachdem -

Zeuge Günter Heiß: Also, ich gehe zunächst - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - Chef BK mit diesen Informationen zurückgekommen war?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich gehe zunächst erst mal davon aus, dass die wachsende Sensibilität des BND dazu geführt hat, jetzt auch von einer Quarantäneliste zu sprechen. Wie ging es weiter? Wir haben natürlich, vergleichbar mit der Ablehnungsliste, ein Überprüfungsprogramm ausgerollt, auch mit der Direktive: Jeder Selektor muss irgendwie überprüft werden. Das geht natürlich zunächst erst mal nur algorithmisch. Es wurden also sämtliche Top-Level-Domains - - Alle 28 Top-Level-Domains wurden rausgeschmissen aus unserer Steuerung, es wurde die Qualitätssicherung eingeführt, es wurden weitere Arbeitsgruppen oder Kontrollgruppen eingesetzt. Also, diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sache ist ebenso aufgerollt und aufgeklärt worden wie die US-Selektorenproblematik.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, kann ich nachvollziehen. Wie gesagt, ich bin der Letzte, der sagt, wo ein Fehler passiert: Großes Drama. - Aber damals: Hatten Sie den Eindruck, jetzt klärt der BND Ihnen gegenüber auf? Und konnte er das überhaupt? Hat der BND damals gezeigt, Ihnen deutlich gemacht, dass er den Überblick über die Selektoren hat?

Zeuge Günter Heiß: Den Eindruck hatten wir, wobei es natürlich dann immer wieder technische Einschränkungen gibt, die ich nur sehr unvollständig erläutern kann. Aber zum Beispiel bei der Überführung in die PBDB - das ist so eine Großdatei - sind dann einige Marker bzw. Beziehungen zu den Arbeitsbereichen verlorengegangen, sodass man bei einigen Selektoren nicht mehr nachweisen konnte: Warum sind sie eigentlich mal gesteuert worden? - Das war natürlich - - Für die Nachfrage: „War dieser Selektor gewissermaßen legitim? Gab es dafür eine Begründung oder nicht?“ war das natürlich ausgesprochen unange- - ungünstig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Ich glaube, das ist sicherlich bei vielen Selektoren der Fall - weil Sie „einige“ sagten -, weil, wenn man die Genese der Selektoren bis Ende der 90er zurückverfolgt und wenn einfach alles reingetan worden ist und nie wieder verifiziert worden ist, dann wird das wahrscheinlich sogar bei relativ vielen der Fall gewesen sein; das würde jetzt meine Lebenserfahrung sagen. Aber wie konnte man das denn wirklich prüfen? Ich meine, eine Handynummer kann ich mir noch anschauen und die Landeskennung. Aber es gibt ja viele Kategorien von Suchbegriffen, von Telekommunikationsmerkmalen. Da gibt es ja welche, das sind Zahlen-Buchstaben-Kombinationen. Wie erkenne ich denn überhaupt, was das ist?

Zeuge Günter Heiß: Entscheidend sind natürlich die IP-Adressen und Telekommunikationsmerkmale. Wenn ich natürlich nur eine chemische Formel habe, dann ist die völlig neutral.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar, ja. - Aber wenn ich so eine IP-Adresse habe?

Zeuge Günter Heiß: Aber an IP-Adressen kann ich natürlich erkennen, ob das jetzt, sagen wir mal, eine politisch heikle oder vielleicht nicht APB-konforme Einsteuerung ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Echt? Das kann ich da erkennen?

Zeuge Günter Heiß: Wenn da „.de“ dahinter steht oder „.br“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An einer IP? Okay, man lernt immer Neues. - Und Sie haben das dann auch als Kanzleramt so nachgeprüft, ob da bei den IPs hinten „.de“ dransteht?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben - - Dies war jetzt ein Beispiel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Günter Heiß: Es ging um Steuerungen von NATO-Partnern und andern EU-Partnern; da gibt es natürlich keine Endung „.de“, sondern entsprechende Endungen „.fr“ oder „.gov“ oder was weiß ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber, wie gesagt, es gibt ja auch die, wo eben die Endung nicht dabei ist, wo nicht +49 oder +43 davor steht oder wie auch immer. Ein Großteil der Dinge ist ja auch eben nicht so leicht erkennbar. Wo ich eben das Fragezeichen habe, ist: Als wir im Jahr 2015 waren, habe ich Zweifel, dass überhaupt überblickbar war, was alles in dem Topf der Selektoren drin ist, und das ist ja auch - - Ich sage mal, das ist meine These, dass ich glaube, wir müssten eine Grundrevision dieses Selektorentopfes vornehmen, weil jahrelang reingepackt worden ist und inzwischen gar keiner mehr weiß was da drinsteckt.

Zeuge Günter Heiß: Aus meiner Sicht ist das insoweit erfolgt, dass es keinen Selektor geben darf ohne Begründung bzw. ohne Verweis auf das Sachgebiet, weswegen er gesteuert worden ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn das so wäre, wäre ich mehr als zufrieden. Das wäre sicherlich eine Aufgabe des PKGr, in Zukunft das mal zu verifizieren, weil da sehe ich eines der Hauptprobleme, nicht in der böswilligen Steuerung von irgendwelchen Selektoren, sondern einfach in der Praxis, alles in einen Topf zu schmeißen mit der Maßgabe: „Na, wenn es eh keinen Treffer gibt, ist es ja auch egal, dass es weiter im Topf drin ist“, aber dass man im Grunde gar keine verifiziert - also wenige verifizierte Selektoren hat über die Jahre, sondern viele, viele, wo man möglicherweise inzwischen ganz andere Personen auf dem Suchmerkmal finden mag. - Okay.

Letzte Frage, die das vielleicht abschließt. Sie hatten zumindest dann irgendwann im Jahr 2015 als Abteilung 6 - nicht Sie in Person - den Eindruck: „Jetzt haben die es unter Kontrolle beim BND“?

Zeuge Günter Heiß: Es ist ein laufender Prozess. Ob die Kontrolle inzwischen tatsächlich so perfekt ist, wie wir uns das wünschen, werden die weiteren Berichte und Nachfragen zeigen. Jedenfalls haben wir die Anweisungen gegeben, die dazu ausreichend sind, dass diese perfekte Kontrolle eintreten kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Zu den anderen Themenkomplexen klinge ich mich einfach bei der Fraktion der Union ein, damit die anderen Fraktionen jetzt auch zügig an ihre Fragen kommen. - Ich würde die erste Fragerunde damit eröffnen, und Frau Kollegin Renner beginnt für die Fraktion Die Linke. - Danke schön, Herr Heiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, Sie sagten: Im Zuge der Snowden-Dokumente und dann auch der NSA-Selektorenproblematik haben wir uns die Frage gestellt: Und wie machen wir das? - Wann war das? Wer war das?

Zeuge Günter Heiß: Das war eine kontinuierliche Frage, die wir uns immer wieder vorgelegt haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, das würde ich gerne ein bisschen genauer wissen. Also: In welchen Konstellationen, mit welchen Personen wurde diese Frage zu welchen Anlässen erörtert? In den - -

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich Ihnen leider nicht genauer sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war denn da aus Ihrer Erinnerung bei dieser Erörterung zu den BND-Selektoren dabei?

Zeuge Günter Heiß: Es geht jetzt nicht nur um BND-Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich frage jetzt zu den BND-Selektoren.

Zeuge Günter Heiß: Meine Aussage war dahin gehend, dass wir uns schon während der Veröffentlichung der Snowden-Dokumente gefragt haben, wenn es wieder irgendeine Skandalisierung von amerikanischen Aktivitäten gab: Wie ist das eigentlich bei uns? - Und da hatte ich das Beispiel gemacht: Machen wir auch eine massenhafte, anlasslose, flächendeckende Telekommunikationsaufklärung?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein. Sie haben - -

Zeuge Günter Heiß: Und solche Fragen haben wir uns dann immer wieder gestellt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben gesagt: Im Zusammenhang mit den NSA-Selektoren ist uns auch die Frage nach der BND-eigenen Erfassung untergekommen. - Ich habe mir das hier notiert.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ich möchte genau wissen: Wann war das?

Zeuge Günter Heiß: Das war im März 2015, als der Minister in Pullach den Besuch gemacht hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Sind Sie sich ganz sicher?

Zeuge Günter Heiß: Ich war nicht dabei, aber seit - - Damals gab es - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, also dass es erst im März 2015 war. Dass Sie nicht dabei waren, da sind Sie sich sicher. Aber die Frage ist: Sind Sie sich sicher, dass das erste Mal diese Problematik im Frühjahr 2015 aufgefallen ist bei Ihnen?

Zeuge Günter Heiß: Die Problematik der BND-Sektoren, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - die wir hier erörtern im Hinblick auf Steuerung von -

Martina Renner (DIE LINKE): Freunden, Partnern.

Zeuge Günter Heiß: - EU- und -

Martina Renner (DIE LINKE): NATO.

Zeuge Günter Heiß: - NATO-Partnern, ist als massenhaftes Phänomen, also als größeres Problem durch die Erwähnung der Quarantäneliste aufgefallen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und als kleineres Problem? Wann ist das vorher aufgefallen?

Zeuge Günter Heiß: Ich vermute, Sie reflektieren auf ein Gespräch Schindler/Pofalla/Heiß irgendwann 2013.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, richtig.

Zeuge Günter Heiß: Da ist das mal als Einzelfallproblem aufgetaucht.

Martina Renner (DIE LINKE): In welcher Hinsicht?

Zeuge Günter Heiß: Auch da haben wir uns wieder gefragt - als Medien berichteten, es seien Snowden-Dokumente aufgetaucht, wonach die NSA Botschaften abhöre -: Wie ist das eigentlich bei uns? Gibt es so etwas? - Ich kann jetzt nicht genau sagen, wie der Ablauf im Einzelnen war. Ich glaube, Präsident Schindler hat die Frage zunächst erst mal mitgenommen und hat dann irgendwann bei einem der vielen Treffen, die der Minister Pofalla, Präsident und ich gemeinsam hatten, gesagt: Ja, es gibt bestimmte Fälle, da machen wir das auch. - Und dann hat er die Bedingungen geschildert, unter denen es dazu kommen kann, dass wir eine Botschaftsüberwachung machen im Hinblick auf Partner.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das Ergebnis, was Herr Schindler vorgetragen hat, wurde von Ihrer Seite und Herrn Pofalla als zufriedenstellend betrachtet?

Zeuge Günter Heiß: Er hat vorgetragen, dass es in Krisengebieten dazu kommen kann, dass man Informationen erhebt über das Krisengebiet, aber die Informationen holt aus einer Botschaft eines Partnerstaates, die in dem Krisengebiet über eine ganz besondere Kompetenz verfügt, -

Martina Renner (DIE LINKE): In Europa?

Zeuge Günter Heiß: - die wir nicht haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Also eine Botschaft in Europa?

Zeuge Günter Heiß: Nein, im Krisengebiet.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Botschaft sollte dann im Krisengebiet auch selbst örtlich zu finden sein.

Zeuge Günter Heiß: Ja, natürlich, im Krisengebiet.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden nicht von einer Botschaft in Madrid, Paris oder Helsinki?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Nein, die Botschaft eines Partnerstaates im Krisengebiet.

Martina Renner (DIE LINKE): Darüber ist gesprochen worden?

Zeuge Günter Heiß: Ja, das ist - - Das Ziel, Informationen über das Krisengebiet zu erheben - - wurde der Weg gewählt, weil Botschaften in Krisengebieten über eine ganz besondere Kompetenz für das Krisengebiet verfügen, Informationen zu erlangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schindler hat in dem Gespräch nicht erwähnt, dass auch Botschaften in Europa abgehört werden?

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern, nein. Es ging also - -

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Schindler hat auch in dem Gespräch nicht erwähnt, dass möglicherweise deutsche Botschaften abgehört werden?

Zeuge Günter Heiß: Nein, es ging immer um eine - - Also, das Beispiel war: eine Botschaft eines Partnerstaates in einem Krisengebiet.

Martina Renner (DIE LINKE): Und haben Sie oder Herr Pofalla nachgefragt, ob darüber hinaus auch Botschaften abgehört werden?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das war ein Beispiel, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - und wir haben uns das so vorgestellt, dass eben Botschaften in Krisengebieten schon mal abgehört werden, um über Krisengebiete etwas zu erfahren.

Martina Renner (DIE LINKE): War das das einzige Beispiel, das Herr Schindler gebildet hat?

Zeuge Günter Heiß: So ist meine Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es weitere Gespräche vor Frühjahr 2015, weil Sie sagten: Das

war der Hauptaufschlag: Frühjahr 2015. - Es gab vorher weitere Anlässe?

Zeuge Günter Heiß: Nein, es gab über diesen Punkt keine weiteren Gespräche. Wir haben dann entschieden, diese Informationserhebung zu unterlassen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie ist das entschieden worden?

Zeuge Günter Heiß: Das haben wir zu dritt entschieden.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das ist dann als Weisung - -

Zeuge Günter Heiß: Das hat Präsident Schindler als Weisung mitgenommen und, soviel ich weiß, umgesetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Wann war das?

Zeuge Günter Heiß: Das war nach kurz- - gleich nach diesem Gespräch, von dem ich gerade berichtet habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Wann war das Gespräch etwa?

Zeuge Günter Heiß: Kann ich nicht genau sagen. Das muss irgendwann 2013 gewesen sein. Die Akten sagen mir und auch Kollegen sagen mir, es soll im Oktober gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. - Das war ein Dreiergespräch?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten vorhin - ich will das nur noch einmal festhalten, auch für uns -, Sie hatten Ihre Informationen zum Teil auch gewonnen aus den Vorarbeiten des Bundesnachrichtendienstes in Beantwortung auf kleine Anfragen des Parlamentes zur Praxis der NSA oder aber auch des BNDs zur Überwachung von Zielen von Partnern in Europa oder der NATO, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): - dann mit den Informationen, die Sie ab 2015 wohl auch hatten. Mit rückwärtiger Sicht: Würden Sie heute sagen, dass die kleinen Anfragen falsch beantwortet wurden?

Zeuge Günter Heiß: Es sind einige Anfragen - wir haben das ja dann aufgearbeitet; ich glaube, auch auf eine entsprechende Anfrage von Ihnen hin -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - als unzutreffend erkannt worden, und sie sind dann korrigiert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat dieser Umstand, dass kleine Anfragen falsch beantwortet wurden in einer Zuarbeit des BND, in irgendeiner Form zu Konsequenzen geführt, was die zukünftige - aus damaliger Sicht zukünftige bzw. heutige - Beantwortung von kleinen Anfragen angeht?

Zeuge Günter Heiß: Es hat insofern zu Konsequenzen geführt, als wir Sicherungsmechanismen in die TA eingebaut haben wie Qualitätssicherung und die eindeutige Zuweisung von Begründungen zu jedem Steuerungsmerkmal, zu jedem Selektor. Das wäre zum Beispiel eine der Folgerungen, die wir daraus gezogen haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagen jetzt immer: Bei den BND-Selektoren haben wir heute eine eindeutige Zuordnung, weil wir eine Deutung beifügen lassen und auch diese überprüfen können. - Wie sieht das denn bei den NSA-Selektoren aus?

Zeuge Günter Heiß: Es trifft auf die ebenso zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Und da würde ich gerne wissen: Wenn die NSA dort Deutungen anfügt, inwieweit ist denn der Bundesnachrichtendienst bzw. Sie als Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht in der Lage, diese Deu-

tung zu überprüfen? Können denn alle Telekommunikationsmerkmale der NSA verstanden werden?

Zeuge Günter Heiß: Verstanden werden können sie. Ob sie eine faktische Grundlage in der Wirklichkeit haben - - Die lässt sich naturgemäß nicht überprüfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sagen Sie, dass Selektoren, die zum Beispiel auf soziale Netzwerke zielen - Messenger-Systeme, Skype, Foren, Chats -, alle eindeutig verstanden werden können, was die Länderzuordnung angeht oder die Ehrlichkeit der Deutung? Also, ich kann ja überall „Proliferation“ dranschreiben. Wenn ich vorne nicht verstehe, was dort gemeint ist - - Wie überprüfen Sie denn einen Messenger-Selektor zum Beispiel?

Zeuge Günter Heiß: Es gibt keine Möglichkeit, die inhaltliche Begründung in der Wirklichkeit zu überprüfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und - -

Zeuge Günter Heiß: Das ist eine Frage der Zusammenarbeit, der Kooperation in einer Partnerschaft.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wie hoch ist der Anteil, wo Treu und Glauben gilt bei den NSA-Selektoren?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht beurteilen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist der klein oder groß?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht beurteilen.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann der möglicherweise die Hälfte und mehr sein?

Zeuge Günter Heiß: Das entzieht sich meiner Kenntnis.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre nicht Konsequenz aus dem BfDI-Bericht - - Dort wird ja insbesondere die Problematik der NSA-Selektoren, die auf dem Datenerfassungssystem des BND laufen, problematisiert, weil gesagt wird: In dem Moment, wo die NSA-Selektoren im eigenen Datenverarbeitungssystem sind, müssen sie nach Bundesdatenschutzgesetz und nach unseren Maßgaben betrachtet werden. - Müsste nicht jeder NSA-Selektor verstanden werden, wenn er eingestellt wird, um die Voraussetzungen des Bundesdatenschutzgesetzes zu erfüllen, nämlich - - Sie kennen ja die Kriterien. Also, wann ist - - Eine Datenerhebung muss zweckmäßig sein.

Zeuge Günter Heiß: Zu den rechtlichen Implikationen, die Sie gerade ausgeführt haben, kann ich nichts sagen. Ich glaube, dass - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind doch die Rechtsaufsicht, oder?

Zeuge Günter Heiß: Kann ich nichts sagen. Aber ich glaube, die - - Oder ich weiß, dass die Deutungen der Selektoren verstanden werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist klar, weil das sind fünf Stück. Die heißen irgendwie „War on Terror“, „Proliferation“, „Drogen“ - keine Ahnung. Klar kann jeder die lesen. Aber die Frage ist: Kann der Selektor, der vorne in der Liste steht, tatsächlich dieser Deutung zugeordnet werden? Also, wenn hinten steht: „Das ist ein Terrorist“, kann auch vorne gesagt werden: „Legen wir diese - - Der Name, der dort vorne steht in einem Chatprotokoll - das ist möglicherweise eine Abfolge von Zahlen und Buchstaben -, hat tatsächlich etwas damit zu tun, was hinten als Deutung vorgegeben wird zu sein“? Also, kann das überprüft werden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Das kann nicht vom BND überprüft werden, weil das zu überprüfen und

einzustellen Sache des Partners ist. Wir haben keinen Zugang dazu, welche Gründe er hat, bestimmte Deutungen für Telekommunikationsmerkmale anzulegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Daten laufen doch auf unseren Datenbanken, des BND. Dann muss man die doch verstehen, bevor man sie einstellt.

Zeuge Günter Heiß: Verstehen tun wir sie.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, man liest nur die Deutung. Ich kann das Wort „Antiterror-kampf“ auch lesen.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber damit habe ich den Selektor nicht verstanden.

Zeuge Günter Heiß: Ich wüsste nicht, wie wir einen Beweis erlangen könnten, dass irgendein Telekommunikationsmerkmal dem Menschen ABC, der ein Terrorist ist - und dafür müssten wir den Beweis haben, dass er Terrorist ist - - wie das vermittelt werden könnte.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, alles klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, da müssten wir in der nächsten Runde weiter nachbohren. - Wir kommen in der ersten Runde zu den Fragen der SPD. Herr Kollege Zimmermann beginnt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, ich würde vielleicht doch auch die eine oder andere Sache, die Sie schon ausgeführt haben, gerne noch mal in eine bisschen andere Reihenfolge bringen oder, besser gesagt, in eine chronologische Reihenfolge, weil wir viele Punkte - - Wir springen immer zwischen 2013, zwischen 2015, und ich würde Sie vielleicht noch mal kurz bitten, dass für uns noch mal in die Reihenfolge zu bringen, ausgehend von den Veröffentlichungen durch Edward Snowden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn ich es richtig sehe - - Sie haben ja gesagt, Sie waren in der Abteilung bereits mit allgemeinen Fragen betraut, die aus dem parlamentarischen Raum kamen. Das haben Sie vorhin gesagt, glaube ich, auf die Frage des Vorsitzenden, dass Sie da schon mit der Thematik sich beschäftigt hatten. War das nach Snowden oder war das bereits vor Snowden?

Zeuge Günter Heiß: Das begann im Juni 2013 mit der ersten Veröffentlichung im *Spiegel* über die sogenannten Snowden-Dokumente. Da wir uns mitten im Wahlkampf befanden, können Sie sich vorstellen, dass es einen ganz, sehr hohen Takt an parlamentarischen Anfragen, PKGr-Sitzungen, medialen Anfragen und vielen Anforderungen der Aufklärung auch beim BND und über den BND an uns gegeben hat, sodass die Beschäftigung mit dem, was Snowden veröffentlicht hat - wozu eben auch Selektorenprobleme gehört haben, ohne dass wir das Wort damals so benutzt haben -, ab Juni 2013 in eine ausgesprochene Hochphase gegangen ist, die erst ein wenig abebbte nach dem Jahreswechsel 14 und dann wieder anschwellte mit Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Sie haben jetzt auch explizit den Wahlkampf und die Bundestagswahl erwähnt. Das heißt, auch bei Ihnen in der Abteilung und auch bei Ihnen selbst war die politische Brisanz des Ganzen - - das war Ihnen sehr bewusst?

Zeuge Günter Heiß: Was im Wahlkampf großes mediales Echo erfährt, ist selbstverständlich politisch brisant, weil es ja möglicherweise den Ausgang der Wahl beeinflussen kann. Das ist bei jedem Thema so, was in den Medien prominent diskutiert wird.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Na ja, das ist ja nicht so ganz unerheblich, weil - - Und da würde ich dann auch die Frage direkt auch mal anschließen: Wir haben die Aussagen der Kanzlerin; da hat der Herr Vorsitzende Sie schon drauf angesprochen. Die Frage ist ja so ein bisschen: Was wäre denn eigentlich gewesen, wenn die Informationen, die wir jetzt haben über Selektoren,

die durch den BND gesteuert wurden, die in den Datenbanken vorhanden sind, die aber - - Und eben ist ja darüber diskutiert worden, ob all diese Anfragen, die gestellt wurden, Stand heute - und das wissen wir -, den faktischen Zustand beschrieben haben. Was wäre denn eigentlich gewesen, wenn diese Informationen vor dem 22. September 2013 öffentlich geworden wären?

Zeuge Günter Heiß: Jede Antwort kann da nur eine Spekulation enthalten, und meine Spekulation ist nicht überraschenderweise die, dass es auch zu einer öffentlichen Diskussion über die SIGINT-Aktivitäten des BND gekommen wäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das glaube ich auch, dass es dazu gekommen wäre. Und deswegen ist natürlich der Zeitraum schon, zumindest aus der politischen Perspektive, von sehr hoher Relevanz, dass - und bitte korrigieren Sie mich - Sie ja vorhin gesagt haben, die Aussagen der Kanzlerin beim Sommerinterview haben in Ihrer Abteilung zu keiner zusätzlichen Aktivität oder zu keiner zusätzlichen Überprüfung geführt, weil Sie durch die parlamentarischen Anfragen ohnehin in der Thematik waren. Aber ich sage mal - -

Zeuge Günter Heiß: Das hatte ich nicht - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Nein? Dann, bitte, korrigieren Sie mich.

Zeuge Günter Heiß: Ja, gerne. - Ich hatte gesagt, dass wir im Hinblick auf das, was wir durch die parlamentarischen Anfragen auch beim BND an Informationen gehoben haben, keinen Anlass sahen, bösgläubig zu sein im Hinblick auf BND-eigene Selektoren; das war meine Aussage. Das heißt, wir hatten keinen Anhaltspunkt, danach zu fragen, was Sie eben angesprochen haben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber dann würde ich noch mal auf den Punkt gehen: Die Kanzlerin geht mit einer Positionierung zu diesem Thema raus. Ich finde, das ist ja doch noch mal ein Unterschied, ob wir im parlamentarischen Raum nachfragen, ob wir irgendwo Sachaufklärung betreiben wollen, oder ob die Kanzle-



Nur zur dienstlichen Verwendung

rin mit einer Positionierung rausgeht: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“ Das hat ja ein bisschen eine unterschiedliche Qualität, und bei dem Sommerinterview ging es ja schon in diese Richtung. Vielleicht können Sie das einfach noch mal schildern: Was ist, sagen wir mal, nach diesem Sommerinterview bei Ihnen in der Abteilung abgelaufen bis Ende des Jahres?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben im Hinblick auf das Sommerinterview den BND damit beauftragt, den Punkt fünf - ich glaube, dieses Acht-Punkte-Programm war auch im Sommerinterview mit erläutert worden - als Aufgabe anzunehmen. Das waren Verhandlungen mit den EU-Partnern über ein Abkommen der, sagen wir mal, gegenseitigen Freistellung von Überwachung. Dies war eine Aufgabe, die wir dem BND gegeben haben als Folge dieses Acht-Punkte-Programms.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das war aber der einzige konkrete Ausfluss aus dem Interview, der bei Ihnen dann eine Reaktion nach sich gezogen hat?

Zeuge Günter Heiß: Dies betraf uns konkret, dieser Punkt fünf des Acht-Punkte-Programms, während die Aussage über Ausspähen unter Freunden - ich wiederhole mich - - wir keinen Anlass hatten, davon auszugehen, dass der BND so etwas tut.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und jetzt kamen wir dann aber - - ging es ja weiter. Die ganze Thematik No-Spy-Abkommen hat man ja auch dann ins Gespräch gebracht. Jetzt mal unabhängig davon, wie die Verhandlungen mit den USA gelaufen sind: Aber hat das bei Ihnen dazu geführt, dass man vielleicht noch mal gesagt hat: „Okay, wenn wir so ein Instrument jetzt ins Spiel bringen, wenn wir dazu mit einem weiteren Partner in Verhandlungen treten, müssen wir vielleicht nochmals schauen, wie eigentlich unsere eigene Praxis ist, weil wir können ja schlecht was einfordern, wo wir uns dann nicht sicher sind, dass wir die Gegenseitigkeit erfüllen können“?

Zeuge Günter Heiß: Das hat nicht zu einer solchen Nachfrage geführt, weil meine Kollegen und

ich in der Abteilung davon ausgegangen sind - und ich nehme an, auch alle anderen, die bei dieser Verhandlung mit teilgenommen haben, wie zum Beispiel Präsident Schindler -, dass eine solche Praxis bei uns nicht vorliegt und wir deswegen auch guten Gewissens ein solches Abkommen abschließen könnten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann haben Sie vorhin gesagt, die Bundestagswahl ist ja so verlaufen, dass es im Kanzleramt zu keinen allzu großen Veränderungen gekommen ist. Aber der Chef BK hat ja nun gewechselt. Und Sie haben vorhin auch gesagt, Ihnen ist da nichts drüber bekannt, wie die Übergabe zwischen Herrn Pofalla und Herrn Altmaier in diesem Feld, in diesem Bereich abgelaufen ist; bei Ihnen in der Abteilung war keine Übergabe notwendig. Aber wann haben Sie denn das erste Mal mit dem neuen Chef BK dann über Selektoren überhaupt gesprochen, also wahrscheinlich dann erst mal über NSA-Selektoren?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht sagen. Wir hatten - - Es kam ja dann auch der Staatssekretär Fritsche noch mit hinzu, und wir hatten sehr bald ein Gespräch bei Altmaier über sämtliche Themen, die die Abteilung angingen; aber das kann ich jetzt nicht konkretisieren. Und über Selektoren konkret - jedenfalls nicht über BND-eigene Selektoren - haben wir nicht gesprochen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, beim Amtswechsel jetzt, da direkt am Anfang. Aber haben Sie überhaupt irgendwann mal mit Herrn Altmaier über NSA-Selektoren dann gesprochen? Weil es muss ja irgendwo dann einen Punkt gegeben haben, wo das dann ein großes Thema wurde.

Zeuge Günter Heiß: Selbstverständlich ab März 15, klar. Da war es ein ganz großes Thema, und vorher weiß ich es nicht genau. Ich muss dazu einschränkend sagen: In der Regel berichtet Herr Fritsche direkt an Bundesminister Altmaier. Manchmal bin ich dabei, aber eher selten.

(Christian Flisek (SPD):
Schwarzes Loch!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, aber ich gehe ja davon aus, wenn Herr Fritsche zu Herrn Altmaier geht und es dann um die Selektoren ging, dass er dann vorher bei Ihnen ist und sich mit Ihnen abspricht.

Zeuge Günter Heiß: Mir ist nicht bekannt, dass er mit Herrn Altmaier über Selektoren gesprochen hat. Wie gesagt, ich kann das nicht ausschließen; aber ich weiß es nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber das heißt - ich fasse einfach mal zusammen; bitte korrigieren Sie mich gerne erneut -, vor März 2015 ist Ihnen eigentlich nicht bekannt, dass - - Sie haben nicht mit Herrn Altmaier über Selektoren, über die NSA - - vom BND gesteuerten NSA-Selektoren gesprochen, und Ihnen ist auch nicht bekannt, dass Herr Fritsche mit Herrn Altmaier darüber gesprochen hat?

Zeuge Günter Heiß: So ist es. Und mir ist auch kein Anlass bekannt, weswegen das hätte geschehen sollen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber wäre das nicht - - Meinen Sie nicht, dass es vielleicht notwendig gewesen wäre, darüber mal zu reden? Also, ich meine - -

Zeuge Günter Heiß: Notwendig, darüber zu reden - - Die Notwendigkeit, darüber zu reden, besteht dann, wenn wir irgendeinen konkreten Anlass haben. Da wir die Ablehnungsliste, die im März 2015 aufgetaucht ist, bisher nicht kannten - das heißt also, über das Aufgabenprofil der NSA keine Mutmaßungen anstellen konnten -, gab es auch keinen Anlass, konkret über US-Selektoren mit dem Kanzleramtsminister zu sprechen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich gebe mal kurz weiter an meinen Kollegen.

Christian Flisek (SPD): Danke; ich steige mal gerade kurz ein. - Herr Heiß, Sie sagen, da hat es keinen Anlass gegeben. Ich meine, wir beschäftigen uns genau in diesem Zeitraum, der nach wie vor ein großes schwarzes Loch für uns ist, mit einer ganzen Reihe von Anlässen sozusagen, die

auf der Hand lagen. Halten Sie das, was wir jetzt hier machen - ich frage Sie jetzt mal so direkt -, für überzogen, also für ohne Anlass? Ist unsere Tätigkeit jetzt in Bezug auf die BND-Selektoren etwas, wo sie sagen: „Also, für uns war das alles völlig normal“?

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten bis März 2015 keine Kenntnis von NSA-Selektoren, wie sie dann in der Ablehnungsliste zum Vorschein gekommen sind. Deswegen hatten wir keinen Anlass, konkret über Selektoren, über US-Selektoren zu sprechen.

Christian Flisek (SPD): In einer solchen Situation stelle ich mir das völlig falsch vor, wenn ich sage, dann geht man mal als Aufsichtsbehörde hin, schnappt sich den BND-Präsidenten und sagt: „So, lieber Herr Schindler, wir wollen jetzt über das Thema Selektoren in Ihrem Laden alles wissen, und Sie kriegen jetzt von uns eine Frist von einem Monat von mir aus und dann umfassenden Bericht, bitte“? Ist das so, oder ist das die absurde Vorstellung eines Abgeordneten?

Zeuge Günter Heiß: Das entzieht sich meiner Beurteilung. Aber wenn wir keinen Anlass haben, überhaupt über konkrete US-Selektoren zu sprechen - - Es gab vorher, vor März 2015, das Thema US-Selektoren als illegitime oder als feindliche Selektoren nicht, sodass wir auch keinen Anlass hatten, uns eine Selektorenliste der eingesteuerten Millionen Selektoren in Bad Aibling zu - -

Christian Flisek (SPD): Also, das kann ich nicht nachvollziehen, Herr Heiß; Entschuldigung, dass ich jetzt einhake und Ihnen da ins Wort falle. - Dass Sie mir sagen, vor März 2015 gab es überhaupt gar keinen Anlass über die Frage, ob auch nur irgendein Selektor der USA in irgendeiner Weise schief liegen könnte, nachzudenken, das kann ich nicht nachvollziehen. Und wenn Sie mir das hier heute sagen, dann ist das aus meiner Sicht ein ziemlicher Offenbarungseid für das Funktionieren der Aufsichtsbehörde Bundeskanzleramt - das sage ich Ihnen ganz offen -, weil das ist sozusagen die Einflugschneise bei der Frage, ob die Leute, die da sitzen und die Aufsicht über den BND zu führen haben, überhaupt



Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Lage sind, das zu tun. Wenn Sie mir sagen, erst im März 2015 ist überhaupt da mal eine Sensibilität aufgetaucht, dass es Probleme bei den US-Selektoren geben könnte, dann sage ich: Gute Nacht. - Und das ist so? Das bestätigen Sie jetzt noch mal?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, es gab auch vor März 2015 keine Frage seitens des Ausschusses nach konkreten US-Selektoren, weil das überhaupt nicht - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind doch die Fachaufsicht!)

Christian Flisek (SPD): Entschuldigen Sie! Sie sind die Aufsichtsbehörde, und Sie haben doch Fragen zu stellen über das Funktionieren dieser Behörde unabhängig davon, ob Sie Parlamentsfragen bekommen.

Zeuge Günter Heiß: Selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): So, und das haben Sie nicht getan, weil Sie keinen Anlass gesehen haben, so wie Sie es jetzt gerade noch mal formuliert haben.

Zeuge Günter Heiß: So ist es, ja.

Christian Flisek (SPD): Und da sage ich Ihnen ganz offen: Das ist ein Armutzeugnis. Wenn Sie mir sagen, es gab bis März 2015 in Bezug auf die Frage, ob es rechtmäßig oder auftragsprofilmäßig in Sachen NSA-Selektoren zugeht, gar keinen Anlass, irgendwie mal nachzufassen, was haben Sie in Bezug auf dieses Thema denn dann gemacht? Gar nichts?

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten dies nicht als Thema - die US-Selektoren, ob sie im Einzelnen legitim oder politisch heikel waren -, sondern wir haben viele andere Dinge aufbereiten müssen zusammen mit dem Ausschuss im Rahmen der Snowden-Veröffentlichungen. Da gab es viele Fragen, die uns ständig und immer wieder beschäftigten, insbesondere was das Ziel von Aus-

forschungen angeht, aber nicht der einzelne Selektor. Diese Problematik ist erst im März 2015 aufgetreten.

Christian Flisek (SPD): Gab es eine Einschätzung - ich frage jetzt wirklich auch zugespitzt und provokant -, dass man gesagt hat: „Wir müssen das in irgendeiner Weise versuchen auszusetzen. Wir stellen uns tot. So schlimm wird es schon nicht werden“?

Zeuge Günter Heiß: Das ist nicht die Art einer rechtsstaatlichen Aufsicht im Bundeskanzleramt.

Christian Flisek (SPD): Ja, das teile ich uneingeschränkt in der Beurteilung. Aber die mangelnde Aktivität in diesem Thema ist unerklärlich. Unerklärlich!

Zeuge Günter Heiß: Wir waren im Rahmen der Aufklärung der Snowden-Affäre und der dann folgenden Beschäftigung mit Ihren Fragen und mit dem Untersuchungsausschuss durchaus auch an Leistungsgrenzen angekommen im Kanzleramt, in der Abteilung TA. Das soll nichts beschönigen, sondern erklärt nur, dass wir uns nicht noch gezielt Extrathemen gesucht haben, denen wir dann noch zusätzlich nachgegangen sind. Um es mal so zu sagen: Wir hatten genug zu tun mit dem, was täglich von uns gefordert wurde, und waren damit vollauf beschäftigt.

Christian Flisek (SPD): Aber Ihr neuer Chef, Herr Minister Altmaier, war ja dann im März 2015 alles andere als amused. Hat er denn im Nachgang zu seinem Treffen in Pullach und zu der Kenntnisnahme, die er dann bekommen hat über die Problematik, mal irgendwann mit Ihnen gesprochen und hat gesagt: „Also, lieber Herr Heiß, da gibt es Luft nach oben“?

Zeuge Günter Heiß: Wir sind, was die Aufklärung der NSA-Selektoren angeht, in ständigen Gesprächen gewesen und haben auch seitens der Abteilung das Notwendige veranlasst, um aufzuklären, was hinter - -

Christian Flisek (SPD): Mit wem waren Sie in ständigen Gesprächen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: In der Abteilung mit dem Staatssekretär und der Staatssekretär, soviel ich weiß - aber ich sagte Ihnen bereits, ich bin nicht immer dabei; eher selten -, mit dem Bundesminister Altmaier.

Christian Flisek (SPD): Nach März 2015, vermute ich.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Vorher war da Funkstille?

Zeuge Günter Heiß: Da war sicherlich nicht Funkstille; aber Selektoren waren kein Thema.

Christian Flisek (SPD): Das Kanzleramt hat ja den BND sehr offen kritisiert in einer Pressestellungnahme. Gab es irgendwelche Maßnahmen in Ihre Abteilung hinein, die man als Kritik bezeichnen könnte von oben?

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie können es auch nicht ausschließen?

Zeuge Günter Heiß: Dass - - Ich selbst kann mich nicht daran erinnern. Ich kann es nicht ausschließen, dass irgendjemand Kritik erfahren hat. Ich war dann aber nicht dabei.

Christian Flisek (SPD): Ihnen gegenüber wurde niemals gesagt: „Das lief in der Abteilung 6 nicht rund“?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Christian Flisek (SPD): Niemals? Von niemandem? Nicht von Herrn Fritsche, nicht von Herrn Altmaier? Von niemandem?

Zeuge Günter Heiß: Soweit ich mich erinnere, nicht.

Christian Flisek (SPD): Hat das Gegenteil stattgefunden? Hat man Sie mal gelobt in Bezug auf

diese Arbeit? Hat man gesagt: „Das haben Sie toll gemacht“?

Zeuge Günter Heiß: Da gilt die gleiche Aussage, die ich eben gemacht habe.

Christian Flisek (SPD): Mhm, also gar keine Aussage.

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich kann mich nicht erinnern, dass das erfolgt ist.

Christian Flisek (SPD): Na gut, dann werden wir in der nächsten Runde weitermachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Heiß!

Zeuge Günter Heiß: Guten Tag, hallo!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Nachschau ist Ihnen in den Akten ja sicherlich auch aufgefallen, dass man direkt nach der Sommerpressekonferenz der Bundeskanzlerin im Bundesnachrichtendienst angefangen hat, Selektoren zu deaktivieren bzw. zu löschen. Haben Sie das auch in den Akten gesehen?

Zeuge Günter Heiß: Soweit ich mich erinnere, hat man zunächst erst eine Untersuchung ange stellt. Ob die gleich gelöscht worden sind, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber deaktiviert worden sind.

Zeuge Günter Heiß: Ja, kann sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tausende, Zehntausende von Suchbegriffen.

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht; ja, mag sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht?

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich weiß nur, dass das untersucht worden ist. Ich weiß nicht, ob die Deaktivierung sofort eingetreten ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist vorgenommen worden. Das steht in unseren Akten drin. Das behandeln wir hier seit längerer Zeit; das ist auch presseöffentlich. Aber Sie als Fach- und Rechtsaufsicht - und Sie sind ja noch AL 6, glaube ich - müssen doch damit befasst sein, mit den Aufräumarbeiten sozusagen.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Ist aus diesem Umstand, dass sozusagen direkt mitten im Sommer 2013 auf die erste Aussage der Bundeskanzlerin: „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“ im Bundesnachrichtendienst angefangen wurde, Selektoren herauszunehmen und das offenbar nach oben nicht weitergegeben wurde, irgendetwas gefolgt? Wurde jemand strafversetzt, abgemahnt? Das frage ich Sie jetzt als AL 6, der nicht informiert wurde.

Zeuge Günter Heiß: Ist mir nicht bekannt. Wir haben jedenfalls weder Strafen, disziplinarrechtliche Maßnahmen noch Abmahnungen veranlasst.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was muss man machen, damit man von Ihnen abgemahnt wird?

Zeuge Günter Heiß: Das kommt auf einen Versuch an.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben es Leute ganz hart versucht, nicht erfolgreich offensichtlich. - Ich frage mal anders, weil ich glaube, Sie vertauschen oder Sie verwechseln Abläufe - oder Herr Schindler sagt

nicht die Wahrheit. Sagt Ihnen die sogenannte 700er-Liste etwas?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 28.10.2013 ist eine Liste erstellt worden, die leider Geheim eingestuft ist, über problematische Selektoren, die der BND steuert - 28.10.2013.

Zeuge Günter Heiß: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 28.10.2013 gab es Gesprächsrunden, an denen Sie auch teilgenommen haben, bei denen Herr Schindler dabei war. Ich halte Ihnen mal das vorläufige Stenografische Protokoll vor der Vernehmung von Herrn Schindler hier das letzte Mal. Da geht es um diese Treffen, bei denen diese 700er-Liste im Bundeskanzleramt eine Rolle gespielt hat. Das ist Seite 27 von 82 Seiten. Ich kürze das jetzt so ein bisschen ab. Ich arbeite mich da an meine Fragen mit Herrn Schindler langsam ran, und dann geht es - -

Frage von mir: „Und wer war denn noch dabei, bei diesem Treffen?“ In Klammern - ich ergänze -: bei diesem Treffen, bei dem die Problematik der BND-Selektoren besprochen wurde. Da fragt der Zeuge Schindler: „Bei welchem?“ Meine Frage: „Als man sich im Bundeskanzleramt mit Herrn Pofalla austauschte über diese Problematik.“ Zeuge Gerhard Schindler: „Also, nach meiner Erinnerung war der Abteilungsleiter 6 noch dabei.“ Ich frage: „Herr Heiß.“ Herr Schindler sagt: „Ja.“ Ich frage: „Und noch jemand?“ „Daran kann ich mich nicht erinnern“, sagt Herr Schindler.

Also, Herr Schindler sagt, im Bundeskanzleramt am 28.10. hat es ein Gespräch gegeben, bei dem es um die Problematik „BND-Selektoren: Was steuern wir?“ - da geht es so um Europäische Union und NATO -, gegangen ist, bei dem Sie dabei gewesen sind. Haben Sie eine Erinnerung an dieses Gespräch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Meine Erinnerung an ein entsprechendes Gespräch ist ein wenig abweichend von dem, was Sie gerade vorgelesen haben oder auch insinuiert haben. Also, ich kenne keine 700er-Liste; ich kenne insofern gar keine Listen. Und nach meiner Erinnerung ging es in diesem Gespräch auch nicht konkret um BND-Selektorsteuerungen, sondern zunächst erst mal um die ganz abstrakte Frage - anhand einer Veröffentlichung in den Medien, die NSA würde Botschaften abhören oder Botschaften überwachen -: Machen wir das auch? Passiert so was bei uns auch?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und was war da wohl die Antwort bei dieser Frage?

Zeuge Günter Heiß: Ich will nicht ausschließen, dass diese Frage zunächst erst mal aufgetaucht ist, und Herr Präsident Schindler hat gesagt: Ich nehme das erst mal mit und beantworte das in unserem nächsten Gespräch. - Das weiß ich nicht mehr.

Er hat jedenfalls dann einen Fall geschildert, in dem die Botschaft eines Partnerlandes in einem Krisengebiet überwacht worden ist mit dem Ziel, Informationen über das Krisengebiet zu erlangen; das war ein Beispiel. Und er hat dann ausgeführt nach meiner Erinnerung: So etwas machen wir.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler?

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da am 28.10.?

Zeuge Günter Heiß: Ob es der 28.10. ist, weiß ich nicht; keine Ahnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von einer 700er-Liste und einer ganzen Reihe von Botschaften wussten Sie nichts?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist da auch nicht besprochen worden?

Zeuge Günter Heiß: Nach meiner Erinnerung nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Sommerpresse- - Oder am 01.07. bei der Regierungspressekonferenz ging es um die Frage des Abhörens, Ablauschens von Botschaften und Ähnlichem durch die NSA, und da sagte der damalige Regierungssprecher - heutige auch noch - Seibert - ich zitiere -:

Wenn sich aber bestätigt, dass tatsächlich diplomatische Vertretungen der Europäischen Union und einzelner europäischer Länder ausgespäht worden sind, dann müssen wir ganz klar sagen: Abhören von Freunden ist inakzeptabel. Das geht gar nicht. Wir sind nicht mehr im Kalten Krieg.

Das war am 01.07. Wir kennen inzwischen viele der problematischen Selektoren, und um es kurz zu machen: Der Bundesnachrichtendienst tut genau das. Er hat genau das getan. Er hat diplomatische Vertretungen der Europäischen Union, Freunde, befreundete Staaten, Regierungschefs, Außenminister verschiedener Länder - - Die alle hat er abgehört, und Sie sagen, als das die Verteidigungslinie wurde im Juni 2013 von Frau Merkel und dem Bundeskanzleramt inklusive Herrn Seibert, wussten Sie als Abteilungsleiter 6 nicht, dass das der Faktenlage im BND entsprach und dass der Bundesnachrichtendienst exakt das Gleiche tut?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das wusste ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Ihnen mal jemand aus Amerika gesagt - in das man ja empört gereist ist, um total echauffiert zu sagen, dass das alles nicht geht -, ob man des Wahnsinns fette Beute ist, weil die Amerikaner ja wussten, dass der BND das auch macht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ich kann nicht bestätigen, dass die Amerikaner so etwas wussten. Ich hoffe nicht; aber es hat uns nie jemand so etwas gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat nie jemand gesagt: „Ihr macht das auch“?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern. Falls es irgendjemanden gibt, der das berichtet: Ich weiß es nicht. Ich bin davon jedenfalls - - Ich bin nicht anwesend gewesen, als irgendjemand so etwas gesagt haben soll.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben auch nie nachgefragt als AL 6: „Sagt mal, Freunde, wir reiten da diese steile These im Bundestagswahlkampf. Die Bundeskanzlerin stellt es öffentlich so dar, als wäre das ein moralisch maximal empörender Vorgang. Machen wir das eigentlich selbst?“? Diese Frage ist Ihnen nie in den Kopf gekommen und wurde auch nie rückgeköpelt?

Zeuge Günter Heiß: Diese Frage haben wir gestellt im Zusammenhang mit einer medialen Veröffentlichung von Botschaften, und dann ist es zu diesem Gespräch gekommen und gleichzeitig dazu, dass diese Praxis dann abgestellt wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 01.07.?

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Veröffentlichung ist vom 01.07., Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: Das ist richtig; aber Sie haben gefragt, ob wir in der Folge uns diese Frage mal gestellt haben. Und im Zusammenhang mit einer medialen Veröffentlichung über die Be-

obachtung von Botschaften - das war dann wahrscheinlich im Herbst - haben wir uns diese Frage gestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sind Sie belogen worden?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht, ob ich belogen worden bin. Ich bin - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß, ganz kurz.

Zeuge Günter Heiß: Ich bin - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß, Sie haben doch die Selektoren auch gesehen.

Zeuge Günter Heiß: Ja, natürlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sind Sie belogen worden oder nicht?

Zeuge Günter Heiß: Ich sage noch mal: Ich weiß es nicht; denn Lüge setzt ja einen Vorsatz voraus. Ich weiß nicht, ob der Herr Präsident Schindler mehr wusste zu dem Zeitpunkt. Ich kann mich nur daran erinnern, dass dieses Beispiel „Botschaft und Krisengebiet“ gegeben wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Sind Sie unzutreffend informiert worden?

Zeuge Günter Heiß: Das ist möglich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist möglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und damit müssten wir in die nächste Runde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es - - Letzte Frage: Gab es wegen dieser unzutreffenden Information irgendeine personalrechtliche oder irgendeine politische Konsequenz, personelle Konsequenz, dass man die Bundeskanzlerin so maximal peinlich in der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weltöffentlichkeit sich hat vorführen lassen?
Oder passiert das folgenlos?

Zeuge Günter Heiß: Es hat keine personellen Folgen gegeben, soviel ich weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur der Fraktion CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Guten Tag, Herr Heiß! - Ich bleibe - - oder komme auf das Gespräch 28. Oktober 2013 zurück. Da habe ich jetzt noch nicht ganz genau verstanden - bzw. es anders in Erinnerung gehabt -, wie es denn zustande kam und von wem da was genau ausging. Also, können Sie noch mal sagen: Wer hatte denn um den Gesprächstermin gebeten, Herr Pofalla oder Herr Schindler? Oder war das ein Routine-treffen, und hat man vorher sich schon auf eine Agenda geeinigt gehabt? Oder wie lief das ab?

Zeuge Günter Heiß: Das waren informelle Treffen, die damals öfter stattgefunden haben, also jetzt nicht in Regelmäßigkeit im Sinne eines Jour fixe, sondern anlassbezogen. Welcher Anlass diesmal obwaltet hat, weiß ich nicht. Aber wir haben uns einfach in der Zeit öfter getroffen, weil es darum ging, die jeweiligen Informationen miteinander abzustimmen und die politische Spitze zu informieren.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber es gab jetzt keine konkrete Anfrage -

Zeuge Günter Heiß: Mir ist es - -

Nina Warken (CDU/CSU): - zu einem konkreten Thema?

Zeuge Günter Heiß: Ist mir jetzt nicht bewusst oder bekannt. Aber wenn Sie den Kalender sehen, können Sie dem entnehmen, dass wir damals relativ oft bei Chef BK zu einem Gespräch waren, ohne dass im Kalender jetzt noch mal extra vermerkt war, zu welchem Thema.

Nina Warken (CDU/CSU): Welche Rolle oder Funktion hatten Sie bei der Besprechung als Abteilungsleiter 6?

Zeuge Günter Heiß: Eben diese: als Abteilungsleiter 6, als Aufsicht über den BND zusammen mit dem Präsidenten, sozusagen der Vertreter des Beaufsichtigten und mit unserem politischen Chef.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie hatten jetzt keine spezielle Aufgabe konkret in der Besprechung? Oder waren Sie es, der Fragen gestellt hat oder der irgendwas vorgetragen hat? Oder waren Sie einfach nur dabei und haben dann danach Aufgaben verteilt? Oder - -

Zeuge Günter Heiß: Ich habe teilgenommen, sicherlich auch aktiv. Aber von wem die Initiative zu dem Gespräch ausging und wer nun im Einzelnen was gesagt hat oder veranlasst hat in dem Gespräch, das weiß ich nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt ging es ja darum, dass vorgetragen wurde über die bisherige Steuerungspraxis des BND, dass vorgeschlagen wurde, die Steuerungspraxis auch mit einem eventuellen Erkenntnisverlust grundsätzlich einzustellen. Können Sie vielleicht noch mal schildern, wie es dann dazu kam? Ich hatte das immer so verstanden, dass Herr Schindler eben in diesem Termin dann proaktiv vorgetragen hat, dass es bei der BND-eigenen Steuerung eben auch um Ziele mit Bezug zu NATO- und EU-Staaten ging, und er dann eben vorgeschlagen hat, das einzustellen. Sie hatten vorhin irgendwie gesagt: Wir haben über NSA geredet, und dann kamen wir irgendwie auch auf BND-eigene Selektoren. - Das hatte ich bisher immer anders verstanden. Aber vielleicht können Sie das noch mal schildern, weil am Ende des Gesprächs gab es ja dann auch eine konkrete Entscheidung und eine konkrete Weisung.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann den Ablauf des Gesprächs nicht mehr aus dem Gedächtnis darstellen. Anlass war, wie gesagt, die Frage: „Werden auch von uns Botschaften beobachtet?“ und als Konnotation: Botschaften von Partnern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Mhm.

Zeuge Günter Heiß: Daraufhin hat Schindler nach meiner Erinnerung einen Beispielfall geschildert, den ich vorhin schon genannt habe: eine Botschaft eines Partners in einem Krisengebiet, weil also dieses Krisengebiet besonders wichtig ist für Deutschland, daraus Informationen zu erlangen. Wir haben keinen guten Informationszugang in diesem Krisengebiet; aber die Botschaft des Partners ist sozusagen von Expertise gesegnet. Und deswegen: Ziel Informationen über das Krisengebiet, Objekt aber die Botschaft des Partners.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie - -

Zeuge Günter Heiß: Das war die Ausgangssituation. Das wurde gemeinsam von Herrn Minister Pofalla, Herrn Präsident Schindler und mir als politisch durchaus heikel im Zusammenhang mit der Diskussion über das, was gerade medial erfolgte im Hinblick auf die NSA-Selektoren, angesehen, weil wir natürlich die öffentliche Aufregung dann auch auf uns gezogen hätten, wenn wir sagen: Ja, natürlich, das machen wir auch in bestimmten Fällen. - Da kann man natürlich immer noch drüber streiten: Ist das eine legitime Aktion gewesen oder nicht? Aber politisch war es zumindest so eingeschätzt worden, dass die zu einer für den BND sehr unangenehmen öffentlichen Diskussion geführt hätte. Deswegen haben wir dann entschieden: Das stellen wir ab. - Und selbstverständlich war das Diktum der Kanzlerin - das wäre wahrscheinlich Ihre nächste Frage gewesen - da auch die Leitlinie gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt habe ich den letzten Satz leider akustisch nicht verstanden - könnten Sie den noch mal sagen? -, weil es hier so laut war.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe gerade ausgeführt, dass wir die Praxis des BND, die uns als ein geringer Kreis von Einzelfällen dargestellt wurde - hier gibt es eine Botschaft in einem Krisengebiet -, im Zusammenhang mit der medialen Diskussion über die Praxis der NSA als politisch

sehr heikel angesehen haben und wir auch verhindern wollten, dass die Diskussion auf die Praxis des BND umschwenkt und wir einen großen medialen Hype dann haben im Hinblick darauf und wir natürlich auch uns bewusst waren, dass die Kanzlerin dieses Diktum mit den Freunden gesagt hat. Da haben wir gesagt: Dieses ist eine Praxis, die wir sofort abstellen.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Ein paar Tage vorher war ja - dann konkret noch mal - die Äußerung der Kanzlerin, und da haben Sie das nicht noch genauer hinterfragt. Jetzt haben Sie gesagt, es wurden da Einzelbeispiele genannt und Botschaften von Partnerstaaten, aber im Krisengebiet. Hat man das nicht noch genauer hinterfragt, dass man sagt: Ist es wirklich nur das? Oder waren es vielleicht auch Botschaften sonst wo, eben nicht nur in Krisengebieten, aber Botschaften aus Partnerstaaten? Oder hat man sich das - - War man mit der Auskunft - - zufrieden mit den Beispielen, oder ist man da noch näher eingestiegen? Gerade vor dem Hintergrund, dass es eben schon die Diskussion gab, dass es die Aussage der Kanzlerin gab, da hätte man doch, meine ich, das vielleicht ein bisschen genauer hinterfragen müssen: Ist es wirklich - - Sind es nur diese Einzelfälle, die man vielleicht dann auch gut begründen kann, oder gibt es noch sonstige kritische Fälle?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben keine weiteren Fälle erörtert. Klar war, dass diese Praxis im Hinblick auf EU-Partner und NATO-Partner - das war das Ergebnis des Gesprächs - sofort abzustellen war.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Kollege macht mal weiter.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Ich hätte da noch eine Nachfrage, und zwar - wir haben jetzt die Begriffe „Partner“ und „Freunde“ verwendet -: Wenn Sie die Einzelfälle, auf die Sie sich hier bezogen haben - Sie haben in dem Fall „Partner“ genannt -, für politisch heikel halten, stellt sich mir die Frage: Warum? Also, ist der Begriff „Partner“ hier bezogen auf ein Land, mit dem üblicherweise oder in diesem konkreten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Fall auch nachrichtendienstliche Kooperation stattgefunden hat? Und ist dann - - Und ergibt sich daraus die Frage des Heiklen, nämlich dass trotz der Kooperation ein Misstrauen sozusagen durch die Ausspähung der Botschaft offenbar begründet ist?

Zeuge Günter Heiß: Wenn ich an Ihre letzte Aussage anknüpfen darf: Mit Misstrauen gegenüber dem Partner hatte es, so wie Herr Präsident Schindler das darstellte, überhaupt nichts zu tun, sondern nur mit der Expertise des Partners, etwas über das Krisenland zu wissen, was wir nicht wissen. Also, es war gewissermaßen der kurze Weg, so was abzuschöpfen. Es wäre auch möglich gewesen, den Partner selbst zu fragen oder in Kooperation diese Informationen zu erlangen.

Wenn Sie fragen, ob die Frage einer nachrichtendienstlichen Partnerschaft gleichzeitig eine solche Informationserhebung ausschließt, dann kann ich sagen: Das ist nicht der Fall. Wir haben natürlich auch Kooperationen mit Nachrichtendiensten, die durchaus auch im Kernbereich unserer Beobachtung stehen. Die würden wir zwar nicht als Partner bezeichnen; aber wir kooperieren mit denen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder als „Freunde“!)

- Als „Freunde“ auch nicht. - Zur Frage: „Was war das für ein Partner?“ muss ich eben sagen: Das zielt hier auf enge Partner, zum Beispiel NATO-Partner oder EU-Mitglieder.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Also, würde man denn nicht bei solchen engen Partnern, wie Sie sie beschreiben, üblicherweise Vereinbarungen treffen, die dann ein wechselseitiges Ausspähen ausschließen?

Zeuge Günter Heiß: Das ist möglich; das ist denkbar. So was erfolgt auch bilateral. Im Einzelfall gibt es so was; das wird auch immer wieder angestrebt. Aber einen gänzlichen Ausschluss der gegenseitigen Informationserhebungen - - Es hat sich ja gezeigt, dass das sehr schwer umzusetzen

ist. Wir hatten das ja auf Vorschlag der USA versucht, mit den USA zu verhandeln. Wie Sie wissen und wie hier hinreichend erörtert worden ist, ist das im Sande verlaufen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Zu diesem Gespräch. Gab es da - - Hatten Sie da erstmals das Thema „BND-eigene Selektoren“ besprochen oder erfahren und die Problematik damit? Oder gab es da vorher schon einen Ansatz und das Gespräch war die, sage ich mal, Fortsetzung? Oder - -

Zeuge Günter Heiß: Dieses Gespräch drehte sich - noch mal - nicht um im engeren Sinne BND-eigene Selektoren und die Problematik, sondern es ging eigentlich darum, im Hinblick auf Botschaftsstatus - - Botschaften sind ja immer, insbesondere in der öffentlichen Diskussionen, was ausgesprochen Sakrosanktes, und insbesondere Botschaften von Partnern sind besonders sensibel. Da ging es uns konkret drum, dass Botschaften von NATO-Partnern oder EU-Angehörigen nicht überwacht werden. Da ging es weniger um die Frage nach konkreten Selektoren. Das ist natürlich der technische Hintergrund. Aber der Ausdruck „BND-eigene Selektoren“ ist zum Beispiel in diesem Gespräch nach meiner Erinnerung überhaupt nicht gefallen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, aber es ist ja jetzt durchaus ein Unterschied, ob es ein Problem ist im Zusammenhang mit eben den Selektoren der NSA oder ob es ein Problem gibt im Zusammenhang mit dem, was wir oder was der BND selbst macht. Jetzt nenne ich es vielleicht mal so: Haben Sie da dann erstmals erfahren, dass bei dem, was der BND selbst tut ohne einen Partner, es vielleicht auch ein Problem gibt, nämlich mit der Erfassung von Botschaften?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben das durchaus als kritisch angesehen, diesen Vortrag; davon haben wir das erste Mal erfahren, Herr Pofalla und ich. Auch in der Abteilung gab es darüber kein Wissen, soviel ich weiß. Wir haben dieses Problem auch sofort gelöst, indem wir die Weisung gegeben haben, dass das sofort einzustellen ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Also, es gibt ein Gespräch, in dem - so habe ich es jetzt verstanden - grundsätzlich Steuerung mit Bezug zu Bottschaften ein Thema war, und in dem Zusammenhang hat Herr Schindler dann berichtet, dass man eben selbst da auch gegebenenfalls Kritisches steuert. Herr Pofalla hat dann entschieden, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - das konkret und komplett abzustellen. Vielleicht können Sie mal den konkreten Inhalt der Weisung, wie Sie ihn noch erinnern, uns schildern.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Da wird einfach gesagt: Das lassen wir jetzt - Punkt.

Nina Warken (CDU/CSU): Das lassen wir alles, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - komplett, ohne noch mal zu gucken - -

Zeuge Günter Heiß: Nein, im Hinblick auf NATO- und EU-Partner; das war so der Rahmen. Soviel ich weiß, hat Präsident Schindler das sogar selbst vorgeschlagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Also, Herr Schindler hat es vorgeschlagen und Herr Pofalla hat dann die Weisung so erteilt; okay. - Und wie würden Sie das bewerten, dass Sie dann erstmals zu dem Zeitpunkt überhaupt von der Problematik erfahren haben? Wäre das was gewesen, was man nicht schon hätte eher mal ansprechen müssen?

Zeuge Günter Heiß: Na ja, im Hinblick darauf, dass, soviel ich weiß, bereits Mitte Sommer sich jemand in der Abteilung TA mit den BND-eigenen Selektoren im Hinblick auch auf das Diktum der Kanzlerin - so vermute ich jedenfalls - befasst hat und dort auch fündig geworden ist - es war ja hier von einigen Listen schon die Rede -, hätte natürlich auch eine frühere Befassung mit diesem Problem stattfinden können, sodass wir, als wir dann den wirklichen Umfang 2015 - im März und

darauf fortfolgende - erfahren haben, nicht besonders, sagen wir mal, angetan war über die Berichtseifrigkeit des BND.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie hat denn der Herr Pofalla in dem Gespräch darauf reagiert, dass er es dann erst erfährt?

Zeuge Günter Heiß: Da war Herr Pofalla nicht mehr Bundesminister.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein. In dem Gespräch, meine ich, in dem er es erstmals erfahren hat.

Zeuge Günter Heiß: Im Herbst 2013?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge Günter Heiß: Er hat gesagt, das sei sofort einzustellen, -

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Und - -

Zeuge Günter Heiß: - auf Vorschlag des Präsidenten.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat er dann gesagt: „Warum erfahre ich das erst jetzt?“? War er da verärgert?

Zeuge Günter Heiß: Die Frage war erst jetzt aufgetreten. Er war nicht verärgert.

Nina Warken (CDU/CSU): Wird bei so einer Besprechung dann üblicherweise Protokoll geführt? Sie haben jetzt vorhin gesagt: Wir haben uns sehr regelmäßig getroffen, vor allem in der Zeit. - Gab es da immer ein Protokoll?

Zeuge Günter Heiß: Nein, über diese Besprechung ist nicht Protokoll geführt worden. Über die vielen Informations- und informellen Kontakte des Präsidenten, des Abteilungsleiters und des Bundesministers ist in der Regel nicht Protokoll geführt worden, es sei denn, es ist beim Bundesminister im Büro selbst Protokoll geführt worden, wovon ich nichts weiß.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Hat man da dann auch sich verabredet? Oder wie ist man verblieben, um auch die Umsetzung der Weisung zu kontrollieren? Hat man dann gesagt: „Ich will da noch mal einen Bericht“ - in zwei Wochen oder in zwei Monaten -, oder waren das - -

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern. Es waren der sozusagen oberste politische Verantwortliche, der Kanzleramtsminister, der Chef der Aufsicht und der Präsident gemeinsam, also sozusagen die höchsten „Würdenträger“ - in Führungsstrichen - in diesem Bereich, zusammengekommen und haben entschieden, dass das so und so zu erfolgen hat. Das spricht dafür, dass man da nicht noch, jedenfalls nach unserer Ansicht, eine gesonderte Kontrolle einführen muss. Das passiert dann auch. Darauf habe ich mich verlassen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wer wurde denn im Nachgang zu dem Gespräch informiert über den Vorgang BND-eigene Selektoren mit Bezug zu NATO und EU? Haben Sie -

Zeuge Günter Heiß: Also der Präsident - -

Nina Warken (CDU/CSU): - Ihre Arbeitsebene informiert?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe die Arbeitsebene bei uns nicht informiert. Der Präsident ist mit entsprechenden Weisungen in seine zuständige Abteilung gegangen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und im Kanzleramt? Hat vielleicht Herr Pofalla noch jemanden informiert?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Sie haben aber jetzt Ihre, sage ich mal, Referatsleiter nicht darüber informiert?

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich habe meine Abteilung nicht informiert. Für mich war die Sache erledigt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ist das unüblich? Müssten die das nicht wissen?

(Christian Flisek (SPD): Die wollen es gar nicht wissen!)

Zeuge Günter Heiß: Also, für mich war die Sache insoweit erledigt, als wir entschieden haben - und ich mich darauf verlassen konnte -, dass Herr Schindler das Entsprechende veranlasst in der Abteilung. Man muss auch sehen, dass das nicht dieses Gewicht aus unserer damaligen Sicht gehabt hat, wie es später bekommen hat, als wir eben diese sogenannte Quarantäneliste, also diejenigen Sachen, die dann ausgeschieden wurden im Hinblick auf diese Weisung, gesehen haben.

Nina Warken (CDU/CSU): Hätte es nicht auch eine Vorlage nach oben, also eine schriftliche Vorlage an die Kanzlerin geben müssen? Oder sagen Sie da auch, das war vom Gewicht her nicht so wichtig?

Zeuge Günter Heiß: Die Information der Kanzlerin - wenn der Bundesminister, der Kanzleramtsminister entsprechende Informationen hat - ist dann gewissermaßen in seiner Verantwortung, und ob der Bundeskanzleramtsminister die Kanzlerin unterrichtet hat, weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Sie waren ja mit dem Abteilungsleiter 2 im Bundeskanzleramt, mit Herrn Heusgen, im Oktober, am 30. Oktober 2013, in Washington zu den No-Spy-Gesprächen, und Sie reisten laut Terminkalender mit Herrn Heusgen am 29. Oktober ab. Die Gespräche waren ja wichtig und, denke ich, auch politisch hochbrisant. Haben Sie das Gespräch, das Sie da geführt hatten am 28. Oktober, auch mit Herrn Schindler, mit Herrn Pofalla - - Haben Sie dann in dem Zusammenhang auch überhaupt über „No Spy“ und die bevorstehende Reise sprechen können, oder ist das dann völlig ins Hintertreffen geraten, weil man eben dann eher über Selektoren gesprochen hat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Nein, wir haben zu dem Zeitpunkt nicht ausführlich über Selektoren gesprochen; ich hatte das bereits auf die Frage des Abgeordneten Flisek gesagt. Wir hatten damals keinen Anlass dazu. Sicherlich haben wir die Möglichkeit erörtert und erwogen, wie wir mit dem Angebot der USA umgehen könnten, ein entsprechendes Abkommen abzuschließen. Dem diente ja auch die Reise damals - meines Kollegen Heusgen und meine - in die USA. Ziel war eine Besprechung im Weißen Haus mit der Sicherheitsberaterin damals.

Nina Warken (CDU/CSU): Kann es dann gewesen sein, dass eben, weil Sie dann kurz darauf auch abgereist sind, vielleicht deswegen auch ein bisschen in Vergessenheit geraten ist, Ihre Fachreferate zu unterrichten von der Weisung?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann mich an die konkreten Situationen nicht so erinnern, als dass ich jetzt Ja oder Nein sagen könnte. Aus der Perzeption, die ich jetzt habe, ist es so gelaufen, dass ich diese Sache für erledigt gehalten habe, dass ich sie gehalten habe für ein Problem, was einzelfallmäßig eingrenzbar ist - also wenige Einzelfälle oder ein kleiner Kreis von Fällen -, und dass dieses Problem geregelt ist. Insofern hatte ich keinen Anlass, weiter darüber nachzudenken - so ist jedenfalls meine heutige Erinnerung oder meine heutige Perzeption -, das noch weiter in die Abteilung zu geben.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Amtseinführung von Herrn Fritsche war ja dann im Januar 14. Haben Sie ihn dann informiert über die Weisungslage, über die geänderte Weisungslage, über die bisherige Praxis?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht mehr. Ich habe ihn über viele Details informiert, die damals aktuell waren. Ob dies dazugehörte, kann ich nicht mehr sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Erinnern Sie sonstige untersuchungsgegenständliche Sachverhalte, die Sie mit Herrn Fritsche erörtert haben?

Zeuge Günter Heiß: Eigentlich sind wir im ständigen Austausch seitdem über untersuchungsgegenständliche Sachverhalte: „Wie geht man da vor? Was haben wir vorzulegen? Welche Probleme ergeben sich?“ usw. Also, das ist eigentlich Tagesgeschäft. Das ist nicht irgendein Punkt mal am Anfang, und dann ist das für immer vorbei, sondern das ist Tagesgeschäft.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie dann nach der Regierungsbildung auch den neuen Kanzleramtschef Altmaier unterrichtet von der alten Praxis, von der neuen Weisungslage?

Zeuge Günter Heiß: Was das Problem „Gespräch 28.10.“ anging, soviel ich weiß, nicht. Das war für mich ein erledigter Einzelfall.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Zeugen aus dem Bundesnachrichtendienst haben uns berichtet, dass vor dem Gespräch 28. Oktober 2013 sich der BND-Präsident zum ersten Mal über die BND-eigene Steuerung von Zielen mit Bezug zu Partnerstaaten berichten ließ und dass vor dem Oktober 2013 weder die Leitung des Dienstes noch das Bundeskanzleramt nach dieser Thematik gefragt hat; also, das hat uns zum Beispiel der Zeuge D. B. so berichtet. Trifft es aus Ihrer Sicht zu, dass eben im Bundeskanzleramt weder vor dem 28.10.13 gesprochen wurde noch man dazu irgendeinen Sachstand eingefordert hatte beim BND?

Zeuge Günter Heiß: Das ist der Fall, ja. Das entspricht auch meiner Erinnerung.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Snowden-Enthüllungen 2013, haben Sie die dazu veranlasst, auch Fragen zur BND-eigenen Erfassung zu stellen?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben uns natürlich im Hinblick auf die Snowden-Veröffentlichungen auch Gedanken gemacht: Welche Parallelen gibt es da? Und wir haben mediale Diskussionen sozusagen projiziert auf den BND. Da ging es ja im Wesentlichen um massenhafte, flächendeckende, anlasslose Überwachungen. Wir haben uns beim BND natürlich auch schlaugemacht, ob



Nur zur dienstlichen Verwendung

es so was überhaupt beim BND gibt, obwohl wir natürlich schon vorher etwa die Struktur seiner Überwachung kannten. Aber auch da hat er uns noch mal bestätigt, dass es keine parallelen Vorgänge insoweit gibt. Das ist ein Beispiel dafür, inwieweit wir uns veranlasst gesehen haben, im Hinblick auf die Snowden-Veröffentlichungen auch beim BND nachzufragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn jetzt aber der BND-Präsident im Oktober 2013 auf die Idee kommt, sich über die BND-eigene Steuerung und eben die Praxis, vielleicht auch die problematische Praxis unterrichten zu lassen, müsste dann das Kanzleramt nicht auch auf die Idee kommen, das mal genauer zu hinterfragen?

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten keinen Anlass dazu, das genauer zu hinterfragen, weil wir davon ausgegangen sind, dass eben das für den BND gilt, was die Kanzlerin gesagt hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Bis zu welcher Detailtiefe haben Sie sich denn üblicherweise berichten lassen? Und wie war denn sichergestellt, dass auch technische Details der Arbeit des BND und vor allem der Abteilung TA überhaupt beurteilt werden können und bewertet werden können in Ihrer Abteilung?

Zeuge Günter Heiß: Das ist die Problematik einer jeden Aufsicht. Wenn man sie sozusagen so perfekt, dass alles beurteilt werden kann, was der Beaufsichtigte tut, vornehmen will, dann ist man natürlich darauf angewiesen, praktisch eine Eins-zu-eins-Aufsicht zu haben, die jeden Arbeitsplatz durch die entsprechende Expertise spiegelbildlich kontrolliert. Das ist nicht möglich, und das ist auch nicht gewünscht. Die Detailtiefe, jeden einzelnen Selektor anzugucken und welche Selektoren wie im Einzelnen verwandt werden, die hat die Aufsicht nicht umfasst.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber ein grundsätzliches Verständnis für die technischen Abläufe, würden Sie sagen, bestand in Ihrer Abteilung?

Zeuge Günter Heiß: Sehr grundsätzlich, sehr grundsätzlich. Also, ein wirklich tiefgehendes

technisches Verständnis, das ist sicherlich übertrieben; das hatten wir nicht. Inzwischen ist das aufgewachsen. Inzwischen haben wir da nachgebessert, um auch die Vorgänge, die jetzt bei der Aufarbeitung im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss ans Tageslicht gekommen sind, besser zu verstehen. Da haben wir nachgerüstet und sind heute besser in der Lage als früher, technische Abläufe nachzuvollziehen oder uns zumindest von Fachleuten erklären zu lassen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Wir haben erfahren, dass in der Abteilung TA ja schon seit Frühjahr 2013 eine interne Weisung zur Steuerung von Botschaften und Regierungseinrichtungen erarbeitet wurde. Haben Sie davon gewusst?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das habe ich jetzt bei der Aufarbeitung hier erfahren.

Nina Warken (CDU/CSU): Das war dann auch keine Thema des Gesprächs am 28. Oktober 2013? Oder hat man da bestimmte Überlegungen angestellt, vielleicht auch, dass eben Teile einer solchen Steuerung vielleicht auch zulässig sind, Teile vielleicht nicht? Die Überlegungen, die man bei der Erstellung der Weisung angestellt hat im BND, die waren jetzt nicht Gegenstand des Gesprächs mit Herrn Schindler, am Ende dessen ja dann die Weisung stand?

Zeuge Günter Heiß: Nach meiner Erinnerung war das nicht Gegenstand des Gesprächs. Indessen hat Herr Schindler ergänzend vorgetragen in dem Gespräch, dass er zwar vorschläge, diese Selektoren aus der Steuerung herauszunehmen, er aber davon ausgehe, dass diese Selektoren auftragungsgerecht wären, also nicht etwa verboten, sondern nur politisch heikel; denn es handle sich um die Informationserfassung für das Krisengebiet und nicht für die betroffene Botschaft, also Informationen über das Krisengebiet, nicht über den Partner. Das war eine Argumentationsstrategie, die Herr Schindler im Zusammenhang damit auch noch anbrachte, die aber jetzt unabhängig - oder keinen Einfluss auf die Entscheidung hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann ist meine Zeit für die Runde um. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Und wir kommen zur zweiten Frage-
runde. In der zweiten Fragerunde beginnt auch
wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin
Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke. - Frau
Warken hat das eben schon angesprochen: Im
Bundesnachrichtendienst hat man sich schon im
September Gedanken gemacht zur Steuerung und
Erfassung von Regierungseinrichtungen. Darunter
hat man Politiker, Ministerien, aber auch Bot-
schaften und Konsulate verstanden, und ich
glaube, das ist auch sehr naheliegend. Und dann
berichtet Herr Schindler nur zu so einem, ich
sage mal, kleinen Segment, nämlich Botschaften
von EU-Staaten oder NATO-Partnern im Aus-
land. Wäre da nicht sofort die Rückfrage aus dem
Bundeskanzleramt notwendig gewesen: „Ja,
wenn Botschaften das Problem sind, was ist denn
mit Ministerien, was ist denn mit Politikern?“
Also, wieso hat man sich auf diese Engführung
eingelassen?

Zeuge Günter Heiß: Weil das nachvollziehbar
war, dass bestimmte Botschaften in Krisengebie-
ten, die über besondere Expertise für das Krisen-
gebiet verfügt haben, Ziel einer Informationserhe-
bung waren; das war nachvollziehbar. Und inso-
fern -

Martina Renner (DIE LINKE): War das Bun- -

Zeuge Günter Heiß: - haben wir überlegt, ob das
denn - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das Bundes-
kanzleramt hat dann nicht gesagt: „Wenn Bot-
schaften erfasst werden, was ist mit Konsulaten, -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - was ist mit Mini-
sterien, was ist mit - -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und ich meine,
wir sind in einem Zeitraum, wo das Abhören von
Regierungsstellen doch schon im Raum steht im
Oktober 2013. Ja, 23. Oktober, Meldung des *Spie-
gels*: „Das Kanzlerinnenhandy wird abgehört“; da
denkt da man nicht darüber nach, dass das auch
vielleicht sein kann, dass Ministerien abgehört
werden.

Zeuge Günter Heiß: Möglicherweise darf der
BND Ministerien abhören in Kernländern; das ist
nicht die Frage. Es ging hier um - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Es ging
doch - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Nicht in Kernlän-
dern! In NATO-Ländern!)

- Nein. Es ging doch um EU und NATO.

Zeuge Günter Heiß: Ja, da ging es um Botsch- -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Die USA!)

Martina Renner (DIE LINKE): Und wir reden
auch nicht von Monitoring-Staaten, -

Zeuge Günter Heiß: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): - wir reden von EU
und NATO, wir reden von Ministerien in den eu-
ropäischen Nachbarstaaten, in den - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Und in den USA!)

So. Und das ist nicht dann - - Also, man redet
über EU-Botschaften oder NATO-Botschaften in
Krisenregionen. Ich meine, da lässt man sich
doch dann - - Also, wenn das so stimmt, Ihre Er-
zählung, wenn die nicht dazu dient, irgendwie
alle Last bei Herrn Schindler abzulegen, dann
lässt man sich vom BND an der Nase rumführen
oder man ist selbst nicht denkfähig, weil man



Nur zur dienstlichen Verwendung

muss sofort von Botschaften auch auf Ministerien und Politiker und Angehörige dieser Institutionen schließen in einer Zeit, wo das Kanzlerinnenhandy abgehört wird.

(Christian Flisek (SPD):
Gute Frage!)

Was ist es denn? Soll Herr Schindler hier das auf seinen Schultern raustragen, oder ist man nicht in der Lage, von Botschaften auf Ministerien zu schließen?

(Christian Flisek (SPD): Das
war der Deal!)

Zeuge Günter Heiß: Ist das eine Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das ist eine Frage.

Zeuge Günter Heiß: Wir haben nicht nach Ministerien gefragt, sondern wir haben das Beispiel akzeptiert, dass Botschaften von EU-Partnern und NATO-Partnern überwacht wurden, einzelne, so viel wie Herr Schindler gesagt hat, und wir haben angewiesen, das abzustellen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer's glaubt, wird selig! - Gegenruf des Abg. Christian Flisek (SPD): Es gibt viele Selige!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich sage mal, man hat in diesem Zeitraum den Hinweis, dass die NSA das Kanzlerinnenhandy abhört. Man kriegt vom BND-Präsidenten mitgeteilt, dass man möglicherweise Botschaften von EU- und NATO-Partnerstaaten abhört. Dann ist doch total zwangsläufig, zu fragen: Hören wir denn auch Minister ab? Präsidenten? Regierungsstellen? - Ich meine, das liegt doch auf der Hand, das sofort zu fragen.

Zeuge Günter Heiß: Für uns lag es nicht auf der Hand, von der Praxis der NSA auf die Praxis des BND zu schließen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das sind -

Zeuge Günter Heiß: Wir waren bisher - -

Martina Renner (DIE LINKE): - ja auch nicht bei-
des Geheimdienste innerhalb der Five Eyes.

Zeuge Günter Heiß: Wir sind nicht in den Five
Eyes; sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, oder Senior
SIGINTs oder was auch immer. - Was ist denn ei-
gentlich der Grund für den Rücktritt von Herrn
Schindler?

Zeuge Günter Heiß: Herr Schindler ist nicht zu-
rückgetreten.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Er wollte nicht,
aber man wollte das ja!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er wurde!)

- Er wurde zurückgetreten. Was ist denn dafür
der Grund?

Zeuge Günter Heiß: Er ist entlassen worden. Und
die Regierung kann einen politischen Beamten
ohne Angabe von Gründen entlassen, und das ist
hier erfolgt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber was war
der wirkliche Grund?

Zeuge Günter Heiß: Die Regierung macht keine
Angabe über Gründe der Entlassung bei politi-
schen Beamten; das ist so vorgesehen im Gesetz.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben vorhin
gesagt, das besondere Problem war, dass Bot-
schaften sakrosankt seien, oder: Deswegen hat
man darüber nachgedacht.

Zeuge Günter Heiß: „besonders sensibel“, wollte
ich damit sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Sind Parlamente auch „besonders sensibel“?

Zeuge Günter Heiß: Es kommt darauf an, in welchem Land.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und wenn man über Botschaften nachdenkt, weil sie besonders sensibel sind, warum denkt man nicht über Parlamente nach, die besonders sensibel sind?

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten keinen Anlass, über Parlamente nachzudenken.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnte man sich nicht vorstellen, dass der BND Parlamente überwacht?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das konnten wir uns nicht vorstellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn man das später feststellt, dass das alles stattfindet - Parlamente werden überwacht, EU-Institutionen, Ministerien, Politiker -, erfolgt keine Konsequenz oder ist die Entlassung von Herrn Schindler die Konsequenz?

Zeuge Günter Heiß: Was die Entlassung Herrn Schindlers angeht, habe ich bereits Ausführungen gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Also erfolgte keine Konsequenz. Der BND kann Parlamente überwachen, und es hat keine Konsequenz.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe auch nicht gesagt, dass der BND Parlamente überwacht hat, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich sage das.

Zeuge Günter Heiß: - sondern ich habe nur gesagt: Er ist ohne Angabe von Gründen entlassen worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Es hat keine Konsequenz, wenn man Ministerien in Nachbarstaaten abhört. Das hat keine Konsequenz, wenn man

EU-Einrichtungen abhört. Da gibt es keine Konsequenz.

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage Sie.

Zeuge Günter Heiß: - zurzeit nicht, was Sie meinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich frage Sie als Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht: Hat das eine Konsequenz?

Zeuge Günter Heiß: Ja, selbstverständlich. Das Gesetz ist geändert worden, und es ist inzwischen untersagt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, es ist jetzt erlaubt. Ich meine - -

Zeuge Günter Heiß: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, jetzt ist es erlaubt; meinethalben. Aber - -

Zeuge Günter Heiß: Es ist jetzt nicht erlaubt, sondern es ist untersagt worden, ohne Anlass von Gründen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Günter Heiß: Aber diese Gründe wären auch damals schon möglich gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie müssen nicht über das Gesetz streiten; das Gesetz sieht solche weiten Eingriffsnormen vor, dass ich in Zukunft mir immer einen Anlass stricken kann. Ich frage aber nach der Zeit vor dem Gesetz und der Feststellung, dass dies erfolgt ist - Parlamente, Regierungsstellen, Ministerien, Politiker, Politikerinnen -: Was war die Konsequenz daraus aus Ihrer Sicht, Abteilungsleiter 6 für den Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Günter Heiß: Das habe ich gerade ausgeführt. Das Gesetz ist geändert worden und entsprechend eine Regelung - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Die Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht meint doch nicht, dass man danach das Gesetz anpasst an die rechtswidrige Praxis. Rechts-, Dienst- und Fachaufsicht meint doch, dass man dort, wo möglicherweise Rechtsverstöße vorliegen, sie auch tatsächlich personell ahndet bzw. organisatorische, strukturelle Mängel feststellt, warum diese eintreten konnten, und diese abstellt. Und wenn es ein Eigenleben der TA gegeben hat, dass Sie nicht wussten, dass Sie seit September 2013 darüber nachdenken, ob man Regierungsstellen in der EU und der NATO steuern darf, und, wenn ja, unter welchen Bedingungen, weil in der Vergangenheit das gang und gäbe war und man Sie deswegen im Dunkeln lässt, wenn das stimmt, die Erzählung, dann hätte man alleine aus dem Sachverhalt heraus Konsequenzen folgen lassen müssen, weil man hat vonseiten der TA Sie sozusagen über relevante Vorgänge im Bundesnachrichtendienst nicht in Kenntnis gesetzt.

Und diese ganzen Herrschaften: Was ist mit denen, die das zu verantworten haben, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist dann die letzte Frage oder Anmerkung.

Martina Renner (DIE LINKE): - dass der BND Parlamente ausspioniert hat? Was ist mit diesen Herrschaften, die das zu verantworten haben?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die geben immer noch Suchbegriffe ein!)

Zeuge Günter Heiß: Ich habe die Frage immer noch nicht - - Herr Vorsitzender, vielleicht können Sie mir helfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte eher gedacht, vielleicht Kommentar.

Zeuge Günter Heiß: Ich halte es eher für einen Kommentar.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist kein Kommentar; das ist eine Frage: Was ist mit den ver-

antwortlichen Beamten im Bundesnachrichtendienst, die dafür die Verantwortung tragen, dass zum Beispiel Parlamente durch den Bundesnachrichtendienst überwacht wurden?

Zeuge Günter Heiß: Ich sage es noch mal: Es ist durchaus möglich, Parlamente zu überwachen; es kommt darauf an, in welchem Land.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden hier doch die ganze Zeit von Partnern. Dass wir nicht von Nordkorea reden, ist doch wohl klar, oder?

Zeuge Günter Heiß: Das können wir hier und so in öffentlicher Sitzung nicht erörtern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann mal, weil die Zeit jetzt um ist: Wir haben es ja auch teilweise erörtert mit manchen Ländern hier in öffentlicher Sitzung. Den Einzelfall, den müssten wir dann wahrscheinlich in eingestufte Sitzung - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe es ja auch allgemein gefragt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Deswegen hatte ich es ja gerade gesagt: Wir haben es hier schon mal in öffentlicher Sitzung auf bestimmte Länder konkretisiert. Den Einzelfall müssten wir dann in eingestufte Sitzung gegebenenfalls individuell beschreiben. - Ich komme aber jetzt zur nächsten Fraktion. Und in der zweiten Runde ist wieder die Fraktion der CDU/CSU dran. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Herr Heiß, ich komme noch mal auf die Weisung zurück aus dem Oktober 2013. Uns hat der Zeuge D. B. hier gesagt, dass ab November 2013 dann bereits wieder einige Selektoren reaktiviert worden sind, da die Weisung eben zu pauschal, zu weit gehend war. Und auch im PKGr-Bericht der Taskforce des PKGr, die das ja alles untersucht hat, steht, dass eben mindestens ein Drittel der zunächst deaktivierten Ziele rechts- und auftragskonform und ihre Steuerungen nicht zu beanstanden gewesen seien. Wie würden Sie denn die Weisung des damaligen Kanzleramtschefs bewerten? Hätte



Nur zur dienstlichen Verwendung

man nicht angesichts der ja doch jahrzehntelangen Steuerungspraxis in der Abteilung TA nicht eine Differenzierung vornehmen müssen, statt das so pauschal zu machen?

Zeuge Günter Heiß: Ja. Zunächst erst mal werden grundsätzliche Weisungen erteilt; die Differenzierung muss dann aufgrund der besseren Detailkenntnis der BND selbst vornehmen. Der BND kennt die Richtung: EU- und NATO-Staaten nicht; rausnehmen. - Und entsprechend muss er dann natürlich verfahren. Und zunächst ist er erst mal sehr pauschal verfahren, und hinterher hatte man gemerkt, dass es da eben differenzierende Gesichtspunkte gibt, die es ermöglichen, trotz solcher Qualifikationen doch eine bestimmte Beobachtung noch zu erlauben.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt sagen Sie: Der BND muss die Differenzierung selbst vornehmen.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Erfolgt das dann nicht nach Rücksprache mit Ihnen, oder haben Sie zum Beispiel gewusst, dass die Weisungslage ja dann fortgeschrieben wurde, dass man da ja auch weiter dran gearbeitet hat im Frühjahr oder ab Frühjahr 2014? Erfolgt das dann nicht in Zusammenarbeit mit Ihnen oder mit Ihren Fachreferaten?

Zeuge Günter Heiß: Nein. Die Umsetzung dieser Weisung war mir nicht bekannt, bis es eben zu den bereits geschilderten Vorfällen im März 2013, Stichwort „Quarantäneliste“, kam.

Nina Warken (CDU/CSU): Im März 2015 wahrscheinlich.

Zeuge Günter Heiß: 15; Entschuldigung. Also, 13. Vom Herbst an war die Weisung, und seitdem sind mir die weitere Weisungslage und Umsetzung bis März 15 nicht bekannt.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis von der Entwicklung eines unabhängigen Qualitätssicherungselements bei der Steuerung von Selektoren, das wohl heute im BND zur Anwendung kommt?

Zeuge Günter Heiß: Das habe ich in den Akten gelesen. Ich weiß, dass es während der Aufbereitung dieser BND-eigenen Selektoren als, soviel ich weiß - - ein Teil unserer Weisungen war, so etwas auch einzurichten. Wie es im Einzelnen dazu gekommen ist, kann ich jetzt nicht mehr sagen; aber es gibt eine solche Qualitätssicherungseinrichtung, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben wir ja schon einiges hier auch gehört, was der BND jetzt anders macht. Was machen Sie denn jetzt anders im Kanzleramt bei Ihrer Fach- und Dienstaufsicht? Sie haben vorhin gesagt: Wir sind jetzt besser bei den technischen -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - Abläufen, beim Verständnis technischer Vorgänge. Was haben Sie noch verändert?

Zeuge Günter Heiß: Ja. Der Berichtstakt ist natürlich viel enger geworden. Wir lassen uns sehr viel mehr berichten. Wir fragen sehr viel mehr nach, was wir jetzt auch kapazitär besser können mit mehr Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen; das hat sich entscheidend geändert, während wir also früher sozusagen die Ergebnisse zur Kenntnis genommen haben und damit umgegangen sind. Insbesondere bei der Fernmeldeaufklärung interessiert uns jetzt tatsächlich auch - ich pauschalisiere das jetzt leicht -: Wie werden sie im Einzelnen technisch gehoben? Wie geht das? - Das war natürlich während der Aufbereitung der Unterlagen für den Ausschuss im Bereich der Snowden-Affäre, aber eben auch für das neue Gesetz ausgesprochen notwendig, sodass wir inzwischen, sagen wir mal, mit guter Expertise dabei sind, eine Aufsicht auch über die TA zu führen.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Pauland, der ehemalige Abteilungsleiter TA hat hier in seiner Befragung erwähnt, dass es einen Prüfbericht der Firma Roland Berger mit Optimierungsvorschlägen gibt. Und im Mai letzten Jahres war schon in der Presse berichtet worden, dass die Unternehmensberatung die Defizite der Abteilung TA ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

untersuchen und Vorschläge für ein engmaschiges Kontrollsystem ausarbeiten soll, auch im Hinblick auf Anordnungen. Gibt es denn jetzt schon tatsächlich einen Bericht des Unternehmens? Wurde der vorgelegt? Wurden noch weitere Defizite identifiziert, die in den Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses fallen?

Zeuge Günter Heiß: Es gibt einen Bericht, und was von dem Bericht im Einzelnen umgesetzt wird, wird zurzeit in Kooperation zwischen Kanzleramt und BND erörtert.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie hier Optimierungsvorschläge nennen in öffentlicher Sitzung?

Zeuge Günter Heiß: a) in öffentlicher Sitzung schwierig, b) habe ich Zweifel, ob das untersuchungsgegenständlich ist.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ich auch!)

Nina Warken (CDU/CSU): Der BND-Präsident hatte die Datenschutzbeauftragte des BND, Frau Dr. H. F., im März 2015 mit der Leitung einer Prüfgruppe beauftragt zum Thema „Prüfung und Steuerung zur Erfassung von Telekommunikationsverkehren im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit von den Five-Eyes-Staaten“. Hatten Sie von dem Auftrag Kenntnis?

Zeuge Günter Heiß: Ja. Ich kenne diesen Auftrag aus den Akten, und es ist sozusagen ein internes Controlling. Jeder Bericht, den die Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der NSA-Selektoren, also der Ablehnungsliste und der damit zusammenhängenden Selektoren, gefertigt hat, wurde noch mal durch diese Prüfgruppe um die Datenschutzbeauftragte herum - -

Nina Warken (CDU/CSU): War es vorher mit Ihnen abgesprochen, den Auftrag zu erteilen?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht; aber sicherlich in Einklang mit uns. Aber das kann ich nicht mehr sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie uns hier in öffentlicher Sitzung sagen, welche Ergebnisse oder Empfehlungen von Frau Dr. H. F. schon umgesetzt worden sind?

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, das waren keine Empfehlungen, wenn ich mich richtig erinnere, sondern sie hat einfach Satz für Satz die Berichte, die von der Arbeitsgruppe an uns gegangen sind, durchleuchtet, hinterfragt und noch mal kritisch bearbeitet. Manche Dinge konnte sie so nicht nachvollziehen, manche Dinge mussten neu formuliert werden. Das war also jetzt nicht so angelegt, dass sie Vorschläge machen sollte, sondern das war so angelegt, dass sie die Überprüfung des BND in einem inneren Controlling noch mal überprüfen sollte.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, aber da wurden ja bestimmt auch Dinge festgestellt, die ihrer Meinung nach, also nach Meinung von Frau H. F., nicht so gut liefen und die man ändern sollte. Und das wurde -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - nicht gemacht.

Zeuge Günter Heiß: Das war nicht der Auftrag dieser Prüfgruppe, -

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Günter Heiß: - sondern diese Prüfgruppe befasste sich dezidiert mit den Prüfergebnissen der BND-eigenen Arbeitsgruppe.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die sollte sie bewerten.

Zeuge Günter Heiß: Die sollte sie bewerten: Stimmt das eigentlich, was ihr über die und die Liste Selektoren und die und die technischen Details geschrieben habt? Stimmt das, oder stimmt das nicht? - Und das ist sehr kritisch von dieser Prüfgruppe gemacht worden und mit gutem Erfolg. Also, dadurch wurden die Ergebnisse des BND, die er uns lieferte, immer besser.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Also, man hat sich das dann schon angeschaut, was H. F. da aufgeschrieben hat, und hat dann versucht, dass besser zu machen, oder - -

Zeuge Günter Heiß: Ja klar. Wir kriegten die ja auch, die Ergebnisse dieser Qualitätsprüfungsgruppe. Und wir haben dann zurückgesteuert und gesagt: Passt mal auf; da müsst ihr aber jetzt nacharbeiten; da gibt es noch die und die Fragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie uns da Beispiele nennen?

Zeuge Günter Heiß: Aus meiner Erinnerung nicht; das war ein so vielfältiges und detailreiches Gebiet, dass ich da nicht wage, irgendwas aus meiner Erinnerung rauszukramen, was dann so bruchstückhaft im Raum steht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich hatte ja vorhin schon kurz den Bericht des PKGr erwähnt, den öffentlichen Bericht der Taskforce zur BND-eigenen Erfassung. Dort wird festgestellt, dass bei der Erfassung von Bündnispartnern und anderen politisch sensiblen Zielen der „nachrichtendienstliche Mehrwert gegenüber dem potentiellen politischen Schaden“ abgewogen werden sollte. Ist das denn Ihres Wissens bislang nicht so passiert?

Zeuge Günter Heiß: Sonst hätte es wahrscheinlich dieses Ergebnis dieser Gruppenliste nicht gegeben, wenn das passiert wäre. Denn ich denke, da sind viele Steuerungen darauf enthalten, die man bei einer etwas sensibleren Handhabung nicht vorgenommen hätte.

Nina Warken (CDU/CSU): Gibt es dazu oder gab es dazu mit dem BND im Kanzleramt Diskussionen zu dem Thema? So - -

Zeuge Günter Heiß: Es gibt die klare Weisung, dass sämtliche Steuerungen mit einer nachvollziehbaren Begründung versehen werden müssen, auch beim BND, und zwar so, dass sie auch nachvollziehbar sind, wenn sie in eine andere Liste, die nicht mehr gesteuert ist, zum Beispiel über-

tragen werden, sodass die Geschichte einer Steuerung von Anfang bis zum Ende nachvollziehbar sein muss.

Nina Warken (CDU/CSU): Was ist denn mit einem politisch brisanten Aufkommen, zum Beispiel Botschafter, Regierungsmitglied eines befreundeten Staates, vor Oktober 2013, vor der Weisung bzw. danach passiert?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben ja bisher hier überhaupt noch nicht gesprochen über Aufkommen, und das weiß ich auch nicht, ob es überhaupt zu dem einzelnen Selektor, der hier inkriminiert wird und der kritisch gesehen wird - zu Recht -, Aufkommen gegeben hat. Ich kann nur sagen, dass er gesteuert worden ist. Ob es tatsächlich Aufkommen gegeben hat, lässt sich in vielen Fällen gar nicht mehr nachvollziehen, weil der Selektor aus der Steuerung rausgenommen ist und damit die Verbindung zum Fachbereich unterbrochen worden ist, sodass wir nicht sagen können: Dazu hat es wirklich Aufkommen gegeben.

Nina Warken (CDU/CSU): Das wäre nämlich meine nächste Frage gewesen: Sind Ihnen Fälle bekannt? Ist Ihnen was herangetragen worden: „Oh, da haben wir jetzt ein Aufkommen; könnte heikel sein“?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Solche Fälle sind Ihnen nicht bekannt. - Ist Ihnen bekannt, dass es schon im August 2013 Deaktivierungen gegeben hat? Ich meine auch, die Kollegen hatten da schon mal danach gefragt. Also, im August 2013, als man schon eine Weisung erstellen wollte zur Steuerung von Zielen in Partnerstaaten, also dabei gab es schon - haben uns Zeugen D. B. und B. R. zum Beispiel gesagt - mehrere Hundert Deaktivierungen, also man dann gemerkt hat: Oh, da ist was in der Steuerung, was vielleicht so nicht auftragskonform ist. - Darüber haben Sie keine Kenntnis.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Davon haben wir leider nichts erfahren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Uns haben die Zeugen D. B. und B. R. gesagt, dass eben diese Überprüfung und dann auch die Deaktivierung dieser Hunderte Selektoren ein Routinevorgang gewesen sei, den man nicht hätte nach oben melden müssen. Wie bewerten Sie das denn? Ist das zutreffend, oder hätte man das nicht doch mitteilen müssen?

Zeuge Günter Heiß: Also, das kommt auf die Perception an. Meine Perception ist selbstverständlich, dass dies kein Routinevorgang ist, und so was hätte man mitteilen können. Es ist aber vorstellbar, dass ein Techniker sagt: „Ich schaue mal nach, was es da gibt, und wenn das nicht mehr gewünscht ist, tue ich das raus“, ohne sich da weitere Gedanken drüber zu machen. Denn die Handlungsmotive der Arbeitsebene, gerade in einer technischen Abteilung, gehen meistens eher dahin, viel zu steuern und viel zu erlangen; denn das ist, sagen wir mal, positiv für das betriebsinterne Image. Und die politische Sensibilität, auf einen einzelnen Selektor mal zu schauen, die war nach meiner Beurteilung nicht durchweg vorhanden, und wir hoffen sie mit unseren sehr genauen Weisungen und neuen Ansätzen der Überprüfung von Selektoren jetzt so langsam zu entwickeln.

Nina Warken (CDU/CSU): Lag das dann an der vielleicht mangelnden Fehlerkultur oder eben vielleicht auch an der mangelnden Fähigkeit, zu sehen, was politisch brisant sein könnte, beim BND-Mitarbeiter, oder lag der Fehler eher dann bei der Dienst- und Fachaufsicht im Kanzleramt, dass man da einfach vielleicht jahrelang auch nicht genau genug hingeschaut hat?

Zeuge Günter Heiß: Wie gesagt, wir hatten bis zu den hier inkriminierten Umständen auch keinen Anlass, genau hinzuschauen auf jeden einzelnen Selektor; denn wir sind davon ausgegangen, dass die Selektoren auftragskonform sind. Die Problematik der Auftragskonformität - so ist uns erst später dann aufgefallen - ist sicherlich auf Arbeitsebene im BND auch unterschiedlich beurteilt worden, nämlich, wie vorhin ja geschildert: Sobald ich eine Information über etwas erlangen möchte, was dem Auftrag des BND entspricht, so

ist man davon ausgegangen, dass man das auch bei anderen Betroffenen erheben kann. „Hauptsächlich, es entspricht dem Auftrag“, so sind die ja vorgegangen im Hinblick auf diese Botschaften. Das war indessen nicht unbedingt unsere Auslegung der Auftragskonformität. Aber darüber, dass es dort eine unterschiedliche Sichtweise gab, darüber sind wir uns erst klar geworden durch die Aufklärung hier ab März 2015.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Im März 2015, am 20. März, haben ja Herr Altmaier und Herr Fritsche die Dienststelle in Pullach besucht. In dem PKGr-Bericht heißt es zu diesem Besuch, dem Chef BK sei anlässlich dieses Besuches unter anderem auch - in Führungsstrichen - „dieser Vorgang“, also die Steuerung von Personen und Telekommunikationsmerkmalen aus EU- und NATO-Staaten, erläutert worden. Sie haben ja nicht teilgenommen -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - an dem Besuch. Gab es dafür einen Grund?

Zeuge Günter Heiß: Das ist business as usual. Es fahren bestimmte Leute: Mein Vertreter war dabei, der Minister war dabei. Ich bin - in Führungsstrichen - „zu Hause“ geblieben, weil es da ja nun auch einige Führungsaufgaben gibt, insbesondere - - Ich meine, das war ein - - Ich weiß noch nicht mal - - Ich kann es jetzt gar nicht sagen. Also, ob ich - - Irgendwas war an dem Tag, dass ich nicht mitfuhr.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Was haben Sie denn im Vorfeld des Besuchs erfahren über den Besuch, bzw. haben Sie über den Verlauf was erfahren und auch über den Nachgang?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe das kurze Protokoll eigentlich gelesen; das war es im Prinzip. Natürlich haben mir meine Kollegen berichtet, wie es so abgelaufen war und wie die Stimmung war.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Ihnen war vorher aber auch schon konkret bekannt, warum der Besuch stattfindet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Es ging um die NSA-Sektoren.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Stichwort „Ablehnungsliste“.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und das ist Ihnen dann auch so berichtet worden. Und der Vorgang „Steuerung von Personen und Telekommunikationsmerkmalen zu EU- und NATO-Staaten“ in der eigenen Erfassung, ist Ihnen das auch berichtet - -

Zeuge Günter Heiß: Also, das Stichwort „Quarantäneliste“ fiel auch. Und selbstverständlich waren wir einhellig der Meinung, da sofort nachzusteuern und uns berichten zu lassen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Wissen Sie, was alles im Nachgang zum Besuch veranlasst wurde?

Zeuge Günter Heiß: Das ist das ganze Paket der Aufklärung und der Sicherheitsmargen, die eine Wiederholung verhindern. Also, das ging erst mal los: Erstens. Obleute wurden unterrichtet. Zweitens. Die 28 Top-Level-Domains mussten sofort rausgeschmissen werden. Drittens. Die dreistufige Filterung in DAFIS, da wurde die Filterstufe 3 ausgesprochen geschärft. Dann wurden diese Routineüberprüfungen mit DAFIS auf eine Woche - früher war das vierteljährlich, soviel ich weiß - angeordnet. Es gab dann die Einsetzung dieser Qualitätsarbeitsgruppe um die Datenschutzbeauftragte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu die Bundesregierung, Herr Wolff.

Zeuge Günter Heiß: Und dann gab es, was auch sehr wichtig war, die Weisung, alles einzufrieren und zu sichern im Status dessen, als der Besuch war, damit wir gewisse Nachweise dann haben, was passiert.

Nina Warken (CDU/CSU): Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur darauf hinweisen: Zu Details der Weisungslage auch wirklich nur in eingestufter Sitzung.

Zeuge Günter Heiß: Okay. Danke.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Wolff hilft dann!)

Nina Warken (CDU/CSU): Dann noch eine Nachfrage zu dem Bereich: Wurden Sie dann über Ihren Wissensstand über die Weisung aus Oktober 2013 und die Umsetzung befragt?

Zeuge Günter Heiß: Die Weisung aus Oktober 2013 war in diesem Zusammenhang überhaupt kein Thema.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Sie waren ja, sage ich mal, zwischen Oktober 2013 und März 2015 der einzige Wissensträger im Kanzleramt, der den Vorgang, also die BND-eigene Steuerung zu EU- und NATO-Staaten, wusste und auch über die Weisung Bescheid wusste.

Zeuge Günter Heiß: Also, ich habe die -

Nina Warken (CDU/CSU): War das kein Thema?

Zeuge Günter Heiß: - Weisung zunächst damit bei der ersten Befassung gar nicht in Zusammenhang gebracht. Dann wurde mir aber erklärt, dass diese Quarantäneliste oder Gruppenliste auf diese Geschichte zurückginge, dass es mal irgendwann die Weisung des Präsidenten gegeben habe, bestimmte Steuerungen zu entfernen. Und da wurde mir klar: Das ist sozusagen die Folge der damaligen präsidentiellen Weisung in die TA hinein, bestimmte Steuerungen zu sperren oder rauszunehmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und das haben Sie dann erläutert, -

Zeuge Günter Heiß: Ja sicher, klar.

Nina Warken (CDU/CSU): - haben Sie dann aufgeklärt. Okay. - Haben Sie sich dann anhören



Nur zur dienstlichen Verwendung

müssen: „Warum haben Sie denn da nicht früher was gesagt?“? Oder gab es da Vorwürfe auch in Ihre Richtung? Oder -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - konnten Sie da Weiteres dann dazu beitragen? Ich meine, man hat ja dann auch begonnen, aufzuklären. Oder haben Sie dann schlicht berichtet von dem Gespräch von der Weisung, oder konnten Sie da noch weiter beitragen als, sage ich mal, einziger Wissens-träger?

Zeuge Günter Heiß: Ich konnte nur das berichten, was ich hier über dieses Gespräch auch berichtet habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie mussten sich auch nie erklären, warum man in dem Zeitraum Oktober 13 bis März 15 nichts mehr gehört hat zu dem Thema im Kanzleramt. Mussten Sie das erklären, bzw. wie haben Sie das erklärt, vielleicht auch von sich aus?

Zeuge Günter Heiß: Es hat niemand gefragt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Doch, die PKGr schon!)

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. Dann würde ich im Moment mal den Cut machen bis zur Abstimmung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Ich würde sagen, jetzt unterbrechen wir und gehen zur namentlichen Abstimmung. Ich würde auch vorschlagen, dass wir die beiden nacheinander abfolgenden namentlichen Abstimmungen nutzen, eine kurze Pause zu machen. Es bringt jetzt nichts, zwischen den Abstimmungen wieder in den Saal zu kommen; das sind 35 Minuten dazwischen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Können wir die Zeit festlegen?)

- Unmittelbar nach der zweiten namentlichen Abstimmung - dass wir nicht trödeln - sind wir wieder hier. Bis dahin ist die Sitzung unterbrochen.

(Unterbrechung von 14.01 bis 15.21 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. - Die Union war mit den Fragen durch, und wir kommen zur nächsten Fraktion; das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Ströbele beginnt mit Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, der Oktober 2013 ist ja auch deshalb ein wichtiger Monat, weil da noch ein anderes Vorkommnis das Kanzleramt beschäftigte; ich meine die Nachricht vom Abhören der Kanzlerin durch die CIA. Wann haben Sie davon gehört, und waren Sie damit befasst?

Zeuge Günter Heiß: Das Datum kann ich Ihnen nicht genau sagen. Ich habe hier ja dazu schon ausgeführt, wie ich davon gehört habe. Ich glaube, der Regierungssprecher Seibert hat mich angerufen und hat gesagt, er habe von zwei Journalisten einen Dateieintrag mit der Behauptung bekommen, das sei ein Dateieintrag der NSA bezüglich des Kanzlerinnenhandys, und den wolle er mir vorbeibringen; das hat er getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und was haben Sie dann damit gemacht?

Zeuge Günter Heiß: Die entsprechenden Stellen damit befasst und gebeten, das zu bewerten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und was ist dabei rausgekommen?

Zeuge Günter Heiß: Die haben gesagt: Kann sein; kann nicht sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann sein; kann nicht sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Christian Flisek (SPD):
Anything goes!)

Zeuge Günter Heiß: Also, die Bewertung war nicht endgültig, sondern man konnte das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wurde ja dann vom *Spiegel* veröffentlicht und hat doch einige Wellen geschlagen. Und die Äußerung der Kanzlerin war ja auch eine Reaktion darauf; das war, glaube ich, in einem Presseinterview, in dem sie danach gefragt wurde im Ausland und dann diesen berühmten Satz „Das geht gar nicht“ gesagt hat.

Zeuge Günter Heiß: Ist das eine Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Erinnern Sie sich daran, dass das so war?

Zeuge Günter Heiß: Ich erinnere mich daran, dass die Kanzlerin das am 19.07. gesagt hat. Und der Vorfall mit dem Handy, was abgehört worden sein soll, das ist im Oktober 13 gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber das berühmte oder das noch berühmtere Interview als das vom Juli war im Oktober, und zwar, wenn ich recht erinnere, am 24. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ich erinnere mich natürlich an Interviews der Kanzlerin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Aber ob das am 24. Oktober war, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber im Oktober.

Zeuge Günter Heiß: Weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie damals, als sie das gesagt hat, nicht damit in irgendeiner Weise befasst worden? War das nicht Thema in Ihrem Amt, in dem Amt, in dem Sie tätig sind?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben aus der Abteilung 6, soviel ich weiß, der Kanzlerin für dieses Interview nicht zugearbeitet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das habe ich ja auch nicht behauptet. Ob Sie sich damit befasst haben, mit dieser Meldung? Ist das diskutiert worden, dass die Kanzlerin sich dazu äußert und wie sie sich dazu geäußert hat und ob das Auswirkungen auf Ihre Arbeit hat?

Zeuge Günter Heiß: Wenn die Kanzlerin Äußerungen tut, die unsere Arbeit betreffen, wird das natürlich immer mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also müssen Sie damit befasst gewesen sein; darum geht es mir ja.

Zeuge Günter Heiß: Der Ausdruck „Befassung“ ist mir ein wenig weit. Also, wir haben das zur Kenntnis genommen und haben selbstverständlich auch sehr aufmerksam zugehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie darüber gesprochen?

Zeuge Günter Heiß: Das ist üblich, dass man über tagesaktuelle Themen spricht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ja nicht wissen, was üblich - - sondern Sie sind hier als Zeuge, Herr Heiß. Sie sollen sagen, an was Sie sich erinnern. Ist darüber



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesprochen worden, diskutiert worden, über die Reaktion der Kanzlerin? Ja oder nein?

Zeuge Günter Heiß: Ich wiederhole: Es ist üblich, darüber zu sprechen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Was üblich ist, weiß ich selber.

Zeuge Günter Heiß: Dann haben Sie meine Antwort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie nicht die Fragen beantworten?

Zeuge Günter Heiß: Das habe ich gerade versucht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also haben Sie darüber gesprochen.

Zeuge Günter Heiß: Wenn ich den nächsten Satz zu Ende bringen darf, werde ich versuchen, Ihre Frage zu beantworten. Es ist üblich, darüber zu sprechen, wenn die Kanzlerin etwas in Bezug auf die Abteilung 6 sagt, und insofern gehe ich davon aus, dass wir auch gemeinsam darüber gesprochen haben; an Details kann ich mich nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Erinnern Sie sich auch daran, dass dann wenige Tage später der Herr Schindler zu Herrn Pofalla gekommen ist und dann das Gespräch stattgefunden hat, von dem ja vorhin schon die Rede war?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe auch vorhin schon ausgeführt, dass ich das nicht auf ein Datum festlegen kann. Sie sagen, es sei am 28.10. gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das danach gewesen ist; am 24. hat die Kanzlerin das geäußert, und dass Sie danach dieses Gespräch hatten. Ob das jetzt am 25. oder am 27. war, ist mir egal, sondern dass das danach war, weil ich stelle die Frage, Herr Heiß, weil dann besonders naheliegt, dass, wenn dann Herr Schindler mit so einer Meldung kommt: „Wir

machen auch so was Ähnliches“ - allerdings Sie sagen ja, er hat von Regierungschefs und Ministerien und Außenministern oder so was nichts gesagt, sondern nur von Botschaften -, ob dann nicht die Frage nahegelegen hat, zu sagen: Macht ihr außer den Botschaften noch was anderes bei unseren Freuden und bei unseren Alliierten?

Zeuge Günter Heiß: Ich verstehe durchaus, was Sie meinen; aber ich muss noch mal betonen, dass ich nicht weiß, in welcher Reihenfolge, welcher Abfolge und zu welchem Datum diese Gespräche stattgefunden haben. Wir haben uns damals beim Herrn Pofalla oft getroffen, um gegenseitig Standpunkte auszutauschen und abzugleichen. Wann dieses Gespräch stattgefunden hat, ob danach oder davor, das ist mir so nicht klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben nicht in Erinnerung eine Verbindung zwischen der Äußerung der Kanzlerin und dass Herr Schindler jetzt kommt und dass das vielleicht in Ihre Überlegungen eingeflossen ist, Ihre und von Herrn Schindler und Herrn Pofalla, dass die Kanzlerin ja sonst blamiert dasteht oder so was, wenn so was jetzt rauskommt.

Zeuge Günter Heiß: Das ist nicht erörtert worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht erörtert worden. - Und ist denn danach - - Sie waren danach ja nicht mehr damit beschäftigt, sagen Sie, bis anderthalb Jahre später oder fast anderthalb Jahre später, bis März 2015; aber März 2015 waren Sie ja damit befasst. Haben Sie dann mal mit dem Herrn Schindler darüber geredet, als rauskam, dass es eben nicht nur um Botschaften ging, sondern dass es auch um Regierungen ging und Institutionen der EU und der NATO und dass es unter anderem auch um Regierungen ging, die sehr nahestehen, also in Europa und darüber hinaus in der NATO?

Zeuge Günter Heiß: Dieses Thema ist mit dem BND sehr eng aufgenommen worden, wie Sie wissen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Ich persönlich habe mit Herrn Schindler, also von face to face, darüber nicht gesprochen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Wort.

Zeuge Günter Heiß: Es war nicht erforderlich. Meine Abteilung, das Büro des Staatssekretärs, der Staatssekretär selbst, wir haben dieses Thema mit dem BND aufgenommen. Sie fragen nach einem persönlichen Gespräch zwischen Schindler und mir; das hat darüber nicht stattgefunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht Anlass gehabt, zu sagen: „Warum hast du uns das vor anderthalb Jahren nicht gesagt?“?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Besprechung mit Herrn Pofalla: Haben Sie ihm nicht Vorwürfe gemacht, dass das ja weit über das hinausgeht, was er Ihnen mitgeteilt hat?

Zeuge Günter Heiß: Nein, habe ich ihm keine Vorwürfe gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat das jemand anders in Ihrer Gegenwart gemacht?

Zeuge Günter Heiß: Daran kann ich mich nicht erinnern. Herr Präsident Schindler hat uns sehr glaubwürdig erklärt, dass auch er erst im März 2015 mit dieser Liste aus der TA, mit dieser sogenannten Gruppen- oder Quarantäneliste, konfrontiert worden ist. Insofern erübrigte sich irgendein Vorhalt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie damit sagen, dass Herr Schindler vorher über solche Objekte Ihrer oder des BND Begierde wie befreundete Regierungen oder

Partnerregierungen nicht informiert war, sondern dass auch er, so wie Sie das von sich behaupten, was ich Ihnen nicht glaube, erst nach März 2015 davon erfahren hat?

Zeuge Günter Heiß: Was Herr Schindler weiß oder nicht weiß, entzieht sich meiner Kenntnis. Er hat uns jeden- -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat er denn gesagt?

Zeuge Günter Heiß: Was Herr Schindler weiß oder nicht weiß, entzieht sich meiner Kenntnis. Er hat es jedenfalls glaubhaft versichert, dass er das auch erst zusammen mit uns bei dieser Veranstaltung zusammen mit dem Minister Altmaier im März 2015 zur Kenntnis genommen hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Hat er oder haben Sie von anderen erfahren, dass in der Zeit zwischen Oktober 2013 und März 2015 - das ist ja auch hier schon angesprochen worden - sogar über die Liste der Sachen, die rausgenommen werden sollen und wieder reingenommen werden sollen, mehrfach geteilt worden ist und dass man versucht hat, Abgrenzungen zu treffen, was drinbleiben kann und was nicht drinbleiben kann?

Zeuge Günter Heiß: Das mögen BND-interne Vorgänge gewesen sein, von denen ich keine Kenntnis habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das Kanzleramt war damit nicht befasst.

Zeuge Günter Heiß: Soviel ich weiß, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keiner.

Zeuge Günter Heiß: Soviel ich weiß, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch Herr Pofalla nicht, solange er da noch - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Dann müssen Sie Herrn Pofalla selbst fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie waren jedenfalls nie dabei, als so was beschlossen wurde oder besprochen wurde.

Zeuge Günter Heiß: Im BND? Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nicht im BND, im Kanzleramt. Ihr Dienstort ist Kanzleramt, wenn ich das richtige sehe.

Zeuge Günter Heiß: Das Kanzleramt hat erst Kenntnis genommen von der sogenannten Quarantäne- oder Gruppenliste im März 2015.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich doch nicht gefragt, sondern ich habe gefragt, ob Sie an Gesprächen dabei waren, wo darüber gesprochen worden ist, was man rausnehmen soll und was man doch besser vielleicht drinlassen soll und welche Kriterien dafür maßgeblich sein sollen.

Zeuge Günter Heiß: Es hat keine Gespräche über solche Kriterien gegeben, weil wir erst von diesen Umständen 2015 im März erfahren haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Herr Schindler hat uns ja hier erklärt, dass er - und auch auf Intervention oder mit Kenntnis vom Kanzleramt - seine Entscheidung korrigiert hat, oder die gemeinsame Entscheidung vom Oktober, dass man dann gesagt hat: Doch, die eine oder andere Sache müssen wir wieder reinnehmen; das lässt sich auch rechtfertigen und so. - Da wissen Sie nichts von.

Zeuge Günter Heiß: Das war nach 20- - Doch, davon weiß ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war in den anderthalb Jahren zwischen Oktober 2013 und März 2015.

Zeuge Günter Heiß: Dann weiß Herr Schindler mehr als ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Da haben Sie nie was von gehört.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie auch nie mit befasst.

Zeuge Günter Heiß: Die Abteilung war, soviel ich weiß, überhaupt nicht damit befasst; das war ein BND-interner Vorgang der Aufarbeitung, die nachher zu der Quarantäne- oder Gruppenliste geführt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie, haben Sie nie Anlass gehabt, über die Frage zu reden in Ihrer Abteilung - vielleicht aus anderem Anlass -, über das Abhören von Regierungsmitgliedern, etwa der USA, also der US-Außenminister oder der US-Außenministerin damals, dass sie auch mal abgehört worden ist?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeuge Günter Heiß: Das geht nur in eingestufte Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Günter Heiß: Das geht nur in eingestufte Sitzung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso?

Zeuge Günter Heiß: Ja, weil das eine Verschluss-sache ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stand doch in allen Zeitungen.

Zeuge Günter Heiß: Daraus wird es noch nicht öffentlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Wird es nicht öffentlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Heiterkeit)

Zeuge Günter Heiß: Ich muss mich leider nach Gesetz und Recht richten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut so. Und, wie gesagt, das hatten wir auch nicht zum ersten Mal. - Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, nur damit wir es wirklich jetzt auch noch mal fürs Protokoll haben: Das heißt, Sie als Abteilungsleiter 6 haben nach dem 28. Oktober 2013 keinen Anlass gesehen, sich weiter um die Selektorenfrage zu kümmern.

Zeuge Günter Heiß: Der BND-eigenen Selektoren. Ja.

Christian Flisek (SPD): Wir waren vorhin auch bei den NSA-Selektoren.

Zeuge Günter Heiß: Die waren meines Erachtens im Oktober 2013 überhaupt nicht in der Diskussion. Sie verbinden ja die BND-eigenen Selektoren mit dem Gespräch bei Pofalla; da ging es aber nicht um NSA-Selektoren.

Christian Flisek (SPD): Ich verbinde das auch mit der Aussage der Kanzlerin, und mir ist das jetzt herzlich egal. Haben Sie sich nach dem 28. Oktober um Selektoren gekümmert? Das war meine Frage, ohne Einschränkung.

Zeuge Günter Heiß: Wir haben uns um die Selektoren gekümmert, die wir zum Beispiel in der G 10-Kommission als Selektoren genehmigen lassen mussten.

Christian Flisek (SPD): Also, das war, kann man so sagen, business as usual.

Zeuge Günter Heiß: Ganz recht.

Christian Flisek (SPD): Es war kein Krisenmanagement.

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten keine Krise.

Christian Flisek (SPD): Das ist sehr gut. - Ich würde mich ganz gerne mal mit Ihnen über Anlässe unterhalten. Und zwar haben Sie, glaube ich, vorhin - da war ich leider nicht da; aber ich habe mir das gerade berichten lassen - hier gesagt, dass der Anlass für das Gespräch mit Herrn Schindler im Oktober 2013 nicht das Statement der Kanzlerin „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“ war, sondern auslösend waren die Presseberichte darüber. Ist das falsch wiedergegeben? Oder - -

Zeuge Günter Heiß: Das ist ungenau. Den Anlass zu dem Gespräch kann ich nicht mehr sagen. Ich habe ausgeführt: Wir hatten ständig Gespräche, ob nun zu dritt oder zu mehreren; manchmal war der Büroleiter noch dabei. Es gab keinen - - oder nach meiner Erinnerung kann ich mich nicht auf einen konkreten Anlass für dieses Gespräch besinnen. Aber wie Sie den Kalendern entnehmen können, gab es oft solche Gespräche; damals gab es genug Anlass dafür.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut. Aber es liegt ja auf der Hand, dass nun mal im Oktober jetzt da eine gewisse Hektik entstanden war, nicht? Und das ist sicherlich nicht zufällig nah dran an dem Zitat der Kanzlerin. Sie wollen da keinen sachlichen Zusammenhang erinnern können.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ich würde ihn auch nach meiner Erinnerung ausschließen wollen, nämlich mit der Begründung, dass wir ständig irgendwelche Gespräche hatten, die gerade mit der Frage: Was kommt von Snowden Neues? Wie müssen wir darauf reagieren? Wo gibt es politisch heikle Punkte - -

Christian Flisek (SPD): Also, noch mal: Die Kanzlerin sagt einen Satz und das zufällig zum ersten Mal, seit es überhaupt zwischen dem BND und der NSA eine Kooperation gibt, dass zum ersten Mal überhaupt jemand sich hinsetzt und anfängt, interne Weisungen zu machen, wie mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesem Selektorengeschäft umzugehen ist. Das ist ein Zufall, dass das alles in der Woche nach dem Zitat der Kanzlerin stattfindet.

Zeuge Günter Heiß: Wie gesagt, den zeitlichen Ablauf kann ich nicht bestätigen, weil ich nicht mehr weiß, wann dieses inkriminierte -

Christian Flisek (SPD): Ach je.

Zeuge Günter Heiß: - Gespräch stattgefunden hat.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GR-
NEN): Sie wissen es
genau!)

Das ist ja auch nur eine Vermutung. Ich weiß nicht, woher wir so genau wissen wollen, wann dieses Gespräch, was ich ja gerne inhaltlich wiedergegeben habe, stattgefunden hat. Ich kann es jedenfalls nicht bestätigen, dass es am 28.10. war; ich kann es aber auch nicht ausschließen. Insofern ist dieser inhaltliche Zusammenhang von mir auch nicht zu bestätigen, weil der zeitliche Zusammenhang da Voraussetzung dafür wäre.

Christian Flisek (SPD): Ich sage es mal so: Angesichts der Tatsache, dass wir seit den Snowden-Unterlagen und der darauf folgenden Presseberichterstattung und der Aussage der Bundeskanzlerin bereits bei ihrem Sommerinterview oder bei der Sommerpressekonferenz im Juli 2013 eine ganz ähnliche Aussage hatten, scheint mir das so, dass man allein - also, wir reden ja jetzt nicht über BND, sondern Sie sind im Bundeskanzleramt - sozusagen das so laufen lässt, wie Sie das hier schildern, was dann dazu führt, dass die Kanzlerin im Oktober tatsächlich diesen Satz noch mal wiederholt.

Also, ich sage es Ihnen noch mal: Man hat im eigenen Haus - - Namentlich Sie, Herr Heiß, mit Ihrer Abteilung tragen dafür die Verantwortung, dass die Bundeskanzlerin sich mit diesem Satz in aller Öffentlichkeit blamiert hat. Man hat sie ins kalte Messer laufen lassen. Man hätte längst seit dem Sommer mal deutlich sagen müssen, was Sachstand ist und welche Gefahren bestehen und dass man doch nicht sagen kann: „Ausspähen

unter Freunden geht gar nicht“, wenn man weiß, „Ausspähen unter Freunden“ ist Alltagsgeschäft und der BND mischt kräftigst an vorderster Front mit.

Zeuge Günter Heiß: Also, die Kanzlerin - das möchte ich mal klarstellen - blamiert sich nicht, wenn sie etwas sagt, was stimmt. Dass wir das nicht gewusst haben - -

Christian Flisek (SPD): Das ist eine sehr wertvolle Aussage jetzt gewesen, die allerdings nichts zu unserer Aufklärung beiträgt.

Zeuge Günter Heiß: Das ist richtig. Gleichwohl würden Sie mir ja gestatten, wenn Sie solche Bemerkungen machen, dass wir die Kanzlerin blamiert haben, dass ich das vielleicht zurechtrcke. Dass wir allerdings nicht gewusst haben, was wir jetzt wissen, das müssen Sie glauben oder nicht glauben. Auf jeden Fall -

Christian Flisek (SPD): Nein, ich glaube es nicht.

Zeuge Günter Heiß: - haben wir das damals nicht gewusst, und sonst hätten wir ganz anders reagiert, wie wir nämlich reagiert haben ab März 2015. Seitdem läuft die Aufklärung ja.

Christian Flisek (SPD): Nein. Ich glaube, nicht, und das ist ja genau der Punkt. Die Frage ist: Warum haben Sie nicht anders reagiert? Ich glaube, dass Sie es hätten wissen müssen. Ich bin sogar der Überzeugung, dass Sie es vielleicht gewusst haben nach dem jetzigen Stand. Ich kann mir das, was hier vorgetragen wird über die Zustände in der Abteilung 6, die mittlerweile korrespondieren mit den Zuständen der Abteilung TA beim BND, nicht wirklich erklären; es sind schwarze Löcher. Und das bedeutet - ich sage es Ihnen ganz offen -: Man hat es, glaube ich, völlig unterschätzt, dass das Ganze so hochkochen kann. Und aus meiner Sicht sage ich Ihnen heute, ist Herr Schindler derjenige, der in der Tat - - So hat er sich auch im übrigen jetzt bei seiner letzten Vernehmung großzügig generiert hier als derjenige, der die Schuld auf sich lädt. Den Rest können wir in der Abteilung TA nicht aufklären, weil da wird Schwarzer Peter gespielt. Und das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist schon ein sehr interessantes Konstrukt, was wir da vorfinden in Bezug auf Verantwortungsmanagement.

Wissen Sie, ich stelle mir die Frage - jetzt mal vom Ende her gedacht -: Sie kennen ja die Presseerklärung der Bundesregierung vom 23. April 2015, nicht? Die kennen Sie:

Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht hat das Bundeskanzleramt technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert. ... hat unverzüglich Weisung erteilt, diese zu beheben.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das hat ja eine Weile gedauert!)

- 2015. - Was ist in diesen anderthalb Jahren passiert?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nichts!)

- Nichts. Genau.

Zeuge Günter Heiß: Wir hatten keine Hinweise auf diese Defizite, die Sie gerade - -

Christian Flisek (SPD): Sie haben die Augen zugemacht. Und die Frage ist: Warum haben Sie die Augen zugemacht? Das ist der Punkt: Sie haben die Augen zugemacht. Man kann mit dieser Thematik aus dem, was auf dem Tisch liegt, was in der Öffentlichkeit gesprochen und diskutiert wird, wo es einen Untersuchungsausschuss dieses Parlaments zu gibt, nicht anderthalb Jahre so tun, als würde da kein Anlass bestehen, irgendwie nachzufragen als Aufsichtsbehörde.

Zeuge Günter Heiß: Also, auf die Gefahr hin, dass ich Sie langweile, lege ich noch einmal dar - -

Christian Flisek (SPD): Nein. Ich finde das hoch spannend.

(Martina Renner (DIE LINKE): Da passiert nichts!)

Zeuge Günter Heiß: Dann sind wir ja in einem Boot. Auf die Gefahr hin, dass ich Sie also nicht langweile, lege ich das noch einmal dar:

Erstens. Die Sache war erledigt, weil drei höchste Beamte darüber entschieden haben mit dem Minister zusammen - oder zwei höchste Beamte mit dem Minister zusammen -: Die Sache ist geregelt; das wird eingestellt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat niemand kontrolliert!)

Zweitens. Es war für uns, so wie sich das darstellte, ein überschaubarer Kreis von Einzelfällen.

Drittens. Es war, so wie Präsident Schindler das darstellte, ein Vorgang, der APB-konform war, weil es um die Ziele ging, nämlich um das Ziel, etwas über das Krisenland zu erfahren, und nicht das Ziel, etwas über den Partner zu erfahren; drittens.

Viertens. Es handelt sich damit auch - jedenfalls nach der Einschätzung Schindlers damals, und darüber kann man selbstverständlich diskutieren - um einen Vorgang, der rechtmäßig erfolgt ist, aber gleichwohl politisch sehr heikel ist - sehr heikel -; das war uns schon klar. Deswegen haben wir das abgestellt. Das APB konstituiert keine Rechte irgendwelcher Dritter, sondern ist eine innerdienstliche Weisung, gegen die man möglicherweise verstößt, wenn man Partner beobachtet; das ist aber ein Verstoß gegen eine Handlungsanweisung interner Art; führt sozusagen nicht unmittelbar zur Rechtswidrigkeit des gesamten Handelns.

Das waren die Gründe, die dazu geführt haben, dass wir gesagt haben: Dieser Fall ist jetzt erledigt, und darum müssen wir uns nicht mehr kümmern. - Erst als klar wurde, als im März 2015 diese Listen auftauchten, dass dahinter sehr viel mehr steckt, haben wir auch gemerkt, dass wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

uns vielleicht hätten kümmern sollen; aber wir hatten vorher, wie ich eben dargelegt hatte, aufgrund dieser vier Gründe keinen Anlass dazu.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich erzähle Ihnen jetzt mal - vielleicht läuft das ja bei Ihnen völlig anders -: Wenn ich eine Weisung in meinem Abgeordnetenbüro einem Mitarbeiter erteile in einem Bereich, den ich für sensibel halte, den ich für wichtig halte, der eine hohe Priorität bei mir hat, dann fasse ich nach, dann lege ich mir so was mindestens auf der Arbeitsebene, wenn schon nicht die Chefs, die höchste - - Ich weiß nicht, wie Sie das vorhin formuliert haben; das war schon fast sakral. Also, wenn da die Allerhöchsten zusammensitzen, wenn schon die das nicht machen, aber dann lege ich mir das doch auf der Arbeitsebene auf Wiedervorlage und schaue nach: Wie wird das umgesetzt? Was passiert dort? - Und als Aufsichtsbehörde - ich meine, ich kenne das - Entschuldigung - aus der Kommunalpolitik -: Wenn die Rechts- und Fachaufsicht eine Kommune anweist, was zu tun oder nicht zu tun, dann sagen die nicht einfach: „Mach das! Tschüs; das war's! Erledigt!“, die fragen nach: „Habt ihr das umgesetzt?“, lassen sich, wenn es sensibel ist, berichten: Wie habt ihr es umgesetzt? Ist das geeignet, wie ihr es umgesetzt habt? Gibt es noch Restrisiken? Gibt es in der Umsetzung Probleme?

Wissen Sie, ich glaube Ihnen einfach nicht, dass man sich bei einer solche Frage hinsetzt und sagt: „Die drei haben dagestanden, haben telefoniert oder gesprochen, mündliche Weisung“, und das war es. Und dann hat man sich nicht mit - - Ich kann mir nur vorstellen, wenn man das tatsächlich so gemacht hat, dann hat man das behandelt wie eine heiße Kartoffel, wo man froh war, dass man den Ball ganz schnell wieder ins andere Spielfeld gespielt hat und gesagt hat: Für uns ist das jetzt erledigt. Wir haben eine klare Weisung erteilt. - Das kann sein. Aber selbst das wirft natürlich ein schräges Licht auf die Zustände, dass man sagt: „Ich spiele den Ball ganz schnell wieder weg - heiße Kartoffel -, die sollen klären, wie sie damit klarkommen, und dann hoffen wir mal, dass das nie mehr wieder hochkommt; dann hoffen wir mal.“

Die Hoffnung ist leider nicht erfüllt worden. Bis März 2015 kam es dann noch mal hoch mit voller Wucht; dann hat man mit Empörung reagiert, sogar gegenüber der Presse gesagt: „Missstände im BND, historisch einmalig“ - das war eine öffentliche Kritik -, hat dann den Herrn Schindler verabschiedet. Und der macht seitdem den Eindruck, als wäre ihm ein Ballast von den Schultern gefallen. Liege ich damit falsch, wenn ich sage, Sie haben damit versucht als Kanzleramt, die Verantwortung wieder dem BND zurückzuspielen? Ist das aus Ihrer Sicht eine Bewertung, die sich jeder Grundlage und jeder Tatsache entzieht?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich teile diese Bewertung nicht.

Christian Flisek (SPD): Warum nicht, Herr Heiß?

Zeuge Günter Heiß: Weil das nicht so war.

Christian Flisek (SPD): Erläutern Sie mir das noch mal.

Zeuge Günter Heiß: Ich konnte davon ausgehen, dass eine Entscheidung des Bundesministers Pofalla als oberster politischer Verantwortlicher und des zuständigen Abteilungsleiters als oberste Dienst- und Fachaufsicht gegenüber dem Präsidenten umgesetzt wird. Wir hatten nie Zweifel daran, dass solche Umsetzungen erfolgen. Und soviel ich weiß - und das hat die Aufarbeitung ja auch gezeigt -, ist er mit dieser entsprechenden Weisung in die Abteilung hineingegangen, und die Umsetzung hat begonnen.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie haben auch nie ein Interesse daran gehabt, zu wissen, wie es umgesetzt wurde. Noch mal: Ich habe keine Zweifel - wir unterhalten uns hier über Regierung und über Behörden des Bundes -, dass sich die Beamtinnen und Beamten dort nach allen Möglichkeiten, die sie haben, korrekt verhalten und dass Weisungen nicht einfach nach dem Prinzip „Lesen, lachen, lochen“ irgendwo in der Rundablage landen, sondern dass man sie befolgt.

Aber ich stelle noch mal die Frage: Als Aufsichtsbehörde - - Aus meiner Sicht ist das - - Wenn die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bürgerinnen und Bürger in diesem Land in einer solchen Situation von einer Aufsichtsbehörde über die Geheimdienste, über den Auslandsnachrichtendienst der Bundesrepublik erwarten, dass man nachfasst und nicht nur einfach eine Weisung in die Welt setzt, sondern noch mal nachfasst und nachfragt: „Wie läuft es? Was macht ihr? Gibt es neue Probleme, die wir bisher nicht kannten?“ - also, ich habe die Vorstellung von einer Aufsichtsbehörde, dass das so funktioniert -, und wenn das nicht so ist, bleibe ich bei meinem Heiße-Kartoffel-Vergleich: Weg damit.

Zeuge Günter Heiß: Ihre Vorstellung, dass eine Aufsichtsbehörde so funktioniert, ist ja total zutreffend; aber sie funktioniert nicht in jedem Einzelfall so. Und dieser Fall war so, dass wir aus den von mir mehrfach dargelegten Gründen keinen Anlass gesehen haben, noch mal nachzuzufahren.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut. Dann denke ich mal, sollte man sich nicht wundern, wenn im Abschlussbericht dieses Ausschusses - zumindest in der Bewertung der SPD-Fraktion - eine ähnliche Bewertung steht wie die, die Sie über den BND am 23. April 2015 abgegeben haben, nur in Bezug auf die Aufsichtsfunktion des Bundeskanzleramtes, weil für mich bedeutet das, dass dort erhebliche Defizite festzustellen sind. Ich stelle mir Aufsicht über einen so sensiblen Gegenstand in so sensiblen Zeiten, in Zeiten, wo es einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gibt und uns alle erzählen, dass sie gar nicht mehr wussten, wann Tag und Nacht ist, weil sie nur noch mit parlamentarischen Anfragen zu tun hatten, und dann behandelt man das in dieser Form, wie Sie es hier schildern: Ich halte das für sehr couragiert, diesen Umgang, um es mal freundlich auszudrücken.

Zeuge Günter Heiß: Also, Sie haben gerade zutreffend ausgeführt, dass wir damals sehr viel prioritäre Aufgaben gehabt haben, die gerade mit der Aufklärung dieser gesamten Komplexe zu tun gehabt haben. Und dies, ich wiederhole mich, war nicht so prioritär, weil wir von Einzelfällen ausgegangen sind. Wenn wir das gewusst hätten, was wir jetzt wissen - jetzt sind wir schlauer -,

dann kann man hinterher die Sache natürlich immer in einem anderen Licht sehen. Wir haben sie damals -

Christian Flisek (SPD): Da stimme ich zu, ja.

Zeuge Günter Heiß: - in dem Licht gesehen, wie ich es gerade geschildert habe.

Christian Flisek (SPD): Wir haben allerdings auch - - müssen wir ja feststellen, dass diese ganze Thematik: „Was gibt es für Probleme mit Selektoren, mit Filterung?“, Stichwort „Wirtschaftsspionage“ - - Das ist ja alles nicht neu. Das hat ja auch sogar weit vor Snowden eine Vorgeschichte - verstehen Sie? -, Stichwort „EADS“, „Eurocopter“. Das sind Sachen, die tauchen Mitte der 2010er-Jahre schon auf und führen dazu, dass man DAFIS-Filter und alles einer Prüfung unterzieht, kritisch damit umgeht. Und das bedeutet für mich: Entweder hat man eine Nullsensibilisierung im Hinblick auf den Gesamtkontext oder - - Und da darf ich durchaus mal ein Gespräch, das wir hier geführt hatten in einer Vernehmung mit dem ehemaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Thomas de Maizière, zitieren; da haben wir nämlich sehr, sehr tief die Frage und sehr, sehr gut die Frage erörtert, ob das Kanzleramt überhaupt die geeignete Aufsichtsinstitution über so was wie einen BND ist, weil ich habe so ein bisschen das Gefühl, das läuft so nach diesen - - da baut man eine Firewall auf, nicht nur personell, auch in der Sache. Je mehr man mit einer Sache nicht befasst ist dort drüben in dem Hause, umso besser vielleicht, und je mehr die heißen Sachen im BND bleiben, auch umso besser.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Christian Flisek (SPD): Ich lasse es mal auf mich wirken, und wir werden noch eine Runde drehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion in der nächsten Fragerunde. Es beginnt



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Fraktion Die Linke wieder. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte mal da anfangen, wo die Kollegin Renner vorhin aufgehört hat. Sie hatte nach den Konsequenzen und nach den Verantwortlichen gefragt. Sie haben dazu nichts gesagt. Deshalb frage ich Sie noch mal: Ist es richtig, dass trotz all dieser Pannen und Skandale der letzten drei Jahre, die es in dem Bereich gegeben hat und die aufgedeckt wurden, der Kanzleramtsminister immer noch der gleiche ist wie 2013 nach der Neukonstituierung, nach der neuen Regierung? Ist der immer noch im Amt?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann jetzt nicht sagen, wann der Kanzleramtsminister Altmaier seinen ersten Dienstag gehabt hat, ob das 13 oder schon 14 war; das weiß ich jetzt nicht genau. Aber möglicherweise war es im Dezember -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dezember.

Zeuge Günter Heiß: - 13. Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der ist noch im Amt, Herr Altmaier?

Zeuge Günter Heiß: Ist das jetzt eine ernsthaft an mich gerichtete Frage?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ja. Ich komme gleich dazu; es geht um die Konsequenzen.

Zeuge Günter Heiß: Dann sage ich: Ja, er ist noch im Amt - - Nein: Er ist im Amt; nicht noch, sondern - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Geheimdienstkoordinator Fritsche ist auch noch im Amt.

Zeuge Günter Heiß: Herr Fritsche ist der Beauftragte für die geheimen Nachrichtendienste des Bundes, und der ist im Amt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Abteilungsleiter 6, insbesondere zuständig für die Kontrolle

des BND, der ist auch noch im Amt. Herr Schindler ist weg, und die Mitarbeiter, die Suchbegriffe - Präsidenten, Staatspräsidenten, Regierungschefs, NATO-, EU-Partner usw. - angeblich allein und ohne Wissen ihrer Vorgesetzten eingestellt haben, die sitzen auch alle noch auf ihren Stühlen. Ist das richtig?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht weiß, welcher Sachbearbeiter, Referatsleiter oder Sachgebietsleiter im BND wann auf welchem Stuhl gesessen hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Uns sind da keine Versetzungen bekannt; aber Sie hätten ja mal nachfragen können, wie das passieren kann, dass dort Staats- und Regierungschefs und EU-Institutionen gesteuert werden. Das wären Ihr Job und Ihre Pflicht gewesen, das zu tun.

Zeuge Günter Heiß: Wir haben in der Tat nachgefragt, welche Gründe diese Steuerungen im Einzelnen gehabt haben. Diese Steuerungen konnten zum Teil belegt werden im Hinblick auf bestimmte Themen. Manche Steuerungen - aber das können Sie ja auch dem Bericht der Taskforce entnehmen - konnten nicht mehr begründet werden, weil die Begründung inzwischen durch technische Vorgänge weggefallen ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Und mehrere Tausend konnten nicht begründet werden nach Auffassung der Taskforce. Ja, und wenn mehrere Tausend Begriffe rechtswidrig, unverhältnismäßig nicht dem Auftragsprofil entsprechen, ist das für Sie kein Grund, irgendetwas zu unternehmen in der Abteilung TA an der Spitze bei Ihrer Rechtsaufsicht.

Zeuge Günter Heiß: Selbstverständlich haben wir was unternommen, nämlich - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Personell nicht, offenkundig.

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich jetzt hier nicht beurteilen, denn ich weiß nicht, wer wann auf welchem Posten da gesessen hat. Im Übrigen ist



Nur zur dienstlichen Verwendung

es auch nicht möglich, irgendeinen Selektor irgendeinem Sachbearbeiter als von ihm eingestellt jeweils nachzuweisen - - dass er das getan hat. Das ist im Einzelfall vielleicht denkbar,

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Schuld!

aber dazu braucht es auch immer die Begründung für den Selektor.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das an sich ist doch schon ein Skandal, dass niemand weiß, wer was überhaupt zu welchem Zeitpunkt eingestellt hat, dass da niemand die Aufsicht gehabt hat, niemand kontrolliert hat.

Aber ich möchte zu einem anderen Punkt noch kommen, der mir wichtiger ist: Herr Schindler und Sie erzählen eine unterschiedliche Geschichte, und einer von beiden kann nur die Wahrheit sagen. Herr Schindlers Geschichte geht im Kern so: Die Kanzlerin erklärt „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, jemand informiert ihn und sagt: „Herr Präsident, wir machen das genauso“, oder: „Wir machen das auch.“ - Schindler sagt: „Okay, dann muss ich das Bundeskanzleramt informieren“, macht einen Termin bei Pofalla - ob nun am nächsten Tag oder übernächsten Tag, wusste er nicht, und ob es am Rande eines Gespräches war, konnte er auch nicht sagen; aber er macht dieses Gespräch, an dem Sie teilnehmen -, dort teilt er mit, dass der Bundesnachrichtendienst das auch macht, EU-Institutionen, hat er uns gesagt, Botschaften, NATO-Partner usw. ausspioniert und steuert, und daraufhin wird eine Weisung erlassen, dass das zu unterbleiben hat.

Sie erzählen uns, man hätte den BND-Präsidenten aufgefordert, doch mal zu sagen und rauszufinden: „Was macht ihr denn?“, und dann hätte er Ihnen was von einer Botschaft erzählt irgendwo in einem Krisengebiet, und das war es dann. Und Sie haben gesprochen von „kleiner Zahl von Einzelfällen vielleicht“, Sie hätten bis März 2015 keine Kenntnis gehabt - „ich wusste

nicht, dass wir Partner steuern“ -, keinen Hinweis, dass der BND NATO-Staaten, EU-Partner überwacht. Das waren Ihre Aussagen vorhin; ich habe mir das mitgeschrieben. Herr Schindler sagt, er hätte Ihnen genau das alles gesagt. Und jetzt möchte ich schon gerne - -

(MR Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

- Ja, Herr Wolff, im Moment frage ich gerade; da ist nun wirklich nichts geheim zu halten; das war eine öffentliche Aussage. - Und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff, die Frage geht doch oder nicht?

MR Philipp Wolff (BK): Ich halte den Vorhalt nur für falsch und wollte darauf hinweisen: Dann muss man das mit Protokollstellen belegen; das ist das Einzige, was ich anmerken wollte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das Protokoll ist noch nicht gedruckt; das wissen Sie natürlich. Das war letzte Woche.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es wurde schon rumgeschickt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, gut. Wir werden das - - können wir dann alles noch raussuchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. Es wurde schon rumgeschickt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das Grundproblem dabei ist, dass Sie den Eindruck erwecken wollen, das Bundeskanzleramt wusste von alledem nichts und deshalb konnten Sie auch Frau Merkel nicht unterrichten und alles Mögliche. Herr Schindler sagt das Gegenteil. Und können Sie mir erklären, wie es passieren kann, wenn er Ihnen angeblich von einer Botschaft in einem Krisengebiet gesagt hat, die überwacht wird, wieso er dann mit einer Weisung rausgeht aus dem Kanzleramt, EU-Institutionen, NATO-Partner, all das rauszunehmen, was kritisch sein



Nur zur dienstlichen Verwendung

könnte, und nicht etwa mit einer Weisung, Botschaften dort rauszunehmen, wenn Sie von alledem nichts gewusst haben?

Zeuge Günter Heiß: Ich denke, jeder - und sowohl Herr Schindler als auch ich - berichtet Ihnen hier nach bestem Wissen und Gewissen, was das Gedächtnis dafür hergibt, und das habe ich auch getan. Sie haben allerdings meine Aussage ein wenig verkürzt; deswegen stelle ich das noch mal richtig. Herr Schindler hat nicht gesagt, dass sei *ein* Fall, sondern er hat einen Beispielfall gegeben: So nach dem Muster beobachten wir auch unsere Partner, nach dem Muster. - Und er hat den Eindruck vermittelt, das sei ein kleiner Kreis von Fällen; er hat nicht gesagt, das sei ein Einzelfall. Und danach haben wir gesagt: Okay, dann wird das abgestellt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Aber abgestellt werden sollte nicht die Überwachung von Botschaften, sondern die Weisung, die dann ergangen ist noch am gleichen Tag telefonisch, lautete: EU-Institutionen, EU-Kennungen, NATO-Partner usw.

Zeuge Günter Heiß: Das will ich nicht bestreiten; das mag sein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das macht ja keinen Sinn, wenn er Ihnen davon nichts erzählt hätte, dass das anschließend als Weisung rausgeht.

Zeuge Günter Heiß: Vielleicht weiß er, dass das Handeln des BND umfassender ist, und gibt eine umfassendere Weisung. Ich habe das hier nach bestem Wissen und Gewissen berichtet, was in diesem Gespräch vorgekommen ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das sagt Herr Schindler auch, und beides passt nicht zusammen.

Zeuge Günter Heiß: Das ist nun mal so mit Gedächtnis, dass, je länger ein Vorfall her ist, das Gedächtnis immer ungenauer wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Ich muss Ihnen nur sagen, wenn eine Weisung erteilt wird oder auch abgestimmt wird mit dem Chef Bundeskanzleramt und es handelt sich um EU-Institutionen, NATO-Partner, EU-Endungen usw., dass ich dann überhaupt nicht verstehen kann, wie das sein kann, wenn es vorher keine Rolle gespielt hat in dem Gespräch, wie Sie hier aussagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann auch die letzte Frage.

Zeuge Günter Heiß: Na, der Herr Abgeordnete hat zu verstehen gegeben, dass er das nicht versteht, aber eine Frage habe ich darin nicht gesehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Doch. Die Frage ist, wie es möglich sein kann, dass der Präsident eines Bundesnachrichtendienstes nach Abstimmung mit dem Chef Kanzleramt und mit Ihnen aus dem Kanzleramt geht, eine Weisung erhalten hat, die er uns hier mitteilt - was der Inhalt dieser Weisung war -, die er auch weitergibt noch am gleichen Tag telefonisch, und Sie sagen: EU-Institutionen, NATO-Partner, Politiker, Regierungschefs usw. - alles nicht besprochen worden.

Zeuge Günter Heiß: Ja, das stimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen der nächsten Fraktion, den Fragen der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, ich kann da direkt anknüpfen. - Wenn man dann tatsächlich so global - und das haben Sie ja vorhin auch bestätigt - die Steuerung von Personen und TKM aus EU-, NATO-Staaten herausgenommen, beendet hat, haben Sie da nicht hinterfragt: „Warum müssen wir das denn so global machen, wenn nur irgendwie ein paar Botschaften in Krisenländern betroffen waren bislang?“ Weil tatsächlich hat man das dann ja sehr viel globaler gefasst. Warum war das dann notwendig? Haben Sie da nicht nachgefragt, wenn Sie angeblich ja nur dieses eine Beispiel gehabt haben? Oder haben Sie das eine Bei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

spiel so verstanden, dass da doch mehr dahintersteckt? Das ist das, wo wir - auch die Kollegen - eben das Verständnisproblem haben und wo sich die Geschichte ein bisschen anders anhört, als sie uns bislang hier erzählt wurde.

Zeuge Günter Heiß: Ich kenne ja konkret die Weisung, die Präsident Schindler innerbetrieblich in die TA hineingegeben hat, nicht, kannte ich auch damals nicht. Die hat er uns nicht vorgelegt, sondern die hat er anhand des Ergebnisses unseres Gespräches selbstständig umgesetzt. Wie das Gespräch verlaufen ist, habe ich gesagt. Was er später angewiesen hat, darüber habe ich erst sehr viel später erfahren, also erst im Zusammenhang mit der Aufklärung dieser Vorgänge. Und möglicherweise, wenn er eine solche Weisung so gegeben hätte und uns die mitgeteilt hätte, hätte genau an der Stelle für mich ein Anlass bestanden, noch mal nachzufragen und zu sagen: Wieso sind da plötzlich NATO-Staaten, wieso sind da EU-Partner usw. drin?

Das Gespräch, soweit ich mich erinnere, ging ausschließlich darum, das Beispiel Krisenland-Botschaft - - und es wurde auch verdeutlicht, dass so was kein Einzelfall ist, sondern schon öfter mal vorkommen kann. Aber in der Globalität, wie Sie sie gerade beschrieben haben, die in der Weisung steckt, ist das dort nach meiner Erinnerung nicht besprochen worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben wir ja vorhin auch über die Weisung gesprochen; da haben Sie gesagt: „Ja, die war sehr global, und es war dann Aufgabe des BND“, ich weiß nicht mehr genau, was Sie gesagt haben, „nachzuarbeiten, zu konkretisieren.“ Also wussten Sie doch, dass die Weisung so global war. Jetzt haben Sie gesagt, Sie wissen nicht genau, was angewiesen wurde. Wie ist man denn genau verblieben, was zu tun ist, was Herr Schindler seinen Mitarbeitern sagen soll? Da wurde doch dann drüber gesprochen.

Zeuge Günter Heiß: Ich versuche, die beiden Ebenen noch mal auseinanderzuhalten. Die eine Ebene war das Gespräch Schindler, Pofalla und ich. Dort ist festgelegt worden aufgrund des Bei-

spiels, was Schindler gegeben hat: Das wird eingestellt. - Daraufhin hat Schindler eine Weisung in die TA gegeben, die ich damals inhaltlich nicht kannte, und die mag globaler gewesen sein als das, was er uns als Beispiel vorgestellt hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe Sie vorhin sogar so verstanden, dass Sie gesagt haben: Ja, und der BND hat dann eben die Weisungslage nach und nach angepasst und hat sie konkretisiert und verfeinert.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Also mussten Sie ja dann doch gewusst haben, dass es zunächst diese globale Ausgangsweisung gab. Oder habe ich -

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich habe - -

Nina Warken (CDU/CSU): - Sie da vorhin falsch verstanden?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe mich vielleicht missverständlich ausgedrückt. Ich habe das interpretiert, was ich inzwischen weiß aus der Aufarbeitung. Zunächst gab es eine relativ allgemein gehaltene Weisung, und dann gab es Erkenntnisse, dass man bestimmte Bereiche, Entitäten wieder reinnehmen muss, weil man sie aus Gründen zum Beispiel der Terrorbekämpfung oder der Migrationsgründe oder was weiß ich, was das sein könnte, wieder in die Steuerung reinnehmen muss.

Nina Warken (CDU/CSU): Wann genau - -

Zeuge Günter Heiß: Das war die Feingliederung.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wann genau haben Sie davon Kenntnis erlangt?

Zeuge Günter Heiß: Während der Aufarbeitung, irgendwann nach dem März 2015.

Nina Warken (CDU/CSU): Ist das üblich, dass der BND dann selbst so was Globales noch mal konkretisiert? Und ist es dann üblich, dass bei



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen im Haus Ihre Fachabteilung, Ihr Fachreferat davon nichts weiß? Oder müssten die das nicht normal wissen, um auch kontrollieren zu können, dass das richtig, sage ich mal, konkretisiert wird?

Zeuge Günter Heiß: Das ist hier mehrfach gefragt worden. Wir haben aufgrund der Umstände, die ich geschildert habe, keinen Anlass gesehen, noch mal zu fragen, wie das umgesetzt worden ist. Wenn Präsident Schindler selbst eine allgemeine Weisung gibt, dann ist es selbstverständlich, dass seine Fachleute, seine Techniker diese Weisung natürlich differenziert betrachten und sagen, was geht in dieser Richtung und was geht nicht oder was ist noch zu bedenken. Das ist aber ein ganz normaler Ablauf, der immer stattfindet, wenn es eine sozusagen etwas globalere Weisung durch den Vorgesetzten gibt, der in der Regel weniger in den Details drinsteckt, die dann umgesetzt wird von den Sachverständigen und Technikern.

Nina Warken (CDU/CSU): Und Sie haben jetzt, als Sie gehört haben - - Nehmen wir mal an, Sie haben dann eben die Fälle „Botschaften in Krisenländern“ gehört, wo Sie dann auch gesagt haben oder auch Herr Pofalla gesagt hat: Ist abzustellen. - Hatten Sie da keine Veranlassung gesehen, Ihren Referaten zu sagen: „Oh, da habe ich jetzt erfahren, was da bislang gelaufen ist. Das darf natürlich in Zukunft nicht mehr so sein; achten Sie da mal bitte drauf beim BND“? Also, die Veranlassung haben Sie überhaupt -

Zeuge Günter Heiß: Habe ich nicht gesehen.

Nina Warken (CDU/CSU): - nicht gesehen?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe die Gründe ja gerade dargelegt; ich kann das gerne noch mal tun.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, weil zu viel zu tun war, oder - -

Zeuge Günter Heiß: Das, würde ich sagen, ist einer der letzten Gründe, aber der kommt natürlich auch hinzu. Wir haben damals in der Tat ausgesprochen viele Baustellen gehabt aufgrund der

Snowden-Affäre. Ob das nun XKeyscore, P 6 oder sonst was war. Es kam im Prinzip jede Woche eine neue dramatische Wendung, auf die wir irgendwie reagieren mussten. Und selbstverständlich war eine Sache, die für mich abgeschlossen war und für mich nur einen kleinen Kreis von Fällen betraf, weniger prioritär als das, was jeden Tag wieder neu aus den Medien oder aus anderen Bereichen zu uns hineinbrach.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt verstehe ich ja, dass es eine aufregende Zeit war, es viel abzuarbeiten gab. Aber das Schöne ist ja, dass es da eben im Kanzleramt nicht nur Sie dafür gab, sondern eben gerade die Referate gab und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und ich weiß nicht, vielleicht habe ich da auch ein falsches Verständnis von der Ausübung von Dienst- und Fachaufsicht. Wie soll denn die ausgeübt werden, wenn bei so einem Vorgang, der dann von mir aus auch - - oder wenn Sie sagen: „Ich habe gedacht, der ist erledigt“ - - dem man schon irgendwas entgegengesetzt hat. Aber wie soll denn dem nachgegangen werden bzw. wie soll denn für die Zukunft dafür gesorgt werden, dass so was nicht mehr passieren kann? Da muss es doch irgendeine Rückkopplung von Ihnen in die Fachreferate geben. Oder sagen Sie: „Das ist nicht Sinn und Zweck der Dienst- und Fachaufsicht“, dass Sie so was nach unten geben?

Zeuge Günter Heiß: Ich hatte das schon Ihrem Kollegen Herrn Flisek erklärt: Selbstverständlich ist das Sinn und Zweck der Fachaufsicht, Dinge anzuordnen und nachzuhalten; aber es gibt eben wirklich prioritäre Dinge, und es gibt auch Dinge, von denen glaubt man, dass sie jetzt erledigt sind. Und wenn man hinterher erfährt, dass sie noch nicht erledigt waren, und wenn man hinterher mitbekommt, was eigentlich an Dingen da noch hinter steht, die jetzt erst klar werden, dann kann man die Sache anders beurteilen. Damals haben wir jedenfalls die Sache so beurteilt: Dies braucht jetzt nicht nachgehalten zu werden.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt würde ich noch mal gern springen auf den März 2015, auf den Besuch in Pullach, bei dem Sie nicht dabei waren, wo dann ja aber im Nachgang rauskam, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch zu dem Vorgang „BND-eigene Selektoren“ berichtet wurde. Wenn Sie mir das noch mal konkret erläutern würden: Haben Sie dann gemerkt: „Oh, das ist ja der Vorgang aus Oktober 2013; da weiß ich doch was, da kenne ich doch was“, und haben das dann berichtet? Oder wie sind Sie da aktiv geworden? Weil Sie ja der Einzige waren im Prinzip, der den Zusammenhang wahrscheinlich herstellen konnte. Was haben Sie dann gemacht?

Zeuge Günter Heiß: Ja, mir ist erst zu dem Zeitpunkt klargeworden, dass der Ausgangspunkt der Quarantäne- oder Gruppenliste ebendieses Gespräch beim Bundesminister Pofalla war. Dies habe ich mitgeteilt, dass -

Nina Warken (CDU/CSU): Wem?

Zeuge Günter Heiß: - das darauf zurückkommt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wem und wann?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht. Meinen Kollegen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, Ihren Kollegen. Also, Ihren Mitarbeitern oder - -

Zeuge Günter Heiß: Also, wir führen nicht über jedes Gespräch, über jede Mitteilung irgendein Protokoll und geben das zu den Akten.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, aber es ist ja wahrscheinlich ein Unterschied, ob Sie es Herrn Altmaier mitgeteilt haben, Herrn Fritsche oder Ihren Referatsleitern. Wissen Sie - -

Zeuge Günter Heiß: Also, wir sitzen mit Referatsleitern und Herrn Fritsche sehr häufig zusammen; jeden Morgen zum Beispiel gibt es eine Morgenrunde. Wir sind ständig in Rücksprachen gemeinsam, und gerade bei der Aufarbeitung dieser Listen gab es also sehr viele Zusammenkünfte, und sicherlich habe ich das im Rahmen einer Zusammenkunft dann auch gesagt.

Nina Warken (CDU/CSU): Na, okay. Aber die kommen aus Pullach zurück mit dem Wissen,

und dann bespricht man sich, und dann haben Sie gemerkt: „Oh, dazu weiß ich was, was hier keiner weiß“, und haben das dann in so einer Runde gesagt. Muss ich mir das so vorstellen?

Zeuge Günter Heiß: So kann man sich das vorstellen.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie sind aber jetzt nicht zu Herrn Altmaier gegangen und haben gesagt: „Im Übrigen: Da war noch was, was man Ihnen vielleicht nicht gesagt hat“?

Zeuge Günter Heiß: Also, Herr Altmaier ist nicht mein direkter Vorgesetzter, sondern das ist Herr Fritsche.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und dem haben Sie es gesagt.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wissen Sie, ob es der dann weitergegeben hat?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und was gab es dann für Rückfragen? War man da nicht erstaunt, dass das da erstmals so hochkommt, dass es da schon einen Vor-Vorgang gab, der mit dem Besuch in Pullach bzw. der Listenerstellung zu tun hat? Es war doch sicherlich ein Thema, kann ich mir vorstellen.

Zeuge Günter Heiß: Ja, meine Aussage korrespondierte ja mit der von Präsident Schindler, der auch erst sehr viel später - ich meine auch im März 2015 - von dem Ausmaß dieser Listen erfahren hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und gab es keine Verwunderung darüber, dass in dem Zeitraum Oktober 13 bis März 15 überhaupt nichts stattgefunden hat? Ist man da vielleicht der Sache noch mal nachgegangen bei Ihnen im Haus auch? Oder haben Sie da beim BND noch mal nachgefragt? Oder hat man da versucht aufzuklären? Weil das ist ja auch ein Punkt, an dem wir uns



Nur zur dienstlichen Verwendung

immer wundern, oder wo wir uns fragen: Was ist passiert in dem Zeitraum Oktober 13 bis März 15? - Es gibt das Gespräch, es gibt die Weisung, dann gibt es noch so - - beim BND arbeitet man dann noch an der Verfeinerung, nimmt wieder Selektoren raus. Aber irgendwie kriegt keiner mehr was mit weder beim BND in der Hausleitung noch im Kanzleramt. Also ist da dann eine Lücke.

Dann ist der Besuch in Pullach. Man merkt, dass es diese Listen gibt auch bezüglich der BND-eigenen Selektoren. Man kommt zurück. Sie sagen: Stimmt, da war doch was; von der Weisung haben wir damals gewusst, dass die ergangen ist. - Aber ansonsten wissen wir nichts über den Zeitraum dazwischen. Haben Sie dann mal versucht, aufzuklären, was in der Zwischenzeit passiert ist? Oder haben Sie sich das mal fragen lassen müssen, warum Sie da nicht weiter tätig geworden sind? Und warum sind Sie es nicht?

Zeuge Günter Heiß: Ja, in der Zwischenzeit ist jedenfalls vonseiten des Kanzleramtes nichts veranlasst worden, die Sache weiter aufzuklären - ich sage es noch mal -, weil die Sache für uns erledigt war und wir davon ausgegangen sind, dass das, was zwischen Präsident Schindler, Bundesminister Pofalla und mir verabredet worden ist, gilt und auch umgesetzt wird.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber im März 15, als Sie dann erfahren haben, es gibt jetzt diese Listen, haben Sie dann noch mal irgendwas veranlasst, um zu schauen: „Was ist in der Zwischenzeit passiert gewesen?“?

Zeuge Günter Heiß: Ja, selbstverständlich wurde der gesamte Sachverhalt ab März 15 breit und großräumig aufgeklärt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und gab es da Diskussionen darüber, warum man bis zu dem Zeitpunkt nichts mehr gemacht hat oder warum keiner informiert war? Hat Ihnen dann keiner gesagt: „Mensch, das hätten wir aber gern früher schon erfahren, wenn Sie das wussten, dass das ein Thema war“? Oder war das alles: Schön, dass man jetzt weiß - -

Zeuge Günter Heiß: Ob ich das gefragt worden bin?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, ob Sie das gefragt worden sind.

Zeuge Günter Heiß: Nein, bin ich nicht gefragt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das fand niemand komisch, dass man im März 15 über so Listen erfährt und Sie das schon, sag ich mal, wussten seit Oktober 13, dass es da zumindest ein Problem gab. Von den Listen wussten Sie ja dann auch noch nichts, habe ich jetzt verstanden. Das fand keiner komisch.

Zeuge Günter Heiß: Nein, weil jeder nachvollziehen konnte, dass ich - - wenn ich dargelegt habe, dass dieses Problem im Oktober im Einvernehmen mit allen Beteiligten für uns gelöst war.

Nina Warken (CDU/CSU): Und dass man aber über ein gelöstes Problem mal berichtet, ist auch nicht veranlasst - - Also, dass man sagt: Hört zu - -

Zeuge Günter Heiß: Wenn man genug andere Probleme hat, braucht man über gelöste Probleme nicht zu berichten.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wäre eigentlich gewesen im Sommer 2013, wenn öffentlich geworden wäre, was ist? Jetzt sagen Sie nicht: Das ist hypothetisch. - Das weiß ich selbst. Aber was wäre denn da gewesen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Rückfrage: Was darf ich denn sagen?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sie können sagen: „Es ist hypothetisch.“ Aber dann beantworten Sie die hypothetische Frage.

Zeuge Günter Heiß: Okay. - Das wäre wahrscheinlich zu einer sehr ausführlichen medialen und politischen Diskussion gekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Tat. Und was war im Sommer 2013? Das ist nicht hypothetisch.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Affäre ist beendet!)

Vor vier Jahren.

Zeuge Günter Heiß: Ja, Wahlkampf.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahlkampf. Ja.

Zeuge Günter Heiß: Ich wusste, worauf Sie hinauswollen; -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - deswegen habe ich es gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahlkampf. - Und Sie sind ja, glaube ich, auch musikinteressiert. *Così fan tutte* - -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Das heißt: So machen es alle.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So machen es alle. - Und das war Ihnen als Abteilungsleiter 6, der für die Rechts- und Fachaufsicht des Bundeskanzleramts beim BND zuständig war, nicht bekannt.

Zeuge Günter Heiß: *Così fan tutte?*

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Günter Heiß: Also, da geht es um einen Partnertausch zwischen zwei Paaren. So was ist mir aus der Literatur her bekannt, persönlich habe ich darin keine Erfahrungen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So genau wollte ich es gar nicht wissen, Herr Heiß, aber - -

Zeuge Günter Heiß: Ich bin immer zu einer Auskunft gern bereit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da Sie unter Wahrheitspflicht stehen, werden wir dem natürlich nachgehen. Aber - -

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist aber jetzt nicht mehr Untersuchungsauftrag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff meldet sich gar nicht. Weiß nicht, was los ist.

(Heiterkeit)

So. Die Bundesregierung wäre voll in der Haftung gewesen, weil man ja selbst für die NSA Millionen von Selektoren steuert und weil man selbst diese Überwachung von EU-Institutionen usw. betreibt. Das wäre im Wahlkampf halt eine große Nummer gewesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Aber nach dem zeitlichen Ablauf scheint der erste Hinweis, den Sie jedenfalls unterstellen, dass ihn die Bundesregierung hatte, erst im Oktober durch dieses Gespräch bei Pofalla erfolgt zu sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist im Oktober aufgrund des Kanzlerinnenhandys; aber der Bundesnachrichtendienst hat direkt im Juni angefangen zu löschen.

Zeuge Günter Heiß: Das ist richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Während des Wahlkampfes hat man angefangen zu löschen.

Zeuge Günter Heiß: Oder auszusteuern. Ich glaube, auszusteuern, nicht zu löschen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Ich würde ganz präzise sein, wenn es in unseren Akten ganz präzise stehen würde. Da steht nicht: Aussteuern - sieben Ausrufezeichen -, sondern da steht: Löschen - sieben Ausrufezeichen. Aber sei's drum. Gut.

Herr Heiß, ich frage Sie mal ganz direkt: Gibt es eine Verabredung darüber, dass man vor dem März 2015 von dieser Problematik wusste, nicht öffentlich zu reden?

Zeuge Günter Heiß: Ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Weisung, die da erteilt wurde, hatte ja Konsequenzen, oder?

Zeuge Günter Heiß: Von welcher Weisung sprechen Sie?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die dann nach dem Oktober 2013 erteilt

wurde - - bei dem Herr Schindler nur so ganz kleine Probleme ansprach.

Zeuge Günter Heiß: Also, die Weisung, die wir sozusagen zu dritt vereinbart haben, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Günter Heiß: - das jetzt, was immer Schindler da erklärt hat, zu lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Die hatte Konsequenzen, ja. Das war - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Können Sie den Wortlaut der Weisung rekonstruieren sinngemäß?

Zeuge Günter Heiß: Das ist insofern schwierig, als Herr Präsident Schindler einen Sachverhalt geschildert hat, und er hat gesagt: Das halte ich für politisch heikel, und ich schlage vor, so etwas nicht mehr zu steuern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hält er für politisch heikel?

Zeuge Günter Heiß: Dieses Beispiel, was ich beschrieben habe. Ich kann es gerne noch mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Botschaft in Krisengebieten.

Zeuge Günter Heiß: Ja. Ich kann es gern noch mal erläutern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat nur - - Nein, nein, ich hatte das gehört - -

Zeuge Günter Heiß: Und da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte, bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Daraufhin hat er vorgeschlagen unter der Begründung, das sei politisch heikel, das würde er aus der Steuerung rausnehmen. Und da hat Bundesminister Pofalla gesagt nach meiner Erinnerung: Okay, das machen wir so; dann lassen wir das jetzt. - Das war in etwa, so wie ich es erinnere, die Konversation ... (akustisch unverständlich)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur im Hinblick auf Botschaften.

Zeuge Günter Heiß: Im Hinblick auf Botschaften; das ist meine Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil auf die Frage des Kollegen Flisek hat Herr Schindler bezüglich - - was er da denn nun mitgeteilt hat, auf Seite 24 des Protokolls gesagt:

Ja. Ich habe ja eben versucht, darzustellen, dass meine Unterrichtung,

- in Klammern: beim Bundeskanzleramt -

dass es so etwas in einem größeren Umfang gibt, nach dem Zitat der Kanzlerin stattgefunden hat.

„Dass es so etwas in einem größeren Umfang gibt“: Den größeren Umfang, den hat er Ihnen gegenüber verschwiegen.

Zeuge Günter Heiß: Nach meiner Erinnerung hat er nicht von einem größeren Umfang gesprochen, sondern hat einen Beispielfall gebildet und insinuiert, dass dies ein überschaubarer Kreis von Anwendungsfällen wäre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn dann die Ukraine, die Türkei, solche Länder rausfallen aus der Erfassung, dann fällt das im Bundeskanzleramt, wo man ja Meldungen bekommt, niemandem auf. Also, ob man die steuert oder nicht, ist wurscht, oder? Denn es muss dann - - Es hat ja keine Diskussionen darüber gegeben.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann die Voraussetzung Ihrer Frage nicht bestätigen. Aber wenn irgend etwas rausfällt aus einer Steuerung - - Bei der Breite der Steuerung und bei der Vielfalt der möglichen Erkenntnisquellen merken wir nicht, wenn eine Steuerung rausfällt. Wir wissen ja noch nicht mal, wenn wir einen Bericht bekommen, aus welcher Erkenntnisquelle der Bericht schöpft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das - -

Zeuge Günter Heiß: Ob das nun ein SIGINT ist oder ein HUMINT oder ein OSINT aus der Türkei oder aus der Ukraine, um jetzt Ihre Beispiele aufzugreifen, ergibt sich nicht aus dem Bericht, der uns vorgelegt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe. - Also, die Konsequenzen dieser Weisung waren nicht spürbar in dem Meldungsaufkommen.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat der BND auch nichts drüber berichtet. Es gab keine Diskussion, dass man Sachen wieder einsteuern sollte. Es gab keine Probleme im Hinblick auf die Ukraine zum Beispiel, Meldungen aus der Ukraine.

Zeuge Günter Heiß: Ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie nie erreicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Wissen Sie, wie das Bundeskanzleramt die Umsetzung dieser Weisung heute bezeichnet, die damit befassten Menschen, die auch mit Ihnen, glaube ich, zusammenarbeiten?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Als mangelhaft.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ah ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Weisung sei mangelhaft umgesetzt worden. Und jetzt frage ich mich: Wenn eine Weisung mangelhaft umgesetzt wird beim BND, wer ist da zuständig? Also, mit wem muss man schimpfen, um mit dem Richtigen zu schimpfen, dass diese Weisung nicht korrekt, nicht gut umgesetzt worden ist?

Zeuge Günter Heiß: Das hängt von vielen Einzelheiten ab. Wenn die Weisung zum Beispiel ungenau erteilt wird, würde ich mit dem schimpfen, der die Weisung erteilt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist sie ungenau erteilt worden?

Zeuge Günter Heiß: Ich war nicht dabei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie sind Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt und für die Fach- und Rechtsaufsicht beim Bundesnachrichtendienst zuständig. Deswegen - - Also, ich habe - - Ich nehme meine gedachte Antwort vorweg: Ich hätte Sie im Verdacht, Herr Heiß, dass am Ende das Ihr Problem ist. Aber Sie können mir helfen, dass jemand anderes verantwortlich ist, wenn diese Weisung mangelhaft umgesetzt wird. Und deswegen frage ich Sie: Wer ist dafür verantwortlich, wenn dann eine solche Weisung mangelhaft umgesetzt wird?

Zeuge Günter Heiß: Sie sprechen von der Weisung, die Präsident Schindler in die TA gegeben hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Weisung, auf die Sie sich zu dritt - Pofalla, Heiß, Schindler, so habe ich es bisher verstanden - verständigt haben, um diesem Problem zu begegnen, -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dem man ja offensichtlich nicht korrekt begegnet ist danach.

Zeuge Günter Heiß: Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, wer trägt dafür die Verantwortung?

Zeuge Günter Heiß: Dann beginne ich noch einmal: Das kann der Anweisende sein, wenn die Weisung nicht konkret genug ist. Das hängt aber davon ab, ob der Anweisende überhaupt in der Lage ist, eine sehr konkrete Weisung zu geben. Also, wenn es technisch kompliziert ist und wenn das in die Einzelheiten geht, dann ist weder ein Kanzleramtsminister noch ein Präsident noch ein Abteilungsleiter in der Lage, eine dezierte, im Detail ausgearbeitete Weisung zu geben, sondern die geben nur die Richtung vor. Bei der Bundeswehr nennt man das Auftragstaktik: Das ist der Auftrag, das soll jetzt angestellt werden, macht das mal. So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So.

Zeuge Günter Heiß: Dann kommt die nächste Stufe: Präsident Schindler gibt das in die TA rein. Auch da gibt es eine Fehlerquelle. Wenn der die Weisung jetzt nicht genau genug gibt, dann wird das auch schwierig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, wir sind uns einig - -

Zeuge Günter Heiß: Und dann geht das die Stufe runter bis zu dem Letzten, der die Weisung erfüllt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So funktioniert das Verwaltungswesen, genau. Aber jetzt haben wir - - Das ist ja kein theoretischer Fall, sondern es ist ein praktischer Fall, und er ist passiert. Und er hat dazu geführt, dass man dem BND hart ins Kreuz gesprungen ist medial im Jahr 2015. Aber wer trägt für die mangelhafte Umsetzung dieser Weisung die Verantwortung? Wo haben Sie in der Aufarbeitung - Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind ja immer noch AL 6 - das Problem festgestellt?

Zeuge Günter Heiß: Der BND ist kritisiert worden, oder ihm ist ins Kreuz gesprungen worden, wie Sie das auszudrücken belieben, wegen der NSA-Problematik. Die Frage der BND-eigenen Steuerung war da noch nicht zentrales Thema jedenfalls bei der Kritik, auf die Sie gerade reflektieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kommt noch eine Presseerklärung. Oder was soll das heißen?

Zeuge Günter Heiß: Nein, das soll das nicht heißen. Ihre Frage, wer denn nun letztlich dafür verantwortlich ist, dass eine Weisung so oder so umgesetzt wird und möglicherweise mangelhaft, wie Sie sagen - es gibt durchaus Anzeichen dafür, dass das der Fall ist - - hängt davon ab, wie derjenige, der anweist, im Thema drinsteckt. Wenn ich nicht weiß, dass da eine große Menge politisch heikler oder nicht zu steuernder Selektoren im Hintergrund ist, sondern ich nur davon ausgehe, dass es ein paar Botschaften sind, die, wie wir damals noch nicht so gesehen haben - - aber möglicherweise unzulässigerweise gesteuert werden, dann kann ich keine Weisung geben, die so mangelhaft ist, dass sie mangelhaft umgesetzt wird, sondern dann kann ich nur die Weisung geben, die das reflektiert, was ich als Problem erkannt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe jetzt - -

Zeuge Günter Heiß: Und ich habe als Problem nur erkannt, dass Botschaften in Krisenländern gesteuert werden, um aus Krisenländern kompetente Informationen zu erlangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was zu dem unbefriedigenden Zustand führt - letzte Frage -, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass nicht korrekt umgesetzt wurde, unserer Meinung nach rechtswidrig über Jahre eben Dinge gesteuert wurden zumindest mit höchstem diplomatischem Schaden. So. Und jetzt frage ich Sie: Wer trägt dafür die Verantwortung? Oder ist das, was Sie beschreiben, organisierte Verantwortungslosigkeit? Das nehme ich auch zur Kenntnis. Ich würde aber gerne wissen, wer aus Ihrer Sicht für das, was Sie beklagen, die politische und verwaltungsorganisatorische Schuld trägt. Wer hat da was falsch gemacht? Oder haben alle alles richtig gemacht? Das würde einen sehr beunruhigen.

Zeuge Günter Heiß: Bei dem Kenntnisstand, der dem Gespräch vom, wie Sie sagen, 28.10. zugrunde lag, konnte nur diese globale und allgemeine Weisung ergehen. Insofern ergibt sich, wie Sie das gerne hier bezeichnen wollen, keine Schuldzuschreibung an diese Dreiergruppe; denn die konnte nur aufgrund dessen, was Herr Schindler vorgetragen hat, entscheiden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, Herr Heiß, letzter Gedanke: Die Öffentlichkeit ist im Sommer 2013 belogen worden über das, was ist. Und Sie sagen hier: Niemand hat Schuld. - Ich bin ein wackerer Streiter für demokratische Verhältnisse, aber das frustriert mich zutiefst. Und ich wäre wirklich dankbar, wenn jemand aus dem Bundeskanzleramt - wir hören ja noch ein paar Leute - sagt, wer dafür die Verantwortung übernimmt, weil irgendjemand muss für diese Irreführung der Öffentlichkeit, die da 2013 stattgefunden hat, die Verantwortung übernehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ganz herzlichen Dank. - Und wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Heiß, da es ja scheinbar zumindest nach meinem Verständnis gewisse Schwierigkeiten bei der Ausübung der Aufsicht gegenüber dem BND durch das Bundeskanzleramt gab, würde ich Sie gerne mal befragen: Auf welcher Grundlage übt das Bundeskanzleramt denn die Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst aus? Also, ich will jetzt nicht eine einzelne Norm irgendwie hören, wo da drinsteht - - keine Ahnung, sondern: Was sind die Prinzipien? Gibt es Regelungen, wo drinsteht, nach welchen Prinzipien wird die Rechts-, Fachaufsicht ausgeübt?

Zeuge Günter Heiß: Soviel ich weiß, gibt es allgemeine Regelungen über Fach- und Dienstaufsicht, die das BMI erlässt oder herausgibt.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Da muss ich aber inhaltlich passen; das kann ich nicht im Einzelnen zitieren oder anführen. Es gibt jedenfalls für die konkrete Aufsicht der Abteilung 6 über den BND keine konkret zu fassende Dienstanweisung oder Verwaltungsvorschrift.

Christian Flisek (SPD): Ja also, in der Tat - - Sie sprechen ja an: Es gibt sozusagen Grundsätze zur Ausübung der Fachaufsicht der Bundesministerien über den Geschäftsbereich, also nachgeordnete Bundesbehörden. Und das sieht also vor, dass es dann auch in einzelnen Spezialbereichen noch einmal speziellere Grundsätze geben könnte, dass man so was mal vonseiten des Bundeskanzleramtes in Bezug auf einen so sensiblen Gegenstand - ich meine, in der Geschichte der Bundesrepublik ist das ja nicht neu, dass es irgendwie mal Probleme mit den Nachrichtendiensten geben könnte - - dass man da mal Regelungen schafft, zu Papier bringt, wie ist die Aufsicht über so etwas auszuüben. Weil es ist ja auch was Spezielles, gerade dieser Konflikt von Geheimhaltung und Aufklärung und der damit verbundenen Transparenz; das ist ja eher etwas, was sehr speziell ist und was es so in dieser Konstellation vielleicht nicht in allen Bereichen gibt, wo Aufsicht ausgeübt wird. Dass man mal so was zu Papier bringt irgendwo, war nie notwendig, ist

nie im Kanzleramt für notwendig erachtet worden?

Zeuge Günter Heiß: Es ist nicht erfolgt.

Christian Flisek (SPD): Ist ja kein Vorwurf, auch schon gar nicht an Sie oder so, sondern ich nehme das einfach jetzt mal als Beschreibung des Status quo, weil mich das halt auch wundert, weil natürlich gerade in solchen Bereichen auch bestimmte Dokumentationen auch Absicherungen sein können für den Fall, dass man zum Beispiel mal später im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses hier Aufklärung betreibt.

Also, das bedeutet, Sie üben diese Aufsicht nach den allgemeinen Grundsätzen aus, und ein Instrument, das vor allen Dingen praktiziert wird dort, haben Sie ja gerade gesagt, ist die Weisung.

Zeuge Günter Heiß: Zum Beispiel.

Christian Flisek (SPD): Und wenn Sie sich so die Weisungen anschauen, die Sie in Ihrem Leben erteilt haben oder mit denen Sie zu tun hatten, ist das eher üblich, dass man Weisungen dann mündlich erteilt und sie auch nachträglich nicht verschriftlicht werden?

Zeuge Günter Heiß: Es ist unterschiedlich, situativ abhängig. Es gibt Weisungen, die schriftlich erteilt werden, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - zum Beispiel Berichtsansforderungen, wenn man genau detailliert reinschreibt, mitteilen möchte, was in dem Bericht drinstehen - - worauf wir Wert legen. Es gibt allgemeine Weisungen wie zum Beispiel: Bitte legt mal ein Konzept zu dem und dem Punkt vor. - Die kann man, weil sie einfach und selbsterklärend ist, mündlich übermitteln. Das ist, wie gesagt, situativ abhängig. Mal so - -

Christian Flisek (SPD): Und Ihre Einschätzung würde jetzt hier auch so sein. Diese Weisung da auf der Grundlage des Gesprächs am 28.10.2013,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die dann im Anschluss erfolgt ist, ist eher so ein einfacherer Fall, wo man quasi mit einer mündlichen Weisung ohne Weiteres klarkommt.

Zeuge Günter Heiß: Ja, das ist insbesondere im Verhältnis zwischen dem zuständigen Bundesminister, dem Präsidenten völlig klar, dass, wenn da etwas gesagt wird, das auch genauso umgesetzt wird und gilt; da braucht man jetzt nicht noch etwa eine Verschriftlichung in dem Sinne, dass das auch so gilt, was der Minister gesagt hat. Dazu ist das Wort des Ministers viel zu wichtig.

Christian Flisek (SPD): Ja. Wobei wir heute immer noch nicht so richtig wissen, was der Minister eigentlich gesagt hat. Und wenn ich mir jetzt anschau, welche Spagate da dann gemacht worden sind - - Weil so wenig komplex ist das ja dann doch wieder nicht in der Differenzierung zwischen Aufgabenprofil, EU, NATO, rechtmäßig, deutsche Interessen, Botschaften in was weiß ich für Ländern - - mit unterschiedlichen Qualifikationen zu differenzieren. Da wundert mich sozusagen, wie in einer solchen komplexen Sachlage - wir reden hier über das Kanzleramt und oberste Bundesbehörden - man sagt, da wird auf Zuruf mit einer mündlichen Weisung - - kommt man über die Runden.

Also, ich sage es Ihnen ganz offen: Ich kenne hier keinen Zeugen - und es sind fast alle schon dagewesen bis auf eben Herrn Altmaier und vielleicht die Bundeskanzlerin, die noch folgen werden -, dem ich ganz persönlich zutraue, dass er in einer mündlichen Weisung, diese komplexe Thematik befriedigend anweisen kann; das sage ich Ihnen.

Zeuge Günter Heiß: Ich hingegen traue das vielen zu.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Günter Heiß: Vielleicht darf ich noch mal richtigstellen: Wenn man so einen komplexen Sachverhalt, wie Sie ihn gerade schildern und wie er uns im Nachhinein auch klargeworden ist, vor sich hat, dann ist es natürlich wünschenswert, so etwas auch zu verschriftlichen. Indessen ist nach meiner Erinnerung - und die habe ich ja

hinreichend dargetan - dieser komplexe Sachverhalt in dem Gespräch so nicht zur Geltung gekommen, -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Günter Heiß: - sondern es war relativ schlicht: Krisenland-Botschaft. Okay, wir lassen das. - Ich verkürze jetzt absichtlich, um das nicht immer wieder zu wiederholen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich würde Ihnen gerne - das ist ja hier üblich - auch aus einer geheimen Akte einen stillen Vorhalt machen. Das ist MAT A BND-44/2, Tagebuchnummer 223 aus 16, die Seite 149. Wenn ich Ihnen das gerade mal geben darf.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und MR Philipp Wolff (BK) nehmen Einblick)

Haben Sie das schon mal gesehen?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay. Das ist nachvollziehbar. Das ist ein Dokument des BND. Jetzt - - Wollen Sie das gerade noch mal kurz durchlesen?

Zeuge Günter Heiß: Ich bin dabei. - Geht es um die eine Seite oder - -

Christian Flisek (SPD): Nein, um die Seite geht es mir jetzt. - In der Tat ist es ja so, dass Sie auch drauf angewiesen sind, was für Informationen Sie eben vom BND bekommen. Wir streiten uns ja gerade ein Stück weit jetzt - - oder wir versuchen, zu erforschen: Was hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes am 28.10. an Sachverhalt vorgetragen? Und jetzt gibt es da entsprechende Vorbereitungen innerhalb des BND.

Zeuge Günter Heiß: Die ich gerade gelesen habe.

Christian Flisek (SPD): Die Sie gerade gelesen haben. Und jetzt würde ich Sie mal gerne fragen:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deckt sich das, was da drinsteht, mit dem, was der BND-Präsident am 28.10. vorgetragen hat?

Zeuge Günter Heiß: Jedenfalls nicht zur Gänze.

Christian Flisek (SPD): Nicht zur Gänze.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ich bleibe bei meiner Darstellung: Er hat einen Beispielfall genannt, er hat auch ein Land genannt, er hat auch einen Partner genannt. Und anhand dieses Beispielfalls hat er exemplifiziert, dass es so etwas gibt, und er hat auch deutlich gemacht, dass es kein Einzelfall ist, dass in einigen Fällen so etwas passiert. Insofern deckt sich das, weil das die Quintessenz dessen ist, was hier drinsteht. Er hat allerdings nicht diese Einzelheiten, diese Zahlen und diese Hinweise genannt.

Christian Flisek (SPD): Ja. Okay. - Also, das heißt, um das jetzt noch mal zusammenzufassen, um zu rekonstruieren, was wurde da am 28.10. vom BND-Präsidenten vorgetragen: Er hat keinen abstrakten, allgemeinen Sachvortrag gemacht, sondern er ist gleich mit einem Einzelfall eingestiegen, hat gesagt: „So was gibt es; das könnte problematisch sein“, und mehr nicht. Gebe ich - -

Zeuge Günter Heiß: Na, wenn ich mir das hier durchlese, hat er gewissermaßen einen exemplarischen Einzelfall für die Fälle, die er hier zahlenmäßig auch aufführt, dargestellt; so erscheint mir das, wenn ich das jetzt sozusagen übereinanderlege.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Also, er ist nicht mit diesen Inhalten gekommen, sondern hat gesagt: Ich sage euch mal ganz allgemein, wie so was funktioniert. Da ist dieses Land, da ist diese Botschaft. Wir hören die Botschaft ab, um aus diesem Land etwas zu erfahren.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Unterstellt, der BND-Präsident hat genau das, was Sie dort haben, als Vorlage für die Gesprächsvorbereitung aus seiner Behörde bekommen, und unterstellt,

es trifft zu, dass er in dem Gespräch lediglich einen Beispielfall nannte und ansonsten das Problem nicht als ein besonders großes dargestellt hat: Angesichts einer solchen Vorbereitung würden Sie dann sagen, hat der BND-Präsident den Sachverhalt heruntergespielt?

Zeuge Günter Heiß: Das würde ich nicht unbedingt so bezeichnen. Er hat ihn im Hinblick auf die Kürze der Zeit, die wir alle nur haben für solche Besprechungen, hinreichend reduziert, dass wir ungefähr verstanden haben, worum es ging, und eine Entscheidung treffen konnten. Ich darf allerdings - -

Christian Flisek (SPD): Na ja gut, Herr Heiß, jetzt muss ich mal ganz kurz einhaken, wenn ich darf; entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

Zeuge Günter Heiß: Kein Problem.

Christian Flisek (SPD): Das, was ich Ihnen da gerade vorgelegt habe, ist eine DIN-A4-Seite, nicht wirklich dicht und lang beschrieben. Also, Zeit könnte aus meiner Sicht nicht der Grund sein, zumindest die fünf, sechs, sieben Punkte, die da stehen, vorzulesen; das mache ich in zwei Minuten.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe nur versucht, die möglichen Motive - -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Günter Heiß: - des Präsidenten Schindler zu erklären, -

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Günter Heiß: - warum er das nicht in Einzelheiten - -

Christian Flisek (SPD): Schließen wir mal das Motiv „Zeit“ aus. Überlegen wir mal: Könnte es vielleicht ein anderes Motiv geben neben Zeitmangel? Weil das lasse ich nicht zu, gibt es nicht. Wenn er das als Vorlage hat, kann er es vorlesen. Es sind zwei bis drei Minuten Lebenszeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Frage ist, warum - unterstellt, das, was Sie hier sagen, dass er einen Beispielfall genannt hat - - Und wenn Herr Schindler anfängt, Beispielfälle zu schildern - wir wissen das aus zahlreichen Vernehmungen -, dann kann das durchaus episch breiter sein, als wenn man das vorliest, und mehr Zeit in Anspruch nehmen. Was könnte die Motivationslage gewesen sein, dass er offensichtlich nicht das vorgetragen hat, was dort in dieser Akte drinsteht?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht. Ich kann mich nicht hinreichend fantasievoll in Herrn Schindler hineinversetzen.

Christian Flisek (SPD): Halten Sie das als jemand, der die Aufsicht über Herrn Schindler auszuüben hat - also, nicht über Herrn Schindler persönlich, aber über das Amt, das er geleitet hat -, für einen Fehler, dass er angesichts der ihm vorliegenden Informationen, die er hatte, das Ihnen oder dem Bundeskanzleramt nicht so vorgetragen hat?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich hätte mir natürlich gewünscht, er hätte das in dieser Ausführlichkeit und auch so vorgetragen, dass ich und auch Herr Pofalla eher einen Eindruck von der Menge der Fälle bekommen hätten; das hätte ich mir in der Tat gewünscht.

Christian Flisek (SPD): Hätte das - unterstellt, er hätte es vorgetragen, so wie es dort vorliegt - an der Reaktion des Kanzleramtes was geändert?

Zeuge Günter Heiß: Also, es hätte sicherlich nichts daran geändert, dass wir einvernehmlich zu dem Ergebnis gekommen wären - ich formuliere wieder in Anführungsstrichen -, „dies jetzt zu lassen“. Das wäre sicherlich das gleiche Ergebnis gewesen. Ich will nicht ausschließen - und darauf wollen Sie vermutlich hinaus -, dass angesichts einer solchen konkreten Vorlage wir uns hätten noch mal berichten lassen; aber das ist hypothetisch, das will ich nur nicht ausschließen. Jedenfalls sind diese Dinge, die ich jetzt zum ersten Mal sehe, natürlich ein etwas konkreterer Anfassers, noch mal nachzuhaken.

Christian Flisek (SPD): Gut. Also, das bedeutet im Endeffekt in der Darlegung jetzt von Ihnen, dass Sie sagen, Herr Schindler hat im Endeffekt - Sie haben sich ja nicht angeschlossen, wenn ich es als „Herunterspielen“ bezeichnet habe - aber offensichtlich - wenn wir das jetzt mal unterstellen als die dem Präsidenten bei diesem Gespräch bekannte Sach- und Informationslage - Sie nicht umfassend über das informiert, was er an Informationen vorliegen hatte.

Zeuge Günter Heiß: Es war zumindest eine vereinfachende Darstellung, und ich kann mich auch nicht erinnern, dass er irgendetwas in der Hand gehabt hat, wie zum Beispiel eine Akte oder ein Blatt Papier, als er von diesen Umständen berichtet hat.

Christian Flisek (SPD): Ist das nicht ungewöhnlich? Ist das nicht ungewöhnlich in einer Situation, wo ein BND-Präsident gegebenenfalls selber spüren könnte, dass sein Stuhl wackelt? Ist es nicht ungewöhnlich, dass ein BND-Präsident genau bei einem solchen Gespräch - und am Ende hat sich das ja genau realisiert - alles tut, um sich und sein Amt selber abzusichern?

Zeuge Günter Heiß: Das kann ich nicht beurteilen, ob Herr Präsident Schindler damals gespürt hat, dass sein Stuhl wackelt - wenn er überhaupt gewackelt hat.

Christian Flisek (SPD): Aber jetzt in der Nachbetrachtung von heute, wenn Sie das sehen: Halten Sie es für einen Fehler?

Zeuge Günter Heiß: Also, wir hätten sicherlich gerne genauere Umstände in dem Ge- - hätte ich gerne genauere Umstände in dem Gespräch erfahren. Es war insofern nur bedingt ein Fehler; denn wir sind ja zu dem Ergebnis gekommen, was er auch angestrebt hatte, nämlich - das war auch seine Empfehlung - diese Dinge einzustellen.

Christian Flisek (SPD): Der Casus knacksus aber war das, was Sie gerade gesagt haben: Hätten wir vielleicht ein wenig mehr über das Ausmaß der Problematik gewusst, hätten wir im Zweifel nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur eine mündliche Weisung erteilt, sondern hätten auch am Ende noch mal Berichtspflichten eingefordert.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe gesagt: Das will ich nicht ausschließen; das könnte uns dazu veranlassen haben.

Christian Flisek (SPD): Ich halte das auch für richtig, ja. Ich hätte es für richtig gehalten. Es ist genau das, was ich auch in meiner letzten Frageunde angesprochen habe mit der Frage, wie eine solche Aufsicht auszuüben ist, dass man nicht einfach nur eine Weisung - noch dazu nur eine mündlich - in die Welt setzt, sondern irgendwann einmal nachfasst: Was ist eigentlich aus dieser Weisung geworden, und was ist daraus gemacht worden?

Das heißt, Sie würden sagen, aufgrund des Berichtes gab es dafür keinen Anlass. Wären Sie eventuell in dieser Form, wie es dort liegt, informiert worden, möchten Sie nicht ausschließen, dass man so etwas in Erwägung gezogen hätte; aber man hat es halt nicht in Erwägung gezogen. Wenn Herr Schindler Ihnen einen Beispielfall nennt - - Ich meine, die Bundesrepublik hat viele Botschaften in allen möglichen Ländern, die Schwierigkeiten haben. Ich meine, da braucht es nicht viel Fantasie, auf den Gedanken zu kommen, dass dieses Problem eventuell ein größeres sein könnte.

Zeuge Günter Heiß: Das kommt auf das Beispiel an. Wenn das Beispiel zum Beispiel ein Krisenland betrifft, wo die Bundesrepublik in ganz besonderer Weise engagiert ist, dann gibt es nicht so furchtbar viele Länder davon.

Christian Flisek (SPD): Aber es ist keiner vom Bundeskanzleramt auf die Idee gekommen, zu fragen: Herr Schindler, über wie viele Fälle reden wir hier?

Zeuge Günter Heiß: Dies ist in dem Dreiergespräch nicht erfolgt.

Christian Flisek (SPD): Ich kriege langsam ein Bild davon, wie scheinbar solche Gespräche ablaufen, auch wenn ich sie in der Sache nicht nachvollziehen kann. Weil wenn ich auch nur ein so ein Gespräch - - mit dabei wäre als ein Part, ich würde die Gespräche anders führen. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass das nicht der Fall ist offensichtlich.

Wissen Sie, ob die Bundeskanzlerin jemals über das Treffen vom 28.10.2013 informiert worden ist?

Zeuge Günter Heiß: Nein, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, ob die Bundeskanzlerin informiert worden ist im Vorgriff auf die erteilte Weisung?

Zeuge Günter Heiß: Jetzt bin ich mir nicht sicher, ob ich Ihre Frage richtig verstehe.

Christian Flisek (SPD): Man hat ja die Weisung erteilt an Herrn Schindler.

Zeuge Günter Heiß: In dem Dreiergespräch.

Christian Flisek (SPD): Und ist sozusagen über die Tatsache, dass jetzt eine Weisung erteilt wird, dass bestimmte Dinge eben nicht mehr zu steuern sind, die Bundeskanzlerin darüber informiert worden?

Zeuge Günter Heiß: Nein. Ich glaube, das hatten Sie gerade gefragt. Sie ist nicht - - Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich habe Sie gefragt, ob sie über das Treffen informiert wurde, und ich habe Sie gefragt, -

Zeuge Günter Heiß: Ach ja. Entschuldigung.

Christian Flisek (SPD): - ob es über die Weisung eine Information gab.

Zeuge Günter Heiß: Ich muss beides - - Nichtwissen bekennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre jetzt dann auch - -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn noch eine Frage ist, dann jetzt. Vielleicht wären wir sonst - -

Christian Flisek (SPD): Nein, ich spare mir das auf. Dann machen wir noch eine Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann wären wir nämlich jetzt mit dieser Runde durch, und da wir ja noch einen weiteren Zeugen haben, den wir auch gern zur Tageszeit öffentlich vernehmen wollen, würde ich mal anregen, ob wir es vielleicht schaffen, mit gezielter Fragestellung in der kommenden Fragerunde durch zu sein. Wenn nicht, dann müssen wir gucken, wie wir heute noch so durchkommen.

(Christian Flisek (SPD): Das hängt nicht nur von den gezielten Fragen ab, das hängt auch von der Qualität der Antwort ab! - Martina Renner (DIE LINKE): Wir werden sehen, Herr Vorsitzender!)

- Gut. - Dann geht es jetzt in die nächste Frageunde. Die Fraktion Die Linke beginnt wieder. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich komme noch mal auf einen Aspekt zurück, der ganz am Anfang auch schon in Antworten auf den Vorsitzenden eine Rolle spielte. Sie sagten, hinsichtlich der BND-Selektoren wäre auch die G 10-Kommission einbezogen gewesen. Sie haben vermutlich an den Sitzungen der G 10-Kommission seit Ihrem Amtsantritt teilgenommen. - Nein? Nie? Gelegentlich?

Zeuge Günter Heiß: Also am Anfang weniger -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - bis gar nicht, weil ein Kollege, nämlich Herr Bartodziej dort teilgenommen hat. Das war meistens die Sache des Unterabteilungsleiters, der zuständig war für G 10 und diese Bereiche. Danach hat es Herr Schäper gemacht. Ich war sicherlich immer mal wieder dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, das reicht ja schon.

Zeuge Günter Heiß: Und nach der Vakanz kam dann Herr Dr. Palm, der dann seinerseits wieder mehr teilnahm. Aber ich war öfter dort.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wie sind denn die BND-Selektoren der G 10-Kommission vorgelegt worden?

Zeuge Günter Heiß: Es gibt Anträge, die werden über das Innenministerium -

Martina Renner (DIE LINKE): § 5.

Zeuge Günter Heiß: - an die G 10-Kommission - - die gehen im Büro ein, und dann wird darüber entschieden, ob diese Selektoren, also diese Telekommunikationsmerkmale, verlängert werden. Meistens geht es um Verlängerungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also befinden sich die Suchbegriffe auf den Anträgen nach § 10: die TKM, die E-Mail-Adressen, die Telefonnummern.

Zeuge Günter Heiß: Ja klar. Die werden da genannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch alles das, was auf das Internet zielt, also Selektoren - -

Zeuge Günter Heiß: IP-Adressen - natürlich, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Gab es jemals Nachfragen in der G 10-Kommission zu konkreten Selektoren?

(MR Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Das gibt es immer wieder - klar. Die lassen sich das schon genau erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff von der Bundesregierung.

MR Philipp Wolff (BK): Ich will nur auf zwei Sachen hinweisen: Zum einen halte ich Inhalte, insbesondere zu Nachfragen von der G 10-Kommission oder Ähnlichem, nicht für geeignet in öffentlicher Sitzung erörtert zu werden. Zum anderen halte ich das auch grundsätzlich für nicht untersuchungsgegenständlich, weil es mitnichten um die Selektoren geht, die, so wie der Ergänzungsauftrag lautet, aus der Erfassung genommen wurden, sondern um G 10-Selektoren. Das nur grundsätzlich als Hinweis.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ich will auch gar nicht wissen, welche Nachfragen es gab seitens der G 10-Kommission, sondern: Gab es auf Grundlage von Nachfragen mal Überarbeitungen?

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß nicht, was Sie mit Überarbeitungen meinen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, dass man Selektoren zurückgezogen hat oder - -

Zeuge Günter Heiß: Das ist grundsätzlich immer möglich, dass Zweifel geäußert werden: Ist dieser Selektor - - Oder besser: Müssen wir diesen oder jenen Betroffenen weiterhin mit filtern oder nicht? Das gibt es immer, natürlich. Das ist business as usual, dass mal Nachfragen gestellt werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es dann auch - -

Zeuge Günter Heiß: Ich darf allerdings darauf hinweisen, dass das Selektoren sind, die mit den Selektoren, die hier inkriminiert sind, überhaupt nichts zu tun haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Aber es gab dann auch auf Grundlage von Hinweisen der

G 10-Kommission Korrekturen, würden Sie sagen.

Zeuge Günter Heiß: Das mag der Fall gewesen sein, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie können sich an eine Korrektur erinnern?

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß nicht, wie man einen Selektor korrigieren kann. Also, es sei denn, er ist -

Martina Renner (DIE LINKE): Indem man ihn zum Beispiel - -

Zeuge Günter Heiß: - falsch geschrieben; dann muss man eben die Richtigschreibung - -

Martina Renner (DIE LINKE): Indem man ihn zum Beispiel nicht steuert.

Zeuge Günter Heiß: Das ist keine Korrektur.

Martina Renner (DIE LINKE): Echt?

Zeuge Günter Heiß: Nein. Und warum sollten Selektoren, die im Antrag zur G 10-Kommission gegeben werden, um Terrorismusbekämpfung damit vorzunehmen, dann aus der Steuerung rausgenommen werden? Wenn man einen Antrag stellt, dann will man ihn ja steuern, den Selektor.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Also, insofern erfasse ich noch nicht ganz, in welchem Rahmen sich Ihre Frage bewegt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, ob es von der G 10-Kommission mal Bedenken gegen einzelne Steuerungen gab und ob man daraufhin bestimmte Steuerungen unterlassen hat.

Zeuge Günter Heiß: Kann immer passieren. Weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ob es passiert ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht, kann ich nicht sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Gut. Sie können sich an keinen Vorgang erinnern, wo so etwas passiert ist.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Ich möchte noch mal zum 24. Oktober 2013 fragen. Das ist der Tag nach der Veröffentlichung zum Kanzlerinnenhandy. Da haben Sie an drei Runden teilgenommen in unterschiedlicher Besetzung. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? Einmal morgens um 9.30 Uhr, dann um 12.45 Uhr, dann gab es die Sondersitzung des PKGr und dann um 18 Uhr.

Zeuge Günter Heiß: Das sind schon vier.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber die PKGr habe ich jetzt mal rausgenommen als regulären Termin.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, gar nicht?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Meldung im *Spiegel* läuft: Kanzlerinnenhandy wird abgehört. - Am nächsten Tag trifft man sich dreimal.

Zeuge Günter Heiß: Na, ich treffe mich täglich -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Günter Heiß: - in vielen Runden. Ich kann nicht ermessen, welche Runden das jetzt sein könnten. Vielleicht sagen Sie mir den Wochentag, und dann könnte ich sagen, ob es die AL-Runde war oder die ND-Lage oder irgendwie so was.

Martina Renner (DIE LINKE): Super. - Donnerstag, 24. Oktober, 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr: Herr Schindler, Herr Fritsche, Herr Heusgen, Herr Heiß, Herr Maaßen und Herr Seibert.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - War was? Die ND-Lage? Nein.

Zeuge Günter Heiß: Nein, das ist nicht ND-Lage.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist die ND-Lage.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Die ist nicht donnerstags.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Was war das denn?

Zeuge Günter Heiß: Das war eine Runde. Keine Ahnung.

Martina Renner (DIE LINKE): „Das war eine Runde. Keine Ahnung“ - man kommt in der Konstellation immer zusammen Donnerstagfrüh?

Zeuge Günter Heiß: Woher soll ich wissen, was dort besprochen ist, was Jahre her ist?

Martina Renner (DIE LINKE): 2013.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir reden nicht von 1993.

Zeuge Günter Heiß: Nein. Das weiß ich.

Martina Renner (DIE LINKE): 2013.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe keine Ahnung, was das für eine Runde war.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht ging es in der Runde um die Veröffentlichung des *Spiegel* zur Abhörung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Kann durchaus sein. Klar. Möglich.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie überhaupt eine Erinnerung, dass man nach dieser Veröffentlichung im Magazin zusammengesessen hat?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann 12 - -

Zeuge Günter Heiß: Ich glaube, wir haben nach fast jeder Veröffentlichung, die irgendwo politisch inkriminiert war, irgendwo zusammengesessen und darüber gesprochen. Erstens: Was hat das für einen Hintergrund? Gibt es Fakten, die wir wissen müssen? Zweitens: Wie reagieren wir darauf? Das ist auch business as usual.

Martina Renner (DIE LINKE): Mit Herrn Seibert und Herrn Heusgen und Herrn Dr. Maaßen, da sitzen Sie permanent zusammen, -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - weil irgendwo eine Zeitung irgendwas veröffentlicht.

Zeuge Günter Heiß: Unterschiedliche Besetzungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das ist ja schon eine besondere Besetzung, oder?

Zeuge Günter Heiß: Finde ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. - Wie oft ist denn der Herr Seibert bei so Besprechungen mit Herrn Schindler dabei?

Zeuge Günter Heiß: Kann ich mich nicht erinnern. Aber er ist zum Beispiel immer in der AL-Runde dabei oder oft.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

(Christian Flisek (SPD): Immer dann, wenn alles normal ist!)

Es ist aber nicht die AL-Runde.

Zeuge Günter Heiß: Das stimmt.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. - Und um 12.45 Uhr trifft man sich wieder: Herr Schindler, Herr Fritsche, Herr Heiß, Herr Maaßen.

Zeuge Günter Heiß: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Und um 18.00 Uhr trifft man sich noch mal: Herr Schindler, Herr Fritsche, Herr Heiß, Herr Maaßen. - Dreimal an einem Tag.

Zeuge Günter Heiß: Richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Und was war der Anlass?

Zeuge Günter Heiß: Keine Ahnung,

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehnsucht!)

aber ich kann vermuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Günter Heiß: Keine Ahnung, aber ich kann es vermuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann vermuten Sie mal.

Zeuge Günter Heiß: Wenn dazwischen PKGr war, dann könnte es die Vorbereitung der PKGr - - und hinterher der Bericht, was in der PKGr los war, oder die Nachbereitung.

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann gut sein.

Zeuge Günter Heiß: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Müsste sich ja dann analog an den anderen Donnerstagen auch so finden. Finden wir aber nicht an den anderen Donnerstagen, oder?

Zeuge Günter Heiß: Da war wahrscheinlich an allen anderen Donnerstagen keine PKGr-Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit ist dann aber auch gleich rum.

Martina Renner (DIE LINKE): Doch, wir haben - - Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht kriegen wir aber das raus, ob dann PKGr-Sitzung war in dieser Zeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Günter Heiß: Die ist meistens mittwochs.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Da gibt es eine Vorbereitung der PKGr-Sitzung - da haben Sie vollkommen recht -, aber nicht drei Sitzungen an einem Tag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollen wir dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, an irgendwelche Runden, die am Tag nach dieser Veröffentlichung: „Das Handy der Chefin wird abgehört“ - - können Sie sich nicht erinnern.

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Maaßen macht ja auch Sinn wegen Spionageabwehr. Herr Seibert macht Sinn; Herr Heusgen macht Sinn.

Zeuge Günter Heiß: Ja, klar. Ich sage ja nicht, dass es keinen Sinn macht; aber ich kann mich nicht dran erinnern.

Martina Renner (DIE LINKE): Ehrlich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müssten wir jetzt aber -

Zeuge Günter Heiß: Ich sage hier alles ehrlich, Frau Renner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - zur nächsten Fraktion wechseln. - Und wir kommen zur Fraktion der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, noch mal eine Nachfrage zu dem Gespräch im Oktober 2013. Da sagten Sie ja, Sie hatten keine Veranlassung, Ihre Mitarbeiter, Ihre Referate zu informieren über die Weisung, weil ja alles dann dadurch auch ausgeräumt war, und zu informieren über das, was Sie erfahren haben. Aber wäre es nicht ein logischer Gedanke, wenn Sie so was hören vom BND, mal bei Ihren Leuten zu fragen: „Sagt mal, habt ihr das gewusst, dass das so läuft?“? Haben Sie sich das vielleicht auch von Herrn Pofalla fragen lassen müssen? Oder sind Sie da nicht auf die Idee gekommen: „Oh, ich wusste es jetzt nicht. Aber war uns das bekannt? Da frage ich mal nach“?

Zeuge Günter Heiß: Also, wenn das unter den Bedingungen, die ich geschildert habe, damals ein logischer Gedanke gewesen wäre, hätte ich diese Frage mit Sicherheit gestellt. Aber unter den Bedingungen, wie ich sie bereits geschildert habe, war die Sache erledigt, und es ergab sich keine - - es drängte sich nicht auf, das Referat darüber in Kenntnis zu setzen oder damit zu befassen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, in Kenntnis zu setzen - - Okay, wenn Sie jetzt sagen: Es ist erledigt. - Aber man will doch wissen als Abteilungsleiter: Was geht bei mir auch in der Abteilung vor sich? Welcher Kenntnisstand war da? - Gab es da vielleicht Versäumnisse, dass Sie nicht unterrichtet waren? Muss man dem nicht nachgehen, auch wenn man jetzt sagt, es war mit dem Gespräch, mit der Weisung dann erledigt oder „Gefahr gebannt“? Aber man muss das doch auch ein Stück weit aufarbeiten. Wäre das dann nicht die Aufgabe gewesen, mal rauszufinden: „Gab es eine Kenntnis in unserem Haus dazu? Gab es eine Erkenntnis in meiner Abteilung dazu? Gab es da Versäumnisse, weil es nicht an mich herangetragen ist?“? Die Frage haben Sie sich nicht gestellt. Oder sagen Sie: „Ist generell nicht üblich“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: Ich habe keine Hinweise darauf, dass es Erkenntnisse in der Abteilung darüber gab; denn die Erkenntnis war mir völlig neu. Und ich muss davon ausgehen, dass solche Erkenntnisse selbstverständlich an mich herangetragen werden. So was schlummert nicht einfach in irgendeinem Referat; das ist ziemlich unwahrscheinlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Das wäre ja jetzt auch kein großer Schritt gewesen nachzufragen. Haben Sie es vielleicht schlicht dann irgendwie vergessen? War es ganz aus Ihrem Kopf? Oder haben Sie gesagt: „Will ich gar nicht mehr mit befasst sein“? Oder - - Wenn Sie sagen: „Gut, keine Erkenntnisse“, glaube ich Ihnen ja, dass das für Sie neu war, dass Sie keine Anhaltspunkte vielleicht aus dem Gespräch mit Herrn Schindler hatten, dass es Ihre Mitarbeiter wussten. Aber es wäre ja jetzt auch kein großer Aufwand gewesen, das in einer der nächsten Besprechungen einfach mal anzusprechen. Oder sagen Sie: „Ich habe meine Abteilung so gut im Griff gehabt, dass so was generell gar nicht vorkommen kann, dass ich was nicht weiß“? Anders, als es im BND lief.

Zeuge Günter Heiß: Man kann nichts so im Griff haben, dass gar nichts passieren kann; das wäre sicherlich denkunmöglich. Was passieren kann immer; aber ich hatte keine Hinweise darauf, dass solche Dinge in der Abteilung vorliegen, und ich gehe immer davon aus, dass so gewichtige Sachen, sollten sie denn vorliegen, mir auch mitgeteilt werden. Es gab also keinen Anlass für mich, da nachzufragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut.

Zeuge Günter Heiß: Aber vergessen habe ich es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Ströbele beginnt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß, erinnern Sie sich noch an die

denkwürdigen Auftritte unseres nächsten Zeugen, Herrn Pofalla, am 12., glaube ich, und 19. August 2013, wo er mit sehr vehementen Worten gesagt hat - ich fasse das jetzt mal so zusammen -: „An den ganzen Vorwürfen ist überhaupt nichts dran. Die Vorwürfe sind vom Tisch“? Er hatte das ja schriftlich und hat das am 12. und dann noch mal am 19. in ähnlicher Form vorgetragen. Erinnern Sie sich da dran?

Zeuge Günter Heiß: Ich kann die Daten, wie immer, nicht bestätigen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - weil die mir nicht vorliegen; aber ich erinnere mich an Statements des Bundesministers Pofalla, die er im Rahmen der PKGr-Befassung davor oder danach abgegeben hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Waren Sie an der Anfertigung dieser Informationsbriefe oder Erklärungen, wie man das auch immer - - Also, man weiß ja nicht, war das für intern bestimmt oder auch für außen oder beides. Waren Sie inhaltlich an der Ausarbeitung beteiligt?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben in einer größeren Runde zusammen mit Herrn Pofalla diese Dinge besprochen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und Formulierungen hat er dann selber gemacht oder haben Sie gemacht oder Mitarbeiter?

Zeuge Günter Heiß: Es gab so Kooperationen. Wir haben Formulierungen gemacht, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

Zeuge Günter Heiß: - Herr Pofalla hat selbstverständlich auch Formulierungen gemacht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie waren also da irgendwie eingebunden. - Kann es sein, dass alles, was Sie vorhin gesagt haben über den 28. Oktober - Sie wissen das Datum nicht genau -, aber jedenfalls diese Besprechung Pofalla mit Ihnen und Schindler - - dass Sie da was verwechseln? Weil mir ist aufgefallen, dass über Ausspähung diplomatischer Vertretungen der EU oder von EU-Staaten bereits am 1. Juli - also viele Monate vorher - öffentlich rasoniert worden ist. Das stand nämlich in der Zeitung, und da hat insbesondere Herr Seibert, aber auch die Bundeskanzlerin mehrfach dazu Stellung genommen, am 1. Juli und im August, 14. August. Ich kann Ihnen das vorlesen. Also, beim 1. Juli zum Beispiel:

Ich würde gerne auf einige Medienberichte vom Wochenende über Aktivitäten der amerikanischen National Security Agency eingehen und möchte für die Bundesregierung sagen, dass sie diese jüngsten Berichte mit Verwunderung - besser gesagt, mit Befremden - zur Kenntnis genommen hat.

Dann kommen zwei Sätze dazwischen, dann kommt:

Wenn sich aber bestätigt, dass tatsächlich diplomatische Vertretungen der Europäischen Union und einzelner europäischer Länder ausgespät worden sind, dann müssen wir ganz klar sagen: Abhören von Freunden ist inakzeptabel. Das geht gar nicht. Wir sind nicht mehr im kalten Krieg.

Zeuge Günter Heiß: Wessen Stellungnahme?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Seibert.

Zeuge Günter Heiß: Herr Seibert. Ah ja, okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bundeskanzlerin sagt dann am 19.07. in einer Sommerpressekonferenz:

... Überwachungen auch von EU-Einrichtungen usw. gehört haben: Das fällt in die Kategorie dessen, dass man das unter Freunden nicht macht. Das geht nicht.

Also immer die gleichen Worte. - Ähnliche Formulierungen finden sich dann am 14.08., also einen Monat später.

Da wird ja nun ganz klar gesagt: Wenn das tatsächlich stattfindet, dann geht das nicht - so verstehe ich das -, dann muss das beendet werden oder muss auch dem Nachrichtendienst gesagt werden: Das geht nicht.

Waren Sie denn mal danach damit befasst, festzustellen, also schon in diesen Monaten Juli, August - Sie, oder haben Sie den Auftrag weitergegeben an den BND? -, dann zu sagen: „Also, da steht so was in der Zeitung. Der Regierungssprecher wird da dauernd mit gelöchert. Die Kanzlerin muss sich dazu äußern. Könnt ihr mal sagen: Macht ihr so was? Und wenn ja: Spinnt ihr?“, oder so - vielleicht mit ein bisschen anderen Worten? Aber waren Sie damit befasst, dass man diese Äußerungen jetzt versucht hat zu belegen, oder haben Sie da jetzt die Vertreter der Bundesregierung, die in Pressekonferenzen auftritt, einfach immer ins Messer laufen lassen? Oder haben Sie das mal versucht zu verifizieren, dass das gar nicht geht?

Zeuge Günter Heiß: Also, wir haben bei fast jeder Medienveröffentlichung in diesem Zusammenhang beim BND nachgefragt, was er uns dazu berichten kann, ob er irgendwas verifizieren oder falsifizieren kann. Das ist klar. Und das haben wir auch im Hinblick auf eine Meldung, dass Botschaften beobachtet werden, getan.

Was Sie ansprechen, ich würde etwas verwechseln, muss ich insofern richtigstellen, dass ich mich nicht - in meiner Erinnerung - auf ein Datum festgelegt habe, wann dieses Dreiergespräch stattgefunden hat. Es sprechen alle davon: am 28.10. Das will ich auch gar nicht bestreiten. Das mag so sein; ich kann es nur nicht bestätigen aus meiner Erinnerung heraus. Ich kann Ihnen nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

den Inhalt sagen. Ob das nun am 28.10. war oder vorher oder nachher - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das haben Sie ja schon alles gesagt.

Zeuge Günter Heiß: Ja, weil Sie gesagt hatten, ich würde möglicherweise zwei Sachverhalte durcheinanderbringen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil da von diplomatischen Vertretungen der EU, die möglicherweise ausgespäht werden, die Rede ist und die Regierung jetzt da sehr in drastischen Worten sagt: „Das machen wir nicht. Wenn das wäre, geht gar nicht“, usw. Sie sagen jetzt, Sie haben danach im Bundesnachrichtendienst dann nachfragen lassen: „Stimmt denn was?“, oder: „Ist da was dran?“, oder so. Was ist denn da rausgekommen? Was ist Ihnen denn gesagt worden, im Juli und August?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht mehr; aber normalerweise konnte der BND das, was in den Medienveröffentlichungen aus den Snowden-Papieren heraus ans Tageslicht gekommen ist, nicht aus eigenem Wissen irgendwie bestätigen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen denn das gesagt?

Zeuge Günter Heiß: Was denn?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass sie das nicht bestätigen können. Weil objektiv stimmte es ja. Also, diese Medienberichte waren ja richtig. Und im Oktober - ob nun am 28. oder 27. - ist das ja dann auch aufgeschlagen bei Ihnen und hat zu einer Weisung geführt.

Zeuge Günter Heiß: Medienberichte gingen darüber, dass die NSA Botschaften beobachtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein!

Zeuge Günter Heiß: Das waren die Medienberichte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Günter Heiß: Es waren nicht Medienberichte darüber, dass der BND Botschaften beobachtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Wenn eine solche Ausspähung diplomatischer Vertretungen - - dann wäre das für uns absolut inakzeptabel.“

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal nachgefragt, ob sie das tun, also der BND?

Zeuge Günter Heiß: Wir haben nachgefragt, ob der BND etwas bestätigen oder verneinen kann im Hinblick auf den Vorwurf, der dort gegenüber der NSA erhoben wurde. Das war die Schlachtlinie. Es ging nicht um den BND.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da sind Sie nicht auf die Idee gekommen, mal zu fragen, ob *die* das machen?

Zeuge Günter Heiß: Ich sage ja: Wir haben selbstverständlich den BND auch immer wieder gefragt: „Gibt es so etwas bei uns auch?“

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Ob in diesem Zusammenhang, den Sie gerade schildern, zu diesem Datum, das kann ich nicht bestätigen, das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das Datum ist nicht so wichtig.

Zeuge Günter Heiß: Aber wir haben den BND dazu gefragt. Daraufhin gab es ja dieses Dreiergespräch, was ich jetzt zeitlich nicht -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das war ja im Oktober. Wir reden jetzt vom Juli.

Zeuge Günter Heiß: - verorten kann. Das habe ich jetzt auch schon dreimal betont. Ich weiß nicht, wann es war. Sie sagen, es war im Oktober; -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: - das mag auch anders gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben uns jetzt alle Zeugen gesagt, -

Zeuge Günter Heiß: Okay. Ich will das nicht bestreiten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - steht so in den Akten. Also, wir gehen mal davon aus.

Zeuge Günter Heiß: Ich will das nicht bestreiten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. - Also, mich interessiert ja nur: Waren Sie mit der Frage befasst, oder haben Sie den BND damit befasst? Und wer hat Ihnen wann da was zu gesagt? Also, wer hat eigentlich die Unwahrheit gesagt, wenn er gesagt hat: „Wir machen das nicht“?

Zeuge Günter Heiß: Die Befassung des BND hat zu diesem Dreiergespräch geführt und dann zu dem Ergebnis, was ich bereits geschildert habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und vorher nicht?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorher nix. - Das zweite Ereignis: Wir wissen inzwischen - damals wussten wir das nicht -, dass bereits Anfang August der Bundesnachrichtendienst ja drangegangen ist - oder auch gefunden hat -, NSA-Selektoren zu finden, die da nicht

reingehörten, und die auch aussortiert hat und dann mit denen umgegangen ist. War Ihnen das bekannt?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Das wäre dann die letzte Frage, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Bevor Sie dann diese Erklärung gemeinsam mit Herrn Pofalla verfasst haben und Herr Pofalla die mit bewegten Worten nach außen getragen hat, haben Sie denn da mal beim BND nachgefragt, bevor Sie so was schreiben?

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß nicht, welche Erklärung Sie meinen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vom 12. und vom 19. August 2013. Haben Sie da vorher mal, bevor Sie so was schreiben: „Weitgehend ist alles vom Tisch, da ist nichts dran“, den BND gefragt? Dann hätten die Ihnen ja mitgeteilt: Seit 14 Tagen wissen wir leider ganz schreckliche Dinge.

Zeuge Günter Heiß: Die Erklärung Herrn Bundesministers Pofallas mit dem Inhalt: „Es ist alles vom Tisch“, bezog sich auf die Frage, ob die NSA flächendeckende Massendatenerhebung in Deutschland macht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Günter Heiß: Und diese Anschuldigung war vom Tisch, als wir herausgefunden haben - das dauerte ja auch einige Zeit -, woher diese inkriminierten 500 Millionen Daten, die angeblich monatlich erhoben werden, kommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es bezog sich nicht auf die -

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - NSA-sonstigen Aktivitäten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Günter Heiß: So ist es.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter bei der SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Das geht jetzt schnell. Danke. - Herr Heiß, ich wollte noch mal mit Ihnen - - Also, ich wollte Sie noch mal fragen, ob - - Wir reden ja jetzt immer über die einzelnen Abläufe: Was war an dem Tag? Wie lief dieses Gespräch ab? - Ist jetzt ein paar Monate auch schon insgesamt alles her. Aber hatten Sie mal mit dem Herrn Schindler sozusagen vielleicht so im Vorfeld seiner Entlassung rückblickend noch mal auf das Ganze gesprochen? Haben Sie ihn mal gefragt: „Herr Schindler, Mensch, warum haben Sie denn damals uns nicht umfassend informiert? Wir hatten das Gefühl, dass das irgendwie ein kleineres Problem ist“?

Zeuge Günter Heiß: So ein Gespräch hat nie stattgefunden.

Christian Flisek (SPD): Man geht sehr effizient in der Kommunikation um, nicht?

Zeuge Günter Heiß: Vielleicht darf ich auch zur Kommunikationsstruktur sagen: Seit Januar 14 haben wir ja den Beauftragten für die Nachrichtendienste des Bundes, Herrn Staatssekretär Fritsche, und seitdem ist die unmittelbare Kommunikation zum Präsidenten, also damals Schindler, auch auf dieser Ebene erfolgt, während sie vorher auf meiner Ebene erfolgt ist.

Christian Flisek (SPD): Kriegen Sie denn mit, wenn der Herr Fritsche mit dem Herrn Präsidenten Schindler spricht? Schon, oder?

Zeuge Günter Heiß: Soweit mir dann ein Debriefing zuteil wird - und das ist ja üblich in der Verwaltung -: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und Sie sind doch auch bestimmt regelmäßig bei solchen Gesprächen mit dabei.

Zeuge Günter Heiß: Das ist unterschiedlich; denn ich habe ja auch meine Termine. Also, ich bin mal dabei, ich bin mal nicht dabei.

Christian Flisek (SPD): Aber Sie sagen, da ist nie dann irgendwann mal über so etwas gesprochen worden.

Zeuge Günter Heiß: Ich wollte nur sagen, dass die Struktur unserer Zusammenarbeit sich ein wenig geändert hat -

Christian Flisek (SPD): Das wissen wir ja.

Zeuge Günter Heiß: - dadurch, dass die Spitzen jetzt miteinander sprechen. Insofern ergibt sich dann nicht einfach mal so ein Gespräch: Herr Schindler, kommen Sie mal her, ich muss Ihnen mal was sagen. - Das ist so nicht erfolgt.

Christian Flisek (SPD): Aber im Sinne von - dass man noch mal zurückgeschaut hat -: „Wie ist der BND mit dieser Thematik umgegangen? Wie ist Herr Schindler mit dieser Thematik umgegangen?“, bei den zahlreichen Gesprächen, bei denen Sie vielleicht dann trotz Ihrer anderweitigen Verpflichtungen dabei waren. Hat man da nie drüber geredet im Nachgang?

Zeuge Günter Heiß: Das mag sein, aber jedenfalls nicht ich und nicht in meinem Beisein.

Christian Flisek (SPD): Interessant. - Warum hat man eigentlich, als dieser Bericht, über dessen genaues Ausmaß wir jetzt immer noch nicht ganz klar sind - - Warum hat man eigentlich nicht anlässlich dieses Berichtes damals im Herbst 2013 das PKGr informiert?

Zeuge Günter Heiß: Das ist leicht zu beantworten. Wenn ich die Sache für erledigt empfinde und noch nicht mal mein Referat informiere, sehe ich natürlich auch keine Veranlassung, das dem PKGr zu sagen. Also, ich hielt das nach meiner damaligen Perzeption nicht mehr für hinreichend gewichtig, das zuständige Referat zu informieren, noch viel weniger das PKGr.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Auch nicht im Sinne einer proaktiven Information? Also, noch mal: Wir -

Zeuge Günter Heiß: Ja, ich verstehe. Aber - -

Christian Flisek (SPD): - sind ja jetzt nicht in einer Situation, wo irgendwie - - Ich sage mal: Wenn es keinen Herrn Snowden gegeben hätte, wenn das Thema nicht im Wahlkampf wäre, wenn Herr Pofalla nicht mit dem Herrn Schindler über ein No-Spy-Abkommen verhandeln würde, wenn sich nicht Tausende von Fragen im Parlament ergeben würden, wenn nicht ein Untersuchungsausschuss drohen würde - das war ja die politische Lage -, wenn das alles nicht wäre, dann kann ich mir durchaus nachvollziehbar erklären, dass man das irgendwie - - Aber in so einer Situation taucht jetzt die Frage auf: Der BND beobachtet auch Partnerländer, aber eben in bestimmten Krisenstaaten, mit dem Ziel - von mir aus; ich unterstelle das jetzt mal alles als richtig -, nur Informationen aus diesen Krisenländern zu bekommen, und dann sagt man: Da gibt es Einzelfälle, vielleicht gibt es viele Fälle, vielleicht gibt es einen ganzen Haufen von Fällen, vielleicht gibt es auch Dinge, die darüber hinauschießen. - Die Presse berichtet darüber. Und in all diesen ganzen Kooperationsanalysen und Risikoabschätzungen steht immer drin: Wenn davon auch nur ein bisschen mal was an die Öffentlichkeit kommt, auweia, dann zieht es uns den Boden unter den Füßen weg. - Und dann sagt man im Kanzleramt: Nein, ist ja erledigt, Weisung mündlich erteilt, müssen wir gar nicht irgendwie PKGr informieren.

Zeuge Günter Heiß: Ich kann die Umstände, die Sie schildern, so nicht bestätigen. Wenn das am 28.10. war, war da der Wahlkampf bereits vorbei.

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig, ja.

Zeuge Günter Heiß: Dann haben die Medien nicht darüber berichtet. Es war nicht an die Öffentlichkeit gelangt, dieses Problem. Insofern - -

Christian Flisek (SPD): Nein, dieses nicht; aber es sind ja viele andere Ziele schon -

Zeuge Günter Heiß: Viele andere, ja.

Christian Flisek (SPD): - im Kontext - - Und die Snowden-Dokumente waren auch voll davon.

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): Noch mal: Die Pflicht ist, proaktiv das PKGr zu informieren.

Zeuge Günter Heiß: Ja, aber, wie gesagt: Das war aus meiner Sicht, aus meiner damaligen Perzeption nicht gewichtig genug, das zu tun, zumal wir ja auch durchaus nicht ganz sicher waren, auch durch die Darstellung des Präsidenten in dem Dreiergespräch, ob das nicht vielleicht durchaus APB-konform war; denn so wurde es uns ja durchaus erläutert.

Christian Flisek (SPD): Ja, Sie waren sich nicht sicher; -

Zeuge Günter Heiß: Ja.

Christian Flisek (SPD): - Sie erteilen aber eine Weisung. Ich bin nicht im PKGr; aber was ich manchmal so höre, was alles im PKGr berichtet wird: Das sind Peanuts im Vergleich zu dem, was wir hier gerade diskutieren. Wenn Sie eine Weisung erteilen angesichts eines Vortrages, im Nachgang zeitlich unmittelbar eines Kanzlerinnenzitats, und in einem solchen politischen Umfeld dann zu sagen: „Es handelt sich hierbei nicht um ein besonderes Vorkommnis, die Tatsache, dass der BND Selektoren steuert von EU- und Partnerstaaten, mit welchem Motiv auch immer, ob rechtmäßig, vielleicht sogar interessen-gerecht“, aber in jedem Fall, wenn es mal im Raum steht ohne weitere Kommentierung - - absolut problematisch, zu sagen: „Da verlieren wir kein Wort drüber, wir treffen die Entscheidung, das PKGr darüber nicht zu informieren, dass wir eine solche Weisung erteilt haben.“ Ich bleibe bei meinem Begriff: Couragiert.

Zeuge Günter Heiß: Vielen Dank. - Allerdings hat sich der Verwaltungsgebrauch und überhaupt die Gewohnheit ein wenig weiterentwickelt, in wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielen Fällen jetzt inzwischen das PKGr unterrichtet wird. Das ist durchaus einem Wandel unterworfen. Da war man zuzeiten sparsamer. Inzwischen ist man belehrt durch die Vorgänge, die dann immer mal wieder aufpoppen, wie zum Beispiel die Listen, über die wir uns hier unterhalten, belehrt darüber sozusagen nach dem Motto „Wehret den Anfängen“: Man weiß nie, was auch aus einer Kleinigkeit werden kann; lieber informieren, als nachher die große Diskussion darüber zu haben. So wird inzwischen verfahren. Damals sind wir nicht so verfahren. Wenn wir der Meinung waren, es sei nicht von hinreichendem Gewicht, haben wir es nicht getan.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber nur, Herr Heiß, damit das jetzt nicht hier in den falschen Hals reinkommt, weil das ist tatsächlich so gewesen - so interpretiere ich die Rechtslage -: Bereits damals, glaube ich, hätte man sehr gut, mit sehr guten Gründen zumindest mal darüber diskutieren müssen, ob man es nicht dem PKGr meldet. Ist darüber gesprochen worden?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Christian Flisek (SPD): Überhaupt nicht? Man hat es noch nicht mal in Erwägung gezogen?

Zeuge Günter Heiß: Wenn ich nicht mal mit meinem Referat darüber spreche, kann ich das auch mit keinem erörtern. Man hat es in der Dreierrunde auch nicht in Erwägung gezogen.

Christian Flisek (SPD): Und auch der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Pofalla, hat das nicht in Erwägung gezogen?

Zeuge Günter Heiß: Es ist nicht thematisiert worden nach meiner Erinnerung.

Christian Flisek (SPD): Ich habe noch einige Fragen; aber ich befürchte, dass wir da in die eingestufte Sitzung dann gehen müssen. Und insofern würde ich es an dieser Stelle in der öffentlichen Sitzung erst mal bewenden lassen. - Danke.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Danke. - Dann geht es weiter bei Herrn Hahn. - Bitte?

Zeuge Günter Heiß: Wenn ich zwischendurch mir mal die Hände waschen darf?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Ja. Dann pausieren wir. Wie lange bräuchten Sie?

Zeuge Günter Heiß: Händewaschen, fünf Minuten.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Fünf Minuten. Dann unterbrechen wir jetzt für fünf Minuten.

(Unterbrechung von
17.17 bis 17.20 Uhr)

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: So, dann geht es weiter. - Sind die Fragenden startklar? - Dann macht Frau Renner weiter, so wie ich das identifiziere, oder?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, im Moment nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann Herr Hahn oder irgendwie niemand?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich warte darauf.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann Herr Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich fange kurz an, weil vorhin ja die Frage war, was in dem Gespräch mit Herrn Pofalla gesagt worden ist, und da hatte ich ja nicht sofort - hatte ja nur meine Erinnerung aus dem Kopf, die mich dann aber auch nicht getrogen hat - - Ich verweise noch mal auf das Protokoll der Zeugenvernehmung von Herrn Schindler. Das ist die Seite 26 von 82, und da geht es genau um das Gespräch. Herr Schindler sagt hier aus auf die Frage von Herrn von Notz, ihm sei es darum gegangen - also Herrn Schindler -, deutlich klarzustellen - und jetzt kommt das Zitat -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

... „Wir haben ein Problem, weil wir etwas Ungesetzliches machen, weil wir etwas Fehlerhaftes machen“,

- Das war nicht sein Punkt, sondern: -

sondern sie haben nur auf die Problematik hingewiesen, dass doch eine beachtliche Anzahl

- eine beachtliche Anzahl! -

von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise ... ein Problem ...

ist. - Aus diesem Zitat geht zweierlei hervor: Es geht um die Aussage und die Äußerung der Kanzlerin, weil das vorhin auch noch eine Frage war. Und zweitens. Herr Schindler erklärt hier vor dem Ausschuss, dass er auf eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen hingewiesen hat, die durch den BND gesteuert werden. - Wollen Sie immer noch bei der Aussage bleiben, dass das nicht gesagt worden ist in der Sitzung, in der Beratung mit Herrn Pofalla?

Zeuge Günter Heiß: Das war nicht meine Aussage. Ich habe gesagt, dass ich besten Wissens und Gewissens aus meiner Erinnerung das Gespräch geschildert habe. Ich kann einzelne Wortlaute überhaupt nicht wiedergeben. Ich habe Ihnen nur das geschildert, was nach meiner Erinnerung in dem Gespräch abgelaufen ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da haben Sie nur von Botschaften geredet, von dem einen Beispiel.

Zeuge Günter Heiß: Ein Beispiel, was für mehrere Fälle exemplarisch erklärt worden ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): „Eine kleine Zahl von Einzelfällen“, habe ich mir aufgeschrieben. Herr Schindler sagt was ganz anderes.

Zeuge Günter Heiß: Das war das, was ich rezipiert habe damals, ja - insbesondere weil dieses Beispiel von Krisenländern handelte, in denen Deutschland in besonderer Weise engagiert ist, und das sind ja nicht so furchtbar viele.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was wissen Sie denn noch mal - das hat vorhin schon mal eine kurze Rolle gespielt - über die Wiederhernahme von ursprünglich auf gesperrt gestellten Selektoren? Sie haben ja gesagt vorhin, dass Sie bis März 2015 keine Kenntnis hatten, weder von der Quarantäneliste, noch wussten Sie, dass wir Partner steuern.

Zeuge Günter Heiß: Ja, also ich glaube - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Jetzt kommt die Weisung, es werden Selektoren aus der Steuerung genommen, wo Sie nicht genau wissen, wie viele, und wo Sie auch keine Liste kennen, und dann hat Herr Schindler hier gesagt, dann haben sie gemerkt, es gibt ein Problem, sie müssen doch wieder was steuern, hat auch das Land genannt in geschlossener Sitzung - das kann ich jetzt hier nicht sagen -; aber er hat gesagt auf Nachfrage: Das war selbstverständlich mit dem Kanzleramt abgestimmt. - Und er hat dem Kanzleramt gesagt, worum es geht, und dann ist Einverständnis geäußert worden, dass dieses Land wieder gesteuert wird.

Zeuge Günter Heiß: Ja, wenn das - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Spätestens im Jahr 2014.

Zeuge Günter Heiß: Das ist mir nicht bekannt. Ich habe im Jahr 2014 von herausgenommenen Selektoren, die dann wieder eingesteuert werden, BND-eigenen Selektoren, keine Kenntnis.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wer hat denn dann die Kenntnis? Also, wenn Herr Schindler sagt - -

Zeuge Günter Heiß: Ich nehme an, das ist ein Fall, der anschließend passiert ist; denn in der Tat haben wir irgendwann mal darüber disku-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tiert, ob es richtig ist, dass man bestimmte Selektoren draußen lässt, obwohl die Länder, auch wenn sie in bestimmter Weise Partnerländer sind, aber vom APB durchaus umfasst sind.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber wenn Sie einen NATO-Partner rausgenommen haben, der dann wieder reingenommen werden soll, dann muss er ja vorher in erheblichem Maße drin gewesen sein als Land. Weil Sie sagen, Sie hatten keine Kenntnis davon, dass NATO-Partner - -

Zeuge Günter Heiß: Nein, nein, Moment! Ich habe keine Kenntnis von dem Wiederreinnehmen vor 2015. Wir haben in der Tat darüber diskutiert, dass anschließend manche Partner oder NATO-Mitglieder vielleicht auch in besonderer Weise nach dem APB zu betrachten sind. Das hat durchaus stattgefunden. Aber ich sage es noch mal: Bis zum März 2015 hatte ich keine Kenntnisse über Herausnahme von Selektoren oder Wiedereinsteuerung im Hinblick auf europäische Mitgliedstaaten oder NATO-Partner.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Keine weiteren Fragen mehr? - Gut. Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.

Marian Wendt (CDU/CSU): Keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Auch keine weiteren Fragen mehr. - Dann geht es weiter bei Herrn Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß, vorhin haben Sie einen Satz bei der Befragung durch den Kollegen gesagt, warum das nicht dem PKGr mitgeteilt worden ist, der Inhalt dieser Besprechung, dass da also jetzt Selektoren rausgenommen werden, weil sie problematisch sind, weil sie diplomatische Vertretungen treffen von EU-Staaten. Da haben Sie das begründet, und da haben Sie gesagt: „Warum sollten wir das machen?“, Sie hätten ja nicht mal Ihre eigene Abteilung davon informiert, dann schon gar nicht das PKGr. Und dann haben Sie den Satz da hinzugefügt: Die Medien haben ja nicht darüber berichtet. - Ist das für Sie ein

Kriterium, was Sie nun als besonderen Vorgang ansehen, der dem PKGr berichtet werden muss, dass die Medien darüber berichtet haben müssen vorher?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich glaube, Sie haben meine Sätze ein wenig miteinander kombiniert, die jedenfalls nicht meiner Absicht, sie zu kombinieren, entsprachen. Herr Flisek hat mir eine gewisse Rahmenbedingung geschildert, nämlich Wahlen, Medien, PKGr usw., und da hatte ich gesagt, dass ich nicht ganz einverstanden bin mit diesen Rahmenbedingungen, weil zum Beispiel kein Wahlkampf mehr stattgefunden hat im Oktober - der war zu Ende -, und dass zweitens - so hatte ich Herrn Flisek verstanden; er mag es anders gemeint haben - die Medien über diesen Vorfall nicht berichtet haben, über die BND-eigenen Selektoren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, können sie ja gar nicht.

Zeuge Günter Heiß: Eben. Das wusste niemand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also erst wenn das in den Medien steht, dann hätten Sie es vielleicht berichtet.

Zeuge Günter Heiß: Das mag sein. Wenn das jetzt eine große politische Diskussion geworden wäre - womit ich aber nicht gerechnet habe, weil ich es ja, wie gesagt, für einen nicht so gewichtigen Umstand hielt -, dann hätten wir sicherlich auch so entsprechend reagieren müssen, klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben vorhin auf meine Befragung in einem anderen Zusammenhang zu dem Abhören des Handys der Kanzlerin gesagt, Sie hätten sich damit oder der BND hätte sich damit beschäftigt oder die Dienste hätten sich damit beschäftigt, und dabei sei rausgekommen, kann sein, kann nicht sein. Das war ja offenbar vor der Veröffentlichung durch den *Spiegel*; das waren ja Leute vom *Spiegel* wohl. Nach der Veröffentlichung soll es ja ein Telefonat gegeben haben der Kanzlerin mit dem US-Präsidenten, in dem geäußert worden ist: In Zukunft findet das nicht mehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

statt. - Und wir haben hier schon von Zeugen gehört, dass man daraus ja schließen konnte, dass es offenbar bis dahin der Fall gewesen ist; sonst macht der Satz ja keinen Sinn. Haben Sie an irgendeinem Gespräch mit der Kanzlerin teilgenommen, wo diese nachträgliche Erkenntnis diskutiert worden ist, wo darüber gesprochen worden ist, wo mitgeteilt worden ist, was da gesprochen worden ist? Weil das war ja wohl auch für Sie, für Ihre Abteilung von Bedeutung, ob sich die ganze Geschichte jetzt verifiziert hat oder halb oder wahrscheinlicher geworden ist.

Zeuge Günter Heiß: Ich habe an keinem Gespräch diesen Inhalts teilgenommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie denn sonst davon informiert worden, jetzt vielleicht von Herrn Pofalla - ist darüber geredet worden? - oder von anderen, vielleicht auch von Herrn Schindler, dass man ja außer den eigenen Erkenntnissen jetzt auch noch diese originäre Erkenntnis aus dem Kanzleramt hat, den Inhalt dieses Telefonats oder auch andere Indizien, dass dieses Abhören der Kanzlerin stattgefunden hat?

Zeuge Günter Heiß: Also, ich habe von dem Inhalt des Telefonats Kenntnis genommen. Ich kann nicht mehr genau sagen, wie. Ich glaube, es war einfach auf dem Dienstwege, dass uns das mitgeteilt wurde; aber das weiß ich nicht mehr. Ich habe dem Inhalt dieses Telefonats nicht entnommen, dass nunmehr bestätigt ist, dass die Kanzlerin abgehört wird oder abgehört wurde, sondern nur, dass Präsident Obama gesagt hätte, das komme nicht mehr vor in Zukunft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das hört sich ja nicht wie ein Dementi an. - Ist das auch in diesem Sinne im Kanzleramt besprochen worden?

Zeuge Günter Heiß: Ich habe an keinem solchen Gespräch teilgenommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben nie von irgendjemand im Kanzleramt gehört, dass man doch jetzt davon ausgehen müsse, dass so was stattgefunden hat?

Zeuge Günter Heiß: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ganz sicher nicht?

Zeuge Günter Heiß: Ganz sicher - nach meiner Erinnerung natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar. Kleine Einschränkung.

Zeuge Günter Heiß: Diese Einschränkung ist ja eigentlich hier immer zu machen. Man muss das alles vor die Klammer ziehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist denn heute Ihre Auffassung dazu? Wie ist denn heute Ihre Auffassung? Hat das stattgefunden oder nicht? Oder ist das eine böartige Behauptung aus einem nicht identifizierbaren Dokument von Herrn Snowden?

Zeuge Günter Heiß: Ich weiß gar nicht, ob dieses Dokument von Herrn Snowden ist. Ich weiß nur, dass Journalisten es irgendwo abgeschrieben haben -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Günter Heiß: - und dann selbst einen Zettel daraus gemacht haben. Und ich kann mir kein Urteil darüber erlauben, ob die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Meinung aber vielleicht.

Zeuge Günter Heiß: Ich mache mir gerne Urteile aufgrund von Tatsachen, und die Tatsachen reichen einfach nicht aus, dort hinreichend etwas Belegbares dazu zu sagen. Ich habe das hier schon mal ausgeführt, verweise auf meine früheren Befragungen, kann das aber auch gerne noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal ausführen, welche verschiedenen Möglichkeiten ein solcher Dateieintrag, wenn es denn einer ist, haben könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das die Meinung des Kanzleramtes nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Günter Heiß: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gibt es auch - - Haben andere gesagt: „Also, für uns ist das jetzt klar“, oder „klarer“ - vielleicht nicht ganz klar, gerichtsfest nicht zu beweisen -, oder so?

Zeuge Günter Heiß: Nein, ich habe an keinem entsprechenden Gespräch oder so teilgenommen, wo so etwas gesagt wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, wir haben ja noch Zeugen dazu. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, jetzt gucke ich mal in die Runde. - Ich glaube, es gibt derzeit keine Fragen mehr, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können. Dann würde ich folgenden Beschluss vorschlagen:

Für die weitere Befragung des Zeugen Heiß am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Herr Heiß, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken für diese lange Bereitschaft, in öffentlicher Sitzung Fragen auf die vielen Antworten zu geben [sic!].

Zeuge Günter Heiß: Umgekehrt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir werden jetzt den zweiten Zeugen, Herrn Ronald Pofalla, öffentlich vernehmen und würden dann auf Sie zurückkommen; es schließt sich dann nämlich noch mal die nichtöffentliche bzw. eingestufte Befragung Ihrerseits im Anschluss an die öffentliche Befragung von Herrn Pofalla an.

Gut, dann dürfen Sie erst mal Pause machen. Ich würde darum bitten, den Zeugen Pofalla in den Sitzungssaal zu begleiten. Ich unterbreche so lange, bis wir hier wieder zusammensitzen in geordneter Reihenfolge, für zehn Minuten. Ich denke, so lange wird es dauern.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
17.33 bis 17.45 Uhr)



1. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

**Vernehmung des Zeugen
Ronald Pofalla**

Begrüßen darf ich nun unseren nächsten Zeugen, Herrn Ronald Pofalla. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Pofalla, Sie haben den Erhalt der Ladung am 16. Dezember 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Herr Pofalla, Sie wurden ja bereits am 2. Juli 2015 vor diesem Ausschuss angehört. Trotzdem möchte ich Ihnen die folgenden Hinweise, aber auch die Zeugenbelehrung noch einmal im Rahmen dieser Vernehmung mitteilen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme fertigt. Diese Tonbandaufnahme dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Da hat sich nichts gegenüber der letzten Zeugenvernehmung geändert.

Des Weiteren möchte ich Sie vor dieser Vernehmung belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von

drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie Aussagen auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, sollte dies in Betracht kommen.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortsetzen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf - auch da hat sich nichts zur letzten Sitzung geändert - kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen. Und anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht auch jetzt wieder nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen.

Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Mein Name ist Ronald Pofalla, ich bin 57 Jahre alt, wohnhaft [REDACTED] und ich bin Infrastrukturvorstand der Deutschen Bahn.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Und dort können wir Sie auch laden?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder über die Privatadresse? - Gut. - Dann hätten Sie die Möglichkeit, wenn dies gewünscht ist, nun ein Eingangsstatement abzugeben, also die Möglichkeit, im Zusammenhang zum Beweisgegenstand vorzutragen. Wünschen Sie dies?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich würde gerne davon Gebrauch machen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Ronald Pofalla: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin ja jetzt zum zweiten Mal hier im Untersuchungsausschuss, und ich gebe gerne Auskunft zu den Fragen, die ja ganz offensichtlich bei Ihnen diskutiert werden. Deshalb möchte ich mich am Anfang äußern zur Aufklärung des BND in Krisenländern in Bezug auf befreundete Botschaften.

Dieser Vorgang liegt nach meiner Erinnerung mehr als drei Jahre zurück, und er wurde mir lediglich mündlich durch Herrn Schindler vorgebracht. Deshalb weise ich darauf hin, dass ich die Fragen nur noch bestem Wissen und Gewissen aus der Erinnerung beantworten kann. Alles, was ich sage, steht somit unter dem Vorbehalt der Richtigkeit meiner Erinnerung an die mündliche Unterrichtung.

Nach meiner Erinnerung hat mich der damalige BND-Präsident Schindler Ende Oktober 2013 mündlich darüber informiert, dass der BND in Krisenländern befreundete Botschaften aufgeklärt habe. Nach meiner Erinnerung wusste er noch nicht mal, ob dies auch für Nicht-Krisen-Länder gelte und für welche befreundeten Botschaften dieses genau gelte. Ich habe daraufhin angeordnet, diese Aufklärung sofort einzustellen. Da Herr Schindler zu diesem Zeitpunkt nicht auskunftsfähig war, um welche befreundeten Botschaften

es sich dabei handle, habe ich nach meiner Erinnerung um weitere Klärung gebeten; mir sei in dieser Sache direkt und umfassend schriftlich zu berichten, sobald es klare Erkenntnisse in dieser Sache gebe. Nach meiner Erinnerung war das Ende Oktober 2013. Ausweislich meines eigenen Terminkalenders - und der Ausschuss hat ja einen entsprechenden Beweisbeschluss erlassen im Blick auf gemeinsame Termine mit Herrn Schindler, und ich habe die Ihnen ja auch zur Verfügung gestellt - muss das am Rande der Termine am 24.10.2013 oder 28.10.2013 gewesen sein. Welcher der Tage es genau gewesen ist, ist mir wirklich nicht mehr genau erinnerlich. Nach meiner Erinnerung würde ich sagen, es ist eher der zweite, also der 28.10., gewesen; aber am Ende kann ich mich da nicht festlegen, weil meine Erinnerung eben auf Ende Oktober fixiert ist, und beide Termine liegen ja in der zweiten Oktoberhälfte und am Ende des Monats.

Nach meiner Erinnerung war Herr Heiß, der Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes, bei dieser Unterrichtung auf meinen Wunsch anwesend. Ich habe mich nie unter vier Augen in nachrichtendienstlichen Dingen von Dritten unterrichten lassen. Das habe ich ja bereits in meiner Aussage vor diesem Untersuchungsausschuss am 2. Juli 2015 ausführlich erklärt; ich verzichte deshalb auf Wiederholungen. Nachzulesen ist meine Aussage hierzu ja im Stenografischen Protokoll der 57. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses vom 2. Juli 2015, Seite 151, linke Seite.

Einen Bericht in dieser Sache habe ich dann in den mir verbliebenen Wochen in der Regierung nicht mehr bekommen.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, auch gebe ich gerne Auskunft - und die Frage käme, und die liegt auch auf der Hand -, ob ich die Bundeskanzlerin zur Aufklärung des BND in Krisenländern in Bezug auf befreundete Botschaften informiert habe. Und deshalb will ich die Frage auch gleich in meinem Eingangsstatement mit beantworten - auch hierzu kann ich nur nach bestem Wissen und Gewissen aus der Erinnerung Ihre Fragen beantworten; alles steht hier unter dem Vorbehalt der Richtigkeit



Nur zur dienstlichen Verwendung

meiner Erinnerung -: Mit der Bundeskanzlerin habe ich nach meiner Erinnerung nicht darüber gesprochen, da der genaue Sachverhalt ja noch von Herrn Schindler geklärt werden musste.

Erläuternd sollte ich meine damalige Vorgehensweise darstellen. Ich habe grundsätzlich die Bundeskanzlerin immer erst dann in nachrichtendienstlichen Dingen informiert, wenn die Sachverhalte mindestens annähernd geklärt waren. Ich habe im Sommer 2013 sehr häufig von Vorwürfen und angeblichen Erkenntnissen gehört, die sich später als nicht richtig herausgestellt haben. Etwas scheinbar Plausibles oder etwas scheinbar Richtiges ist bei genauer Analyse und gehöriger Überprüfung oft anders und in manchen zentralen Fällen eben grundlegend falsch gewesen. Ich erinnere Sie nur an meine Ausführungen zu den beiden verwandten Codes im Zusammenhang mit der Auslandsaufklärung in Bad Aibling: Was hat es nicht alles an zentraler falscher Berichterstattung in diesem Zusammenhang gegeben! Hierzu habe ich in der 57. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses vom 2. Juli 2015 ausführlich Stellung bezogen und erspare Ihnen auch hier deshalb Wiederholungen. Wer es nachlesen möchte, den verweise ich auf das Stenografische Protokoll dieses Ausschusses vom 2. Juli 2015 und dort auf die Seiten 115 bis 117.

Ich verweise aber auch auf einen weiteren Vorfall aus dem Sommer 2013, um deutlich zu machen, welche Vorwürfe im Raum waren, was behauptet worden ist und was am Ende dabei rausgekommen ist. Ein großes Onlinemedium hatte behauptet, dass die Einschätzung der NSA, wonach der BND die Bundesregierung beim Datenschutz beeinflusst habe, durch Aufklärung der NSA - - der BND-Kommunikation gewonnen worden sei. Dieses Onlinemedium war einem Missverständnis aufgesessen. Es war damals offenbar im Besitz eines internen Vermerks der NSA, in dem es um den BND ging, und auf diesem Vermerk stand das Kürzel SI, das bedeutet Signal Intelligence, also Informationen aus der Aufklärung, im Gegensatz also zu menschlichen Quellen. Daraus hatte das Onlinemedium, übrigens mit gehöriger Wirkung, den Schluss gezogen, dass die NSA den Bundesnachrichtendienst aufklären würde. Die

Wahrheit war aber, dass jeder - ich betone: jeder - Vermerk, der aus der Abteilung der NSA stammte, das Kürzel SI trug, vollkommen unabhängig vom Inhalt und unabhängig von der Frage, ob es sich um Erkenntnisse aus der Aufklärung oder um rein interne Vermerke handelte. Dieses Kürzel befand sich somit auf jedem Schriftstück der NSA. Selbst eine Tagesordnung eines gemeinsamen Gesprächs des BND mit der NSA enthielt das Kürzel SI, weil sie eben dort verzeichnet war. Und ich erinnere mich daran, weil das im Umfeld einer Sitzung des PKGr war, dass ich den Sachverhalt dann auch im PKGr klären konnte, und ich habe auch diese Tagesordnung dieser gemeinsamen Sitzung gezeigt und auch nach meiner Erinnerung mit dem Kürzel SI.

Ich habe daher mit einer Unterrichtung - und nur deshalb habe ich den Fall genannt - immer so lange gewartet, bis die Sachverhalte mindestens annähernd geklärt waren. Da der betreffende Sachverhalt erst am Anfang der Klärung war und da ich die sofortige Einstellung angeordnet hatte, ist eine Unterrichtung der Bundeskanzlerin nach meiner Erinnerung durch mich nicht erfolgt. Ich selber habe dann bis zu meinem Ausscheiden - ich habe es ja bereits betont - aus dem Kanzleramt keine weitere mündliche oder schriftliche Unterrichtung oder den von mir angeforderten Bericht in dieser Angelegenheit erhalten.

Ich will gleich auch eine weitere Frage, die als nächste Frage ja kommt, gleich mit beantworten. Schließlich kommt ja auch die Frage oder käme die Frage, ob ich meinen Nachfolger, Herrn Bundesminister Peter Altmaier, über diese Sache informiert oder mit ihm gesprochen habe. Auch hier gilt nach meiner Erinnerung, dass ich aus den gleichen Gründen wie bei der Bundeskanzlerin nicht mit ihm darüber gesprochen habe.

Ich glaube, dass ich das im Zusammenhang deshalb einmal darstellen wollte, weil damit, glaube ich, viele Fragen, die Sie haben, sich erübrigen. Und jetzt stehe ich Ihnen gerne für weitere Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Und damit starten wir auch sofort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich hätte einige Fragen zur Arbeitsweise der Abteilung 6. Können Sie erinnern zu Ihrer Zeit: Welchen Stellenwert hatte die Abteilung 6 im gesamten Geschäftsbereich? Und ich würde es gerne so sagen: Welcher Aufwand wurde mit Blick auf Abteilung 6 betrieben im Verhältnis zu anderen Vorgängen? War das etwas Stiefmütterliches, oder hatte die einen großen Raum in der alltäglichen Arbeit? Wie kann man das einordnen?

Zeuge Ronald Pofalla: Herr Vorsitzender, ich habe auch dazu ja in der Vernehmung im Jahre 2015 mehrere Sachen gesagt, die ich vielleicht wie folgt zusammenfassen kann: Der Aufwand und die Beteiligung der Abteilung 6 ab dem Sommer 2013 bis zu meinem Ausscheiden im Kanzleramt hatte einen für normale Verhältnisse des Kanzleramtes umfangreichen Umfang eingenommen. Ich würde sagen, da Sie die Runden kennen - es gibt die wöchentlichen Runden am Dienstag, wo natürlich die Abteilung 6 die entsprechenden Themen vorbereitet; sie begleitet verschiedene Gremien, unter anderem das Parlamentarische Kontrollgremium, aber auch andere - - Das, würde ich sagen, ist der normale Ablauf.

Und alleine aus dem Umstand meiner Anwesenheit im PKGr will ich noch einmal darauf hinweisen: Ich bin während meiner gesamten vier Jahre als Bundesminister - und ich mache gleich die Einschränkung: während der Sitzungszeit des Bundestags, also bis Sommer 2013 - kein einziges Mal im PKGr gewesen. Es gab auch nicht den Wunsch des PKGr, mit dem Kanzleramtsminister über irgendwas zu reden.

Erst nach der letzten Sitzung - so habe ich es in Erinnerung - des Deutschen Bundestages im Sommer 2013 und den entsprechenden Veröffentlichungen von Snowden gab es überhaupt von meiner Seite zum ersten Mal einen Kontakt mit dem PKGr, und nach meiner Erinnerung - ich müsste es jetzt nachzählen - war ich dann, ich glaube, rund siebenmal alleine zwischen Ende Juli und bis zum November im PKGr. Und alleine meine Begleitung und die Vorbereitung auf die Sitzung haben jede Form gesprengt, die vorher

im Kanzleramt üblich gewesen wären für die Abteilung 6. Anhand meines Terminkalenders, den Sie erfragt haben, für die Termine können Sie ja sehen, dass wir häufig die ganzen Sonntage gesessen haben, um überhaupt die Fülle der Anfragen, die bei uns eingegangen sind, beantworten zu können und so beantworten zu können, dass, ich glaube, es der gebotenen Sorgfalt entsprach, die wir versucht haben walten zu lassen.

Also, in normalen Zeiten, würde ich sagen, ist die Abteilung 6 eine ganz normale Abteilung des Kanzleramtes. Ich würde sagen, da stehen andere Abteilungen stärker im Fokus bestimmter Arbeitsprozesse. Aber das hat sich kolossal mit dem Sommer 2013 geändert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Genau so haben Sie das auch damals am 2. Juli beschrieben. - Ich würde ganz gerne mal einen speziellen Fokus auf den Bereich BND-eigene Selektoren richten, also nicht die von Dritten uns gegebenen, insbesondere von der NSA, sondern die BND-eigenen Selektoren. Haben Sie sich einmal selber mit der Thematik BND-eigene Selektoren vor dem Sommer 2013 beschäftigen müssen? War das ein Thema?

Zeuge Ronald Pofalla: Auch da verweise ich noch mal auf meine Aussage in der Sitzung im Sommer des Jahres 2015 hier im Untersuchungsausschuss, unter anderem auf die Seite 120 des Protokolls vom 02.07.2015. Um es jetzt andersrum auszudrücken: Nach meiner Erinnerung ist mit mir niemals in meiner Zeit über Selektoren gesprochen worden. Und nach meiner Akteneinsicht, die ich ja im Vorfeld der damaligen Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 02.07.2015 im Kanzleramt selber vorgenommen habe, war es auch so, dass nicht ein einziger Vermerk mir in dieser Sache jemals vorgelegt worden ist. Der Begriff war mir nicht bekannt, der ist in meiner Amtszeit nie gefallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch die Begriffe „Suchmerkmale“, „Telekommunikationsmerkmale“ - das würde das einschließen, das sind ja andere Begriffe einfach für Selektoren -, die waren da auch nicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Also, das will ich jetzt nicht ausschließen, dass darüber gesprochen worden ist im Zusammenhang mit der Aufklärung der Fragen, die wir im Zusammenhang mit der NSA hatten. Weil in dem Austausch der Informationen, die wir im Sommer 2013 versucht haben von der NSA zu bekommen, hat ja die NSA beschrieben, welche Profile sie selber hat im Blick auf Aufklärung. Und wenn ich jetzt nur einen Punkt rausnehme, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, dann impliziert natürlich ein solcher Umstand, dass man nach irgendwelchen Kriterien dann versucht auch entsprechende Informationen im Rahmen der Aufklärung zu bekommen. Aber die Frage ehrlicherweise hat überhaupt keine Rolle gespielt in dem Sinne, wie es dann sich in 14 oder 15 durch andere Erkenntnisse entwickelt hat. Also, in meiner Zeit, kann ich wirklich sagen, hat die Frage der Selektoren keine Rolle gespielt. Und ich habe ja bewusst vor meiner Vernehmung im Sommer 2015 auch Akteneinsicht im Kanzleramt genommen, und aus den damals eingesehenen Akten konnte ich damals sehen, dass ich darüber nie eine Information erhalten habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann kam es zum Oktober 2013, 28. Oktober, und das Treffen damals mit dem BND-Präsidenten. Da ging es aber dann um die BND-eigenen Selektoren, richtig?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn ich das jetzt richtig sehe - aber ich müsste den Kalender, Sie haben ihn ja bekommen, raussuchen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: - haben wir uns an dem Tag, glaube ich, sogar mehrere Mal getroffen, wenn ich jetzt die Tage nicht verwechsle. Muss ich mal einen Augenblick gucken.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Nein, am 28. Oktober habe ich ja jetzt hier den Termin, den ich Ihnen auch übermittelt habe. Jetzt müsste ich das mal abgleichen. Einen Augenblick.

(Der Zeuge blättert und liest weiter in seinen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist einer von mehreren in Folge.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ich komme darauf, weil am 28. Oktober ja dann auch diese Weisung kommt -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - bezüglich der Selektoren.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und jetzt war meine Schlussfolgerung daraus: Entweder in einem der nahe davor - ich glaube, am 24. ist ein Termin - liegenden Termine oder eben am 28. kam es zu der Diskussion um die BND-eigenen Selektoren, weil dann ja der BND-Präsident Schindler ins Haus die Weisung gegeben hat, die wahrscheinlich im Vorfeld besprochen worden ist. Das war eben meine Spekulation. Ich sehe es an den Terminen ja auch nicht, was inhaltlich besprochen worden ist.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein. Also, ich habe es ja in meinem Eingangsstatement gesagt: Von Selektoren war in dem Zusammenhang sowieso keine Rede, sondern Herr Schindler hat mitgeteilt - ich kann es nur wiederholen, wie ich es gerade formuliert habe -, dass der BND in Krisenländern befreundete Botschaften aufgeklärt habe. Und ich habe es ja auch schon betont: Nach meiner Erinnerung wusste er noch nicht mal, ob auch dieses für Nicht-Krisenländer gelte oder möglicherweise auch für befreundete Botschaft-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten. Daraufhin habe ich dann ja einen entsprechenden Bericht - ich will den nicht wiederholen - erbeten und habe deutlich gemacht, dass das, wenn es so ist, sofort einzustellen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wusste er denn - - Ich sage mal, SIGINT kann man ja auch unterschiedliche Weise betreiben. Hat er denn erklären können, ob das eine direkte Abhörmaßnahme ist oder ob das, sagen wir mal, das Fishen im Datenstrom ist? Das war alles gar nicht klar, es wurde nur gesagt: Da wurde - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, so war es. Also, das wurde nicht näher spezifiziert. Nach meiner Erinnerung - aber da bin ich jetzt vorsichtig, weil das ja alles mündlich erfolgt ist - war es auch so, dass er - so habe ich es zumindest, sagen wir mal, entfernt in Erinnerung - die Auffassung - - oder mitgeteilt hat, dass er es auch gerade unmittelbar erfahren habe. Ob jetzt an dem Tag oder ein, zwei Tage vorher, daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern; aber es war auch für ihn überraschend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und wenn ich das richtig zusammensetze, ist er dann zurück zum BND und hat dann die Weisung erteilt, pauschal Selektoren mit EU- und/oder NATO-Bezug aus der Steuerung rauszunehmen. So hat er in die Abteilung, nach TA, insbesondere dann die Weisung gegeben. Dann hat Schindler sie aber vielleicht auch mithilfe des Leitungsstabs so konkretisiert, dass sie dann eben so genau wieder im Amt ankam, obwohl er es dann bei Ihnen relativ offen angesprochen hat, richtig?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ich habe klargemacht, dass ich den festen und klaren Willen habe, dass das zu unterlassen ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man das dann nachgeprüft, ob der BND das unterlassen hat?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen nicht sagen, wäre auch nicht meine Aufgabe gewesen. Ich habe ja im Sommer - ich könnte weitere Beispiele nennen - häufig, ja täglich Unterrichtungen und Gespräche mit der Abteilung 6 und dem BND gehabt, weil es ja um Dutzende von Fragen jede Woche ging, die geklärt werden mussten. Und die konnten nicht immer unmittelbar geklärt werden, weil sie natürlich auch technisch manchmal überprüft werden mussten. Dann habe ich Berichte angefordert, und die sind dann häufig ja auch nach sechs, acht oder zehn Wochen gekommen. Wenn die dann da waren, habe ich ja auch die darin enthaltenden Erkenntnisse genutzt. Also, so gesehen habe ich auf den Bericht gewartet; der ist aber in meiner Amtszeit nicht mehr gekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich komme zu einem anderen Bereich, und da geht es darum, dass die Plattform WikiLeaks im Juni 2015 eine Reihe von Streng Geheim eingestuftem Überwachungsberichten der NSA veröffentlicht hat. Da geht es insbesondere um die Überwachung von hohen französischen Regierungsmitgliedern in der Zeit insbesondere von 2006 bis 2012: Jacques Chirac, Nicolas Sarkozy, François Hollande und weitere französische Staatsbeamte, Botschafter oder Diplomaten. Und da wird die These aufgestellt, dies sei über Bad Aibling erfolgt. Ist Ihnen dazu was bekannt?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gar nicht?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Bericht der Taskforce des Deutschen Bundestages ist dann auch nicht mehr, weil es ja auch nach der Zeit war, mit Ihnen besprochen, zugänglich gemacht worden oder sonst irgendwas?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich kann mich zumindest nicht daran erinnern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann brauche ich da in der Richtung auch gar nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

weiter nachfragen. - Gut, dann hätte ich noch einen Punkt, über den wir eben auch mit Herrn Heiß gesprochen haben: das Thema Abhören unter Freunden. Die Bundeskanzlerin hat das zweimal gesagt, auf zwei Veranstaltungen: einmal in der Bundespressekonferenz und dann noch mal, ein zweites Mal, beim EU-Besuch in Brüssel. Zwischen diesen beiden Veranstaltungen ist ja eine gewisse Zeit dazwischen. Und was wir uns auch eben bei Herrn Heiß gefragt haben, ist: Wäre das nicht sinnvoll gewesen, ich sage mal, zwischen dem - ich habe die Daten noch mal hier - 19. Juli 2013 und dem 24. Oktober 2013 hier noch mal zu schauen und mit dem BND rückzukoppeln: „Was machen wir da eigentlich?“ Weil so dieses Nutzen von Selektoren, die EU- und NATO-Ziele darstellen, hätte man ja eigentlich auch zumindest in der Interimszeit zwischen diesen beiden Statements einmal herausarbeiten können oder der BND hätte sie herausarbeiten können, der Abteilung 6 sagen können, damit man da genau im Bilde ist und den Satz vielleicht noch besser einordnen kann. Wie bewerten Sie das?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja, also, dafür brauche ich den Satz nicht. Das meine ich jetzt nicht böse; aber ist ja eine naive Vorstellung, dass aus einer öffentlichen Stellungnahme der Bundeskanzlerin, die in der Sache richtig ist, sozusagen daraus jetzt zusätzlich oder gerade erst deshalb Klärungsbedarf entsteht. Ich habe, als die ersten Veröffentlichungen kamen im Frühsommer 2013, in allen Gesprächen gegenüber dem BND immer wieder deutlich gemacht, dass ich sofort davon wissen will, wenn es Vorwürfe gegenüber dem BND gibt, die, sagen wir mal, den Charakter der Glaubwürdigkeit des BNDs infrage stellen. Und ehrlicherweise habe ich das sogar so in Erinnerung, dass ich daraus manchmal sogar ein Ritual gemacht habe, weil ich eigentlich immer wieder die Gelegenheit geben wollte, auch die Chance geben wollte, mir gegenüber, falls es etwas gibt, deutlich zu machen. Das ist jetzt nicht spezifiziert vorgetragen gewesen. Aber gehen Sie mal davon aus, dass die ganzen Überprüfungen des Sommers 2013 auch Überraschungen geboten haben, und Überraschungen, wo Sie manchmal in-

nerhalb weniger Tage glauben, Sie haben eine Erkenntnis, und dann entwickelt sich der Sachverhalt innerhalb weniger Tage in eine völlig andere Richtung, mit entsprechenden Prüfungen, woraus ich ja auch den Rückschluss gezogen habe, dass ich entsprechende Unterrichtungen nur vornehme, wenn ich annähernd sicher sein kann, dass das, was da behauptet wird, annähernd geklärt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ich hätte in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen mehr.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Wir kommen dann zu den Fragen der Fraktionen. Dort scheint man ja

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guter Dinge zu sein!)

doch kluge Fragen vorbereitet zu haben. Wir kommen zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner. Frau Kollegin Renner, auf geht's.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Pofalla, als Herr Schindler informiert hat zu der Problematik gesteuerte diplomatische Vertretungen von EU-Staaten oder NATO-Staaten in Krisengebieten, hat er da von SIGINT-Maßnahmen gesprochen?

Zeuge Ronald Pofalla: Zunächst habe ich ja schon was anderes gesagt, als Sie in der Fragestellung hinsichtlich sozusagen der Ziele jetzt behauptet haben. Ich will es nur noch einmal sagen: Ich habe gesagt, dass Herr Schindler mich darüber unterrichtet hat, dass es aufgeklärt worden sei: befreundete Botschaften. Da war nicht von NATO die Rede, da war auch nicht von dem anderen, was Sie gerade - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wer ist denn sonst noch so befreundet?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich will jetzt erst mal richtigstellen, sonst wird nicht deutlich, was da



Nur zur dienstlichen Verwendung

berichtet wurde. Darüber ist nicht berichtet worden, sondern so, wie ich das in meinem Eingangsstatement erzählt habe.

Über die Frage, wie - darauf zielt Ihre Frage ab -, konnte Herr Schindler keine Aussage machen; zumindest ist sie mir nicht erinnerlich. Er konnte ja - ich habe es ja bereits gesagt - nicht mal sagen, um welche Krisenländer es sich handelt oder ob auch Nicht-Krisenländer dabei gewesen wären, sondern er hat es so mitgeteilt, wie ich es am Anfang hier versucht habe in meinem Eingangsstatement darzustellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das steht im eklatanten Widerspruch zu dem, was Herr Schindler hier gesagt hat, und auch dem, was Herr Heiß vorhin gesagt hat. Er hat gesagt, er hat ganz konkrete Beispiele gebildet, und natürlich ging es um EU-Staaten und NATO-Staaten. Und dass es um SIGINT geht, ist ja auch logisch, weil die ganze Weisungslage und die Vorbereitung der Weisungslage im Bundesnachrichtendienst immer um die Frage gesteuerte diplomatische Vertretung ging, also nicht um HUMINT. Also, es ist total abstrus, dass es nicht um Steuerung im Sinne von Überwachung der Kommunikation in oder von diesen Einrichtungen geht. Und ich kann mir wenig vorstellen, dass auch angesichts des Vorlaufs im Bundesnachrichtendienst, wo man eben lange um diese Weisungslage herum sich schon Gedanken gemacht hat, Herr Schindler in vollkommener Unkenntnis dessen mal so ganz allgemein um vielleicht Botschaften von Freunden in Krisenregionen erzählt hat. Also, ist da Ihre Erinnerung wirklich richtig? Weil Herr Heiß hatte auch das etwas anders geschildert, dass Herr Schindler eben auch ganz konkrete Beispiele gebildet hätte und Ähnliches mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich einschreiten. Nein, er hat keine Beispiele genannt, er hat gesagt - - als Beispiel hat er Botschaften in Krisenländern benannt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - aber keine Krisenländer benannt. Das ist eine Definition, die

er als Beispiel benannt hat. Weil es erweckt jetzt den Eindruck, als würden hier sieben Länder genannt worden sein.

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, jetzt bin ich ja beruhigt, weil durch die Richtigstellung des Vorsitzenden, muss ich jetzt mal sagen, fühle ich mich jetzt bestätigt, weil, wenn der Zweite aus dieser Runde sich genauso erinnert wie ich - ich habe mit Herrn Heiß nicht darüber gesprochen -, finde ich das eine sehr schöne Bestätigung.

Und jetzt will ich einmal was sagen: Ich verstehe das ja, dass jetzt der Fokus - auch zu Recht - darauf ist. Aber jetzt will ich mal einmal darauf hinweisen: Das sind ja alles Erinnerungen, eine schriftliche Unterrichtung habe ich nie bekommen. Also, wie soll ich das mal ausdrücken: Das aus einer Zeit - - Wir reden über Ende Oktober, nach der Bundestagswahl: Zunächst Sondierungsgespräche, dann Koalitionsgespräche. Ich habe die Leitungsgruppe der Koalitionsgespräche geleitet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich halte mal kurz die Zeit für die Opposition an.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist, glaube ich,
auch außerhalb des Untersuchungsauftrags!)

Zeuge Ronald Pofalla: Und dann wird man zwischendurch über eine solche Sache informiert. Ich bin ja heilfroh, dass ich mich überhaupt an diese Gespräche erinnern kann angesichts der Fülle, die da in den Wochen und Monaten auf einen niedergegangen sind.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir sind unendlich dankbar!)

Deshalb sage ich hier ganz klar, Frau Renner: Ich habe deutlich gesagt, was Herr Schindler nach meiner Erinnerung mir gesagt hat, und da brauche ich keine Ergänzung vorzunehmen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Nun gut, es bleibt für mich der Widerspruch, dass man im BND ganz konkret sich eben um die Steuerung von EU- und NATO-Staaten Gedanken gemacht hat, und dann soll Herr Schindler eben so ganz nebulös und blumig dann gegenüber Ihnen und Herrn Heiß sich irgendwie eingelassen haben. Das wäre ziemlich überraschend.

Ich würde gerne fragen: In welchem Verhältnis stand denn die Diskussion zu dieser Steuerung von Botschaften zu der Frage, wie das Abhören des Handys der Kanzlerin einzuordnen ist? Wir finden hier in Ihrem mittlerweile ja aufgefundenen Kalender am 24. Oktober drei Gesprächsrunden - das ist ja der Tag nach der Veröffentlichung im *Spiegel* - mit unterschiedlicher Besetzung und würden gerne wissen, ob an diesem Tag zu dieser Problematik gesprochen wurde, in diesen Runden 9.30 Uhr, 12.45 Uhr und 18 Uhr.

Zeuge Ronald Pofalla: Zu welcher Problematik?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kanzlerhandy, Kanzlerinnenhandy!)

- Kanzlerhandy?

Martina Renner (DIE LINKE): Kanzlerinnenhandy, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja, ist klar. Ich gucke aber auch noch mal eben in den Kalender. Einen Augenblick.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Martina Renner (DIE LINKE): Da war nämlich zum Beispiel auch Herr Seibert dabei. Das würde für uns eben ein Indiz dafür sein, dass es möglicherweise zu dieser Causa ging. Und Herr Heusen war da auch dabei. Auch das wäre möglicherweise - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich gucke eben rein.

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen)

24., ja?

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, also die erste Runde, die hier im Kalender aufgeführt ist, auf die Sie ja Bezug nehmen, wird nach meiner Ansicht eher zu tun gehabt haben mit der damals - nach meiner Erinnerung; ich habe die Daten jetzt auch nicht mehr genau drauf - - Reise, die Verschiedene noch mal, ich glaube, Ende Oktober, Anfang November nach Amerika gemacht haben, um bei dem No-Spy-Abkommen weiterzukommen. Die zweite Runde ist die eigentlich übliche Runde zur Vorbereitung der PKGr-Sitzung gewesen, die ja, wie man meinem Kalender auch entnehmen kann, dann ja auch unmittelbar im Anschluss stattgefunden hatte.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war eine Sondersitzung.

Zeuge Ronald Pofalla: Bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): Das war eine Sondersitzung.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja, aber auch Sondersitzungen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Was hatte die denn für einen Anlass, diese Sondersitzung?

Zeuge Ronald Pofalla: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, müsste ich nachschlagen in meinen Aufzeichnungen, was damals Gegenstand der Beratungen am 24. war. Nach meiner Vermutung das Kanzlerhandy.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, könnte sein, nicht?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, vermute ich, ja. Aber jetzt müssen Sie ja die Abläufe sehen. Aber an den Tagen sehen Sie eben auch, wie verrückt die Tage waren. Am 23. Oktober - nach meiner Erinnerung - gab es die große Runde für die Koalitionsgespräche. Unmittelbar im Anschluss an diese Runde - nach meiner Erinnerung - habe ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

den damaligen Vorsitzenden des PKGr, Herrn Oppermann, und den stellvertretenden Vorsitzenden des PKGr, Herrn Grosse-Brömer, über den Vorgang Kanzlerhandy informiert. Und wir sind nach meiner Erinnerung an dem Abend zu der Überzeugung gekommen, dass es am nächsten Tag eine Sondersitzung des PKGr geben muss, um über diesen Vorgang zu unterrichten. - So wäre jetzt aufgrund der Termine, die ich sehe, meine Interpretation der Abläufe.

Ich glaube, dass die erste Runde, auf die Sie jetzt Bezug genommen haben, auf meinem Kalender, nichts mit der Vorbereitung des PKGr zu tun hatte, sondern mehr wahrscheinlich ein länger schon dann geplanter Termin in Vorbereitung einer Reise nach Amerika - - abzielte, während dieser zweite Termin liegt ja unmittelbar vor der PKGr Sitzung, der endet ja eine Viertelstunde vor der PKGr-Sitzung, sodass ich sage: In der eigentlichen Sitzung hat es dann die abschließende Vorbereitung für die PKGr-Sitzung gegeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und dann gibt es noch den Termin danach. Also, der Termin am 23. Oktober fehlt bei uns. Der ist offenbar gebläut, geschwärzt, verklebt.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein, nicht gebläut, den habe ich jetzt aus meiner Erinnerung dazugebracht. Den habe ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, wäre schön, dass wir den auch gekannt hätten, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann auch die letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): - weil der gehört ja ursächlich offenbar zu dieser Abhörung des Kanzlerinnenhandys dazu. - Aber jetzt würde ich gerne noch einen Inhalt hören: Wie hat man sich denn mit Blick auf die PKGr-Sitzung in diesen Runden vorbereitet: „Ist das technisch möglich? Welche Konsequenzen soll es geben? Wie geht man mit diesem Umstand denn weiter vor?“? Also, was hat man denn inhaltlich besprochen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das kann ich Ihnen jetzt aus der Erinnerung nicht mehr sagen. Ich kann Ihnen aber sagen - - Und darüber habe ich ja in der letzten Vernehmung von mir am 2. Juli 2015 auch Stellung bezogen. Da hatte ich ja einen interessanten Disput mit Herrn Ströbele, weil es ja um die Frage ging: Ist die Ablichtung der Maske, um die es ging, ein Beweisstück, das dafür spricht, dass es die Abhörung gegeben hat, und wenn ja, warum, und wenn nein, warum? Die Argumente können Sie alle nachlesen, die dafür sprechen; die habe ich benannt in meiner Vernehmung am 02.07. Ich habe aber auch Argumente benannt, die Zweifel aufkommen ließen wegen der Echtheit dieses Dokumentes. Am Ende haben wir uns trotzdem dafür entschieden - und das war der kleine Disput, den ich mit Herrn Ströbele hatte -: Wir sind auch eher von der Wahrscheinlichkeit ausgegangen, dass es sich um eine Maske im Zusammenhang mit dem Abhören des Handys der Bundeskanzlerin handelte. Aber zweifelsfrei war die Sache nicht, weil üblicherweise diese Maske - und ich nenne noch einmal das Beispiel - weder die ausgeschriebene Telefonnummer noch den Namen der Person üblicherweise enthalten, sondern verklausuliert eigentlich nur bestimmte Personen hinter der Verklausulierung erkennen können, wer das war. So, darüber habe ich ja ausführlich berichtet. Und ich glaube, ich habe damals ja auch den BND - - Ich habe übrigens auch das Bundesamt für Verfassungsschutz, BSI, wenn ich mich noch richtig erinnere, gebeten, mir ihre Einschätzungen zu der Maske zu geben, und ich vermute, dass in dieser unmittelbaren Sitzung, unmittelbar vor der PKGr-Sitzung, ich noch mal in Kenntnis gesetzt worden bin über die Einschätzung unserer Dienste und derer, die ich gebeten habe, eine Stellungnahme abzugeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt müssten wir wechseln und kommen zur Fraktion der SPD. Frau Kollegin Mittag.

Susanne Mittag (SPD): Ja, danke schön. - Ich beziehe mich auf einige Angaben von Ihnen vorhin. Seit dem Sommer 13 hatten Sie eigentlich nur noch mit diesem Thema zu tun, und vorher war die Abteilung 6, sagen wir mal, in Ihrem Bereich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht ganz so dominant. Wie war denn der Unterschied? Vorher hatten Sie mit der Abteilung 6 oder mit derartigen Themen eher so 10 Prozent zu tun und dann 100 Prozent, oder wie ist denn dieses Verhältnis so ungefähr gekippt?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja - -

Susanne Mittag (SPD): Ungefähr.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Ich beschreibe Ihnen mal die Abläufe: Es gab feste Abläufe, da tauchte die Abteilung 6 immer auf, unabhängig ob Sie jetzt Zeiten besonderer Aufklärung, also Klärungsbedürftigkeit, haben oder nicht. Und da würde ich jetzt mal sagen: In einer normalen Woche waren das vier bis sechs Stunden, in denen ich mit denen zu tun hatte, also durchaus auch beachtlich bei sechs Abteilungen des Kanzleramtes. Wenn Sie das auf die anderen Abteilungen hochrechnen, ist die normale Arbeitswoche damit rum. Aber das stand - - Oder sagen wir mal andersherum: Das hat sich im Sommer des Jahres 2013 eben kolossal geändert. Da, würde ich sagen, haben 70 oder 80 Prozent der Arbeit, die ich machen musste und auch gemacht habe, sich auf die Klärung dieser Sachverhalte bezogen. Ich habe ja deshalb auch auf die Frage, glaube ich, von Herrn Dr. Notz ja auch geantwortet beim letzten Mal bei der Vernehmung, welche Veränderungsvorschläge ich machen soll oder würde im Blick auf die Organisation des Kanzleramtes - - habe ich ja auch berichtet, dass ich sowohl der Bundeskanzlerin wie dem späteren Vizekanzler vorgeschlagen habe, einen beamteten Staatssekretär zusätzlich in diese Ebene zu nehmen, um einfach die Arbeitslast, die zu bewältigen ist, bewältigen zu können. Abschließend habe ich auch damals berichtet: In einem normalen Jahr - und im Sommer 2013 war ja aus der Sicht des Kanzleramtes quasi die Legislaturperiode ausgelaufen - - Das Kanzleramt koordiniert ja sehr viel unter den Ministerien, versucht, die Terminpläne zum Bundestag und zum Bundesrat abzustimmen. Die Gesetzgebungsarbeit war ja eingestellt.

Susanne Mittag (SPD): Ist bekannt.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ein Großteil der Arbeit des Kanzleramtes im Sommer 2013, die üblicherweise anfällt, die gab es nicht mehr wegen Ende der Legislaturperiode. Wäre das im Sommer 2012, 2011, 2010 passiert, wäre das Kanzleramt gar nicht dazu imstande gewesen, diese Bewältigung der Vielfalt der Fragen von ganz unterschiedlichen Stellen auch nur annähernd so zu bewältigen wie im Sommer 2013. Und daraus habe ich ja den Schluss gezogen, diesen Organisationsvorschlag während der Koalitionsverhandlungen ja auch den dann heutigen - damals zukünftigen - Koalitionsparteien zu machen, eine entsprechende Verstärkung im Kanzleramt vorzunehmen.

Susanne Mittag (SPD): Ich denke, Sie hätten auch sonst eine Lösung gefunden; man muss ja mit den Aufgaben klarkommen. - Und zu dieser Zeit ab Sommer haben Sie sich also mit den Snowden-Dokumenten ja befasst. Haben Sie sich die auch mal selber angeguckt oder erklären lassen?

Zeuge Ronald Pofalla: Welche Dokumente?

Susanne Mittag (SPD): Von Snowden. Die waren ja nun schon mal sehr publik. Dass Sie sich das mal selber angeguckt haben und sagen: „Mensch, was könnte das denn für Auswirkungen haben“ - Sie planen ja nicht nur für den Tag, sondern auch langfristig -, „was kommt alles auf uns zu?“

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, also schauen Sie sich mal die Presse - -

Susanne Mittag (SPD): Nein, nicht die Presse. Ob Sie einfach nur mal geguckt haben: „Von was redet die Presse? Ich gucke mir jetzt mal ein paar Dokumente an. Was hat er denn da veröffentlicht?“ Haben Sie das mal gemacht?

Zeuge Ronald Pofalla: Also nicht, dass ich mich jetzt erinnere; aber ich schließe das nicht aus. Aber noch mal - wie soll ich das ausdrücken? -: Wir haben ja auch vom Parlament Hunderte von Fragen bekommen - zu Recht; wir haben von Journalisten Hunderte von Fragen bekommen - zu Recht; es musste so viel geklärt werden, auch zwischen den Diensten. Wir haben uns bemüht,



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit dem britischen Geheimdienst, mit der NSA, ich weiß nicht, mit welchen Institutionen noch, Kontakt aufzunehmen, um die unterschiedlichen Informationen zusammenzutragen, weil die Behauptungen, die Snowden vorgenommen hatte, in dem Sommer so erheblich waren - darauf habe ich auch beim letzten Mal hingewiesen -, dass ich ja sogar meinen Sommerurlaub abgebrochen habe, weil, die Richtigkeit der Vorwürfe von Snowden damals im Sommer 2013 unterstellt, das wäre ein Hammer gewesen.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Da war die Behauptung im Raum, dass bis zu 500 Millionen Daten die NSA von Deutschen sozusagen absaugt.

Susanne Mittag (SPD): Herr Pofalla, ich meinte jetzt aber eigentlich nur die Frage, ob Sie sich selber mal die Dokumente angesehen haben. Können Sie sich jetzt nicht dran erinnern, war Ihnen nicht geläufig.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Wenn Sie so viel zu tun hatten - was auch überhaupt nicht in Abrede gestellt wird -, dann denke ich, dann gucke ich doch erst mal an: „Um was geht es eigentlich?“, so im Original vielleicht. Das war jetzt der Grund der Frage; aber Sie können sich jetzt, wie gesagt, nicht daran erinnern, mal direkt die Dokumente, weswegen Sie ja jetzt so viel Arbeit hatten, mal selber angeguckt zu haben oder sich mal das ein oder andere erklären lassen: „Was steht da drauf? Was bedeuten die Begrifflichkeiten?“, oder Ähnliches.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich habe mir schon - -

Susanne Mittag (SPD): Nicht?

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, ich habe mir schon Dokumente zeigen lassen. Mir fallen jetzt gerade zwei Sachen ein.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Das PKGr wollte Aktenstücke haben über vermeintliche oder vermutliche Veröffentlichungen, an die wir nicht rankamen. Dann haben die Amerikaner uns im Sommer des Jahres 2013 Dokumente gegeben. Die haben wir hinterlegt damals in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages. Da waren auch nach meiner Erinnerung Snowden-Dokumente dabei. Die habe ich natürlich alle gelesen. Oder nehmen Sie die berühmten beiden Codes: Die waren ja auch aus den Snowden-Dokumenten, die angeblich ja den Beweis führen sollten, dass 500 Millionen Daten von Deutschen durch die NSA abgesaugt worden waren. Natürlich habe ich mir das angeguckt. Aber Sie wissen, dass das falsch war, und wir haben es ja damals dann auch richtiggestellt: Das waren ja zwei Stellen des BND, die bezogen sich nicht auf Deutsche, sondern auf die Auslandsaufklärung.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, so gesehen habe ich mich auch mit Snowden-Daten und -Fakten auseinandergesetzt.

Susanne Mittag (SPD): Ja, also Sie haben sich Dokumente angeguckt. Sie haben sich ja den ganzen Sommer mit Fakten auseinandergesetzt. Deswegen mussten Sie ja so viel zuliefern und für Presse arbeiten. Haben Sie sich auch, sagen wir mal, Begrifflichkeiten aus diesen Dokumenten erklären lassen? Kam der Begriff „Selektor“ da mal vor, und Sie sagen: „Mensch, was heißt das denn? Ach, das kenne ich unter ‚Suchbegriff‘“?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, habe ich ja schon gerade gesagt. Also, der Begriff „Selektoren“, der ist mir in meiner Amtszeit als Bundesminister nicht untergekommen. Als die Veröffentlichungen zu den Selektoren losgingen, war ich auch überrascht über den Begriff; der war für mich völlig neu. Da bleibe ich genau bei der Einschätzung, die ich bereits abgegeben habe.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie sich den - was kann man noch dazu sagen? was macht ein Selektor? - mal erklären lassen, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Susanne Mittag (SPD): - nicht den Begriff hingegenommen, sondern gesagt: „Kann das jetzt irgendwie bei uns noch mehr Ärger geben? Was bedeutet dieser Begriff?“?

Zeuge Ronald Pofalla: Da der Begriff nie bei mir aufgetaucht ist, musste ich ihn mir nicht erklären lassen und schon gar nicht die Technik. Das spielte keine Rolle. Der Begriff „Selektoren“ ist in meiner Amtszeit mir gegenüber nicht aufgetaucht.

Susanne Mittag (SPD): Auch nicht mit irgendwelchen Zeitungsberichten, Dokumenten oder sonstigen - - Seit Juni bis Oktober ist Ihnen der irgendwie nie untergekommen, obwohl Sie ja nun fast 80 Prozent in Ihrem Bereich mit der Bearbeitung des Themas zu tun hatten?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das waren die Monate, damit wir es nicht verwechseln, also Juli, August, vielleicht auch noch September. Aber ab Oktober hatte sich ja die Lage auch wieder verändert, und da hatte ich ja dann auch andere Aufgaben im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass mit mir über Selektoren gesprochen worden ist.

Susanne Mittag (SPD): Ich komme noch mal zur Frage zurück, und zwar bei der Überwachung des französischen Präsidenten - was vorher schon gefragt worden ist - - Das war auch - - Diese Diskussion gab es ja auch im Juni, also relativ frühzeitig. Wie Ihnen das Thema bekannt geworden ist, haben Sie da jetzt, sagen wir mal, nicht auch eine gewisse sich entwickelnde Problematik erkannt?

Zeuge Ronald Pofalla: Ehrlicherweise fühlte ich mich für den französischen Präsidenten nicht zuständig. Ich hatte mit den Dingen, die ich zu tun hatte im Zusammenhang mit den Vorwürfen, die uns betrafen, die den BND betrafen, genug zu tun. Ich kann nicht ausschließen, dass ich dies auch alles gelesen habe mit dem französischen Präsidenten; aber ich gebe offen zu: In meinem

Zusammenhang hätte ich daraus keine Handlungsmaxime gesehen, die mich zu irgendeinem Handeln veranlasst hätte.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, aber es gibt doch auch enge europäische Kontakte. Und Sie müssen ja auch, sagen wir mal, so ein bisschen im Vorgriff planen und nachdenken, was es für Auswirkungen haben könnte. Es geht ja auch eben darum, sagen wir mal, bestimmte Entwicklungen vorab schon zu sehen, also zu agieren und nicht zu reagieren, dass das eventuell - es gehen viele Dokumente unterwegs -, vielleicht auch auf Bundesrepublik, auf unseren Bereich Auswirkungen haben könnte. Sie sind ja nicht ganz unerfahren in dieser Richtung. Also, man denkt doch dann ein paar Schritte weiter. Nur weil das jetzt ein anderes Land ist, haben wir nichts mit zu tun - so kurz kann man ja nicht denken. Man muss doch immer ein paar Schritte weiterdenken und sagen: Was könnte das bei uns für Auswirkungen haben? - Es bestehen doch zwischen europäischen Ländern enge Kontakte. Dass das nicht auch Auswirkungen für das Kanzleramt haben könnte. Gab es da nicht mal den Anlass auch, beim BND deziert nachzufragen bzw. zu sagen: „Welche Lage könnte sich entwickeln?“? Die war ja nun nicht gerade unüblich im Sommer 13.

Zeuge Ronald Pofalla: Meine Kontakte zum französischen Präsidialamt waren - zum Chef des Präsidialamtes - exzellent. Ich würde sogar sagen, wir sind bis heute befreundet. Der hat mich niemals darauf angesprochen. Und wir haben, ich würde sagen - also wöchentlich ist wahrscheinlich sogar zu gering gegriffen -, wöchentliche Kontakte, wir haben häufig telefoniert, der ist bei mir gewesen, ich bin bei ihm gewesen, weil natürlich die deutsch-französische Zusammenarbeit es auch erfordert hat, dass wir in den Vorbereitungen, er für den französischen Präsidenten, ich für die Bundeskanzlerin, Dinge vorbereiten. Aber um es mal so rum zu sagen: Ich kann mich nicht erinnern, dass der mich jemals darauf angesprochen hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Weil er nicht weiß
genau, warum!)

- Ja, aber wenn er es noch nicht mal tut - das will ich ja damit sagen; ich will auf den Einwand von Herrn Ströbele kurz eingehen -, warum sollte ich dann eine Veranlassung gesehen haben - an die ich mich auch jetzt nicht erinnern kann -, da irgendwas zu unternehmen?

Susanne Mittag (SPD): Kommen wir noch mal auf den Oktober weiter. Und zwar, da haben Sie ja sozusagen zum ersten Mal davon erfahren, dass es Selektoren gibt bzw. dass es Probleme gibt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich widerspreche jetzt wieder bei den Selektoren. Auch da spielte der Begriff keine Rolle. Ich wiederhole mich: Während meiner Amtszeit hat der Begriff bei mir keine Rolle gespielt; der ist mir nie vorgetragen worden; Dokumente haben mir nicht vorgelegen. Und ich könnte jetzt das wiederholen, was ich vorhin gesagt habe, was Herr Schindler mir gesagt hat. Ich glaube, jetzt habe ich es dreimal gemacht; dabei bleibt es.

Susanne Mittag (SPD): Ja, aber deswegen ist es trotzdem nicht zwingend klar geworden, weil, wie Herr Schindler Ihnen das gesagt hat und Sie sagten: „Das war mir eigentlich ein bisschen zu wenig Information“ - so haben Sie es ja dargestellt, dass das ein bisschen unbefriedigend war; Sie wollten also mehr Information haben - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Und haben Sie da eine Fristsetzung mitgegeben? Ich meine, wenn man sagt: „Mensch, das ist mir einfach viel zu wenig, das muss doch ein Präsident vom BND eigentlich wissen, das kann sich in irgendeiner Weise entwickeln“, dann möchte ich doch zu irgendeiner bestimmten Zeit auch eine Information haben und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag. Dann werden doch üblicherweise auch Fristen: „Bis dann und dann brauche ich die und die Information“ - - Haben Sie die gesetzt?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, dass das von mir gewollt war, dass ich das erfahren wollte und möglichst schnell erfahren wollte, war ohnehin klar. Das galt für all diese Sachverhalte. Herr Schindler hat ja selber häufig - ich könnte, wenn Sie wollen, Beispiele dafür nennen - zwei, drei Monate gebraucht, um bestimmte Sachverhalte wirklich so zu klären, dass er sie mir, sagen wir mal, als gesicherten Sachverhalt vortragen konnte. Ich habe deutlich gemacht, dass ich einen solchen Bericht will und ich genaue Kenntnis darüber haben will, worum es dabei geht.

Susanne Mittag (SPD): Hatten Sie da nicht ein kleines bisschen Sorge - dann kam das ja auch mit dem Kanzlerhandy -, dass Sie, wenn Sie jetzt keine Fristen setzen und nicht sagen: „Uh, vielleicht kriege ich die Information in zehn Wochen“ - das war es ja schon öfter mal -, die Ereignisse nicht zwischendurch irgendwie ein bisschen überrollen oder überholen, dass Sie sozusagen ja massiv bei Informationen dann hinterherhinken?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich hatte bei Herrn Schindler immer - ich kann das ja nur aus meiner Sicht sagen - das Gefühl, dass er selber Tempo gemacht hat an vielen Stellen beim BND zur Aufklärung und er mir dann die von mir gewünschten Berichte gegeben hat ab dem Zeitpunkt, wo er selber dazu imstande war. Ich hatte kein einziges Mal den Eindruck, dass er irgendwas verzögert; ich hatte kein einziges Mal den Eindruck, dass er nicht wusste - jetzt gehe ich wieder auf den Sommer 2013 -, wie wichtig bestimmte Informationen sind. Hatte ich gar keinen Zweifel, dass ihm das klar war.

Susanne Mittag (SPD): Aber da hatten Sie ja nun auch, sagen wir mal - - Er hat was von Botschaften in Krisenländern erzählt. Und ist Ihnen da in Erinnerung gekommen, dass Sie ja im Juni schon mal so ein Thema hatten?

Zeuge Ronald Pofalla: Welches?

Susanne Mittag (SPD): Das war von der ersten Frage, dass es im Juni ja mit diesen französischen Botschaften schon mal hochgekommen ist, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ach so.

Susanne Mittag (SPD): - dass es jetzt auch einen deutschen Bezug haben könnte, dass man sagt: „Mensch, das könnte jetzt ja aber doch mal ein bisschen enger werden“? Oder haben Sie gar keine Verbindung dazu gezogen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, vermutlich nicht, weil ich konnte ja gerade in Ihrer Frage noch nicht mal die Verbindung herstellen, weil ich mich gar nicht erinnern konnte an das, was offensichtlich dann im Juni, so wie Sie sagen, im Blick auf den französischen Präsidenten berichtet wurde. Nein, Schindler hat das mir so mitgeteilt, wie ich es Ihnen aus meiner Erinnerung geschildert habe. Und ich habe gesagt, ich hätte dazu gerne einen schriftlichen Bericht und genau geklärt, worum es sich hier handelt.

Susanne Mittag (SPD): Also, wie lange er jetzt dazu brauchte, das war dann nicht unbedingt maßgeblich?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, ich - -

Susanne Mittag (SPD): So lange, wie es braucht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Aber noch mal: Das war immer so im Sommer. Wenn ich gesagt habe, ich will dazu einen Bericht, dann war immer völlig klar, dass ich den so zeitnah haben will, dass ich damit auch arbeiten kann; aber es hat trotzdem manchmal länger gedauert, weil einfach die technische Klärung - ich könnte dafür Beispiele nachher geben, wenn Sie wollen - beim BND selber so aufwendig war, dass es häufig mehrere Wochen gedauert hat, bis diese Klärung erfolgt ist.

Susanne Mittag (SPD): Aber Sie haben doch auch im Oktober angewiesen, dass die BND-eigenen Selektoren mit EU- und NATO-Bezug pauschal herausgenommen werden sollen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Ich habe von Selektoren, darf ich noch mal sagen - da lasse ich mich einfach nicht - -

Susanne Mittag (SPD): Suchbegriffe oder eine andere Umschreibung.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, auch mit Suchbegriffen nicht. Ich habe deutlich gemacht, was Herr Schindler gesagt hat. Ich kann es gerne ein viertes Mal wiederholen: Herr Schindler hat mir mitgeteilt, dass befreundete Botschaften in Krisenländern aufgeklärt worden seien, und nach meiner Erinnerung wusste er noch nicht mal, ob dies auch für Nicht-Krisenländer gelte und für welche befreundeten Botschaften. Darüber haben wir geredet. Und ich habe klipp und klar gesagt, dass das zu unterbleiben hat. Insofern ist an der Anweisung an Klarheit, glaube ich, keine Deutung möglich gewesen. Ich habe gesagt, dazu will ich einen Bericht, um dann den Sachverhalt zu erfassen, und dann, wenn ich ihn erfasst hätte, wäre ich damit ja auch entsprechend umgegangen. Wichtig war mir nur, dass ich bei der ersten Information, die ich dazu bekommen habe, veranlasst habe, dass das unterbleibt.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie dann nicht mal nachgefragt, wie aufgeklärt wurde?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir wechseln.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich wiederhole mich. Ich kann das ein fünftes Mal - -

Susanne Mittag (SPD): Nein, nein, das brauchen Sie nicht, ein fünftes - -

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, doch.

Susanne Mittag (SPD): Was bedeutet für Sie „aufgeklärt“?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Aufklärung. Deshalb verwende ich ja den Begriff, weil er nicht spezifiziert ist - -

Susanne Mittag (SPD): Ja, hatten Sie nicht ein Interesse, das mal zu spezifizieren: „Was machen Sie eigentlich für Aufklärung?“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Herr Schindler war ja noch nicht mal imstande, zu sagen, um welche Krisenländer es sich handelt.

Susanne Mittag (SPD): Nein, wie aufgeklärt wird.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe: Er war nicht weiter auskunftsfähig als das, was ich hier aus meiner Erinnerung wiedergegeben habe, und deshalb habe ich ja einen schriftlichen Bericht angefordert.

Susanne Mittag (SPD): Dann machen wir erst mal Schluss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, herzlichen Dank. Da müssten wir dann in der nächsten Runde weitermachen. - Wir kommen erst mal zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tag, Herr Pofalla! - Nun verfolgen Sie ja bestimmt trotz neuer Aufgaben auch so ein bisschen, was da sonst noch so rausgekommen ist in Sachen BND. Haben Sie das mitbekommen, dass dann im März 2015 da ein starkes Problem aufgetreten ist mit Selektoren, die vom Bundesnachrichtendienst gesteuert wurden?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, diese Form der Berichterstattung war so umfänglich, dass sie selbst für jemanden, der das jetzt nicht mehr - wird Sie vielleicht verwundern - mit der Intensität verfolgt, wie ich das wahrscheinlich, wenn ich in dem Amt geblieben wäre oder weiter im Bundeskabinett oder im Bundestag geblieben wäre, getan hätte - - aber das ist mir nicht verborgen geblieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Sie erreicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wussten Sie, dass der Bundesnachrichtendienst europäische Partner steuert?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Minister?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): US-Außenminister?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Parlamente?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): EU-Institutionen, den Rat?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deutsche Staatsbürger?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, der Vorwurf war ja nun im Raum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich die Bundesregierung, vermutlich mit einem Hinweis.

MR Philipp Wolff (BK): Ich gehe davon aus, dass das jetzt nur Pressezitate sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind alles Pressezitate.

MR Philipp Wolff (BK): Gut, danke.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn darauf habe ich ja rekurriert.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja, ja, habe ich auch so verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, also um es mal auf einen Punkt zu bringen: Sie können jetzt weitere Institutionen aufzählen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber, Herr Pofalla, genau, um den Kern schnell, damit wir viele Fragen in diesen acht Minuten, die wir zusammen jetzt haben, abhaken können - - Haben Sie da nicht ein krasses Störgefühl, dass Sie damals verantwortlich waren, die Bundeskanzlerin rausgegangen ist mit dem „Abhören unter Freunden geht gar nicht“, maximale Empörung beim Kanzlerinnenhandy, und dann stellt man fest zwei Jahre, anderthalb Jahre nachdem Sie weg sind: Der Bundesnachrichtendienst macht das alles auch. - Und jetzt haben Sie gesagt, Schindler war nicht im Film, als Sie gesprochen haben am 24.08. Da habe ich nachher in der geheimen Sitzung noch mal ein paar Akten, die ich Ihnen gerne vorhalten würde. Aber wer hat denn die Fach- und Rechtsaufsicht für Herrn Schindler? Also, ist der Präsident für sich allein, ist der BND für sich selbst verantwortlich? Oder wie ist denn das rechtlich eigentlich?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, also jetzt haben Sie, um den Einwand von Herrn Wolff aufzugreifen, im Blick auf die, die möglicherweise ausgespäht sind, ja nur rekuriert auf Presseberichte. Ich habe ohnehin nur Kenntnis von Presseberichten, weil ich mit dem Ausscheiden am 17. Dezember - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber in Ihrer Zeit ist all das gesteuert worden, Herr Pofalla.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Moment.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren Sie verantwortlich.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, jetzt kommen Sie mal - - Mal langsam! Sie können mich ja gleich noch kritisieren; damit kann ich ja gut leben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das weiß ich.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich versuche nur noch mal, die Sache einzugrenzen. Also, wenn die Presse darüber berichtet, dass es diese Form gegeben hat, dann lege ich erst mal größten Wert darauf, dass in meiner Zeit mir diese Kenntnis nicht offenbart worden ist, von keiner Seite. - Erste Anmerkung.

Und zweite Anmerkung: Da ich weiß, dass es auch häufig Divergenzen gibt zwischen öffentlicher Berichterstattung und dem wirklichen Sachverhalt, werde ich jetzt keine Beurteilung vornehmen aufgrund nur meiner Kenntnis, die ich aufgrund von öffentlichen Berichten habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, dass Ihnen das unangenehm ist, Herr Pofalla; aber es gibt ja auch den PKGr-Bericht, auch den öffentlichen PKGr-Bericht, da stehen all diese Dinge drin. Und jetzt sagen Sie mir mal: Wie ist das? Wer ist denn verantwortlich am Ende des Tages? Ist das Herr Schindler? Ist das sozusagen eine singuläre Person, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes? Oder warum tapelt der eigentlich zu Ihnen dann drei Mal am Tag ins Bundeskanzleramt? Das ist doch, weil das Bundeskanzleramt am Ende des Tages verantwortlich ist. Sie waren verantwortlich. Und die Öffentlichkeit wurde informiert - also, ich sage das auch mal - transatlantisch, ja? Also, wie peinlich kann es werden, wenn man mit erhobenem Zeigefinger in die USA zeigt, sich empört, sofort am selben Tag, als diese Kanzlerinnenhandygeschichte aufpoppt, da bereitet man die US-Reise vor, um da nun echauffiert in die USA zu fahren, und tatsächlich macht man das alles selbst auch? Ja? Und ich meine, es gab ja auch ein Motiv, es zu verheimlichen, dass man Teil dieses ganzen Mechanismus ist. Wussten Sie eigentlich zu dem Zeitpunkt der Snowden-Veröffentlichungen, was in Bad Aibling passiert, um die Kooperation mit der NSA?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich kann nur sagen, dass ich nichts verheimlicht habe. Alles, was ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

wusste, habe ich jeweils, wenn es gesichert war, dem PKGr mitgeteilt, und ich glaube, dass es einen so dichten Informationsaustausch zwischen dem PKGr und dem Kanzleramt wie ab Ende Juli bis November niemals mehr gegeben hat. Wir haben alles offengelegt, was wir hatten, wenn wir die Sachverhalte kannten. Darf ich aber auch noch mal auf einen Punkt hinweisen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte Ihnen eine Frage gestellt, Herr Pofalla. Ich möchte nicht auf Punkte hingewiesen werden, ich würde gerne meine Frage beantwortet bekommen: -

Zeuge Ronald Pofalla: Aber ich gebe die Antworten, und deshalb - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Wussten Sie von der Kooperation der NSA mit dem BND in Bad Aibling?

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt gebe ich trotzdem erst die Antwort. Sie reden ja mit jemandem, der ist selber Opfer, nach öffentlichen Berichterstattungen - bestätigt worden ist mir das bis heute nie -, der angeblichen Abhörung durch die NSA geworden. Sie können sich an die Berichterstattung des Sommers oder Herbstes 2015, war das, glaube ich, erinnern? Also, dass Sie mich da jetzt angreifen, wundert mich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle Ihnen Fragen, Herr Pofalla. Sie beantworten sie nur leider nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, nein, ich bin ja gelassen. Also, Sie haben schon auch durch die Tonalität deutlich gemacht, wo Sie hinwollen, und nur deshalb weise ich jetzt da einmal drauf hin: Sie reden mit jemandem, wenn die öffentliche Berichterstattung stimmt - noch mal: mir ist das nie mitgeteilt worden; aber die Medien haben an einem bestimmten Tag darüber ausführlich berichtet, dass mein Handy abgehört worden ist -, der selber Opfer dieser Aktion gewesen wäre, hätte sie so stattgefunden. Ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie über - - Nein, lassen Sie mich die Frage umformulieren: Haben Sie überprüfen lassen, ob Ihr eigener Selektor, ob Ihre Handynummer, in Bad Aibling eingesteuert worden ist?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, habe ich auch gar keine Veranlassung zu gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht, wenn Sie Opfer sind?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe deshalb keine Veranlassung gehabt, weil es ja die unterschiedlichen Verknüpfungen gab. Die sind in meiner Amtszeit mir nie vorgetragen worden; davon habe ich nie Kenntnis gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das ist ja ein Widerspruch an sich. Wenn die Ihnen nie vorgetragen worden sind, wussten Sie ja nicht um diese Verknüpfung. Also, noch mal, Herr Pofalla: Wussten Sie, dass in Bad Aibling die NSA mit dem Bundesnachrichtendienst gemeinsam viele Millionen Selektoren steuert über Satellit, aber auch aus Glasfaserverkehren?

Zeuge Ronald Pofalla: Eindeutig nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wurde Ihnen nie vorgetragen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Rechts- und Fachaufsicht des Bundesnachrichtendienstes wusste von dieser Kooperation in Bad Aibling nichts?

Zeuge Ronald Pofalla: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie waren doch als Chef BK - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber Sie haben mich doch jetzt gefragt, ob ich darüber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich kann nur für mich reden. Ich bin darüber nie unterrichtet worden, und ich habe das nicht gewusst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und jetzt müssten wir die letzte Frage haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und - letzte Frage - als das Kanzlerinnenhandy am 24. oder wahrscheinlich ja bei Ihnen ein, zwei Tage früher Thema wurde, hat sich auch niemand gefragt: „Sag mal, kann es sein, dass wir diese Nummer in irgendeiner Form selbst einsteuern in einer der Kooperationen, die wir mit den USA haben?“? Das war kein Thema?

Zeuge Ronald Pofalla: Da habe ich keine Sekunde drüber nachgedacht. Und wenn Sie sich erinnern - ich glaube, Sie waren es sogar -, haben Sie mich gefragt in der Sitzung im Juli, als ich hier im Ausschuss war: „Ihre Nummer war wahrscheinlich auch dabei?“, und da habe ich salopp gesagt: „Ja, so wird es wahrscheinlich gewesen sein“, und dann ist ja Wochen später tatsächlich rausgekommen, dass das so ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Selbst zu dem Zeitpunkt, gebe ich mal offen zu, wäre ich überhaupt nicht auf die Idee gekommen, darüber nachzudenken, dass das so gewesen sein könnte, geschweige denn in meiner eigenen Amtszeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen lohnt es, meine Fragen gut zu beantworten. Und wir haben ja zum Glück noch mehr Runden. - Vielen Dank.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, gerne. Ich freue mich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, das machen wir dann. - Und wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion in der ersten Runde. Das ist

die Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Pofalla, ich komme noch mal auf das Gespräch Ende Oktober 2013 zurück, bei dem Sie dann ja über die Selektoren mit Bezug zu befreundeten Botschaften in Krisenländern erfahren haben. Hatten Sie - - Zuerst vielleicht die Frage - - Also, ich hatte es richtig verstanden, dass das ein Routinetermin war, der nicht extra vereinbart war zu dem Anlass, dass Herr Schindler da berichten wollte, sondern das war ein Routinetermin?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, so habe ich es in Erinnerung, dass wir einen Termin hatten und er mich dann gebeten hat am Ende des Termins, ob er mich über eine Sache unterrichten könnte. Und dann sind nach meiner Erinnerung - ich habe es ja gesagt - Herr Heiß und ich quasi mit Herrn Schindler sitzen geblieben vermutlich - ich weiß nicht mehr, wo das war; war wahrscheinlich im Kanzleramt oder in dem Raum oder sind in einen anderen Raum gegangen, weiß ich nicht mehr - - Aber dann sind wir unterrichtet worden. Aber noch mal: Über Selektoren ist da nicht geredet worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber grundsätzlich zu dem Thema Erfassung, Steuerung bzw. - -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein, nein, ich wiederhole es noch mal - also wirklich, damit das klar bleibt -: Herr Schindler hat darüber berichtet, dass nach seinen Erkenntnissen der BND in Krisenländern befreundete Botschaften aufgeklärt habe.

Nina Warken (CDU/CSU): Aufgeklärt.

Zeuge Ronald Pofalla: Und ich habe deutlich gemacht: Nach meiner Erinnerung war er nicht mal dazu in der Lage, ob dies für Nicht-Krisenländer gelte und um welche befreundete Botschaften es sich handelt. Das war das, was er mitgeteilt hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, das hat er Ihnen berichtet. Haben Sie das Gefühl gehabt, dass Herr



Nur zur dienstlichen Verwendung

Heiß und Herr Schindler sich zu dem Thema vorher schon mal ausgetauscht hatten? Hintergrund meiner Frage: Herr Schindler hat uns berichtet, er habe sich - - oder er wurde informiert von seinen Mitarbeitern über eben kritische Ziele, kritische Selektoren mit EU- und NATO-Bezug und habe dann proaktiv Sie und Herrn Heiß unterrichtet. Und Herr Heiß sagte uns vorhin, dass er, nachdem er auch den Satz der Kanzlerin gehört hat, mal nachgefragt hat beim BND bzw. Herrn Schindler gefragt hat, wie das denn sei: „Machen wir so was auch?“, und das konnte Herr Schindler ihm nicht beantworten, und er hat dann darum gebeten, das zu überprüfen und danach wieder eben zu berichten. Also, es sind ja schon, jetzt sage ich mal, zwei unterschiedliche Geschichten. Also im Ergebnis wurde Ihnen das mitgeteilt, was Sie dann gerade auch geschildert haben. Aber das wäre für uns schon noch mal wichtig, jetzt zu erfahren, ob Sie den Eindruck hatten, das war eine proaktive Sache von Herrn Schindler, oder ob es dazu vorher einen Auftrag an ihn gab, das herauszufinden.

Zeuge Ronald Pofalla: Da könnte ich jetzt nur drüber spekulieren. Ehrlicherweise sage ich mal: Ich hatte bei Herrn Schindler nie den Eindruck, als ob er jetzt von irgendjemandem geschickt wird oder was macht. Wenn Herr Schindler Erkenntnisse hatte, hat er die mir vorgetragen. Also, war ein sehr autonomer Mann, der, glaube ich, versucht hat, den BND vernünftig weiterzuentwickeln und der von mancher Entwicklung auch überrascht war.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gesagt, er konnte keine - „nicht mal“, so haben Sie es gesagt, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - Äußerungen dazu tätigen, ob auch in Nicht-Krisenländern - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Also haben Sie das Ganze schon hinterfragt. Also, Sie haben wahr-

scheinlich den Satz der Kanzlerin im Sinn gehabt, haben dann das berichtet bekommen. Was haben Sie ihn da weiter gefragt? Haben Sie ihn gefragt: „Ja, nur Botschaften, oder vielleicht auch Regierungsstellen, Ministerien, einzelne Personen?“, oder haben Sie das Thema dann gar nicht weiter vertieft?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich habe das nicht als Hinterfragen in Erinnerung, sondern mehr konnte Herr Schindler nicht sagen, und es war natürlich nicht ausreichend; ist ja gar keine Frage. Und weil es nicht ausreichend war, habe ich darum gebeten, mich schriftlich darüber aufzuklären, wenn man weitere Erkenntnisse hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Er hat ja dann eine Weisung erlassen im Dienst, die ja recht weitgehend war. Also da sollte alles, was Bezug zu EU- und NATO-Staaten hatte, ja rausgenommen werden. Hatten Sie Kenntnis von dem, was er dann tatsächlich angewiesen hatte, oder wie war denn der Auftrag, den Sie ihm mitgegeben haben? „Das stellen wir jetzt sofort ab, was ich da gehört habe“, oder war das auch weitgehender?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, das war schon so, wie ich es dargestellt habe. Aber ich kontrolliere ja jetzt nicht, welche Weisung in der Umsetzung einer Weisung, die ich erteilt habe, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes vornimmt, zumal ich gar keinen Zweifel daran hatte - - Das, was er uns geschildert hat, und die Deutlichkeit, dass das zu unterbleiben hat, zwischen uns Dreien, wie wir da saßen, also Herrn Schindler, Herrn Heiß und mir, war völlig unstrittig. Also, ich musste ja jetzt nicht Herrn Schindler anweisen, gegen seinen Willen etwas abzustellen, was er für richtig gehalten hat, sondern -

Nina Warken (CDU/CSU): Das ist klar.

Zeuge Ronald Pofalla: - er hat mir mitgeteilt, was passiert ist, und wir waren der Auffassung: „Das muss abgestellt werden“, und deshalb habe ich gesagt: Ist bitte abzustellen. Punkt.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber das, was er abgestellt hat, war ja wesentlich mehr. Also, was er da



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja als Beispiel oder Definition genannt hat, war ja enger begrenzt: Krisenländer, Botschaften.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und er hat ja dann im Prinzip alles abstellen lassen. Das hat man dann schrittweise ja auch wieder revidiert, weil man gemerkt hat, es sind doch auch wichtige Dinge dabei, die man vielleicht weiterhin tun sollte; so wurde es uns berichtet. Aber er hat es ja viel großflächiger abstellen lassen, als es eigentlich vielleicht dann notwendig gewesen wäre, oder es hat auf jeden Fall mehr betroffen als nur diese Beispiele, diese Definitionen, die er Ihnen genannt hat. Und da ist so ein bisschen - - stellt sich eben die Frage: Wieso hat er das gemacht? Wieso hat er Ihnen da nicht von mehr berichtet? Vielleicht hat er auch erst danach mehr erfahren. Ich weiß es nicht. Aber so etwas einen Widerspruch gibt es da ja schon zwischen dem, was er bei Ihnen vorgetragen hat, und dem, was er dann ja tatsächlich gemacht hat, nämlich diese ganz pauschale Weisung. Da ist die Frage: Was war da der Anlass? Hatten Sie ihm was mitgegeben, oder hatte er eben dann noch weitere Erkenntnisse, die ihn dazu veranlasst haben, oder was ganz anderes?

Zeuge Ronald Pofalla: Nach meiner Erinnerung bin ich ja von ihm - und nur deshalb könnte ich ja auf die Spekulation, die Sie haben, dann antworten - - Er hat ja mich darauf nie wieder angesprochen in meinen dann verbleibenden wenigen Wochen im Kanzleramt. Also, was ihn jetzt dann bewegt hat, das offensichtlich anders zu machen - - Erstens weiß ich nicht, ob er es anders gemacht macht. Aber jetzt unterstelle ich mal die Richtigkeit: Wenn er es sozusagen grundlegender oder erweiterter gemacht hat, dann müssen Sie ihn fragen; das weiß ich nicht. Wir haben nur über diesen Punkt gesprochen, den ich benannt habe, und da habe ich gesagt: Einstellen!

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie dann im Nachgang mit Herrn Heiß darüber gesprochen, ob das bekannt war in Ihrem Haus? Wurde das in dem Gespräch klar? Oder haben Sie dann vielleicht im Nachgang, als Herr Schindler dann weg

war, da noch mal das Gespräch gesucht, hinterfragt: „Mensch, haben wir das gewusst, oder warum haben wir das etwa nicht gewusst?“? Haben Sie da noch mal drüber gesprochen?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich mich nicht dran erinnern. Also, noch mal: Die Abläufe sind anders. Also, ich meine es jetzt nicht böse; aber wir haben da nicht viel Zeit, über Erfahrungen zu reden, nach Gesprächen, die wir gemacht haben. Da war alles immer so durchgetaktet, da kam ein Termin nach dem anderen. Und ich weiß gar nicht, ob ich mit Herrn Heiß jemals noch mal darüber gesprochen habe, zumal - das muss man mal sagen - das Berichtswesen im Kanzleramt ist so konsequent, wenn Sie da einen Bericht anfordern, der kommt. Ich habe am Anfang in den ersten Wochen, weil ich das als Anwalt so gewöhnt war, weil man so seine eigenen Büroerfahrungen macht, mir manchmal so wichtige Vorlagen selber immer in mein handschriftliches Terminbuch geschrieben, weil ich gedacht habe: Mal gucken, ob die kommen. - Also, das Kanzleramt ist da gnadenlos. Wenn Sie einen Bericht anfordern, kommt der. Da brauchen Sie keine Frist notieren. Die wird eingehalten, wenn Sie eine setzen; da brauchen Sie gar nichts machen. Und deshalb war die Sache für mich auch klar. Also, das Kanzleramt ist so super organisiert - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So zufriedenes Lachen war selten auf der Regierungsbank in den letzten drei Jahren, ja!)

- Ja, aber muss man jetzt mal sagen. Das Kanzleramt halte ich wirklich - - Also, ich habe ja nun viele Erfahrungen gehabt. Ich halte das für die bestorganisierte Behörde, die ich in meinem Leben kennengelernt habe, wirklich toll!

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Außer Abteilung 6!)

- Doch, doch, doch!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bin sehr geneigt, die Sitzung jetzt zu schließen; aber ich glaube, das geht noch nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: So, und jetzt muss ich mal sagen: Ich war ja manchmal sogar - - Wenn Sie so dann wieder bei anderen Themen sind, dann kommt nach zwei Wochen plötzlich oder nach drei Wochen ein Bericht, den haben Sie tatsächlich angefordert. Und dann, muss ich sagen, wenn ich dann abends meinen Koffer wieder mitnahm, musste ich manchmal wirklich selber schmunzeln, weil ich hatte das Ding schon wieder völlig vergessen. Dann kam aber der von mir angeforderte Bericht, sodass ich überhaupt keinen Zweifel hatte: Wenn ich jetzt den Bericht vom BND haben will, dann werde ich den kriegen.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt habe ich es nicht mehr ganz in Erinnerung, was Sie eingangs gesagt haben zu dem angeforderten Bericht. Hatten Sie da eine Frist gesetzt?

Zeuge Ronald Pofalla: Entschuldigung, ich habe es akustisch nicht verstanden.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe es nicht mehr in Erinnerung, ob Sie vorhin gesagt haben, dass Sie für den Bericht auch eine Frist gesetzt haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, habe ich nicht, weil klar war, dass das möglichst schnell geklärt werden muss. Und ich habe ja das Beispiel gerade mit dem Kanzleramt gesagt: Da müssen Sie keine Fristen setzen. Also, da wird präzise gearbeitet, und wenn der Kanzleramtschef was haben will, dann kriegt er es.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt kam es in Ihrer Amtszeit nicht mehr, haben Sie gesagt. Und wir haben ja mit dem Herrn Heiß vorhin auch ausführlich über das Gespräch und das, was im Nachgang dann dazu passiert ist, gesprochen. Er hat uns gesagt - und da ist jetzt auch so eine kleine Divergenz -, da gab es aus seiner Sicht im Nachgang gar nichts mehr zu tun, das sei ja abgestellt gewesen, das Problem war erledigt, und er habe auch seine Abteilung, also seine Referate,

nicht darüber unterrichtet, was für mich jetzt schon ein bisschen eigenartig ist. Wenn aber dann doch so ein Bericht angefordert wird von Ihnen, wenigstens dann müsste doch Herr Heiß seinem Referatsleiter, dem zuständigen, sagen: Pass mal auf, das und das wurde besprochen, das wurde berichtet, das wurde veranlasst, und es soll einen Bericht geben. - Wäre doch der normale Gang gewesen aus meiner Sicht. Oder sehe ich das jetzt völlig falsch?

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, jetzt haben Sie ja in Ihrer Frage zwei Elemente. Das eine Element ist die Frage des Nachhaltens des Berichtes. Da, würde ich sagen, gab es ja keine Veranlassung, weil auch beim BND habe ich ja die Erfahrung gemacht: Wenn ich etwas angefordert habe, habe ich das auch bekommen. Also, da war für mich selber nie ein Zweifel, dass das dann nicht kommt [sic!]. Es hat manchmal länger gedauert, weil bestimmte Fragen geklärt werden mussten, und manchmal hatte ich auch spezielle Fragen, die waren wahrscheinlich aufwendig zu klären. Aber wenn ich einen Bericht angefordert habe, ist der gekommen. Und anders ausgedrückt: Der geht ja dann seinen Dienstweg. Also, der kommt ja nicht sozusagen - - Herr Schindler bringt ja nicht den Vermerk und schmeißt mir den auf den Tisch.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie wäre denn der Dienstweg?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, der Dienstweg wäre über die Abteilung 6 gewesen, und damit wäre er ja bei der Abteilung 6 dann ja auch angekommen, weil das ja der normale Dienstweg ist, dann über die Abteilungen zu kommen.

Nina Warken (CDU/CSU): An Herrn Heiß dann direkt von der - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich weiß jetzt nicht, ob das über den Referatsleiter oder den Unterabteilungsleiter geht. Also, früher habe ich das gewusst; aber ich gebe jetzt mal offen zu, das ist schon wieder so lange her. Der Weg, der üblich ist, wäre da eingehalten worden, und dann wäre



Nur zur dienstlichen Verwendung

der über die Abteilung 6 wahrscheinlich dann von unten nach oben zu mir hochgegangen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Also wäre der Bericht oder das Nachfassen bezüglich des Berichts jetzt kein Grund gewesen, die Abteilung zu unterrichten für den Herrn Heiß. Aber wäre es nicht, grundsätzlich gefragt, schon normal, dass er über so was bei seinen Leuten berichtet, vielleicht auch fragt, ob Erkenntnisse vorliegen zu dem Problem, das geschildert wurde, oder dass man da den Auftrag gibt: „Da müssen wir mal genauer draufschauen“? Oder meinen Sie, dass das in Ordnung war, wenn Herr Heiß da jetzt davon ausgehen konnte, er hat da überhaupt nichts weiter veranlasst?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich habe Herrn Heiß in den - wenn ich das richtig in Erinnerung habe - ja drei Jahren, nicht ganz drei Jahren unserer Zusammenarbeit - vorher war ja noch Herr Fritsche eine gewisse Zeit da - als absolut korrekt erlebt, und ich habe gar keinen Zweifel, dass er gute Gründe gehabt hat, warum er so gehandelt hat. Aber offen gestanden habe ich mir nie darüber Gedanken gemacht, wie Abteilungsleiter des Kanzleramtes, wenn sie klug handeln - - Was sie machen sollten, das wussten die schon selber. Und an der Integrität von Herrn Heiß habe ich nie Zweifel gehabt.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hat Herr Heiß uns berichtet, er hat den Vorgang dann bei sich abgehakt gehabt mehr oder weniger und hat erstmals wieder davon gehört, als Peter Altmaier im März 2015 Pullach besucht hat und dort - neben anderen Themen - eben auch über den Vorgang BND-eigene Selektoren und problematische Selektoren des BND mit EU-/NATO-Bezug unterrichtet wurde und man dann eben im Nachgang des Besuches da aufgearbeitet hat usw. Dann ist ihm auch eingefallen, dass es eben dieses Gespräch mit Ihnen gegeben hat. Jetzt ist ja da eine recht lange Zeit: Oktober 2013 bis März 2015. Einen Bericht scheint es da nicht gegeben zu haben; zumindest scheint der nicht bei Herrn Heiß über den Tisch gegangen zu sein, was - haben Sie ja auch ausgeführt - der normale Weg wohl gewesen wäre. Wie ist das zu erklären? Und warum - -

Also, Herr Heiß hat uns jetzt auch überhaupt nicht gesagt, dass da ein Bericht in Aussicht gestellt oder angefordert wurde. Aber warum gab es denn da keine Veranlassung, da mal nachzuhaken? Das ist so eine der großen Fragen, die wir hier nämlich noch haben: Was ist zwischen Oktober 2013 und März 2015 passiert? Sie waren da nicht mehr damit befasst; das ist uns auch klar. Herr Heiß war derjenige im Kanzleramt, der Bescheid wusste, aber auch nichts veranlasst hat, sondern erst mit dem Altmaier-Besuch in Pullach kam das Thema wieder hoch. Aber dann wäre es doch zumindest, wenn Herr Heiß mitbekommen hat, da soll ein Bericht kommen, irgendwann mal angezeigt gewesen, man fragt da mal nach: Ist der Bericht da? Ist der an mir vorbeigegangen? - Oder wie können Sie sich das jetzt in der Rückschau erklären, auch wenn Sie dann ja auch nicht mehr im Haus waren?

Zeuge Ronald Pofalla: Auch die Frage ist ja zweigeteilt. Fangen wir mal mit dem zweiten Teil an, weil das Ihr letzter war. Also, da könnte ich jetzt nur spekulieren. Fragen Sie Herrn Heiß! Ich weiß nicht, ob der nachgefragt hat oder nicht; dazu kann ich Ihnen keine Antwort geben. Ehrlicherweise verstehe ich jetzt gar nicht, was in Pullach war und was der Zusammenhang zu der Mitteilung sein soll, die Herr Schindler mir da Ende Oktober gegeben hat; den Zusammenhang erkenne ich nicht mal.

Nina Warken (CDU/CSU): Ende Oktober war die Information: Wir haben möglicherweise da ein Problem mit der Steuerung -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - von befreundeten Botschaften in Krisenländern. Dann gab es diese globale Weisung von Herrn Schindler. Daraufhin wurden ganz viele Selektoren ja aus der Erfassung rausgenommen oder aus der Steuerung, und es wurde eine Liste erstellt, in die die alle, jetzt mal vereinfacht gesagt, reingekommen sind, und diese Liste wurde dann Herrn Altmaier im März 2015 vorgelegt, unter anderem. Die haben auch noch andere Themen besprochen; aber das war eben ein Thema. Also aufgrund dieser Weisung



Nur zur dienstlichen Verwendung

von Herrn Schindler im Nachgang zum Gespräch mit Ihnen wurden die ganzen kritischen Selektoren in eine Liste gemacht, und die Liste wurde Peter Altmaier 2015 gezeigt. Zwischendrin, also zwischen Oktober 13 und März 15, ist eben nichts passiert. Herr Heiß sagte uns, als er dann erfahren hatte, dass es so eine Liste gibt, die eben auf diese Weisung im Nachgang zum Gespräch bei Ihnen zurückzuführen ist, hat er sich auch wieder erinnert: Ah ja, da gab es ja das Gespräch. - In den ganzen Monaten dazwischen hat er sich auch mit dem Thema nicht mehr befasst. So hat er es uns dargestellt, und auch sonst konnte uns kein anderer sagen, was denn in dieser ganzen Zeit passiert ist. Also, es wurde der Bericht ja nicht abgeliefert, noch hat sonst jemand irgendwie nachgefragt. Es wurde halt im BND entsprechend die Steuerung verändert - das ist schon passiert -, aber man hat das Thema nicht mehr weiter nach oben gegeben, und man hat auch von oben nicht mehr weiter nachgefragt: „Was ist passiert?“, oder den Bericht eingefordert. So stellt sich jetzt uns die Geschichte dar. Das ist schon, sage ich mal, für uns etwas merkwürdig oder bemerkenswert, dass man da eben nicht nachgefasst hat, vor allem wenn, wie Sie uns jetzt sagen - das hat uns bisher auch noch keiner gesagt -, eben dieser Bericht angefordert war. Wo könnte es da gehakt haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das weiß ich nicht, da müsste ich spekulieren. Aber ehrlicherweise, so wie Sie es schildern, hätte ich den Zusammenhang auch nicht hergestellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Heiß hat ihn gesehen, hat aber - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich nicht. Also, ich hätte ihn nicht gesehen, ehrlicherweise. Aber gut, das liegt jetzt auch daran: Mit dem Ausscheiden am 17. Dezember habe ich keinerlei Informationen mehr gehabt über Erkenntnisse, die dann zugeflossen sind. Ich kann nur immer über den Stand berichten, den ich bis dahin hatte. Und Ihre Frage, was in der Zwischenzeit passiert ist, kann ich natürlich auch nicht beantworten, -

Nina Warken (CDU/CSU): Klar.

Zeuge Ronald Pofalla: - weil ich da bereits weg war oder große Teile davon weg war.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wenn jetzt so ein Bericht - Sie haben gesagt, Kanzleramt arbeitet ganz korrekt, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - und der BND hat eigentlich auch immer geliefert - tatsächlich angefordert war, wie Sie uns sagen, wäre es auch das Normale gewesen, dass so ein Bericht kommt. Und wenn jetzt keiner den Bericht kennt, dann ist es entweder - keine Ahnung - versäumt worden, oder es schlummert doch noch irgendwo ein Bericht rum, den keiner kennt.

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, man hat natürlich also jetzt nicht in dem Zusammenhang - - Noch mal: Danach habe ich davon nie wieder was gehört, Ende Oktober. Aber nehmen Sie mal den Sommer 2013 insgesamt, der war so intensiv. Hin und wieder ist Herr Schindler dann auch gekommen und hat gesagt, also seine Leute würden jetzt bei bestimmten Sachen daran oder daran arbeiten, und das würde jetzt noch drei Wochen dauern, aber man sei da dran. Oder er hat mir mündlich auch mal einen Zwischenstand gegeben, bevor ein Bericht kam. Also, das hat es ja alles gegeben. Also, es ist jetzt nicht nur Bericht, und dann passiert lange nichts, und dann kommt nichts. In der Zeit haben wir ja so eng miteinander zu tun gehabt, dass ich häufig auch Zwischenstände mündlich erfahren habe, die dann später, wenn der Bericht erstellt worden war, dann ja auch in einen solchen Bericht eingeflossen sind.

Und jetzt muss ich sogar auch noch ehrlicherweise sagen: Manchmal haben sich ja sogar die Erkenntnisse des BND hinsichtlich bestimmter Überprüfungen innerhalb weniger Tage und manchmal Wochen völlig verändert, weil auch die plötzlich neue Erkenntnisse hatten. Also, das war ja insgesamt, ich würde mal sagen, ein atemender und aktiver Prozess.

Nina Warken (CDU/CSU): Und gab es jetzt irgendwelche mündlichen Rückäußerungen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich würde Sie jetzt gern noch zu einem Vorgang befragen im Frühjahr 2013.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Dort hat man innerhalb des BND schon eine interne Weisung erarbeitet, eine Weisung zur Steuerung von Botschaften und Regierungseinrichtungen. War Ihnen das bekannt? Und war Ihnen bekannt, dass bei der Erstellung der Weisungen auch schon Selektoren deaktiviert wurden, mehrere Hundert?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, keine Kenntnis.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Gut, dann würde ich für die Runde mal abgeben. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Damit kommen wir zur zweiten Fragerunde, in der auch wieder die Fraktion Die Linke beginnt. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will mal mit dem Letzten anfangen, dass Sie so ein atmendes Verhältnis hatten und sich ja öfter gesehen haben mit dem BND-Präsidenten. Da kommt der zu Ihnen, sagt: „Wir haben hier ein Problem“ - da komme ich gleich noch drauf zurück -, und Sie sagen, das soll abgestellt werden. Und dann sehen Sie sich den übernächsten Tag oder nach einer Woche oder nach 14 Tagen wieder, und da ist Ihnen nie irgendwie mal - - oder sind Sie nie auf die Idee gekommen, mal zu sagen: „Also, Herr Präsident oder Herr Schindler, ist denn das nun geklärt? Gibt es da noch Probleme, oder hat es Schwierigkeiten gegeben?“? Wäre das nicht ein normaler Umgang miteinander, um zu hören und zu sehen, dass die Weisung, die ausgesprochen ist, einfach dort auch klar umgesetzt worden ist?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, mindestens nicht für mich, weil das Nachfragen - - Noch mal: Ich habe das ja vorhin mit dem Kanzleramt erzählt, sodass ich als Anwalt immer so ein eigenes Buch

geführt habe, weil ich manchmal als Anwalt meinem Büro, sagen wir mal, nicht ganz vertraut habe, ob da Fristen - - wenn sie kaputtgehen, natürlich auch erhebliche Folge haben - - habe ich mir wichtige Sachen selber aufgeschrieben. Auf die Idee wäre ich weder beim Kanzleramt noch beim BND gekommen, weil immer die Sachen, die ich wollte, am Ende auch gekommen sind. Und jetzt, verstehe ich, haben Sie eine Lebenserfahrung nicht: Sie haben noch nicht an Koalitionsverhandlungen teilgenommen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Kann ja noch kommen.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. - Ich will aber auf die Terminlagen auch mal hinweisen. Also, ich habe die Leitungsgruppe der Koalitionsverhandlungen geleitet, und ich war zugeschüttet mit Berichten aus den Arbeitsgruppen, und ich musste häufig auch in die Arbeitsgruppen gehen. Also, die Sache war angewiesen: Einstellen! Es war die Bitte: Bericht. Damit war die Sache für mich abgehakt, weil dafür hatte ich ein ganz anderes Tagespensum in den dann heißen Wochen der Koalitionsverhandlungen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wann haben Sie denn den Herrn Heiß das letzte Mal gesehen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt. Oder wann meinen Sie jetzt?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich meine, so in letzter Zeit, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe Herrn Heiß, seit ich im Kanzleramt Akteneinsicht genommen habe im Sommer des 2015, also vor meiner Vernehmung, nicht mehr gesehen, und ich habe ihn einmal zufällig am Berliner Hauptbahnhof getroffen, weil wir uns am Bahnsteig getroffen haben. Da haben wir uns freundlich begrüßt. Ich habe gefragt, wie es seiner Familie geht; er hat gefragt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie es meiner geht. Das haben wir ausgetauscht, und dann sind wir in unsere Züge gestiegen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie können sich sicher vorstellen, dass das nicht der Hintergrund meiner Frage war. Vielleicht haben Sie sich nicht gesehen, sondern haben miteinander gesprochen. Man kann ja auch miteinander telefonieren, also zum Beispiel um bestimmte Sachen abzustimmen oder sich noch mal zu vergewissern oder bestimmte Aussagen abzusprechen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe mit Herrn Heiß keine Gespräche geführt im Blick auf die heutige Vernehmung hier im Untersuchungsausschuss, um mich mit ihm abzustimmen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Keine Gespräche mit ihm geführt oder keine Gespräche auf die heutige Vernehmung bezogen?

Zeuge Ronald Pofalla: Beides.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wissen Sie, der Hintergrund meiner Frage ist ein bisschen - - An viele Sachen kann man sich nicht mehr erinnern, warum was genau gesagt worden ist, was für eine Weisung, wie das gelaufen ist, ob es einen Bericht gab, wie Sie gesagt haben, oder geben sollte. Das wusste Herr Heiß nicht, der bei dem Gespräch dabei war. Alles ist weg, oder vieles ist weg. Aber eine Formulierung ist fast wortgleich: Botschaft vom Partnerland in Krisenregionen. - Das klappt alles, wird von beiden gesagt. Meine Schwierigkeit ist ein bisschen: Ich habe den Herrn Schindler auch schon Monate vorher in einem anderen Gremium gehört, über das wir hier ja nicht im Detail sprechen dürfen. Da hat der das, was er hier ausgesagt hat, auch so gesagt. Da saß aber die Fach- und Rechtsaufsicht daneben, und niemand hat der Version von Herrn Schindler widersprochen. Heute ist das so. Heute haben Sie eine andere Version und Herr Heiß eine andere Version, oder Sie haben eine gemeinsame im Gegensatz zu Herrn Schindler, der hier ausgesagt hat - ich sage es noch mal - in der letzten Vernehmung in der vergangenen Woche, dass er Ihnen mitgeteilt hätte,

dass doch eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise ... ein Problem werden könnte.“

Ende Zitat Schindler.

So kenne ich das auch. Und jetzt wird so getan, als wenn das Kanzleramt von diesen ganzen Vorgängen, EU-, NATO-Ziele, Botschaften - Botschaften schon, das ist das Einzige, was eingeräumt wird -, Politiker, EU-Institutionen, Parlamente, von alledem nichts gewusst hat. Ich verstehe das nicht so richtig. Und ich verstehe, dass Sie das nicht zugeben wollen, weil das ein Problem sein könnte.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, jetzt mache ich dazu drei Feststellungen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Denn man tau.

Zeuge Ronald Pofalla: Die erste ist: Ich habe überhaupt keinen Zweifel an der Integrität von Herrn Schindler.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): In dem Fall wir auch nicht, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ja, aber damit nur das klar ist. Dann haben wir ja wenigstens in unserer Einschätzung eine Gemeinsamkeit; ist ja schon mal positiv, fängt ja schon gut an.

Die zweite: Ich habe mit Herrn Heiß nicht gesprochen. Noch mal: Das letzte Mal, ich glaube, vor vielen, vielen Monaten, haben wir uns am Bahnhof getroffen, und davor habe ich mich mit ihm - - einmal habe ich ihn gesehen, als ich mich im Kanzleramt in den Raum gesetzt habe; aber das ist ja vor meiner letzten Vernehmung gewesen, also vor dem Sommer 2015, als ich in den Raum gegangen bin, wo ich Akteneinsicht genommen habe. Also nicht der Fall.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die dritte Anmerkung: Ich kann ja verstehen, wenn Sie übereinstimmende Zeugenaussagen, sagen wir mal, interpretieren wollen, weil Ihnen das Ergebnis nicht passt. Mich beruhigt es. So, und noch mal: -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, wenn alle drei übereinstimmen würden, Herr Pofalla. Wenn alle drei übereinstimmen würden, wäre es besser.

Zeuge Ronald Pofalla: - Ich sehe mich beruhigt, weil ja ganz offensichtlich der Herr Heiß und ich eine ähnliche Erinnerung haben. Noch mal: Sollte darin ein Widerspruch zu Herrn Schindler stehen: Ich habe überhaupt keinen Zweifel an der Integrität von Herrn Schindler. Wir reden hier über Erinnerungen von Sachverhalten, die innerhalb von wenigen Minuten ausgetauscht sind. Da sitzen Sie ja nicht eine Stunde zusammen und reden darüber, sondern das wird mitgeteilt; dann haben wir wahrscheinlich ganz kurz darüber gesprochen; dann habe ich gesagt: „Das wird eingestellt.“ Das war es. Bumm, kommt das nächste Ding.

Und den Zusammenhang, darf ich Ihnen mal ehrlich sagen - ich finde ja diese Konstruktion mittlerweile witzig -, zu der Aussage der Bundeskanzlerin und der Unterrichtung Ende Oktober, den haben Sie hergestellt. Ich kann mich nicht mal erinnern, dass wir darüber geredet hätten, weil den Zusammenhang haben wir auch gar nicht gesehen. Es ging ganz konkret darum, was passiert ist, und das, was passiert ist, sollte eingestellt werden, und sonst gar nichts.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Pofalla, das ist auch nicht durch uns konstruiert. Herr Schindler hat uns gesagt, es gab im BND durchaus Erstaunen über die Äußerung der Bundeskanzlerin, bei mehreren im BND. Und einer von den Leuten, die damit befasst waren, mit der technischen Aufklärung, hat ihm dann gesagt: „Herr Präsident, das könnte sein, das ist ein Problem, wenn die Bundeskanzlerin das immer wieder sagt und wir machen das auch“, und daraufhin hat er gesagt: „Ich muss schnell einen Termin beim Chef Bundeskanzleramt machen“, also bei Ihnen, um Ihnen das mitzuteilen und - ich sage

jetzt mal, im Positiven unterstellt - um die Kanzlerin zu schützen. Und diese Kette ist von Herrn Schindler hier dargestellt worden. Da habe ich gar keinen Grund, an seiner Integrität zu zweifeln.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich auch nicht. Aber die Kette ist bei mir nicht angekommen, um es mal so rum zu sagen. Ich muss mal sagen: Da kommt der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, erzählt Ihnen das mit den befreundeten Botschaften in Krisenländern, da ist man erstaunt und sagt: „Abstellen!“, und sagt: „Mehr können Sie jetzt nicht sagen?“, „Nein“, „Hätte ich gerne einen Bericht“; da habe ich doch keine Silbe in dem Zusammenhang an die Aussage der Kanzlerin gedacht. Das ist doch absurd.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, absurd ist es nicht, weil das die Aussage ist, die wir von Herrn Schindler hier haben. Und das ist ja genau der Punkt: Wenn er Ihnen das gesagt hat, was er hier ausgesagt hat, dass -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - eine Variante kann ja nur stimmen - EU- und NATO-Ziele in großem oder beachtlichem Umfang, war die Formulierung, gesteuert werden und dass das ein Problem möglicherweise für die politische Äußerung der Kanzlerin sein könnte - seine Aussage von letzter Woche -, dann ist natürlich die Frage, ob Sie dann nicht eigentlich verpflichtet gewesen wären, die Bundeskanzlerin auch in Kenntnis zu setzten.

Also, mein Problem ist ein bisschen: Da läuft die Bundeskanzlerin durchs Land, bei Interviews, auf CDU-Parteitagen, und überall erklärt sie mit etwas abgewandelten Worten, dass das alles gar nicht gehe und Ausspähen unter Freunden und Spionieren unter Freunden, und dann kommt der Chef des eigenen Auslandsgeheimdienstes, geht ins Kanzleramt, sagt nach seiner Darstellung: Wir machen das auch. Bisschen aufgepasst, nicht überziehen. - Und nun weiß ich nicht, wie Ihr Verhältnis war, ob Sie dann normalerweise gesagt haben: „Frau Bundeskanzlerin“ oder



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Angela, wir haben da ein kleines Problem, lass uns, lassen Sie uns mal reden. Wenn Sie das jetzt immer wieder betonen: Es kann sein, das fällt uns auf die Füße, weil unser Nachrichtendienst macht das auch. Sollten wir nicht mal eine Sprachregelung finden, wie wir damit umgehen?“ Wäre für mich eine logische Abfolge gewesen in Ihrem Aufgabenbereich als Chef des Bundeskanzleramtes, auch die eigene Regierungschefin möglicherweise vor Ungemach zu schützen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre jetzt die letzte Anmerkung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und ich frage mich, warum das nicht passiert ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das fragen Sie sich; aber Sie könnten den Zeugen fragen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, habe ich doch gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, nein, Sie haben gesagt, das fragen Sie sich.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich antworte ja auch gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber ich habe den Zusammenhang nicht hergestellt. Deshalb gab es für mich auch gar keine Veranlassung, vor dieser ungeklärten Sachverhaltsfrage mit ihr darüber zu sprechen. Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel - das wird Sie jetzt sogar verwundern -: Bei der Aufklärung einer bestimmten Sache - da geht es noch mal um die beiden berühmten Codes im Zusammenhang mit Bad Aibling, von denen ja behauptet wurde: 500 Millionen Daten durch die NSA von Deutschen - ist irgendwann die Vermutung aufgekommen, dass diese beiden Codes - was hinterher auch richtig war; nur, jetzt sage ich Ihnen mal, wohin die Vermutung ging - tatsächlich vom BND sind. Und dann, muss ich mal ganz ehrlich sagen, war ich aber in heller Aufregung, weil ich mir gedacht habe: Wenn das, was da veröffentlicht wird, so stimmt, dann ist es das

aber. - Darüber habe ich mit der Bundeskanzlerin nie geredet. Wir haben dann aber drei Wochen später herausgefunden - übrigens durch komplizierte Überprüfungen des BND technischer Art selber -, dass es sich zwar um zwei Codes des BND handelte, aber aus der Auslandsaufklärung und die sich auch nur auf bestimmte Regionen bezogen und damit gar nicht um Deutsche ging, weil die wurden ja sogar, wenn sie sich in Afghanistan aufgehalten hätten, rausgefiltert.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, die Funktionsträger-

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, über solche Zwischenstände habe ich die Kanzlerin nie informiert. Und hier hatte ich noch nicht mal einen Zwischenstand, sondern ich hatte einen Ausgangssachstand, der eben geklärt werden musste, weil ich in dem Sommer so viele Sachen erlebt habe, um das mal offen zu sagen, das hat man sich ja alles gar nicht vorstellen können, übrigens in die eine wie in die andere Richtung. Und immer erst wenn ich relativ gesichert wusste, wovüber wir reden, habe ich mit der Bundeskanzlerin darüber geredet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe auch nur noch eine kurze Frage. - Wir wissen ja jetzt, dass Herr Schindler da eine sehr umfassende Weisung erteilt hat, wonach eben alles mit NATO- und EU-Bezug rausgenommen worden ist. Es wurden dann bestimmte Listen erstellt, und es gab eine Taskforce innerhalb des PKGr, die den Vorgang untersucht hat, und da gibt es auch einen öffentlichen Bericht. Und wir wissen auch, dass eben - das fragte ich Sie vorhin bereits - schon 2013, im August 2013 bei, sage ich mal, mehr oder weniger eigenständig, eigenmächtig vorgenommenen Untersuchungen von Mitarbeitern innerhalb der Abteilung TA im BND auch mehrere Hundert Selektoren deaktiviert wurden. Das heißt, man war sich da innerhalb des BND durchaus bewusst, dass es da einen kritischen Sachverhalt



Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt, dass es da Selektoren gibt, die vielleicht politisch brisant sind, die man dann ja auch rausgekommen hat. Aber es hat sich da nie jemand veranlasst gesehen, das innerhalb des BND hochzumelden, und dem Kanzleramt ist es eben auch nicht zur Kenntnis gelangt. Da ist doch irgendwas schiefgelaufen innerhalb des BND, innerhalb der Abteilung TA, doch aber auch innerhalb - - oder bei der Dienst- und Fachaufsicht im Kanzleramt, wo man von solchen Vorgängen gar nichts gewusst hat, wo man auch nie Nachfragen gestellt hat, wo einem der Begriff „Selektoren“ lange Zeit überhaupt nicht bekannt war. Also waren doch dort, sage ich mal, technische Abläufe, technische Vorgänge, überhaupt wie wahrscheinlich die ganze Herangehensweise innerhalb der Abteilung TA, wenig oder gar nicht bekannt, also im Kanzleramt, in der Abteilung 6. Ist das ein Weg, wie man effizient Dienst- und Fachaufsicht ausüben kann?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe an der Qualifiziertheit der Fach-, Sach- und Rechtsaufsicht des Kanzleramtes überhaupt gar keinen Zweifel. Nein, jetzt muss man ja mal sagen: Die Abteilung 6 ist ja kein Untersuchungsausschuss. Also, die Aufsicht, die das Kanzleramt über die Abteilung 6 hat, ist die Bewertung von Vorgängen, die aus dem BND der Abteilung 6 des Kanzleramtes gegeben werden, und selbstverständlich kann die Abteilung 6 des Kanzleramtes auch eigene Berichte anfordern und auch eigene Fragen stellen. Habe ich ja hundertfach an verschiedenen Stellen erlebt, wo es um konkrete Sachverhalte - und noch nicht mal aus dem Sommer 2013 - ging. Deshalb habe ich überhaupt gar keinen Zweifel an der absoluten Qualifiziertheit der Aufsicht durch das Kanzleramt.

Aber ich kann Ihnen nicht sagen, da ich die Aktenkenntnis nicht habe, wer wann welche Erkenntnisse beim BND hatte und warum die beim Kanzleramt nicht vorlagen. Die Frage kann ich nicht beantworten, weil da habe ich keinen Zugang zu den Informationen, und deshalb entziehe ich mich da auch einer Bewertung, weil ich gelernt habe: Sachverhalte, die man nicht kennt, sollte man auch nicht bewerten.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber würden Sie es dann grundsätzlich eher als eine Bringschuld des BND sehen oder auch als ein Stück weit eine Holschuld der Abteilung 6, auch mal konkreter nachzuhaken?

Zeuge Ronald Pofalla: Na, ich würde sagen, das ist beides. Aber ehrlicherweise würde ich den Bringschuldcharakter schon auch als größer ansehen. Durch die Art und Weise der Aufsicht war dem BND, übrigens ja eingeübt durch jahrzehntelange Praxis - ist ja nicht neu - - Aber unabhängig wer da im Kanzleramt Kanzlerin oder Kanzler ist, wer da Kanzleramtschef oder Minister ist - ist völlig wurscht -: Das ist doch eingespielt. Und natürlich wusste der BND immer, dass er über bestimmte Sachen eigenständig zu berichten hat.

Wenn ich jetzt an den Sommer 2013 denke, da wusste der Präsident - aber das war auch zwischen ihm und mir unstrittig; da haben wir auch gar nicht mit erhöhter Tonlage geredet - , dass ich über Sachen, die nicht in Ordnung sein könnten, sofort unterrichtet werden will. Punkt. So, und dann arbeitet man trotzdem in der Zwischenzeit ja vernünftig zusammen, sodass ich glaube, dass die Zusammenarbeit an sich gut funktioniert. Und wenn man dann erste Erkenntnisse hat, ja, dann muss das Kanzleramt nachfragen. Insofern ist das sozusagen nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld. Aber wenn Sie keine Kenntnis haben, wo wollen Sie dann was abholen?

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann bin ich in der öffentlichen Sitzung durch. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich habe noch eine Nachfrage, weil ich habe mir tatsächlich jetzt gerade das Protokoll von der Vernehmung Schindler mal geholt. Auf der zitierten Seite - - Und ich bin jetzt noch unsicher, ob dieses Zitat eben vom Kollegen Hahn sich auf die Unterrichtung von Schindler in der Abteilung bezieht oder ob es sich auf den Termin vom 28. bezieht. Jetzt muss ich mal gucken, ob wir das Protokoll noch mal in vielfacher Ausführung da haben. Ich würde es gerne mal dem Zeugen vorlegen. Vielleicht kann man das dann erklären,



Nur zur dienstlichen Verwendung

weil mir scheint, vom Tagesablauf, von den Zeitabläufen ist es die Unterrichtung des Präsidenten Schindler in der Abteilung, und der 28. im Kanzleramt kommt ja erst danach, auch in der Darstellung vom Präsidenten Schindler. Das würde vielleicht das eine oder andere erklären. Deswegen hätte ich das Protokoll vielleicht noch mal in einer Ausfertigung, dass man es - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Fragen sind ja unterschiedlich gestellt worden, von unterschiedlichen Kollegen!)

- Ja, ja, ich stelle ja dem Zeugen die Frage jetzt gleich. Ich bräuchte nur noch mal ein zweites Protokoll, wenn sich das organisieren lässt. Sonst müssen wir es vielleicht zurückstellen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Drei Zeilen drüber steht: 24. bis 28. ist das passiert, da war das, und dann kommt genau die - -)

- Ja, ja. Wie gesagt, aber nicht Sie sind ja der Zeuge. Ich gebe einfach mal meins ab. Seite 24, 25 fängt es an. Wenn wir das mal dem Zeugen vorhalten. Das können wir quasi als öffentlichen Vorhalt machen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Wenn Sie einmal in die Seite 25 gehen. Das fängt bei den Fragen des Kollegen von Notz bezüglich der *Tagesschau* an, wie denn Herr Schindler von dem Vorfall Kenntnis erlangt hat, und dann geht es weiter auf der nächsten Seite bis hin zur EU- und NATO-Selektoren. Seite 25, Spalte rechts, und 26, Spalte links, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja, ich lese mir das erst mal durch. Einmal eben lesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - sage ich jetzt mal so aus der Erinnerung.

(Der Zeuge liest weiter in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ich erinnere mich auch noch gut, dass in der Vernehmung BND-eigene Selektoren und NSA-Selektoren auch mehrmals durcheinandergingen.

Zeuge Ronald Pofalla: Die Passage ist ein bisschen länger, deshalb - - Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja, ich habe mir auch die Zeit angehalten.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, muss ich jetzt auch sagen, also bestätigt mich - übrigens von der Einschätzung, ich habe das ja auch gesagt, von der Integrität von Herrn Schindler -: Diese Passage liest sich so, dass sie sich nicht bezieht auf die Unterrichtung, die Herr Schindler mir gegenüber gemacht hat, sondern die Herr Schindler seinerseits durch den BND erhalten hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, von D. B. und W. K.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, und das hat er Ihnen ja weitergegeben! Das steht auf Seite 28 rechts!)

Zeuge Ronald Pofalla: Das können Sie dieser Passage nicht entnehmen, Herr Hahn. Nein, nein, nein, das können Sie der Passage nicht entnehmen. Da liegt eben der Unterschied. Ich kannte natürlich dieses Protokoll nicht und die Aussage; aber die Sache ist relativ klar: Das bezieht sich eindeutig auf die Frage, wie er durch seine Leute, wer immer da diese Namen sind - die sind ja hier verklausuliert - - Aber offensichtlich ist er in dem Sinne durch seine Leute informiert worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann wäre ich mit meiner Frage durch. - Wir kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele, vermute ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, erst mal ganz schnell zu diesem Problem: Sie haben ja schon mehrfach erwähnt, dass Sie vor Ihrer letzten Vernehmung die Akten gelesen haben. Ist Ihnen da nicht untergekommen oder haben Sie das nicht gesehen, dass sehr wohl vor dem 24. oder dann 28. Oktober beim BND so eine Liste vorlag und dass deshalb die Erklärung, die Sie von Herrn Schindler mitgeteilt - - Er konnte nicht mal sagen, aus welchen Ländern oder welche Länder da betroffen sind - - die kann ja nicht stimmen eigentlich, weil ihm lagen ja Listen vor vom BND, und zwar mit genauen Namen der Länder, sogar mit genauen Zahlen, wie viel aus welchen Ländern und so. Also, ich habe hier eine Liste vom 28. - ich darf die jetzt nicht vorlesen, weil das Geheim ist -, 28.10. Also an dem Tag hätte er ja sehr wohl Ihnen was sagen können. Hat er denn wirklich selber gesagt: „Ich kann Ihnen leider keine Länder sagen, weil ich keine weiß oder noch keine weiß“, oder Ähnliches?

Zeuge Ronald Pofalla: Die Frage ist ja auch zweigeteilt. Der erste Teil geht an mich; der zweite bezieht sich auf Herrn Schindler.

Der erste Teil: Ich kann nur sagen, ich habe - und das habe ich ja auch in der Ausschusssitzung gesagt, auch als Sie mich befragt haben, in der Sitzung im Sommer 2015 - nach der Akteneinsicht im Kanzleramt totale Klarheit darüber - und da kann ich das auch nur wiedergeben -: In meine Richtung hat es keinerlei Informationen gegeben im Blick auf Selektoren. Von daher sind die für mich völlig neu gewesen, und - dann kommt die Frage, die geht an mich - deshalb habe ich auch den Zusammenhang nicht hergestellt, selbst zu dem Zeitpunkt nicht. Tut mir wirklich leid, auf die Idee wäre ich nicht gekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe vorhin auch schon den Herrn Heiß danach gefragt, das will ich Ihnen jetzt auch noch mal vorhalten.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage: „Was ist eigentlich mit den befreundeten Staaten, dürfen die abgehört werden, ja oder nein?“, die spielte ja nicht erst im Oktober eine Rolle oder auch beim BND schon vorher, sondern in der Öffentlichkeit schon praktisch seit Anfang Juli. Seit dem 1. Juli oder vorher gab es offenbar eine Veröffentlichung. Das entnehme ich einem oder mehreren Zitaten von Herrn Seibert, wo der dazu auch mehrfach Stellung genommen hat, zum Beispiel am 1. Juli:

Wenn sich bestätigt, dass tatsächlich diplomatische Vertretungen der Europäischen Union und einzelner europäischer Länder ausgespäht worden sind, dann müssen wir ganz klar sagen: Abhören von Freunden ist inakzeptabel.

usw. - Und das geht dann auf der anderen Seite so weiter:

Wenn eine solche Ausspähung diplomatischer Vertretungen zuträfe, dann wäre das etwas, was für uns absolut inakzeptabel wäre.

Oder dann weiter:

Es gehört nicht zur Politik der Bundesregierung, befreundete Staaten in ihren Botschaften auszuforschen. Ich glaube, das versteht sich von selbst.

Das zieht sich dann mehrere Monate hin. Auch die Kanzlerin sagt da zweimal was dazu in demselben Sinne. - War das nicht für Sie jetzt als Aufsichtsführende, bevor so was gesagt wird in der Öffentlichkeit - der sagt das ja noch alles unter „wenn“ - - einfach mal beim BND nachzufragen: „Also, ihr macht doch so was hoffentlich nicht?!“, oder so in dem Sinne. „Könnt ihr bestätigen, dass wir hier jetzt die Öffentlichkeit richtig informieren, oder lasst ihr uns da in eine Falle laufen?“

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt müsste ich Ihnen erklären -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Juli.

Zeuge Ronald Pofalla: - nein -, wie der Zusammenhang zwischen dem Bundespresseamt und in dem Fall - Sie reden ja über mich -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: - dem Chef damals des Kanzleramtes war: Ich habe häufig abends in den Nachrichten gesehen, was in der Bundespressekonferenz vorgetragen wird. Also zu glauben, dass ich die Texte des Regierungssprechers vorher bekäme und dann mir Gedanken machen würde, daraus Überprüfungen abzuleiten, ist eine mit der Wirklichkeit nicht im Zusammenhang stehende Einschätzung; das ist rein theoretisch. Also, ich habe bei wenigen Sachen, wo ich selber derjenige war, der, sagen wir mal, die Federführung hatte, in ganz seltenen Fällen mal mit dem Regierungssprecher selber gesprochen. Ansonsten wird der eigentlich mehr durch die Fachministerien in den Stand gebracht, um berichten zu können. Abwegig, abwegig die Vorstellung!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, kann ja sein; aber was die Kanzlerin sagt, das nehmen Sie doch zur Kenntnis und sagen: Also, wenn da ein Problem ist, werde ich mich mal drum kümmern. - Auch die sagt am 19.07. in der Sommerpressekonferenz - ich vermute, vielleicht waren Sie dabei - unter anderem - da geht es um das Gefühl, von den USA abgehört zu werden -:

Nein. Um jetzt noch einmal klar etwas dazu zu sagen, was wir über angebliche Überwachungen auch von EU-Einrichtungen usw. gehört haben: Das fällt in die Kategorie dessen, dass man das unter Freunden nicht macht. Das geht nicht.

Und die nächste Äußerung ist dann vom August dazu.

Also, ich stelle mir vor, wenn so was gesagt wird - kann ja sein, dass Herr Seibert erst mal so

was sagt unter „wenn“ und die Kanzlerin auch unter „wenn“ -, dass Sie aber - das war doch ein Thema, was in der Öffentlichkeit offenbar diskutiert wurde, weil das an die Bundesregierung, den Regierungssprecher und die Kanzlerin im Sommerinterview herangetragen worden ist - dann als einer, der sich leicht das Wissen beschaffen könnte, nicht mal beim BND nachfragen: „Sagt mal, machen wir da auch wirklich nichts?“ Also, mir läge das nahe - immer mit dem Gefühl, wenn das behauptet wird, in der Presse steht, könnte ja was dran sein.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Zeuge Ronald Pofalla: Ich will mal gerade eben was nachgucken. - Ja, die Kanzlerin wird es mir verzeihen. Ich hatte wenige Tage Urlaub, und unter anderem an dem 19.07., als die Bundeskanzlerin ihre Pressekonferenz gegeben hat und damals, glaube ich, ihren Acht-Punkte-Plan vorgestellt hat. Ich habe mir erlaubt, im Urlaub diese Pressekonferenz nicht zu verfolgen, weil das einer der wenigen Tage war, wo ich mit meiner Familie mal abschalten wollte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das müssen Sie nicht erklären, das nehmen wir hin. Also, das ist natürlich schon - - Es geht ja nicht nur um diese eine Äußerung an dem Tag, wo Sie danach gefragt worden ist - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, doch, darauf haben Sie doch Bezug genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja, natürlich, weil da das nach außen gedrungen ist. Haben Sie denn mit der Kanzlerin mal darüber geredet, wenn die Kanzlerin sich schon so engagiert und so was in die Öffentlichkeit setzt, dass sie vielleicht - - Vielleicht hat sie ja auch zu Ihnen gesagt: Du kennst dich doch da aus oder hast doch die Connections, klär mal, dass das auch wirklich nicht passiert. - Wir haben ein halbes Dutzend solcher Äußerungen aus der Bundesregierung in dieser Zeit, also vom 1. Juli an oder von Ende Juni bis dann in den August. Und war das dann nie Thema bei Ihnen in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Abteilung 6 oder in Gesprächen mit Herrn Schindler?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. - Also, daraus würde ich einen anderen Schluss ziehen als Sie. Nicht alle, die das gesagt haben - die Kanzlerin, der Regierungssprecher und wer auch immer -, haben das doch gutgläubig gesagt. Da hat doch gar keiner dran gezweifelt, dass das so ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es war falsch.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber einschließlich - - Ich auch nicht. Ich hätte doch nie zu dem Zeitpunkt darüber in Zweifel kommen können, weil ich gar keine Informationen hatte, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Dienst wusste, dass das falsch war.

Zeuge Ronald Pofalla: - die auch im Ansatz nur in die Richtung gegangen wären. Herr Ströbele, und wir beide hatten doch das Vergnügen, uns da fast wöchentlich in der PKGr-Sitzung zu sehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Und ich hatte noch das Zusatzvergnügen, das immer vorzubereiten. Ich gebe jetzt offen zu: Mich auf diesen Punkt zu konzentrieren in der Phase, hätte ich für völlig abwegig gehalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber auch, nicht nur zu konzentrieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Aber auch die SPD möchte noch Fragen stellen. Und Frau Kollegin Mittag ist jetzt dran.

Susanne Mittag (SPD): Ja. - Ich möchte Ihnen einen stillen Vorhalt vorlegen. Das ist MAT A

BND-44/2, 149. Das ist das Schreiben vom 28.03. Kennen Sie das?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Ronald Pofalla: Mal eben gucken.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, das Schreiben kenne ich nicht.

Susanne Mittag (SPD): Das dürfte ja der Anlass des Gespräches mit Herrn Schindler sein, also Herr Schindler mit Ihnen, wo Herr Schindler Sie in Kenntnis gesetzt hat. Hat er aus dem Schreiben vorgelesen?

Zeuge Ronald Pofalla: Er hatte keine, also, nach meiner Erinnerung, keine Akte dabei, aus der er vorgetragen hat, sondern er hat es mündlich vorgetragen. Aber das ist jetzt meine Erinnerung. Möglicherweise, sage ich Ihnen mal, je nachdem, wann das stattgefunden hat, hat er dieses Schreiben ja vielleicht auch erst später bekommen an dem Tag.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, also, das wäre dann ja ein Anlass gewesen, Sie sofort noch mal in Kenntnis zu setzen, weil das ist ja schon relativ detailliert - - zu der Angabe, die wir vorhin hatten; das war sehr, sehr allgemein.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja.

Susanne Mittag (SPD): Und das ist ja nun eine ganze Anzahl von Zahlen, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): - also es ist ja schon recht detailliert. Wenn er das dann nachmittags gekriegt hätte, dann hätte er ja gleich wieder einen Termin machen können: Ich habe schon einige Details. - Das, denke ich, dürfte Grundlage gewesen sein, und so ist nach Angaben von Herrn Schindler auch die Angabe gewesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Da sind ja nun allerhand Zahlen aufgeführt worden, und hat dann doch schon ein etwas größeres Ausmaß als, sagen wir mal, von wegen, das ist sehr allgemein und kaum Details. Das müsste Ihnen dann ja inhaltlich zur Kenntnis gekommen sein.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ist es aber nicht. Also, ich kenne das Schreiben nicht, ich kenne den Inhalt nicht. Das ist für mich neu.

Susanne Mittag (SPD): Also er hat keine Akten dabei gehabt, nichts, hat das nur so erzählt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe das so in Erinnerung, dass das nicht verbunden war mit irgend-etwas, was er aus einer Akte vorgetragen hätte. Aber noch mal: Das ist jetzt meine Erinnerung.

Susanne Mittag (SPD): Der Termin, das war ja ein angemeldeter Termin, das war ja nicht so ein Tür-und-Angel-Termin: Ich sage mal eben was.

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, Vorsicht!

Susanne Mittag (SPD): Da gibt es ja auch immer eine gewisse Vorbereitung. Dann bringt man in einer Behörde ja immer irgendeine Akte mit, also irgendwelche Unterlagen, um eben auch die Details, die man noch sagen will, nicht zu vergessen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, noch mal - -

Susanne Mittag (SPD): Das war ja ein abgemachter Termin -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): - und nicht ein zufällig sich ergebender.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich gucke es gerade nach.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Aber noch mal: Schon Ihre These teile ich nicht, weil - -

Susanne Mittag (SPD): Das ist eine Frage gewesen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich halte die in Ihrer Frage intendierte These, dass Herr Schindler vor dem Gespräch diesen Vermerk hatte, aus dieser Akte nicht wirklich für gesichert.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Darauf ist keine Uhrzeit vermerkt auf Zugang. Sie können also gar nicht sagen, wann er ihm zugegangen ist.

Susanne Mittag (SPD): Nein. Sie können aber auch nicht sagen, dass er ihn dann nicht hatte, nicht? Also beide Seiten sind möglich.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ich schließe ja nicht aus. Aber Sie haben durch die Frage intendiert, dass es sicher sei - -

Susanne Mittag (SPD): Es ging mir in erster Linie darum, ob Sie den Text kennen, -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, kenne ich nicht - habe ich ja gesagt.

Susanne Mittag (SPD): - ob er eine Akte dabei hatte -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, kenne ich nicht.

Susanne Mittag (SPD): - oder irgendwie was vorgelesen hat, -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Susanne Mittag (SPD): - ob es inhaltlich war. Und Sie gucken hier jetzt mal Details nach: -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich gucke noch mal nach.

Susanne Mittag (SPD): - ob es ein angemeldeter Termin war oder ob der sich zufällig mal eben ergeben hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ja, ich gucke gerade nach.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Also, kann man daraus jetzt auch nicht entnehmen; aber ehrlicherweise würde ich sagen: spricht eher dafür, dass wir die Termine vorher vereinbart hatten, so wie es hier vermerkt ist. Aber auch das kann man jetzt nicht sicher sagen. Aber da würde ich schon sagen, das sieht nicht nach einem Zuruftermin aus. Da haben wir wahrscheinlich - habe ich ja vorhin auch gesagt - miteinander ohnehin etwas vereinbart gehabt, und dann hat er wahrscheinlich darum gebeten, mich zu unterrichten. So habe ich es aber auch in Erinnerung, dass nicht deshalb ein gesonderter Termin vereinbart wurde, sondern anlässlich eines anderen Termines hat er mich nach meiner Erinnerung gebeten, ob er mich noch über etwas unterrichten könnte.

Und um Ihre Frage präzise zu beantworten: Das in diesem Vermerk, den Sie mir hier im stillen Vorhalt gezeigt haben, ist für mich komplett neu.

Susanne Mittag (SPD): Das Ergebnis von dem Gespräch war - - Haben Sie das vielleicht mit Herrn Heiß besprochen, bzw. war dann die Ansage, wenn Sie dann den Bericht bekommen, den detaillierteren - der war ja irgendwie, was sie mitgeteilt bekommen haben, angeblich nicht detailliert -, war dann die Überlegung, das dem PKGr eventuell dann mitzuteilen?

Zeuge Ronald Pofalla: Weiß ich nicht. Ich habe ja immer dem PKGr das mitgeteilt, wenn ich klare Sachverhalte kannte. Und im Übrigen noch mal: Ich habe über vier Jahre das PKGr gar nicht gesehen. Das heißt, ich kann es ja - -

Susanne Mittag (SPD): Ja, aber danach war es ja ziemlich oft. Das hatten Sie ja gesagt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Aber ich will darauf hinweisen: In diesen vier Jahren davor, was ja 90 Prozent meiner Amtszeit betrifft, hat das Kanzleramt selbstverständlich die Sachen vorbereitet,

die ans PKGr gehen, über die Abteilung 6, und ich hatte überhaupt gar keinen Zweifel bei der Präzision der Arbeit des Kanzleramtes, dass sie das dann auch getan hätten, wenn wir weitere Erkenntnisse bekommen hätten - klar!

Susanne Mittag (SPD): Aber seit Sommer 13 war ja einiges anders. Also insofern konnte man mit den Zeiten ja nicht mehr so unbedingt rechnen, die die drei Jahre vorher waren.

Die Anweisung zur Deaktivierung von den EU- und NATO-Eingaben, diese Anweisung, die Sie gegeben hatten - hatten Sie denn vor, die dem PKGr zu melden? Das ist doch schon mal was Besonderes.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, weil der Sachverhalt ja nicht geklärt war. Es war ja noch nicht mal klar wird, um es mal so grob auszudrücken - -

Susanne Mittag (SPD): Na, über Ihre Anweisung. Also, die Anweisung ist ja schon keine Kleinigkeit.

Zeuge Ronald Pofalla: Eine mündliche Anweisung - - Also, da Herr Schindler noch nicht mal klären konnte - ich kann es ja wiederholen -, um welche Botschaften es ging - Nichtkrisenländer, andere Krisenländer -, hätte ich den Bericht abgewartet, und dann hätte man darüber berichtet - klar!

Susanne Mittag (SPD): Na, über Ihre Anweisung.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, über die Anweisung als solche deshalb nicht, weil die bloße Anweisung - - Auf der Basis dieser, sagen wir mal, Unterrichtung, die ich bekommen hatte, hätte ich das PKGr vermutlich - ich habe aber auch nicht darüber nachgedacht - nicht unterrichtet, weil der Sachverhalt nicht klar war.

Susanne Mittag (SPD): Haben Sie in Ihren Unterlagen auch noch drin, wann Sie sich getroffen hatten: morgens, mittags, abends?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Es geht ja aus dem Kalender hervor. Den Auszug haben Sie ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Susanne Mittag (SPD): Sie hatten doch eben noch mal nachgeguckt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, müsste ich noch mal nachgucken.

Susanne Mittag (SPD): Das wäre doch nett.

Zeuge Ronald Pofalla: Aber Sie können doch auch reingucken. Dann wissen Sie es doch.

Susanne Mittag (SPD): Ich frage Sie jetzt aber mal.

Zeuge Ronald Pofalla: Er liegt doch bei Ihnen vor. - Aber ich mache es gerne für Sie.

Susanne Mittag (SPD): Das ist nett.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich bin ein netter Mensch. - Sie beziehen sich jetzt auf den 28. oder auf den 24.?

Susanne Mittag (SPD): 28.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, der Termin war - Augenblick -

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

am frühen Nachmittag.

Susanne Mittag (SPD): Am frühen Nachmittag. - Wobei dann die Wahrscheinlichkeit - - In der Unterlage, in diesem stillen Vorhalt auf der linken Seite sieht man den 28.10.2013. Eine Uhrzeit darf man sagen, nicht? - Eine frühe Uhrzeit des Tages.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe es leider zugeblättert. Wenn mir noch mal einer hier aus der Akte das Ding suchen könnte? - Entschuldigung.

Susanne Mittag (SPD): Das war 149.

Zeuge Ronald Pofalla: Entschuldigung. Ich gucke es nach. - Das brauchen Sie nicht, wenn das 149 ist.

Susanne Mittag (SPD): Deswegen ist ja die Wahrscheinlichkeit - -

(Der Zeuge liest in ihm
zuvor vorgelegten
Unterlagen)

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, habe ich, ist sie. Und jetzt wiederholen Sie noch einmal eben, bitte.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Da steht 9 - - Da steht eine frühe Tageszeit.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Und Ihr Termin war ja erheblich später, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): - sodass die Wahrscheinlichkeit ja wohl hoch ist, dass die Unterlagen schon vorgelegen haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Das bedeutet es nicht.

Susanne Mittag (SPD): Die Wahrscheinlichkeit ist hoch.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Susanne Mittag (SPD): Es ist nicht zwingend, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe häufig Akten, und ich bin sehr, sagen wir mal -

Susanne Mittag (SPD): Na?

Zeuge Ronald Pofalla: - einsatzfreudig gewesen bei den Akten, die ich im Zulauf hatte. Ich hatte immer den Anspruch, dass die Akten, die ich an dem Tag bekomme, in der Regel auch an dem Tag bearbeitet werden. Aber, offen gestanden, habe ich eben auch häufig ab 22 Uhr bis 2 Uhr morgens gegessen, um die Akten durchzuarbeiten. Und ich kenne den Arbeitsstil von Herrn Schindler nicht. Wenn Sie den Zulauf von Dutzenden von Akten am Tag haben, ist häufig erst in der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nacht die Möglichkeit, die zur Kenntnis zu nehmen.

Susanne Mittag (SPD): Nun gut, aber Herr Schindler ist auch sehr arbeitsfreudig. Den Eindruck hat er zumindest hier gemacht.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Also die Wahrscheinlichkeit ist schon hoch, dass es vorlag.

Zeuge Ronald Pofalla: Das ist jetzt Ihre Einschätzung, meine nicht.

Susanne Mittag (SPD): Ja, so wie Ihre Einschätzung ja auch ab und zu mit dabei ist. Genau.

Zeuge Ronald Pofalla: Ist ja nicht schlimm.

Susanne Mittag (SPD): Haben wir dann wohl offensichtlich zwei unterschiedliche.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Susanne Mittag (SPD): Also, Sie hatten aber auch nicht daran gedacht, das dann dem PKGr zu melden, also Ihre Anweisung, EU und NATO rauszunehmen.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, mir ist das nicht innerlich. Noch mal: Ich habe schon große Schwierigkeiten gehabt, in Vorbereitung dieser Sitzung anhand der Terminkalender mir überhaupt im Klaren zu werden, wann das war und wie das war. Aber worüber ich mir noch hätte Gedanken machen müssen oder können im Zusammenhang mit der Kanzlerinnenäußerung oder dem PKGr, daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, so häufig wurde ja das PKGr eigentlich sonst gar nicht informiert. Deswegen, denke ich, hätte das ja in Erinnerung bleiben können. - Hatten Sie denn vor, die Bundeskanzlerin davon in Kenntnis zu setzen?

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn der Sachverhalt geklärt worden wäre - ich habe das vorhin dargestellt -, hätte ich mit ihr darüber geredet.

Susanne Mittag (SPD): Ja, wenn der Sachverhalt -- Aber das Teil kam dann ja wahrscheinlich Wochen später. - Von Ihrer Weisung, haben Sie die Idee gehabt, das bei einem Gespräch, was sich ja gewiss demnächst dann irgendwann ergeben hätte - - davon noch mal in Kenntnis zu setzen?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe das vorhin dargestellt, und ich verzichte jetzt mal auf die Wiederholung.

Susanne Mittag (SPD): Also nein?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe vorhin dargestellt. Ich kann Ihnen das gerne wieder vorlesen. Sie haben doch jetzt drei- oder fünfmal schon gehört, wie ich damit umgegangen bin.

Susanne Mittag (SPD): Das haben Sie dann also nicht für so wichtig erachtet, ihr das dann zu sagen?

Zeuge Ronald Pofalla: Es geht nicht um die Frage der Wichtigkeit. Ich habe der Bundeskanzlerin - ich wiederhole es noch einmal - immer erst Sachverhalte vorgetragen, wenn ich der Auffassung war, dass sie annähernd geklärt waren. Dieser Sachverhalt war nicht geklärt.

Susanne Mittag (SPD): Wieso war der denn nicht geklärt, wenn Sie schon eine Anweisung gegeben haben? Da ist ja dann Vollzug dahinter. Das ist ja ein Verwaltungsakt, den Sie haben durchziehen lassen; das ist ja keine Kleinigkeit.

Zeuge Ronald Pofalla: Na ja, sollten wir nicht juristisch werden.

Susanne Mittag (SPD): Da muss man ja keinen Sachverhalt mehr klären, sondern das Vorgehen ist ja abgeschlossen. Sie haben die Anweisung gegeben, die müssen raus.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Also, es wird Ihnen etwas vorgetragen, so wie ich es Ihnen geschildert habe.

Susanne Mittag (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Daraufhin sage ich - - Das war aber - noch mal - zwischen Herrn Schindler und Herrn Heiß völlig unstrittig. Der Begriff der Anweisung impliziert ja ein bisschen, als ob das gegen Herrn Schindler erfolgt sei. Das war nicht so.

Susanne Mittag (SPD): Nein.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein, das war nicht so. Deshalb sage ich es ja auch.

Susanne Mittag (SPD): Ist auch nicht.

Zeuge Ronald Pofalla: Wir drei waren der Auffassung, wenn das so ist, muss das unterlassen werden. Punkt. Das habe ich dann auch deutlich gemacht. Und trotzdem musste der Sachverhalt geklärt werden. Punkt. Ist relativ einfach.

Susanne Mittag (SPD): Und warum gibt es dann in den Akten so wenig, sagen wir mal, Hinweise darauf?

Zeuge Ronald Pofalla: Da ich nicht für Aktenführung zuständig bin, müssten Sie die fragen, die die Akten führen.

Susanne Mittag (SPD): Na ja, das ist nur bedingt. Also, Sie haben ja allerhand Informationen bekommen, und da war ja auch sehr viel los in der Zeit, und das ist ja auch immer sehr hilfreich, gerade wenn man viele Themen zeitgleich am Laufen hat, sozusagen gewisse Akten zu führen. Und diejenigen, die Ihnen die Hinweise geben, die könnten ja die Hinweise sozusagen vermerken als Aktenvermerke. Das müssen Sie ja nicht selber machen. Das können Sie ja sagen: Wenn Sie Hinweise bekommen, bitte Aktenvermerk fertigen. - Das ist ja üblich in Behörden. Und hier in den Akten sind so gut wie gar keine Unterlagen darüber. Warum haben Sie denn das nicht machen

lassen? Das müssen Sie ja gar nicht selber machen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, weil das von mir durch die Anforderung ja gerade beabsichtigt war. Die Absicht war ja, ein Schriftstück zu bekommen, aus dem sich ergibt, worüber wir reden. Also, insofern habe ich ja genau das, was Sie von mir erwarten, auch veranlasst. Also, so gesehen, war ich dann in Ihrem Sinne derjenige, der das Richtige gemacht hat.

Susanne Mittag (SPD): Das ist eben bedingt - sonst würde ich nicht noch mal nachfragen -, weil ja auch Zwischenstände notiert werden. Es wird ja nicht nur der endgültige Sachverhalt notiert, sondern auch auf dem Weg dorthin, wenn Sie gewisse Informationen bekommen. Dass Sie da jetzt keine Aktenvermerke haben fertigen lassen - nicht selber -, damit man bei der Vielzahl der Themen, die Sie zeitgleich am Laufen hatten - es waren ja wirklich aufregende Zeiten -, auch immer sich eine Akte ziehen und sagen könnte: „Was habe ich denn dann und wann auch angeordnet?“ Dann behält man doch noch sehr viel besser den Überblick. Und warum ist das denn nicht passiert oder nur bedingt?

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn Sie am Tag als Kanzleramtsminister, ich würde mal sagen, im Minimum 50 bis 70 Vermerke bekommen, ich würde mal sagen, in der Zeit, wegen verschiedener anderer Sachen - nicht nur wegen NSA, sondern wir befinden uns ja wiederum im Zeitraum der Koalitionsverhandlungen - eher die doppelte Zahl, habe ich mir über die Frage, ob Zwischenstände in Akten notiert werden, wahrscheinlich keine Gedanken gemacht.

Susanne Mittag (SPD): Ja. Ist aber tatsächlich normalerweise ja ein übliches Verhalten. Aber das können wir dann ja auch zur Kenntnis nehmen. - Dann habe ich erst mal keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fragerunde, in der wieder die Fraktion Die Linke beginnt. Frau Kollegin Renner.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ich bleibe noch mal dabei, was Herr Schindler hier gesagt hat, und würde gerne noch mal, erneut aus dem Protokoll seiner letzten Aussage zitieren, aber an anderer Stelle - wir sind auf Seite 28, rechte Spalte -:

Zeuge Gerhard Schindler: ...

Fest steht eins: Als ich Herrn Pofalla über die eigene Erfassung des Bundesnachrichtendienstes unterrichtet habe, war es ein kleiner Kreis. Auf jeden Fall war da nicht Herr Maaßen dabei, nicht Herr Heusgen und wer auch immer, sondern es war der Abteilungsleiter 6 dabei und vielleicht noch ein Mitarbeiter oder kein Mitarbeiter; aber das war es auch.

So. Eine Runde, Sie zu dritt - mit Herrn Schindler und Herrn Heiß -, und es ging um „die eigene Erfassung des Bundesnachrichtendienstes“. Können Sie diesen Termin erinnern?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich weiß nicht, worauf er Bezug nimmt. Wenn sich das auf den Sachverhalt, den wir jetzt die ganze Zeit diskutieren - - müsste das dann der 28. Oktober sein oder der 24.; ich bin mir ja nach wie vor nicht ganz sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, am 24. haben wir ja keinen Termin dabei, wo Sie nur zu dritt sitzen. Da sitzt ja immer Herr Maaßen dabei.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Aber ich habe den Termin auch nicht so in Erinnerung, dass diejenigen, die dabei waren, sitzen geblieben sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, ich glaube jetzt mal einfach Herrn Schindler.

Zeuge Ronald Pofalla: Darf ich aber jetzt einmal - - Sie fragen mich ja. Ich habe den Termin ja nicht so in Erinnerung, sondern wir sind in einem Termin zusammengekommen, und am Schluss sind die drei übriggeblieben. So habe ich das in Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und dann ging es um die - - Kann ja auch sein. Das sagte er dann, glaube ich, auch: Wir hatten oft größere Runden, und dann sind wir noch mal in kleinerer Besetzung sitzen geblieben.

Zeuge Ronald Pofalla: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dann ging es da in dieser kleinen Besetzung, in der kleinen Runde, um „die eigene Erfassung des Bundesnachrichtendienstes“. Was meint denn der Begriff „Erfassung“ in dem Zusammenhang? Was könnte Herr Schindler hier meinen?

Zeuge Ronald Pofalla: Müssen Sie Herrn Schindler fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, möglicherweise das, was Herr Schindler vorher, auf Seite 26 - durch den Kollegen Dr. Hahn schon mal vorgelesen - ausführt, nämlich die „beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen“, die gesteuert wurden.

Zeuge Ronald Pofalla: Aber, Frau Abgeordnete, jetzt ist mir auf stillen Vorhalt dieses Aktenstück gezeigt worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Der Herr Vorsitzende hat mir vorhin dankenswerterweise einen anderen Auszug gegeben aus einer Vernehmung. Jetzt werden doch drei ganz unterschiedliche Sachen miteinander verbunden,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, der kommt danach!)

weil Sie eine bestimmte Sicht der Dinge haben. Die können Sie ja auch haben. Da würde ich ja gar nicht dagegen sein - das ist mir, offen gestanden, egal, wie Sie das interpretieren -; aber das ist doch nicht okay. Aus dem Protokollauszug, den der Vorsitzende mir gegeben hat, ging hervor, dass das Aktenstück im Zulauf - - oder die Aussage von Herrn Schindler im Zulauf auf den BND



Nur zur dienstlichen Verwendung

war und nicht als Aussage, was er mir gesagt hat. Das Aktenstück selber, das die Frau Abgeordnete mir gerade gegeben hat, das ich lesen konnte, da ist nicht gesichert, ob Herrn Schindler an dem Tag, als er mich darüber unterrichtet hat, dieses Aktenstück bereits vorgelegen hat. Man kann die Vermutung in die eine wie in die andere Richtung machen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also doch.

Zeuge Ronald Pofalla: Und jetzt fragen Sie mich danach, wie ich die Aussage von Herrn Schindler auf eigene Erfassung beurteile. Ich bleibe bei meiner Aussage. Ich bleibe dabei, dass Herr Schindler mich so unterrichtet hat, wie ich das jetzt, ich glaube, mittlerweile zehnmal erklärt habe. Aber ich wiederhole es gerne noch mal: Herr Schindler hat mir erklärt, dass der BND in Krisenländern befreundete Botschaften aufgeklärt habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Von „Erfassung“ war da nicht die Rede.

Zeuge Ronald Pofalla: Und nach meiner Erinnerung wusste er noch nicht, ob dies auch für Nichtkrisenländer gelte und für welche befreundeten Botschaften dieses genau gelte.

Martina Renner (DIE LINKE): Also von „Erfassung“ war da nicht die Rede, von „EU- und NATO-Zielen“ war da nicht die Rede?

Zeuge Ronald Pofalla: Habe ich alles schon - -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Dann muss ja irgendeiner von beiden das Treffen falsch in Erinnerung haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Ich würde da - -

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist ja dann unsere vornehme Pflicht, das zu klären.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Gegebenenfalls müssen wir Herrn Schindler noch mal fragen. Gegebenenfalls müssen wir vielleicht noch mal Herrn Heiß fragen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Da wir haben wir ja dann vielfältige Möglichkeiten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann ich noch mal die Stelle erfragen? Ich versuche das ja immer nachzuvollziehen in dem Protokoll.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das aber dann bitte mit Zeitanhalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Seite 28, rechte Spalte:

Als ich Herrn Pofalla über die eigene Erfassung des Bundesnachrichtendienstes ...

Das meint ja nicht so ganz allgemein Aufklärung, weil Aufklärung kann immer HUMINT und SIGINT sein. Bei „eigene Erfassung“ sind wir im Bereich Überwachung von Kommunikation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. Da geht es ja um den Termin vom 28. - da bezieht er sich ja drauf -, wo er anscheinend die falsche Erinnerung an die Personen hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Mir geht es überhaupt - - ob das am 28. im Nachgang war, dass man zu dritt sitzen geblieben ist. Mir geht es um das Wort „Erfassung“ in dem Zusammenhang von Herrn Schindler und in einer, ich muss ja sagen, sehr korrekten Beschreibung oder sehr eindrücklichen Beschreibung, wo er sagt, er kann sich sogar erinnern, wer dabei war und wer nicht dabei war. Sie waren dabei, und es ging um Erfassung. Und möglicherweise hat uns Herr Schindler angeschwindelt. Das wäre zu klären.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was ich eben auch nicht verstehe, wenn Sie sagen, das war so ein bisschen nebulös, was Herr Schindler vortrug - ging es zu Krisenländern oder nicht zu Krisenländern usw. -: Und dann haben Sie aber erzählt, danach, nach diesem Vortrag, der nach dem Vorhalt von Frau Mittag jetzt zur konkreten Weisung eben nicht diese Detailfülle hatte, wie es hier schon in diesem Entwurf für die Abteilung TA niedergeschrieben war, sondern mehr so - - Ich finde das richtige Adjektiv nicht. Aber Sie sagen ja, Herr Schindler war selbst unklar in seinen Aussagen. Ja?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, habe ich nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, Sie wüssten nicht mehr, ob - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nicht detailliert!)

- Nicht detailliert.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein, nein. Sie können das ja alles im Protokoll - - Ich kann es zum elften Mal vorlesen; ich habe es ja hier stehen. Also ich lese es Ihnen noch mal vor:

Nach meiner Erinnerung wusste er noch nicht mal, ob dies auch für Nichtkrisenländer gelte und für welche befreundeten Botschaften dieses genau gelte.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Und danach haben Sie gesagt: Abstellen!

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und das Abstellen hat sich dann eben - - kann sich ja dann nur auf das Aufklären in Krisenländern bezogen haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Genau vor dem Hintergrund dessen, was ich Ihnen gerade verlesen habe.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er hat ja was anderes abgestellt!)

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat dann aber im Nachgang etwas ganz anderes abgestellt, als was Sie angewiesen haben. Sie haben ja auf Grundlage seiner Aussage, dass noch nicht geklärt sei, ob es auch in Nichtkrisenländern stattfindet, einen Vortrag bekommen - nach Ihrer Darstellung -, der sich darauf bezogen hat - „EU- und NATO-Staaten“ wäre auch nicht gefallen -, dass wir Freunde in Krisenländern aufklären. Und dann kann ja Ihre Weisung nur geheißen haben: Bitte nicht mehr Freunde in Krisenländern aufklären. - Richtig? Was anderes kann ja Ihre Weisung nicht beinhalten: Abstellen!

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe das klargemacht: Dieser Form der Interpretation stimme ich nicht zu. Ich habe deutlich gemacht, vor welchem Hintergrund der Unterrichtung von Herrn Schindler ich etwas angewiesen habe. Und ob Herr Schindler dann anschließend mehr angewiesen hat, als es aus dieser Unterrichtung sich ergibt, da müssen Sie Herrn Schindler fragen, aber nicht mich. Und zugunsten von Herrn Schindler würde ich jetzt einmal sagen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da meldet sich gerade - -

Zeuge Ronald Pofalla: - weil ich Herrn Schindler wirklich für seriös halte: Möglicherweise hat er im Nachgang mehr erfahren und hat dann die Sache nachgesteuert. Darüber bin ich aber nicht informiert worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann sagen Sie doch: Was war der Wortlaut - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Herr Wolff weiß vielleicht dazu was.

Martina Renner (DIE LINKE): Was war der Wortlaut, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz, Frau Kollegin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): - den Sie an Herrn Schindler gerichtet haben, was abgestellt werden muss?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin, ganz kurz Herr Wolff von der Bundesregierung. Die Zeit ist auch angehalten.

MR Philipp Wolff (BK): Ich finde es einfach sehr problematisch, weil in den Vorhalten immer Dinge insinuiert werden, die einfach so nicht richtig sind. Er habe etwas ganz anderes veranlasst, haben Sie gerade gesagt, Frau Renner. Wenn Sie - Sie haben hoffentlich die Akten auch vorliegen - sich anschauen, was für eine Mail herausgegangen ist, dann ist eben nicht etwas ganz anderes veranlasst worden. Da sind ausdrücklich - die ist VS-NfD; die kann ich hier auch zitieren - die Botschaften als solche bezeichnet und mitnichten irgendetwas anderes. Ich weiß nicht, von was anderem Sie reden. Aber das ist etwas absolut Identisches.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

MR Philipp Wolff (BK): Insofern werden hier immer Herrn Pofalla Vorhalte gemacht, die einfach nicht korrekt sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann verstehen, weil Sie aus einem Haus kommen, dass das jetzt hier so läuft. Aber Herr Pofalla hat gesagt, es ist weder von EU- noch NATO-Staaten die Rede gewesen, und in dem konkreten Schriftstück ist dann von EU- und NATO-Staaten geredet worden. Außerdem gibt es hier nicht diese Einschränkung, dass es sich nur auf Krisenländer bezieht.

MR Philipp Wolff (BK): Und das sind keine befreundeten Staaten, EU- und NATO-Staaten, oder was?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich möchte jetzt einfach wissen: Wenn Sie damals gegenüber Herrn Präsidenten Schindler gesagt haben: „Abstellen!“, was sollte er abstellen? Was haben Sie ihm genau gesagt? Was waren Ihre Worte?

Zeuge Ronald Pofalla: Genau vor dem Hintergrund dessen, was ich Ihnen wiedergegeben habe - ich mache es gerne ein zwölftes Mal -, was er mir gesagt hat, habe ich gesagt: Das ist abzustellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber was meinten Sie damit? Was sollte genau abgestellt werden?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich lese es Ihnen gerne zum zwölften Mal vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, Herr Schindler hat mir erklärt,

... dass der BND in Krisenländern befreundete Botschaften aufgeklärt habe. Nach meiner Erinnerung wusste er noch nicht mal, ob dies auch für Nichtkrisenländer gelte und für welche befreundeten Botschaften dieses genau gelte.

Und da habe ich gesagt: Abstellen!

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Also abstellen: Aufklären von befreundeten Botschaften in Krisenländern. Ja? Da sind wir uns jetzt einig.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Oder da er noch nicht mal wusste, welche Krisenländer und ob es sich nicht auch -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, es ist gut.

Zeuge Ronald Pofalla: -um Nichtkrisenländer gehandelt hat, -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau das ist der Punkt. Sie wollten, -

Zeuge Ronald Pofalla: - hat er vielleicht im Nachgang festgestellt, dass das so ist, und hat es so gemacht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): - dass befreundete Botschaften in Krisenländern nicht mehr aufgeklärt werden. Das war Ergebnis des Gesprächs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre die letzte Frage dann.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage, weil die Zeit um ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich wollte jetzt einfach - - So, und das steht ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Nächste Runde.

Martina Renner (DIE LINKE): Da irrt Herr Wolff. Das ist etwas anderes als das, was dann tatsächlich passiert ist. - Nein, Herr Wolff, das müssen wir hier nicht ausdiskutieren.

(MR Philipp Wolff (BK):
Doch! Weil es eben nichts
anderes ist!)

Ich bin gleich so weit, dass ich hier diesen Weisungsentwurf vorlese, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Immer Mut!

(MR Philipp Wolff (BK):
Tun Sie das, bitte!)

Martina Renner (DIE LINKE): - weil dann würde klar werden, was die Differenz ist.

Der BND bereitet seit September über Wochen eine Weisungslage für Regierungsinstitutionen zu EU- und NATO-Ländern vor - über Wochen, seit Anfang September. Und dann soll das plötzlich verengt sein auf befreundete Botschaften in Krisenregionen. Das glaubt kein Mensch, wirklich nicht. Es glaubt kein Mensch, dass das der Vortrag von Herrn Schindler gewesen ist. Das ist unser Problem. Das glauben übrigens noch nicht mal irgendwie die Abgeordneten der Regierungsbank hier. Das steht in einem so eklatanten Wi-

derspruch, und das versuchen wir hier aufzuklären, und dazu werden wir vielleicht noch zum 15. Mal dieses Treffen durchsprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der CDU/CSU. Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. - Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Ich mache an demselben Punkt weiter. Und vielleicht klappt es beim 13., 14. oder 15. Mal, Herr Pofalla. Wir haben Zeit und Geduld.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß. - Ich zitiere aus dem Protokoll der Vernehmung von Herrn Schindler. Ich frage ihn - Seite 25 -:

Ich habe vorhin nicht ganz verstanden, wie es gelaufen ist. Sie haben *Tagesschau* geguckt und haben gedacht: „Mensch, das ist ja jetzt eine ganz andere Sachlage“, oder hat Sie jemand aus dem Dienst kontaktiert und gesagt: „Da gibt es ein Problem“?

Schindler:

Die zweite Variante war der Fall.

Ich frage:

Es hat Sie Herr D. B. kontaktiert und gesagt: Es gab ein Problem.

Schindler:

Das hatte ich ja eben versucht darzustellen, dass ich nicht mehr genau die Situation in Erinnerung habe, ob es nur eine Person war, die mich unterrichtet hat, oder zwei oder mehrere und ob Herr D. B. dabei war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich frage:

Mir würde nur ein Name reichen. Es geht mir nicht darum, wie viele es waren, sondern erst mal, wer dabei war.

Schindler:

Also, nach meiner Erinnerung, schätze ich, waren es Herr W. K. und Herr D. B., einer oder beide.

Ich sage:

Ja.

Er sagt:

Weiß ich nicht.

Dann kommt eine neue Frage:

Und das war am 24. oder am 25. oder am 26.?

Schindler:

Also bestimmt nicht am Tag danach, sondern wahrscheinlich zwei, drei Tage später.

Ich frage:

Und die sagten: „Wir haben ein Problem“, oder hatten die schon eine Liste in der Hand?

Schindler sagt:

Das weiß ich nicht mehr. Ich weiß auf jeden Fall, dass in einer Besprechung eine solche Liste existierte ...

Bis zu dem Punkt. Ich mache da gleich weiter.

Jetzt kommt diese Seite 148 in Tagebuchnummer 223/16. Das ist diese Mail, in der steht - ich zitiere; sie ist VS-NfD -:

Sehr geehrte Herren,

nach Abstimmung mit UAL T2 habe ich Ihnen die seitens Präsident beauftragte Liste der gesteuerten diplomatischen Vertretungen in die VS-Dropboxen eingestellt. (?)

Dieses Ding kommt am 28.10.2013 um 9.29 Uhr an, und zwar von T1-UAL, T2-UAL und T3-UAL, also unter anderem D. B. und W. K. Und diese Liste liegt am Morgen des 28.10. vor, und ich würde sagen, es ist maximal lebensfremd, zu denken, dass Schindler zu Ihnen ins Bundeskanzleramt ohne diese Liste kommt. So.

Jetzt frage ich weiter. Er hat gesagt: „zwei, drei Tage später“, und „eine solche Liste existierte“, und dann sagt Schindler:

... die ich mir dann auch angesehen hatte. Die kam auch nicht in dem Sinne - um das noch mal ... klarzustellen -: „Wir haben ein Problem, weil wir etwas Ungesetzliches machen, weil wir etwas Fehlerhaftes machen“, sondern sie haben nur auf die Problematik hingewiesen,

- Achtung! -

dass doch eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise

- da kommt noch mal eine Frage zwischendrin -

ein Problem werden könnte.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Also Schindler spricht davon, dass eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wurde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wenn man sich das anguckt - - Die Liste ist ja bei uns nicht drin in diesem Ding, sondern nur die Aufzählung, eine Grobzusammenfassung, die ich hier nicht vortragen kann, weil sie als Geheim eingestuft ist vom Bundeskanzleramt, ganz Geheim, obwohl Herr Wolff großen Wert darauf legen würde, dass das jetzt mal öffentlich wird, was hier steht. Also, an uns scheitert es nicht, Herr Wolff.

Die Problematik lag auf dem Tisch, und Herr Schindler kam gut vorbereitet zu Ihnen. Der wusste, was das Problem war. Er hat nämlich am 28.10. um 9.29 Uhr morgens diese Liste bekommen, und er wusste, dass NATO- und EU-Ziele gesteuert wurden im Bundesnachrichtendienst, und zwar zu einer Zeit, in der Herr Pofalla in Verantwortung war. Und Sie behaupten, dass Herr Schindler Ihnen gegenüber diese ihm bekannte Wahrheit verschwiegen hat, er uns hier in seiner Aussage letzte Woche belogen hat und er nur ganz nebulös von irgendwelchen Botschaften gesprochen hat, und ob da befreundete Länder dabei gewesen sind, das soll er noch nicht gewusst haben.

Zeuge Ronald Pofalla: Wo ist jetzt die Frage?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, fragen Sie.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gefragt: Sie glauben, Herr Schindler hat - - Sie erinnern das so: Herr Schindler hat Ihnen das alles vorenthalten, was er uns hier letzte Woche erzählt hat, dass das sein Kenntnisstand - - mit dem er ins Bundeskanzleramt gefahren ist.

Herr Schindler sagt, er hat Sie umfassend informiert, und Sie sagen, Herr Schindler hat Sie nicht umfassend informiert, er war noch nicht in der Lage, Ihre Fragen zu beantworten. Trotzdem haben Sie irgendeine Weisung rausgegeben. Ist das eine schlüssige Geschichte, Herr Pofalla?

Zeuge Ronald Pofalla: Ihre Unterstellungen sind falsch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind keine Unterstellungen.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch. Ich lese Ihnen das jetzt auch mal vor.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen vorgelesen, was Herr Schindler gesagt hat.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe ja die ganze Zeit jetzt zugehört. Ganz ruhig! Ich lese Ihnen das nur vor und komme zu einem anderen Ergebnis. Also, bleiben wir mal einen Moment - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wäre Ihnen schon dankbar, wenn Sie meine Frage beantworten würden.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, die beantworte ich Ihnen: Ich teile ihre Prämissen nicht, überhaupt nicht, in keiner Weise, weil -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe - -

Zeuge Ronald Pofalla: - Ihre Form der Zusammenstellung ist eine Interpretation, die weder die Aussage von Herrn Schindler richtig wiedergibt noch gesichert erscheinen lässt, dass Herr Schindler zu dem Zeitpunkt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen noch einen Sondersitzungstermin und laden Sie beide zur selben Zeit, Herr Pofalla.

Zeuge Ronald Pofalla: Sollte ich jetzt antworten, oder wollen Sie immer dazwischen- - Ich versuche, Ihnen zu antworten, und jetzt sind Sie doch gespannt, wie ich Ihnen antworte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann mal los.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. - Also, schon die Interpretation aus dem Protokoll der 126. Sitzung auf der Seite 26 unten, der Aussage von Herrn Schindler - dass er damit sagt, dass er mich damit unterrichtet hätte -, gibt die Passage unten links nicht her; die haben Sie verlesen. Die Passage gibt nur her, dass Herr Schindler gesagt hat, dass er im Zulauf darüber entsprechend, wie er es hier macht, unterrichtet worden ist. Damit sagt er aber überhaupt nicht, ob er mich damit unterrichtet hat. Also schon ist die Interpretation, die Bewertung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Herrn Pofalla, jetzt hören Sie auf, Zeit zu schinden!

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, gar nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Herr Pofalla, beantworten Sie die Frage! Sie glauben, Herr Schindler stellt das hier vom Zeitablauf eindeutig dar, dass er diese Informationen bekommen hat, bevor er ins Bundeskanzleramt gefahren ist, und Sie behaupten, er habe Ihnen diese Information, dass es um „eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen“, die gesteuert wurden, gegangen ist, in dem Gespräch am 28.10. vorenthalten. Das behaupten Sie.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, das behaupte ich nicht, um das mal klar zu sagen, weil diese Interpretation von Ihnen - deshalb würde ich die Behauptung gar nicht aufstellen - stimmt eben nicht. Herr Schindler sagt in der Aussage hier vor Ihrem Untersuchungsausschuss auf Ihre Frage nicht das, was sie da interpretieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt er denn?

Zeuge Ronald Pofalla: Herr Schindler sagt nur in der Aussage, dass er, wenn es dieser Vermerk sein sollte - aber kann man jetzt mal vielleicht sogar unterstellen - - Er sagt nur, dass er in seinem Zulauf die Informationen gehabt hat. Er sagt in dieser Aussage nicht, dass er mich darüber infor-

miert hat - ganz eindeutig -; das können Sie dieser Aussage hier unten auf der Seite 26 von 82 nicht entnehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Passen Sie auf, Herr Pofalla. Dann lesen wir weiter:

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, lesen Sie mal weiter. Wird nicht besser.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

... ein Problem sein könnte.

Und ich frage:

Und -

Und er sagt:

Unter diesem Gesichtspunkt.

Und ich sage:

- haben Sie diesen - -

Daraufhin sagt er:

Nicht unter dem Gesichtspunkt:
Wir tun hier etwas ... (akustisch
unverständlich)

Ich frage:

Das habe ich verstanden. Aber haben Sie dieses politische Problem gesehen?

Und daraufhin sagt der Zeuge Gerhard Schindler:

Sonst hätte ich es nicht Herrn Pofalla berichtet.

(Christian Flisek (SPD):
Und weiter! Jetzt kommt
es!)

So. Und wie haben Sie ... genau Herrn Pofalla berichtet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

... Ja, ich bin hingefahren und habe es ihm gesagt.

Das sagt Herr Schindler hier schwarz auf weiß.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ist doch schön, dass er nicht gegangen ist. Also, damit bin ich ja sehr zufrieden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, das ist genau sozusagen, ich sage mal, das Unwahrheitsdelta, in dem Sie sich befinden, -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass der Präsident des BND sagt, er hat Sie unterrichtet am 28.10., -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das hat er ja auch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie sagen, er hat irgendwelche vagen Geschichten erzählt.

Wir können seine Position nachvollziehen, weil es Akten aus dem BND gibt zu diesem Fall. Im Bundeskanzleramt gibt es zu relevanten Vorgängen keine Akten. Und das ist ein echter Schwachpunkt für Ihre Geschichte, weil Sie sie durch Akten nicht belegen können. Sie haben noch nicht mal aufgeschrieben, was für eine Weisung Sie erteilt haben. Die Hütte brannte lichterloh. Sie haben noch nicht mal aufgeschrieben, was Sie angewiesen haben. Und deswegen, muss ich sagen, ist die Aussage von Herrn Schindler bis zu dem Zeitpunkt, es sei denn, Ihnen fällt jetzt noch was Gutes ein, einfach glaubwürdiger.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, noch mal: Das, was Sie an Schindlers Aussage unterstellen, ist diesem Protokoll nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lese es Ihnen noch mal vor.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich lese es Ihnen auch vor.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lese es Ihnen noch mal vor, Herr Pofalla.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Der Zeuge darf jetzt noch mal antworten, weil wir schon bei zehn - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache das hier bis Mitternacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lese Ihnen das noch mal vor.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz, aber nur in der nächsten Runde. Der Zeuge darf jetzt noch mal antworten, dann sind wir bei der nächsten Fraktion, weil wir bei zehn Minuten sind.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gar keine Frage gestellt! Was soll er antworten?)

Zeuge Ronald Pofalla: Herr Schindler sagt hier:

... die ich mir dann auch angesehen hatte.

Also - - Jetzt lassen Sie mich auch einmal ausreden! Sie können ja anschließend gleich wieder widersprechen. Ich kann ja mit dem Disput sehr gut umgehen, aber ich würde es gerne einmal im Zusammenhang darstellen.

Dann sagt er:

... die ich mir dann auch angesehen hatte. Die kam auch nicht in dem Sinne - um das noch mal deutlich klarzustellen -:

- also sie kam eben nicht in dem Sinne -



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Wir haben ein Problem, weil wir etwas Ungesetzliches machen, weil wir etwas Fehlerhaftes machen“, sondern sie haben nur auf die Problematik hingewiesen, dass doch eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise ...

Daraus ergibt sich nicht, dass er mir das vorgetragen hat. Können Sie dieser Aussage von Herrn Schindler - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch. Denn Sie lesen - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich sage es so - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssen wir jetzt in der nächsten Runde - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, wir lesen es in verteilten Rollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege von Notz, das müssten wir jetzt in der nächsten Runde vertiefen. Der Zeuge hatte noch mal Gelegenheit, etwas zu sagen.

Jetzt kommen wir zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der SPD. Ich glaube, Kollege Flisek möchte beginnen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), an den Abg. Christian Flisek (SPD) gewandt: Lies es ihm noch einmal vor! Es ist unfassbar!)

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Hallo, Herr Pofalla! Also, ich teile zumindest mal die Interpretation, dass sich die Aussagen von Herrn Heiß und jetzt auch zum Schluss

Ihre Einlassungen, die ich jetzt mitbekommen habe gerade zum Schluss zu dieser Passage - -

Zeuge Ronald Pofalla: ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Hören Sie mir mal gut zu, bevor Sie ins Mikrofon reden!

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Sie waren die ganze Zeit nicht da. Deshalb konnten Sie das doch gar nicht verfolgen.

Christian Flisek (SPD): Ich habe ja gesagt: das, was ich von Ihnen mitbekommen habe. Manchmal reicht ganz wenig von Ihnen, um den richtigen Eindruck zu bekommen.

Zeuge Ronald Pofalla: Den Eindruck habe ich bei Ihnen auch, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt würde ich sagen, dass wir wieder dem Ausschusstil gemäß miteinander umgehen.

Christian Flisek (SPD): Na ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst ist die Sitzung nämlich ganz schnell zu Ende heute.

Zeuge Ronald Pofalla: Zeugenbeschimpfung gehört zu seinem Privileg.

Christian Flisek (SPD): Herr Vorsitzender, dann weisen Sie mal den Zeugen darauf hin, und dann ist das gut.

Zeuge Ronald Pofalla: Zeugenprivileg: Beschimpfung durch den Befragenden.

Christian Flisek (SPD): Also, wollen Sie mir jetzt Fragen stellen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Aber ich mache deutlich, was ich von Ihrer Art halte.

Christian Flisek (SPD): Dann seien Sie mal ruhig und hören mir mal einfach zu!



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ich sage Ihnen aber, was ich von Ihrer Art halte.

Christian Flisek (SPD): Fragen Sie - - Machen Sie mal genau da weiter, wo Sie letztes Mal - - Ich höre zu. - Also, stoppen wir die Zeit. Herr Pofalla hat die Gelegenheit, jetzt was zu sagen.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Sie müssen ja erst mal eine Frage stellen.

Christian Flisek (SPD): Sie wollten sich äußern, Herr Pofalla?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Christian Flisek (SPD): Dann ist gut. Kann ich dann mit meiner Zeugenbefragung weitermachen?

Zeuge Ronald Pofalla: Sie hatten ja jetzt die Gelegenheit. Ich weiß nicht, warum Sie nicht weitermachen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, ich teile die Ansicht des Kollegen von Notz, dass sich Ihre Einlassungen insbesondere jetzt zum Ende und unter Vorhalt insbesondere des Protokolls auf Seite 26 mit denen von Herrn Schindler nicht decken, und ich glaube, dass es hier tatsächlichen Bedarf gibt, entweder heute noch eine Klärung herbeizuführen, weil wir ansonsten tatsächlich uns in diesem Ausschuss überlegen müssen, wie wir diesen Punkt klären, weil er muss geklärt werden. Ich vertrete die Auffassung, dass wir unsere Ausschussarbeit nicht beenden werden, ohne diesen Punkt geklärt zu haben, zumindest im Rahmen der Möglichkeiten, die wir als Ausschuss haben. Es kann sein, dass wir es auch unter Ausnutzung aller Möglichkeiten nicht klären können - das ist manchmal so -; aber Fakt ist, dass wir hier, wie der Kollege von Notz richtig gesagt hat, ein enormes Delta haben.

Ich denke, dass das, was der ehemalige Präsident des BND hier in diesem Ausschuss gesagt hat, sehr deutlich ist. Das ergibt sich auch aus dem Protokoll. Wir waren auch alle miteinander bei dieser Zeugenvernehmung natürlich zugegen und

haben sie noch sehr präsent. Das ist der Nachteil jetzt, wenn Sie es im Endeffekt hier nur schriftlich lesen. Aber die Tatsache, dass der Präsident eine sehr - - eine relativ ausführliche, sage ich mal, Vorbereitung abso- - So extensiv ist sie ja nicht. Sie ist eine Seite, aber sie enthält mehr Substanz als das Bundeskanzleramt meint an Informationen bekommen zu haben - - und er deutlich sagt in seiner Aussage, er hat auf die gesamte Problematik hingewiesen. Und die ganze Frage, um die es sich ja hier dreht, ist die: Handelt es sich um eine Fehleinschätzung im Kanzleramt? Hat man die Informationen bekommen, wie Herr Schindler es hier gesagt hat, dass er sie an Sie weitergegeben hat, und man hat die Situation völlig falsch eingeschätzt, oder hat er diese Informationen nicht an Sie weitergegeben, hat er selber die Situation kleingeredet?

Ich hatte vorhin den letzten Zeugen, den Abteilungsleiter 6, Herrn Heiß, gefragt, ob er den Eindruck hatte, dass Herr Schindler in diesem Gespräch die Situation kleingeredet hätte, und er hat gesagt, Herr Schindler hat in dem Gespräch lediglich ein Beispiel genannt - ein Beispiel! Und wir wissen ja aus der BND-Akte: Herr Schindler hat durchaus Zahlen von Fällen parat gehabt, und er behauptete hier in diesem Ausschuss, er hat das vorgetragen.

So. Und jetzt wissen wir aufgrund unserer Beschäftigung mit dieser Thematik, dass es sich nicht um ein banales Thema handelt. Also die Frage, welche Botschaften von EU-Staaten, NATO-Staaten in welchen Ländern mit unterschiedlichen Bezügen zum Auftragsprofil gesteuert werden, ist kein banales Thema; es ist ein komplexes Thema. Das sieht man auch an den Ausarbeitungen, am Versuch der Verschriftlichung der Weisung infolge Ihrer Weisung oder infolge der Weisung des BND-Präsidenten dann in den Apparat hinein im Frühjahr 2014. Das ist nicht ganz so banal. Deswegen würde ich Ihnen die Frage jetzt gerne mal am Anfang stellen: War für Sie als Chef der Aufsichtsbehörde, der eine solche Weisung im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit erteilt, der Fall an dieser Stelle wirklich erledigt, so wie der Herr Heiß es heute gesagt hat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich beantworte gerne die Frage. Nur damit Sie dann - - Sonst glauben Sie, ich wollte Ihnen gegenüber unhöflich sein. Ich müsste anschließend mal - -

Christian Flisek (SPD): Ach!

Zeuge Ronald Pofalla: Weil ich das nicht will - deshalb kündige ich es vorher an: Ich würde gerne danach einmal ein kleines Örtchen aufsuchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das kriegen wir hin.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich beantworte aber Ihre Frage vorher, damit Sie das nicht falsch verstehen.

Der Fall war für mich nicht geklärt. Ich habe das ja vorhin deutlich gemacht, da waren Sie aber noch nicht da - -

Christian Flisek (SPD): Genau.

Zeuge Ronald Pofalla: Das ist jetzt keine Spitze, wirklich keine Spitze - damit es nicht wieder losgeht zwischen uns beiden. - Ich habe vorhin erklärt, dass ich einen Bericht erbeten habe und dass ich gesagt habe, weil der Sachverhalt nicht geklärt ist, will ich diesen Bericht haben. Und je nachdem - wenn ich den Bericht bekommen hätte und was darin gestanden hätte, hätte ich darauf reagiert. Deshalb war der Vorgang oder der Fall, wie Sie es sagen, für mich nicht geklärt.

Und ich würde einmal bitten, wenn ich um die Ecke - - Ich bin gleich wieder da.

Christian Flisek (SPD): Sehr gut. Können wir unterbrechen. Sehr gern.

Zeuge Ronald Pofalla: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann ist die Sitzung für fünf, sechs Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
20.32 bis 20.37 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Ich hoffe, die Pause war ausreichend. - Kollege Flisek hat weiter das Wort.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde jetzt noch mal da einsteigen wollen, wo wir gerade vor der Unterbrechung aufgehört haben. Sie haben gesagt, für Sie war das nicht erledigt mit der Weisung. Richtig, ja? Gebe ich Sie richtig wieder? - Das finde ich auch grundsätzlich richtig. Also Sie hätten erwartet, dass infolge dieser mündlichen Weisung aus dem BND heraus, dann wahrscheinlich als Ihr Ansprechpartner vom BND-Präsidenten, Ihnen oder, je nachdem, wer dann irgendwann vielleicht die Verantwortung im Kanzleramt hat, jedenfalls dem Kanzleramt einen Bericht übergeben wird?

Zeuge Ronald Pofalla: So habe ich es dargestellt, ja.

Christian Flisek (SPD): So. Und diese Erwartung, die haben Sie ihm auch klar zu verstehen gegeben, dem Herrn Schindler?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Also, auch das war vorhin breit hier diskutiert worden, und ich habe gar keinen Zweifel, dass Herr Schindler wusste, wie das zu verstehen ist, auch hinsichtlich des Willens und des Sachverhalts.

Christian Flisek (SPD): Okay. Ich kann das nachvollziehen, weil wir haben heute sehr ausführlich den Regelungsmechanismus von Aufsicht und Aufsichtsausübung sozusagen und auch der Instrumente von Aufsicht erörtert, und da sind die Weisung und dann auch die Berichts-anforderung natürlich zentrale Elemente, und insofern - also, ich kann das nachvollziehen; ich hätte es genauso gemacht. Wenn ich eine Weisung erteilt hätte, hätte ich gesagt: Jetzt möchte ich dann irgendwann einen Bericht haben: Wie habt ihr das umgesetzt? Gibt es Probleme in der Umsetzung? Sind neue Probleme aufgetaucht?

Wir haben das halt mit dem Herrn Heiß sehr ausführlich auch gerade erörtert, genau zu diesem Thema, und da haben wir viel Zeit investiert. Da



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat uns Herr Heiß genau das Gegenteil gesagt. Herr Heiß hat gesagt, aus Sicht der Abteilung 6 gab es überhaupt gar keinen Anlass - so hat er es gesagt -, gegenüber Herrn Schindler, gegenüber dem BND, einen solchen Bericht anzufordern. Er hat gesagt, die Sache war erledigt. Es saßen sozusagen die höchsten Spitzen in Sachen Geheimdienstaufsicht zusammen, haben die Weisung erteilt. Die Weisung war klar, und es gab keinerlei Anlass, hier einen Bericht anzufordern.

Und das ist jetzt sozusagen auch keine Divergenz zwischen BND und Kanzleramt, sondern da haben wir jetzt zwei offensichtlich unterschiedliche Aussagen innerhalb des Kanzleramtes, nämlich dem Abteilungsleiter 6, der gesagt hat - für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, sage ich -, Weisung reicht, noch dazu eine mündliche, keinerlei Nachfassen, Kontrolle, Bericht, und - völlig zu Recht -, wie Sie es sagen: Zu einer Ausübung der Aufsicht in dieser Frage, die nicht banal ist, die sensibel ist, die komplex ist, gehört es, eine Weisung zu erteilen und dann gegebenenfalls auch einen Bericht anzufordern. Aber was ist nun passiert?

Zeuge Ronald Pofalla: Das kann ich Ihnen ja nicht sagen für den Zeitpunkt nach dem 17. Dezember. Aber ich glaube, Sie müssen ein bisschen auch unterschiedliche Naturelle in Rechnung stellen. Also, ich würde mal sagen, Herr Heiß - noch mal - hat meine totale Wertschätzung, aber ist jemand, der neigt von seiner Persönlichkeit nicht dazu, Sachen in die eine oder andere Richtung zu dramatisieren, was ich sehr an ihm schätze.

Christian Flisek (SPD): Das kann ich nachvollziehen, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Das schätze ich.

Christian Flisek (SPD): Nein, nein. Den Charakterzug, den Sie gerade beschrieben haben, den kann ich nachvollziehen aufgrund der Befragung.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, würde ich auch so sagen. Und - wie soll ich das ausdrücken? - offensichtlich ist - so ist es mir vorhin vorgehalten

worden; sonst wüsste ich das ja nicht - die Aussage von Herrn Heiß hinsichtlich des materiellen Inhalts der Unterrichtung, zwischen dem, was er sagt und ich sage, identisch - weil ja vorhin die Frage kam, ob wir uns vorher abgestimmt hätten, was wir nicht haben -, was mich ja zufriedensstellt. Jetzt würde ich mal sagen: Wenn er meint, die Sache sei erledigt, vermute ich mal, war das sozusagen die Anweisung der Einstellung. Ja, klar, die war erledigt, weil die war zwischen uns dreien klar, und damit war klar, dass, wenn so etwas stattfindet, es unterbunden werden muss. Also sehe ich jetzt auch keinen Gegensatz zwischen mir und Herrn Heiß. So.

Und ich habe berichtet - dem hat Herr Heiß ja offensichtlich auch nicht widersprochen -, dass ich bei Herrn Schindler darum gebeten habe, mich über die Sachverhaltsaufklärung weiter zu unterrichten, ob mündlich, aber eben auch in schriftlicher Form. Also, ich sehe da gar keinen Unterschied. Der eine formuliert es nur so rum und der andere so rum.

Christian Flisek (SPD): Dann darf ich das noch mal gerade etwas konkreter machen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, bitte.

Christian Flisek (SPD): Noch mal, Herr Pofalla: Wir haben da sehr viel Zeit mit Herrn Heiß auf diese Frage verwendet.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und wir haben Herrn Heiß gefragt, ob vom Kanzleramt irgendeine Maßnahme, zum Beispiel eine Berichts-anforderung, erfolgt ist hinsichtlich der Frage: Was ist aus dieser Weisung gefolgt, was ist mit dieser Weisung passiert? Und auf diese Frage hat Herr Heiß, Abteilungsleiter 6 des Kanzleramtes, uns vorhin geantwortet, er sah keinen Anlass, jenseits der reinen Weisung irgendetwas zu unternehmen, anzufordern, auch keinen Bericht. Also, wir werden das - - Das Protokoll ist jetzt sicherlich ja noch nicht fertig, weil das eine ganz frische Vernehmung heute war; aber da wird das so expressis verbis sinngemäß drinstehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also wir haben ihn damit konfrontiert, ob das Kanzleramt - - weil wir wollen uns einen Überblick darüber verschaffen, wie Aufsicht über den BND in einem so wesentlichen Bereich unseres Untersuchungsgegenstandes ausgeübt wird. Und ich stimme Ihnen voll und ganz zu, wenn man sagt, eine Weisung reicht nicht aus; selbstverständlich gehört dazu ein Bericht am Ende. Wir teilen ja offensichtlich die Einschätzung, dass es sich hier nicht um eine ganz banale Angelegenheit handelt. So. Und Herr Heiß sagt: nichts dergleichen; kein Anlass für irgend weitergehenden Anforderungen gegenüber dem BND-Präsidenten.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ähm - -

Christian Flisek (SPD): Und insofern: Verstehen Sie jetzt? Sie haben ja gerade gesagt, Sie sehen keinen Widerspruch; Sie haben gerade versucht, ein Stück weit vielleicht diesen Widerspruch aufzulösen, der zwischen dem, was Sie jetzt gesagt haben, und dem, was Herr Heiß gesagt hat - - Ich sehe diesen Widerspruch nach wie vor, auch unter Hinweis auf die Charakterzüge von Herrn Heiß. Ich sehe nach wie vor in der sehr klaren Aussage hier einen sehr deutlichen Widerspruch.

Und die Frage, die sich mir stellt: Hat jetzt das Kanzleramt einen Bericht angefordert vom BND-Präsidenten, oder hat es keinen Bericht angefordert? Hat Herr Heiß gerade die Unwahrheit gesagt? Weil er hat sehr viele Fälle genannt, wo er gesagt hat: Ich kann mich nicht mehr erinnern. - Damit wir das hier auch mal hier einordnen: Herr Heiß ist ein Zeuge gewesen, der sich sehr oft nicht konkret erinnern konnte, und wenn er sich nicht erinnern konnte, hat er auch nichts gesagt. Ergo sage ich: Wenn er sich erinnert, dann sagt er was. Und zu dieser Frage hat er sehr klar Stellung genommen. Er hat gesagt, das Kanzleramt hat keinen Bericht angefordert. Und Sie sagen, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt haben Sie nur selber - - Ich habe ja mitgeschrieben, was Sie jetzt gerade gesagt haben. Jetzt, muss ich mal sagen, ist die Verwirrung perfekt, weil: Worauf bezieht sich die Frage? Weil Sie haben gesagt: „Was ist aus dieser Weisung geworden?“, hätten Sie Herrn Heiß gefragt. Und darauf hat er gesagt, das sei

erledigt. Ja, da würde ich auch sagen: Da stimme ich Herrn Heiß zu; ich wäre auch nicht auf die Idee gekommen, nachzufragen, ob die Weisung umgesetzt ist, weil ich habe bei Herrn Schindler nie Zweifel gehabt, dass das, was angewiesen worden ist, umgesetzt wird. Oder anders ausgedrückt: Hätte ich jemals den Eindruck gehabt, hätte ich ihn entlassen müssen. So. Es gibt keinen Vorgang, an den ich mich erinnern kann, wo ich erfahren hätte, dass ich etwas angewiesen habe, was Herr Schindler anschließend nicht umgesetzt hat. Und man muss doch jetzt mal sehen: Das ist doch auch eine Zusammenarbeit, die nicht nur auf Misstrauen basiert. Ich habe Herrn Schindler jedenfalls nicht misstraut.

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe übrigens auch seinem Vorgänger - damit Sie nicht meinen, ich meine es nur bei ihm -, Uhlrau, nicht misstraut. Insofern sage ich mal: Den Teil kann ich doch total gut verstehen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: So. Wenn mit „erledigt“ gemeint war, dass sozusagen durch die bloße Anweisung, die erfolgt ist, nichts Weiteres mehr passieren muss, dann weise ich darauf hin - und so habe ich das Gespräch in Erinnerung -, dass ich eben Herrn Schindler gebeten habe, den Sachverhalt zu klären und mir schriftlich zu berichten. - So ist der Sachverhalt.

Christian Flisek (SPD): Also, noch mal: Es geht um die Frage, ob ein solcher Bericht angefordert wurde; denn in der Folge ist ein solcher Bericht ja offensichtlich nicht erstellt worden. Er ist weder vom BND erstellt worden, wenn zutrifft, dass Sie das angefordert haben. Und ich gehe davon aus, dass, selbst wenn der Chef des Bundeskanzleramtes wechselt, damit sozusagen eine Berichts-anforderung nicht hinfällig ist, sondern sie ist ja dann dem Bundeskanzleramt, und zwar dem nächsten Chef, zu übermitteln.

Es ist nie ein Bericht erstellt worden; wir haben nie in unseren Unterlagen einen solchen Bericht



Nur zur dienstlichen Verwendung

gesehen. Und wir sind dabei - ich formuliere das jetzt mal so hier -, ein schwarzes Loch aufzuklären, das klafft zwischen der Weisung, die Sie ja noch verantworten, im Oktober 2013 und den Vorfällen anlässlich des Besuches Ihres Nachfolgers in Pullach im März 2015. Wir versuchen, zu klären: Was ist eigentlich im Kanzleramt und im BND in dieser Zeit in diesen Fragen passiert? - So. Und ich bin gerne dabei, wenn hier sozusagen Sie mir darlegen können, dass - Sie sind am 17.12. aus dem Amt geschieden - - Sie sagen: Ich habe in dieser Frage alles richtig gemacht.

Und wenn Sie sagen: „Ich habe eine Weisung erteilt, und ich habe einen Bericht angefordert“, dann spricht zunächst einmal alles dafür, dass hier ordentlich die Aufsicht ausgeübt wurde; spricht alles dafür. Das einzige Problem, das ich habe, ist: Abteilungsleiter 6, Heiß, hat auf ausdrückliche Frage hin: „Ist ein solcher Bericht vom Kanzleramt angefordert worden?“, Nein gesagt, mehrfach: Haben wir nicht. Es ist nie ein solcher Bericht erstellt worden. Auch Herrn Schindler ist ein solcher Bericht nicht bekannt. Und jetzt stellt sich mir die Frage: Wo beginnt das schwarze Loch? Und das ist das, wo wir hier gerade arbeiten.

Und jetzt würde ich eigentlich eine konkrete Frage an Sie stellen: Haben Sie denn bei Ihrer Amtsübergabe an Ihren Nachfolger, an Peter Altmaier, ihm gesagt - ich weiß ja nicht, vielleicht haben Sie ja auch über diese Problematik gesprochen, wahrscheinlich - -

Zeuge Ronald Pofalla: Habe ich.

Christian Flisek (SPD): Ja? Haben Sie ihm gesagt: „Da kommt ein Bericht, den habe ich angefordert. Ich habe eine Weisung erteilt, mündlich, die wurde weitergegeben vom BND-Präsidenten. Du musst diesen Bericht anfordern, und dann musst du an der Sache dranbleiben, weil sie ist politisch heikel. Da kommt ein Untersuchungsausschuss auf uns zu - mit hoher Wahrscheinlichkeit“? Das war ja am 17.12. absehbar. Was haben Sie ihm gesagt zu diesen Fragen, zu der Frage Bericht?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, jetzt muss ich aber - - Tut mir wirklich leid, Sie werden das wieder als Provokation empfinden, aber - -

Christian Flisek (SPD): Ich bin da ganz hart im Nehmen mittlerweile.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ich will Sie echt nicht provozieren, weil - - Aber das habe ich alles beantwortet.

Christian Flisek (SPD): Dann müssen Sie es jetzt noch mal beantworten. Tut mir auch leid, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Christian Flisek (SPD): - weil der Kontext, den ich jetzt beziehe auf den Bericht, ist vielleicht noch mal etwas zugespitzter, auch wenn Sie zu diesen Fragen schon insgesamt Stellung genommen haben. Ich möchte wissen: Haben Sie Herrn Altmaier bei der Amtsübergabe gesagt: „Ich habe einen Bericht vom BND zu dieser Frage angefordert, und der wird - - Der ist bisher nicht gekommen. Ich bin jetzt weg, aber er wird mit Sicherheit in deiner Zeit kommen. Und wenn er nicht bald kommt, dann fordere ihn bitte an“?

Zeuge Ronald Pofalla: Jetzt wird Folgendes passieren: Wenn ich jetzt kurz antworte, was ich kann - weil ich habe ihn nicht unterrichtet -, werden Sie wieder Fragen stellen, die andere vorhin auch gestellt haben, die wir in der ganzen Runde -

Christian Flisek (SPD): Ist doch egal.

Zeuge Ronald Pofalla: - darf ich das mal sagen - schon durchgegangen sind.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Wir können es ja gerne wiederholen, also: Zeit habe ich genug.

Christian Flisek (SPD): Ja, wir auch.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber es ist doch nicht der Sinn einer Vernehmung, - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dieser Runde - -

Christian Flisek (SPD): Antworten Sie doch. Wenn Sie kurz antworten können, antworten Sie doch kurz.

Zeuge Ronald Pofalla: - dass Sie drei Stunden lang nicht da sind und Fragen, die bereits -

Christian Flisek (SPD): Antworten Sie einfach kurz.

Zeuge Ronald Pofalla: - wirklich geklärt sind, wiederholen. Ich kann nichts dafür, dass Sie von Anfang an nicht dabei waren.

Christian Flisek (SPD): Ja. Haben Sie Herrn Altmaier - ich wiederhole jetzt gerne noch mal die Frage - - Und das wird ja, sage ich mal, dann auch nicht kürzer, wenn Sie sagen, Sie können eigentlich darauf kurz antworten.

Zeuge Ronald Pofalla: Habe ich doch schon.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie haben ihn nicht - -

Zeuge Ronald Pofalla: Habe ich doch gerade beantwortet, in aller Kürze, mit vier Buchstaben.

Christian Flisek (SPD): Nein.

Zeuge Ronald Pofalla: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten langsam - -

Christian Flisek (SPD): Was war denn der Grund, dass Sie ihm das nicht gesagt haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, das ist die nächste Frage, die habe ich Ihnen vorhergesagt, die haben wir vorhin auch schon erörtert. Darf ich Ihnen sagen: Ich mache das gerne, aber das ist doch irre.

Christian Flisek (SPD): Nein, das ist nicht irre.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, das ist irre vom Prozedere, dass Sie drei Stunden lang nicht dabei sind und nach drei Stunden dieselben Fragen stellen, die längst geklärt sind, -

Christian Flisek (SPD): Dann machen wir das die nächste Fragerunde wieder. Ich gebe jetzt das Wort ab.

Zeuge Ronald Pofalla: - die wirklich längst geklärt sind. Das ist doch irre.

Christian Flisek (SPD): Also, nächste Fragerunde treffen wir uns wieder.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Es kommt jetzt die Fraktion Die Linke wieder dran, wo sowohl Kollegin Renner als auch Kollege Hahn die meiste Zeit, wenn ich es richtig gesehen habe, da waren und deswegen neue Fragen stellen. - Aber keiner will? - Dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Im Moment höre ich lieber noch mal den anderen Kollegen zu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann kommt die Fraktion - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ach nein, Herr Hahn hat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will jetzt nicht das fragen, was der Kollege Flisek gesagt hat, aber doch noch mal zur Übergabe, Amtsübergabe insgesamt, denn wir werden ja den Herrn Altmaier, jetzt Chef BK, auch noch hören. Und Sie haben gesagt oder vorhin schon erklärt und jetzt auf die Frage noch mal gesagt, dass Sie darüber Herrn Altmaier nicht unterrichtet haben.

Was haben Sie denn mit Herrn Altmaier bei der Übergabe, bezogen hier auf den Untersuchungsgegenstand, überhaupt besprochen? Also, haben Sie ihn, der ja in dem Bereich neu war, zum Beispiel unterrichtet über die ganze Frage der NSA-Selektoren und was da bisher der Kenntnisstand im Kanzleramt ist? Sie haben ja auch das PKGr



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterrichtet. Aber Sie haben natürlich auch bei der Übergabe bestimmte Dinge angesprochen. Hat das Kanzlerhandy eine Rolle gespielt? Ich weiß jetzt nicht ganz genau, wann das Telefonat zwischen Präsident Obama und der Bundeskanzlerin war, in dessen Ergebnis ja wohl gesagt worden ist, man würde jetzt die Kanzlerin nicht mehr abhören, was wir als Eingeständnis weitgehend gewertet haben. Ich weiß nicht, inwieweit solche Telefonate oder die Vermerke dazu über Ihren Tisch gingen. Also: Haben Sie darüber mit Herrn Altmaier gesprochen?

Haben Sie die Frage No-Spy-Abkommen, was Sie ja zur Beendigung dieser ganzen öffentlichen Aufregung kurz vor den Wahlen gesagt haben - - Jetzt geht's los, und wir werden das alles kräftig schaffen. Haben Sie ihn über den jetzigen Stand oder den Stand damals unterrichtet? Also, was waren Dinge, die bei der Amtsübergabe eine Rolle gespielt haben, die hier diesen Untersuchungsausschuss auch beschäftigen oder schon beschäftigt haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Also, diesen Untersuchungsausschuss gab es zu dem Zeitpunkt nicht. Insofern gab es auch gar keine Veranlassung über einen späteren - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe ja drei Themen jetzt genannt, unabhängig ob Sie ihn schon - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, Sie haben ja nach dem Untersuchungsausschuss gefragt. Also, ich hatte keine Veranlassung, mit ihm über einen möglicherweise später erfolgten Bundestagsbeschluss mit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu reden, weil zu dem Zeitpunkt - Mitte Dezember, übrigens auch tatsächlich so gewesen - - erst Monate später der NSA-Untersuchungsausschuss eingerichtet worden ist. Deshalb gab es auch gar keine Veranlassung für mich, zu dem Zeitpunkt darüber mit ihm zu reden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr Pofalla, ich habe den Verweis auf den Untersuchungsausschuss nur deshalb gemacht, um Sie nicht in die

Verlegenheit zu bringen oder den Vorsitzenden jetzt wieder dazu zu bringen, zu unterbrechen. Wenn Sie also den Geheimcode des Panzerschrankes bei der Amtsübergabe Herrn Altmaier gegeben haben und noch - - Ich wollte damit sagen: Diese Dinge interessieren mich nicht. Die interessieren mich schon, aber jetzt nicht in diesem Ausschuss, sondern ich wollte damit sagen, dass ich die naive Vorstellung, vielleicht naive Vorstellung habe, dass, wenn ein Minister dem anderen etwas übergibt, zu drei, fünf, acht, zehn wichtigen Punkten man miteinander sich austauscht: Das steht an, das könnte im nächsten Monat noch kommen. Da läuft etwas, das kann gefährlich werden, da gibt es Schwierigkeiten.

Und da habe ich drei Themen genannt, von denen ich ausgegangen bin dass sie eigentlich bei einer Amtsübergabe eine Rolle spielen sollten, damit der Neue nicht ins Messer läuft, und habe Ihnen deshalb gesagt: Das möchte ich wissen, was diesen Untersuchungsausschuss jetzt hier in den letzten Jahren beschäftigt hat, und nicht, dass Sie damals zu einem schon existierenden oder Einsetzungsauftrag was sagen, sondern ich wollte das eingrenzen, weil ich annahm, Sie haben mehr zu besprechen als diese Punkte bei der Amtsübergabe.

Zeuge Ronald Pofalla: Die drei Punkte, die Sie genannt haben, waren Selektoren. Da mir zu dem Zeitpunkt nicht bekannt war, dass es Selektoren gibt, dass es gar den Begriff gibt, hätte ich mit ihm gar nicht darüber reden können, weil ich selber die Kenntnis nicht hatte. Über das Telefonat Obama brauchte ich nicht berichten, weil das in den Tagen alles in der Zeitung stand. Und zum No-Spy-Abkommen wusste ich, dass er über die Aktenführung ohnehin den Zulauf zu dem ganzen Vorgang hat.

Also, ich bin ja selber ins Kanzleramt gekommen, 2009, und weiß ja, wie das Kanzleramt einem dann auf laufende Sachen vorbereitet. Sie bekommen am Anfang sehr umfängliche Akten, wenn Sie ein Aktenstück bekommen. Wenn Sie irgendwann in den Sachverhalten drin sind, werden Ihnen ja die Akten gar nicht mehr vorgelegt, sondern Sie kriegen dann nur noch den Schriftsatz,



Nur zur dienstlichen Verwendung

der eingeht, die Erwiderung, die eingeht, weil unterstellt wird, dass Sie sozusagen die Historie kennen. Und wenn Sie sie nicht kennen, können Sie auch jederzeit nachfragen. Also, da ist das Kanzleramt wirklich sehr, sehr gut organisiert. Deshalb gab es für mich überhaupt gar keine Veranlassung, mit Ihnen darüber zu reden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut. Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. - Es gibt im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen mehr. Dann sind wir bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, auch noch mal zu zwei anderen Fragen. Aus den Snowden-Dokumenten wurde ja damals - ich sage das mal ganz vorsichtig - auch entnommen, dass unter anderem die Glasfasern angezapft werden - das sage ich jetzt mit meinen Worten - oder abgeleitet oder wie auch immer werden, die in Europa an den verschiedenen Stellen zu sehen sind, und dass das der BND machen soll bzw. gemeinsam mit der NSA macht - angeblich. Haben Sie seinerzeit gewusst, dass da was dran ist? Also, die Welt sonst und die Fachleute wussten es, glaube ich, nicht, außer denen, die da irgendwie involviert waren. Wussten Sie damals von dem Projekt „Eikonale“, um das mal ganz klar zu sagen, also Ableitung der Glasfaserkabel in Frankfurt? Und wussten Sie noch von einem weiteren ähnlichen Projekt, was in Vorbereitung war? - Also, ich will jetzt gar nicht in die Einzelheiten, sondern - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ist ja klar. Die erste Frage hatten Sie mir bereits gestellt vor anderthalb Jahren zu „Eikonale“. Die habe ich beantwortet: Nein, wusste ich nicht. - Und die zweite Frage kann ich auch mit Nein beantworten; wusste ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Schindler hat Sie über sein Wissen diesbezüglich und seine Aktivitäten diesbezüglich nie, zu keinem Zeitpunkt informiert?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, die beiden Sachverhalte, die Sie ansprechen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ist Ihnen völlig - -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, keine Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie von damals keinerlei Erkenntnisse erworben?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja wahrscheinlich inzwischen da einiges auch in den Medien gelesen. Also, „Eikonale“ hatten wir in der Tat schon seinerzeit und konnte ich damals schon fragen. Aber dieses andere Projekt, was wir hier nicht nennen sollen, das soll da erst in Arbeit gewesen sein, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sage ich mal so, im Entstehen. Davon haben Sie wahrscheinlich auch in der Zeitung gelesen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich da gewundert? Haben Sie gedacht: „Ach, da war ja noch was, was ich nicht wusste“?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich vermute. Das hat ja auch einen Eigennamen, wenn man den Namen nicht sagen soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Und es gab ja eine Ausschussveröffentlichung, also Ihres Ausschusses nach außen; sonst hätte ich ja auch nicht gewusst - mindestens mal in Grenzen -, was Sie von mir wissen wollen: Da wird dieses Projekt angesprochen. Offen gestanden: Nein, ist mir nicht bekannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn nachher, als Sie das erfahren haben, sowohl in dem einen Fall schon länger und im anderen Fall etwas kürzer, mal gedacht: „Haben die mich doch nicht so auf dem Laufenden gehalten“? - Es waren ja immerhin Projekte, die über Jahre gelaufen sind, Zusammenarbeitsprojekte, also geplant bzw. schon durchgeführt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe in der Zeit, als ich im Kanzleramt war, mich immer hinreichend informiert gefühlt, sowohl durch das Kanzleramt wie durch den BND, insbesondere dann, wenn man auch selber nachgefragt hat. Das ist immer alles geklärt worden. Mal hat es schnell geklappt, mal hat es etwas länger gedauert; aber am Ende sind die Fragen immer beantwortet worden. Ich bin mir eben nicht sicher - - Aber noch mal: Ich habe keinen Aktenzugang mehr zu den - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich kann das nicht beurteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ich mache Ihnen gar keinen Vorwurf. Mich interessiert: Damals ist das - -

Zeuge Ronald Pofalla: Ich weiß einfach nicht, wer wann was auch beim BND, auch in der Leitung erfahren hat oder nicht. Das kann ich alles nicht beurteilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, habe ich auch nicht gefragt. - Das ist der erste Komplex. - Der zweite ist noch mal Kanzleramt und Kanzlerhandy: Haben Sie sich vorhin auch zu geäußert.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich schon mal auch länger zu geäußert. Da habe ich noch zwei Nachfragen:

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich: Also, am Anfang haben Sie das prüfen lassen - das haben wir auch von anderen Zeugen gehört -, und dann kam man zu dem Ergebnis: Kann sein, kann nicht sein. Und dann haben Sie vorhin gesagt - ich habe es jetzt nicht mehr wörtlich im Kopf -, aber für Sie sprach dann doch mehr dafür, dass es richtig - - also, dass es wohl stimmt. Können Sie dazu was sagen? Ist das mit Ihrer Abteilung 6 so diskutiert worden? Haben Sie das überhaupt diskutiert, abgewogen: „Der eine hat das gesagt und der andere das“?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich weiß es nicht, ob ich das mit Mitarbeitern aus der Abteilung diskutiert habe. Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder mit den Chefs der Dienste?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nein. Ich habe - daran kann ich mich erinnern - mit den Diensten, die wir danach gefragt haben, also unter anderem den BND, aber auch Bundesamt für Verfassungsschutz - BSI ist mir auch noch in Erinnerung - - Die habe ich ja alle gebeten, mal eine Einschätzung dazu abzugeben, wie diese Maske zu bewerten ist. Und insofern sage ich aber jetzt nichts Neues zu der Vernehmung damals vom 2. Juli. Es gab eben Elemente, die aufgrund der Maske dafür sprachen, dass das eine Maske war, die auf Aufklärung abzielte. Aber es gab Elemente - - weil Sie können ja nicht ausschließen, dass das auch ein Fake war, die herzustellen. Ich habe ja damals berichtet - das will ich alles nicht wiederholen -: Sie können über chinesische Portale, wenn Sie da draufgehen, sich genau ansehen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das will ich ja gar nicht alles wissen. - Mich interessiert die Diskussion bei Ihnen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, es gab Elemente, die dafür und dagegen sprachen. Und wir haben - das ist aber auch keine andere Einschätzung als damals - - Wir sind dann eben zu dem Ergebnis gekommen, dass etwas mehr dafür spricht, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

es sich um eine Maske handelt, die tatsächlich darauf abzielte, aufzuklären.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Spielte bei den Diskussionen, die Sie dazu hatten, oder Gesprächen das Telefonat der Kanzlerin mit dem US-Präsidenten eine Rolle?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, in der Phase, über die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde gar nicht erwähnt?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, pass auf: Über die Phase, über die ich jetzt rede - - Das war ja im Vorfeld - - Weil jetzt muss ich einmal noch zur Historie sagen - man behält das ja alles nicht mehr, verstehe ich auch -: *Der Spiegel* hatte ja dem, nach meiner Erinnerung, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angriff.

Zeuge Ronald Pofalla: - Regierungssprecher diese Maske gegeben mit Bitte um Prüfung, weil ja selbst *Der Spiegel* Zweifel hatte, wie diese Maske zu beurteilen ist. Und das war ja vor den Tagen, als darüber berichtet wurde, dass es diese Maske überhaupt gibt. Und in der Phase haben wir diese Institution, die ich gerade benannt habe, gebeten, das zu beurteilen. Und in der Phase haben wir mit denen darüber diskutiert.

Als dann das Telefonat mit dem amerikanischen Präsidenten kam oder auch die Amerikaner ja nach außen veröffentlicht haben, wurde die Sache ja in gewisser Weise noch klarer, weil durch diese Ausschlussregelung für die Vergangenheit war ja zu vermuten: Wer sagt, dass es jetzt und in der Zukunft nicht mehr stattfindet - - dass es in der Vergangenheit stattgefunden hat. Und aus der Kombination von beiden haben wir dann unterstellt, dass es vermutlich stattgefunden hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie haben jetzt auch wieder gesagt: „haben wir“. War das der Inhalt von Gesprächen, die

Sie unter anderem mit der Abteilung 6 geführt haben?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe jetzt - noch mal - in Erinnerung, dass ich mit Herrn Heiß darüber gesprochen habe. Ich habe in Erinnerung, dass ich mit Herrn Schindler darüber gesprochen habe. Ich habe in Erinnerung, dass ich mit Herrn Maaßen darüber gesprochen habe. Wie hieß der Präsident des BSI? - Genau, danke. Mit dem habe ich auch darüber gesprochen. Also, es gab verschiedene Personen, mit denen ich darüber gesprochen habe, weil ich mir ja selber eine Meinung bilden wollte. So. Aus der Kombination all dieser Gespräche plus die Einlassung der Amerikaner war dann das Ergebnis so, wie ich es beschrieben habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir wieder - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzte Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde in diesen Gesprächen auch eine andere Meinung vertreten? Also, gab es jemanden, der gesagt hat: „Überzeugt mich überhaupt nicht. Und was da mit Obama gesprochen wurde, wissen wir ja nicht genau“, dass gesagt wurde: „Nein, ist doch eher unwahrscheinlich“?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, aber diese Maske hat zwei Elemente gehabt, die total ungewöhnlich waren, um diese Maske sozusagen zweifelsfrei als eine Maske einschätzen zu können, die nur die Sicherheit gibt, dass es sich um eine Maske im Zusammenhang mit einer Aufklärung handelt. Und ich nenne noch mal die beiden Argumente: Es stand der Name daneben - so habe ich es in Erinnerung -, und es stand die tatsächliche Nummer daneben; auch ungewöhnlich. Die beiden Elemente sind üblicherweise auf diesen Masken so für Dritte nicht enthalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Danke. Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek macht weiter.

Christian Flisek (SPD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Pofalla, haben Sie nach dem 17. Dezember mit Herrn Altmaier regelmäßig Kontakt gehabt?

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe noch ein Jahr lang danach dem Deutschen Bundestag angehört. Und da Herr Altmaier und ich durchaus, würde ich mal sagen, ein Verhältnis haben und hatten, das über normale politische Kontakte hinausgeht, habe ich immer wieder mit ihm zu tun gehabt, klar.

Christian Flisek (SPD): Ist denn im Nachgang, also auch vielleicht jenseits Ihrer Zeit als Mitglied des Deutschen Bundestages - - Hat Herr Altmaier Sie mal auf diesen Sachverhalt angesprochen, den wir hier gerade erörtert haben, also: „Was ist da genau eigentlich im Oktober 2013 in die Wege geleitet worden? Was habt ihr da angewiesen, angefordert? Was ist passiert?“? Kann ja sein, dass sozusagen im Zuge der Regierungsbildung, der neuen, ein wenig - - Herr Altmaier hat ja viele Themen, für die er zuständig ist, für die ein Kanzleramtschef zuständig ist, dass die Thematik, wenn sie nicht gerade auf den Tisch landet, auch ein Stück weit untergeht. Hat er Sie da mal im Nachgang angesprochen auf das Problem?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Ich habe viel darüber nachgedacht; war ja völlig klar, dass diese Frage eine Rolle spielt hier im Ausschuss. Da ich mit Herrn Altmaier immer wieder zu tun hatte, kann ich mich überhaupt nicht daran erinnern, dass wir überhaupt über Sachverhalte geredet haben, die Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses sind.

Christian Flisek (SPD): Jetzt frage ich mal gleich: Hat das vielleicht was mit der Thematik zu tun? Oder würden Sie sagen, wenn es einen Anlass gegeben hätte, hätte man selbstverständlich auch über solche Themen geredet?

Zeuge Ronald Pofalla: Weiß ich nicht, eher in die letzte Richtung. Aber darüber habe ich mir jetzt wirklich keine Gedanken gemacht. Ich habe aber viel vorher darüber nachgedacht, ob wir jemals darüber gesprochen haben. Und jetzt meine ich noch mal den Gegenstand des gesamten Untersuchungsausschusses. Und nach meiner Erinnerung komme ich zum Ergebnis, dass wir das nicht haben.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Auch dann - - Also, Sie fassen das ja zeitlich uneingeschränkt, also auch über diesen Zeitraum März 2015, -

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Christian Flisek (SPD): - wo Herr Altmaier - das wissen Sie ja - den Besuch beim BND in Pullach hatte, Listen aufgetaucht sind, die dann noch mal dazu geführt haben, dass das Thema auch proaktiv in dem Fall ins Parlament hinein kommuniziert worden ist. Auch in diesem Kontext war nie dann mal irgendwann später mal eine Frage aufgetaucht: Wie seid ihr eigentlich damals da umgegangen mit der Thematik?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Also, ich kann mich nicht daran erinnern. Und ich würde mich doch daran erinnern, weil Sie auch den Zeitraum ansprechen, der ist dann sozusagen, gemessen an dem heutigen Tag, ja gar nicht weit her.

Christian Flisek (SPD): Ja, gut.

Zeuge Ronald Pofalla: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir jemals darüber gesprochen haben. Aber ehrlicherweise muss ich Ihnen auch sagen: Ich habe ja nun auch einen Vorgänger gehabt. Mit dem saß ich ja sogar noch zusammen in der Regierung, weil das Kanzleramt eigentlich so geführt wird durch die Beamten und Beamtinnen, wie ich das erlebt habe: Sie werden durch das Kanzleramt exzellent auf die Sachverhalte vorbereitet. Ich habe nach meiner Erinnerung beispielsweise im Blick auf meinen damaligen Vorgänger, Thomas de Maizière, auch nicht in Erinnerung, dass ich den jemals irgendetwas gefragt hätte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Gut. Also, es hätte ja insofern sein können, als dass ja bestimmte Dinge nach wie vor eben politisch die Menschen beschäftigen und auch den Nachfolger beschäftigen und Herr Altmaier ja gerade mit dieser Thematik auch jetzt nicht unerheblich viel Aufwand und Arbeit hatte.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie dann mit Herrn Fritsche mal irgendwann gesprochen?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, Herrn Fritsche habe ich auch, glaube ich, nur einmal nach meinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag gesehen. Und noch mal: Das war auch im Zusammenhang der zwei oder drei Akteneinsichtnahmen, die ich in einem bestimmten Raum des Kanzleramtes vorgenommen habe, vor meiner letzten Vernehmung am 2. Juli 2015. Und da haben wir uns die Hand geschüttelt, Guten Tag gesagt, und ich bin in den Raum gegangen, und ansonsten habe ich mit Herrn Fritsche keine Kontakte.

Christian Flisek (SPD): Ich vermute mal, nach Ihrem Ausscheiden dann auch nicht mit dem ehemaligen BND-Präsidenten Schindler?

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, mit Herrn Schindler habe ich mich - ich würde mal sagen - einmal im vergangenen Jahr und irgendwann auch ein anderes Mal davor getroffen, ja.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie über diese Thematik geredet?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Christian Flisek (SPD): Über die Umstände seines Ausscheidens?

Zeuge Ronald Pofalla: Ehrlicherweise bin ich mir jetzt nicht mehr sicher. Ich müsste es nachgucken, wann wir uns getroffen haben, ob zu diesem Zeitpunkt - -

Christian Flisek (SPD): Ich sage jetzt mal - -

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ich weiß es eben nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge Ronald Pofalla: Daraus würde sich ja schließen, ob man darüber gesprochen hat oder nicht, weil ich weiß es einfach nicht mehr, ob da zu dem Zeitpunkt der Öffentlichkeit und damit auch mir - - Ich habe ja keine Zugänge mehr darüber, wer wo sitzt oder auch nicht sitzt. Nach meiner Erinnerung haben wir darüber nicht gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Unterstellt mal, Sie wären jetzt am 17.12. nicht ausgeschieden, es hätte sozusagen eine personelle Kontinuität in diesem Amt gegeben: Hätten Sie dann erwartet nach der Weisung - und Sie haben ja auch gesagt, Sie haben einen Bericht angefordert -, dass man Ihnen vielleicht schon die Entwürfe, aber spätestens sozusagen die konkrete schriftliche Umsetzung der Weisung einmal zumindest im Kanzleramt vorlegt, der Fachabteilung vorlegt, damit geprüft wird, ob das Ganze auch so vonstattengeht, wie es eigentlich sich gehört und wie es angewiesen wurde?

Zeuge Ronald Pofalla: Das ist ja eine hypothetische Frage. Also, ich bin sicher - machen wir es einmal so rum - - Oder: Ich kann mich an keinen Fall erinnern, wo ich um einen Bericht gebeten habe, dass ich ihn nicht später auch bekommen habe. Machen wir es mal so rum.

Christian Flisek (SPD): Also, insofern, wenn wir jetzt feststellen, dass Sie diesen Bericht ja angefordert haben, trotz der personellen Zäsur: Würden Sie mir zustimmen, dass es dann doch recht ungewöhnlich ist, dass es einen solchen Bericht in unseren Akten nicht gibt?

Zeuge Ronald Pofalla: Was ja nicht besagt, dass es ihn nicht gibt, weil ich habe ja selber über vier Jahre - -

(Zuruf: Das stimmt, ja!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ja. - Weil manche Sachen gehören eben zum Kernbereich der Regierung. Ich kann das jetzt hier alles nicht beurteilen. Aber mir sind ja in den Jahren, als ich Chef des Kanzleramtes war, durchaus Aktenstücke vorgelegt worden, wo es auch um andere Untersuchungsausschüsse ging und wo die Frage natürlich schon mal erwogen wurde, wie man damit umgeht. Also, insofern würde ich jetzt mal sagen: Den Rückschluss, dass es den nicht gibt, würde ich daraus alleine nicht ziehen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt hebe ich mal die Hand, um Blickkontakt mit Herrn Wolff aufzunehmen, wenn das erlaubt ist. Vielleicht können wir mal kurz auch die Zeit nutzen und unterbrechen. Herr Wolff, wenn es einen solchen Bericht gegeben hätte - Herr Pofalla hat ja gerade angedeutet, vielleicht gibt es Gründe, das nicht vorzulegen, Kernbereich, irgendwas, ja - - Also, ich würde davon ausgehen - korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege -, wenn es einen solchen Bericht geben würde beim BND, entweder in den Entwürfen und er vielleicht dann gar nicht abgegeben worden ist oder aber, wenn er abgegeben worden ist und tatsächlich dem Kanzleramt zugegangen wäre, dann hätten wir ihn in den Unterlagen, oder?

MR Philipp Wolff (BK): Davon gehe ich tatsächlich aus. Mir ist ein solcher Bericht nicht bekannt.

Christian Flisek (SPD): Es würde aus Ihrer Sicht, nach dem, was uns üblicherweise vorgelegt wurde, keinen Grund geben, wenn es einen solchen Bericht gäbe, uns ihn vorzuenthalten.

MR Philipp Wolff (BK): So ist es. Wobei es eine hypothetische Frage ist, weil ich kenne ihn auch nicht. Insofern gehe ich davon aus - -

Christian Flisek (SPD): Na ja klar, weil es ihn nicht gibt.

MR Philipp Wolff (BK): Genau. Ich müsste ihn mir anschauen, wenn es ihn gäbe. Und dann müsste man darüber entscheiden. Aber ich kenne einen solchen Bericht nicht.

Christian Flisek (SPD): Gut. Herr Pofalla, dann können wir jetzt, sage ich mal, diese Überlegung, dass es irgendwelche Gründe gibt, den uns nicht vorzulegen, vielleicht tatsächlich mal beiseitelegen. Und dann würde ich einfach die Frage noch mal stellen. Also, wenn Sie - - Sie haben ja gerade selber gesagt, Sie sind in Ihrer Amtszeit gewohnt gewesen, wenn Sie Berichte angefordert haben, dass die dann auch kommen - davon gehe ich auch aus, da habe ich überhaupt gar keinen Zweifel -, dass die Tatsache, Sie fordern so einen Bericht an, es gibt eine personelle Zäsur, aber es gibt am Ende trotzdem keinen Bericht, doch ungewöhnlich ist.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bleibe dabei: Sie wollen immer Bewertungen. Ich kann mich an keinen Fall erinnern, wo ich etwas erbeten habe, mir zu berichten, dass ich es nicht anschließend bekommen habe.

Christian Flisek (SPD): Gut. Dann haben wir eigentlich nur zwei Möglichkeiten aus meiner Sicht. Na ja, es gibt drei Möglichkeiten: Entweder ist nie eine Weisung dahin gehend erteilt worden, oder es ist nie ein Bericht angefordert worden, oder es gab ein Missverständnis zwischen den Akteuren, oder die Anforderung des Berichts wurde ignoriert, und man hat darauf vertraut, dass der neue Chef das schon nicht irgendwie aufgreifen werde, weil - ich vermute mal - die Anforderung des Berichts, auf die Sie sich ja beziehen, war auch mündlich, ähnlich wie die Weisung. Richtig?

Zeuge Ronald Pofalla: Habe ich vorhin schon erklärt, ja.

Christian Flisek (SPD): Also, dass man sagt: Schall und Rauch. Herr Pofalla ist jetzt weg, und solange der Neue nicht aktiv nachfasst, machen wir mal nix. - Also, diese drei Möglichkeiten logischerweise habe ich ja nur. Sehen Sie noch eine vierte? - Nein.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch, jede Menge. Aber - -

Christian Flisek (SPD): Ja, dann klären Sie uns auf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Christian Flisek (SPD): Doch.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bin nicht derjenige, der es hier untersucht. Ich bin hier der Zeuge. Also, Sie untersuchen - -

Christian Flisek (SPD): Vielleicht sehen Sie ja die einzige Möglichkeit, die den Tatsachen entspricht.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein. Aber noch mal: Sie stellen Ihre Hypothesen auf, und ich nehme die zur Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Ja, leider müssen wir Hypothesen aufstellen, weil wir mit Tatsachen und widersprüchlichen - - weil wir mit sehr widersprüchlichen Aussagen arbeiten müssen. Das ist nach wie vor ja unser Problem. Deswegen stellt man sich die Frage: Wie kommt es dazu, dass jemand wie Sie - - Noch mal: Ich glaube daran, dass, wenn Sie Weisungen erteilen, egal schriftlich oder mündlich, Sie sie so erteilen, dass den Empfängern klar ist, was sie zu tun haben; habe ich überhaupt keinen Zweifel. So. Wie kann das sein - noch mal -, dass Sie eben eine mündliche Weisung erteilen, einen Bericht anfordern, ebenso mündlich, und - - Gibt es nicht. - Also, Sie haben darauf auch keine Antwort. Aber ungewöhnlich ist das in jedem Fall, auch wenn Sie mir da vielleicht nicht beipflichten mögen.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, noch mal: Ich habe keine Aktenkenntnis; ich weiß nicht, was da wo wie berichtet wurde. Ich habe ihn angefordert, und dabei bleibe ich. Und alles, was danach war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Gut. Ich habe in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen an Sie.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir in die vierte Runde und beginnen mit der Fraktion Die Linke.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe im Moment auch keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die CDU/CSU hat in öffentlicher Sitzung auch keine Fragen mehr. - Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, noch eine. - In Ihrer Zeit, also als Sie Chef im Kanzleramt waren - das wissen wir inzwischen -, hat der Bundesnachrichtendienst, eine Abteilung oder eine Gruppe im Bundesnachrichtendienst, die Selektoren, die NSA-Selektoren, überprüft aus eigener Regie heraus - soweit wir das gehört haben - und hat dabei festgestellt, dass da mehrere Zehntausend nicht rein dürfen, nicht rein gehören, weil die aus unterschiedlichen Gründen problematisch sind, unter anderem auch deshalb, weil sie möglicherweise mit deutschen Interessen nicht oder schwer zu vereinbaren sind. So fasse ich das mal allgemein zusammen.

Sie kennen die Auseinandersetzungen, die wir gehabt haben oder immer noch haben, mit der Bundesregierung über die Kenntnisnahme vom Inhalt dieser Selektoren. Das war in Ihrer Zeit damals. Haben Sie von diesem doch gewaltigen Akt, muss man sagen, den man so oder so interpretieren kann - jedenfalls war das ja eine fast sensationelle Erkenntnis, die da gewonnen worden ist und eigentlich hätte weitergegeben werden müssen, sowohl an die Spitze als auch ins Kanzleramt - - Haben Sie da irgendwann mal was von erfahren, also während Ihrer Zeit, bis zum 17. Dezember?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu keinem Zeitpunkt, irgendeiner mal eine Andeutung gemacht: „Da ist so was gelaufen, aufgelaufen“?

Zeuge Ronald Pofalla: Das bezieht sich ja auf die Begriffe der Selektoren. Ich glaube, das haben wir jetzt wirklich durch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Selektoren - muss ja nicht sein. Es können ja auch Kommunikationsmerkmale oder so sein;



Nur zur dienstlichen Verwendung

das ist ja das Gleiche. Haben Sie nie irgendwas gehört?

Zeuge Ronald Pofalla: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja inzwischen sicher über diese ganzen Selektoren, soweit man das in der Öffentlichkeit weiß, Spekulationen, was da drin sind, Fakten, was da drin ist, Sonderbevoll- - oder Beauftragte der Bundesregierung und die Auseinandersetzung darüber gelesen. Wenn Sie das damals erfahren hätten, jetzt in der Nachschau: Wäre das für Sie irgendein Hinweis „Da gibt es so etwas“, ein Anlass gewesen, am 12. bzw. 19. August 2013 sich etwas anders zu äußern?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, jetzt Herr Ströbele, irgendwie ist das, weil wir uns jetzt lange kennen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja vorher.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, aber Herr Ströbele, das haben wir doch alles in der letzten Sitzung, wo ich war, ausgiebigst erörtert. Diese Aussage von mir bezog sich auf zwei ganz bestimmte Codes. Und sie bezog sich darauf, dass dieser Sachverhalt nun geklärt sei. Punkt. So. Also irgendwie komme ich mir vor wie in so einer alten Beziehung, wo man sich permanent missversteht und bei jedem Treffen sozusagen die Sache neu aufgerollt wird. Darüber haben wir beide doch beim letzten Mal uns sehr lange unterhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Da sehe ich jetzt auch nix Neues, auch nix durch die Veröffentlichungen von heute. Weil, dass ich nicht Sachen beurteilen konnte im August, die erst in 14 und 15 oder gar 16 sich herausgestellt haben, das ist ja irgendwie -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, das stimmt ja nicht. Herausgestellt haben sie sich -

Zeuge Ronald Pofalla: - klar wie Kloßbrühe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Anfang August. In den ersten Augusttagen waren die. Da wurden sie festgestellt. Die sind dann möglicherweise nicht bei Ihnen gelandet, vielleicht auch nicht bei der Spitze des Dienstes. Ich meine, Sie müssen doch selber mitbekommen haben - - Und das war ja wahrscheinlich auch die Absicht Ihrer Erklärung, Ihrer sehr intensiven Worte - so drücke ich das mal vorsichtig aus -, dieses Thema für den Wahlkampf zu beerdigen. Wäre das dann anders gewesen, wenn das schon bekannt gewesen wäre?

Zeuge Ronald Pofalla: Aber wenn meine Oma einen Bart gehabt hätte, wäre sie nicht meine Oma, sondern mein Opa gewesen. Ich halte diese konjunktivistischen Fragen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zeugenaussage, Herr Zeuge.

Zeuge Ronald Pofalla: Nein, ich halte diese konjunktivistischen Fragen für nicht zielführend: Wenn dieses oder jenes gewesen wäre - ja, es war aber nicht so. Und der Sommer des Jahres 2013 war anders. Und deshalb beteilige ich mich an dieser Hypothese und den damit verbundenen Konsequenzen nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es war auch nicht so, dass Sie, als Sie das zur Kenntnis genommen haben, dachten oder vielleicht auch geäußert haben: Wenn ich das gewusst hätte, dann wäre vieles anders gelaufen.

Zeuge Ronald Pofalla: Sie unterschätzen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich mir vorstellen.

Zeuge Ronald Pofalla: - wie wenig ich beachte, was Sie hier machen. Das meine ich gar nicht böse. Ich führe ein anderes Leben, ich habe einen anderen Beruf, und ich denke nicht permanent darüber nach, welche tieferschürfenden Erkenntnisse hier rauskommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sie wollen nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch einmal eine kurze Frage zu dieser Erklärung von Montag, dem 12. August 2013. Herr Pofalla, da sagen Sie unter 1: „Die NSA hat uns schriftlich versichert, dass sie Recht und Gesetz in Deutschland einhält.“ - Das ist ja Präsens, ist mir aufgefallen. Also, sozusagen am 12. August 2013 sagt die NSA, dass sie deutsches Recht einhält. Hat sie das auch für die Vergangenheit gesagt, oder war das sozusagen auf die Zukunft bezogen?

Zeuge Ronald Pofalla: Das weiß ich nicht mehr. Kann ich Ihnen nicht sagen. Das habe ich da gesagt. Wenn es da so steht, wird auch die entsprechende Erkenntnis vorgelegen haben. Aber auf welche Zeiträume sich das bezieht, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieses Statement, was Sie auch vorgelesen haben an dem Tag, ist ja insgesamt interessant, wenn man das von heute aus betrachtet. Jetzt kann man sagen: Später ist man immer klüger. - Die Frage ist, ob man damals vielleicht auch schon klüger war als das, was da gesagt wurde unter 13 Punkten. Mit wem wurde denn diese Erklärung vorbereitet? Also, haben Sie die selbst gemacht, oder wurde die mit - -

Zeuge Ronald Pofalla: Auch das habe ich in der Vernehmung vor anderthalb Jahren ausführlich dargestellt; können Sie den übersandten Terminkalendern nachvollziehen, die Ihnen jetzt vorliegen von mir. Ich habe regelmäßig Runden der Chefs der Dienste gehabt mit der Abteilung 6, mit den dafür zuständigen beamteten Staatssekretären. Jeder dieser Sätze, die ich öffentlich noch mal abgelesen habe, ist 25 mal chemisch gereinigt worden durch die große Runde, die vorher zusammengekommen ist, und das Ergebnis einer umfassenden Vorprüfung gewesen, sonst hätte ich diese Sätze nicht gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch in den Akten des Bundesnachrichtendienstes zu finden, -

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kenne die Akte - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die chemische Reinigung. Ich kann sie nämlich - - Ich habe mir die Akten angeguckt. Ich kann das jetzt nicht erinnern, dass Ihre Erklärung dort abgestimmt worden wäre.

Zeuge Ronald Pofalla: Wir haben in den Runden, an denen Herr Schindler, an denen Herr Maaßen - ich weiß nicht, wer noch alles - teilgenommen haben - - Noch mal: Ihnen liegen die Kalender ja vor. Da werden die Runden ja zum Teil beschrieben. Wenn Sie da auf die Samstage - oder Sonntagstermine sind es ja, glaube ich, gewesen - gucken: Da ist über die Texte geredet worden. Und wir haben sehr ausführlich darüber geredet, wie wir das machen. Und wenn ich einen solchen Satz gesagt habe, dann wird es entsprechende Informationen gegeben haben, die einer in der Runde vorgetragen hat. Das weiß ich aber jetzt heute nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es da Akten im Bundeskanzleramt drüber, wie dieses Pressestatement vom 12. August entstanden ist?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen nicht sagen. Kenne ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde das Statement mit der Bundeskanzlerin vorher besprochen?

Zeuge Ronald Pofalla: Kann ich Ihnen auch nicht sagen, weil - wie soll ich das ausdrücken? - das war eine so schnelle Abfolge von Sitzungen, so dass meine Vermutung mal wäre, eher nicht, weil dazu gab es auch gar keine Veranlassung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, ich glaube, Aufgabe dieser Presseerklärung und des Statements insgesamt nach dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

PKGr an dem Tag war, diese Geschichte für den Bundestagswahlkampf 2013 zu beerdigen.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich verstehe, dass Sie unter dem Trauma leben.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Postfaktisch!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ist kein Trauma.

Zeuge Ronald Pofalla: Doch. Das ist ein Trauma. Darüber haben wir beide ja auch schon beim letzten Mal - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Pofalla, dass Sie so Dinge in unserer Beziehung so intensiv erinnern, zeigt ja, dass es auch Sie bewegt.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, dass sie intensiv ist. Dass sie intensiv ist, ja, da stimme ich Ihnen zu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Das können wir jetzt noch mal gemeinsam aufarbeiten.

Zeuge Ronald Pofalla: Trinken wir gleich einen Kaffee.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ja, das war die Beerdigung dieser Geschichte. So. Von „Eikonale“, von „Glotaic“, von der gemeinsamen Erfassung in Bad Aibling von Millionen von Selektoren des Bundesnachrichtendienstes und der NSA, von rechtswidrigen Selektoren, von Selektoren, die heimlich gelöscht wurden: Von all diesen Dingen steht ja in dieser Erklärung nichts.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja. Aber jetzt bitte ich wirklich um Verständnis. Noch mal: Ich habe bis zum 17. Dezember 2017 - und ich mache es nur an einem Beispiel noch mal fest - ,

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie es noch mal: Bis zum?

Zeuge Ronald Pofalla: - bis zum 17. Dezember 2013 -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: - habe ich den Begriff von Selektoren - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Suchbegriffe.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich habe das jetzt als ein Synonym - - Sie haben ja x Beispiele genannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Ronald Pofalla: Wenn ich es gewusst hätte, hätte ich logischerweise anders argumentieren müssen. Ich habe es aber nicht gewusst, sondern ich hatte die Erkenntnisse, die mir vortragen worden sind. Und noch mal: Aus den großen Runden der Vorbereitung sind diese Texte entstanden. Und noch mal - Herr Ströbele hat es ja gerade auch noch mal versucht -: Die Beendigung, die ja immer aus dieser Erklärung gezogen wird, bezog sich doch nur auf die beiden Codes im Zusammenhang mit Bad Aibling und nicht auf die anderen Vorwürfe. Habe ich alles beim letzten Mal wirklich ja minutiös, auch mit Zitaten, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ja.

Zeuge Ronald Pofalla: - wann ich was gesagt habe, wie darüber berichtet worden ist, dargestellt. Sie können das doch alles nachlesen. Ist ja jetzt alles nicht neu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber die Zeugenaussage, Herr Pofalla, hat in einem Verfahren ihre Berechtigung.

Zeuge Ronald Pofalla: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Neben Sachen, die man lesen kann, ist das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja interessant. Und es ist schon interessant, sozusagen im Nachhinein zu sehen, wenn man Ihre 13 Punkte anguckt, dass das damals funktioniert hat, dieses Thema zu beerdigen, aber eben an der Wahrheit komplett vorbeigegangen ist. Und jetzt können Sie sagen, Sie wussten nicht mehr als das, was Sie gesagt haben, wobei man, wenn man die Formulierung anguckt, schon den Eindruck gewinnen könnte, dass man da sehr lange dran rumgefeilt hat, dass man das genau so macht.

Aber dass es ebendiesen Untersuchungsausschuss am Ende des Tages gebraucht hat, um eben die Steuerung ihrer Telefonnummer, die der Kanzlerin, der Millionen problematischen NSA-Selektoren, die dann deaktiviert werden mussten - - Das ist eben nicht unter der Rechts- und Fachaufsicht des Bundeskanzleramtes erfolgt - da wurde halt dieses Pressestatement veröffentlicht -, sondern das hat ebendieser Untersuchungsausschuss gemacht, und sonst würde das eben heute alles noch so weiterlaufen. Und das ist eben im Hinblick darauf, wie man mit diesem Problem umgegangen ist, schon sehr denkwürdig. Aber das ist keine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eindeutig war das keine Frage.

Zeuge Ronald Pofalla: Darf ich vielleicht auch noch was sagen dazu.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

Zeuge Ronald Pofalla: Ich bestreite das ja gar nicht. Aber so wie Sie für sich in Anspruch nehmen - und das halte ich für völlig legitim, dass Sie das tun -, dass Sie Sachen aufgeklärt haben, nehme ich für mich in Anspruch, dass ich in den Monaten - beginnend wahrscheinlich mit Ende Juni, Anfang Juli, so nach meiner Erinnerung - bis Dezember, als ich im Amt ausschied, im Jahre 2013, alles, was ich tun konnte, an Aufklärung betrieben habe, und alles, was ich wusste, habe ich dem PKGr mitgeteilt und habe es auch der Öffentlichkeit, mindestens mit den Einschränkungen: „Manches konnten wir nicht mitteilen nach außen, weil wir sonst Personen gefährdet

hätten“ - - dass wir das gemacht haben. Das nehme ich für mich genauso in Anspruch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das nehme ich mit Respekt zur Kenntnis, sage Ihnen aber trotzdem: Das war eben eine unzureichende Aufklärung. Und wie das so ist: Wenn man aufklären will, wenn wesentliche Tatsachen der Öffentlichkeit verschwiegen werden, dann ist das eben praktisch wie eine Lüge.

Zeuge Ronald Pofalla: Aber ich habe nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das werfe ich Ihnen nicht - Herr Pofalla, das ist mir ganz wichtig - persönlich vor. Aber ich sage: Das Bundeskanzleramt als Rechts- und Fachaufsicht wäre in der Pflicht gewesen, zu sagen: Liebe Leute, der Snowden hat da Sachen veröffentlicht. Okay, das ist eine krasse Geschichte. Wir sind sehr tief involviert: XKey-score, den ganzen Kram kennen wir. Wir steuern übrigens Millionen von Selektoren in Bad Aibling. Wir sind da involviert. Wenn ihr euch über die Amis aufregt, regt euch auch über uns auf. Und übrigens: Wir haben in dieser Kooperation, die wir seit 15 Jahren fahren, ganz massive Probleme gehabt, immer wieder. - Das haben Sie halt alles nicht der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt aus dem Format der Zeugenvernehmung heraus. Ich würde jetzt einmal noch, wenn es gewünscht ist, dem Zeugen das Wort geben. Dann müssen wir in der nächsten Runde weitermachen, wenn denn noch Runden gewünscht sind. Herr Pofalla, gibt es da noch Antwort?

Zeuge Ronald Pofalla: Ja, ich will - - Da Sie es mir ja nicht unterstellt haben: Gehen Sie wirklich davon aus: Das, was ich da immer der Öffentlichkeit mitgeteilt habe, entsprach dem Erkenntnisstand, natürlich zu dem Zeitpunkt, als es erklärt worden ist; da lege ich schon größten Wert darauf. Dieses Puzzle so an Informationen zusammenzuführen, war eine extreme Herausforderung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

zung. Und ich bin froh darüber, was wir in diesem Sommer bis Dezember dann klären konnten und nehme für mich, aber auch das Kanzleramt in Anspruch, dass wir alles getan haben, was wir tun konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt schaue ich mal in die Runde. Gibt es noch Fragen in öffentlicher Sitzung an den Zeugen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann frage ich mal in die Runde: Wird der Zeuge Roland Pofalla noch in nichtöffentlicher bzw. in eingestufte Sitzung gebraucht? - Ich sehe, hier meldet sich keine Fraktion. Ich hatte gerade gefragt, ob der Zeuge noch in nichtöffentlicher oder - - Ja. Okay. Das ist doch die Frage gewesen. Dann müssen wir folgenden Beschluss fassen:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Pofalla am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das zumindest, wenn ich das richtig gesehen habe, mit den Stimmen der Union ohne Teilnahme der anderen Fraktionen so beschlossen worden.

Damit sind wir am Ende der öffentlichen Sitzung. - Der Öffentlichkeit und den Vertretern der Medien danke ich ganz herzlich für die Teilnahme an der Sitzung, wünsche noch einen schönen Abend.

Die nächste Sitzung wird ausnahmsweise mal an einem Montag stattfinden, am 13. Februar, womit das alle wissen. Und wir ziehen jetzt um in den gewohnten Sitzungssaal für die nichtöffentliche bzw. eingestufte Sitzung. Wir werden vorher eine kurze Beratungssitzung im neuen Sitzungsraum machen. Da müssen wir auch mal die Zeugenreihenfolge beraten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 21.37 Uhr -
Folgt Beratungssitzung)